

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

NOVEMBER 1952

INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Oktober/November 1952	3
Allgemeiner Überblick	3
Geld und Kredit	10
Öffentliche Finanzen	24
Produktion, Absatz und Beschäftigung	33
Preise und Löhne	42
Außenwirtschaft	48
Statistischer Teil	61
Zentralbankausweise	62
Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze	66
Mindestreservenstatistik	66
Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	67
Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	68
Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Geldinstitute einschl. des Zentralbanksystems	81
Kreditvolumen	82
Geldvolumen	94
Sonstige Geld- und Kreditstatistik	95
Öffentliche Finanzen	102
Außenhandel	105
Produktion, Beschäftigung und Preise	108
Die Währungen der Welt, ihre Relationen zum US-\$ und hieraus errechnete DM-Werte	111

Abgeschlossen am 26. November 1952

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

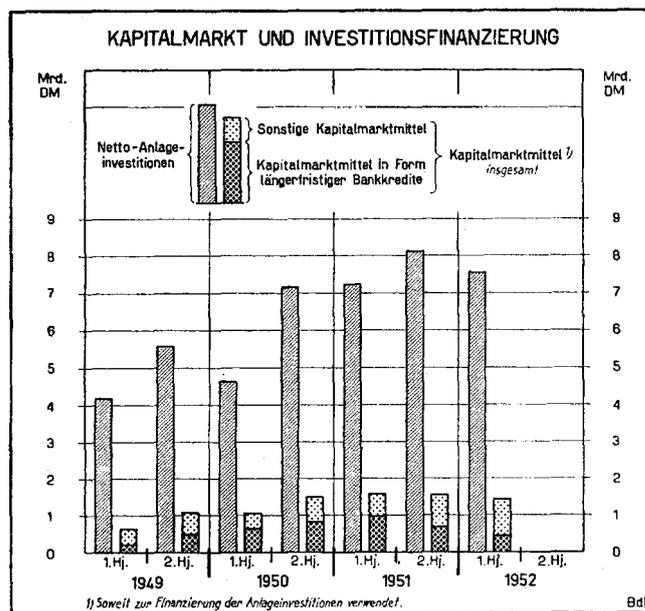
Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Oktober/November 1952

Allgemeiner Überblick

Während in den stark saisonabhängigen Wirtschaftszweigen der Tätigkeitsgrad in den letzten Wochen unter dem Einfluß des frühen Winterwetters schon merklich zurückging, standen die übrigen Wirtschaftsbereiche zumeist noch im Zeichen der Belebung, die sich etwa mit dem Schluß der Urlaubsperiode im Sommer angebahnt hatte.

Ein Zeichen der wetterbedingten Saisonabschwächung ist vor allem der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Nach einem weiteren

Lohn und Gehalt Beschäftigten dürfte nämlich bei Beginn dieses Winters um beinahe 600 000 oder um fast 4 vH höher sein als im Vorjahr, obwohl die Zahl der registrierten Arbeitslosen infolge des ständigen Neuzugangs an Erwerbssuchenden nur um etwa 140 000 niedriger ist. Aber auch die Höhe der Arbeitslosenziffer selbst ist geeignet, in mancher Hinsicht falsche Vorstellungen von der wahren Lage des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik hervorzurufen. Noch immer sind zahlreiche Menschen als Arbeitslose registriert.



Rückgang um etwa 23 000 im Oktober hat die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Novemberhälfte um fast 89 000 oder doppelt so stark wie in der gleichen — witterungsmäßig günstigeren — Zeit des Vorjahres zugenommen und damit wieder einen Stand von 1 117 000 erreicht. Die „Millionengrenze“, auf die sie bis Ende Oktober beinahe gesunken war, ist also auch in diesem Jahr nicht unterschritten worden. Freilich muß dem sofort hinzugefügt werden, daß das für die Entwicklung des Beschäftigungsgrades ebensowenig besagt wie in fast allen anderen Jahren seit der Währungsreform. Die Zahl der gegen

die nicht oder nicht mehr voll einsatzfähig sind. Sicher enthält die Ziffer auch noch viele „Schein-arbeitslose“, die in Wirklichkeit „schwarz“ arbeiten oder doch mehr oder weniger häufig Gelegenheitsarbeiten verrichten. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit weitgehend auf diejenigen Gebiete konzentriert, die nach dem Kriege den größten Teil der aus den Ostgebieten Vertriebenen aufnehmen mußten und ebenso das erste Auf-fanggebiet für den noch immer anhaltenden Flüchtlingsstrom aus der sowjetischen Besatzungszone bilden, in denen andererseits aber nicht in entsprechendem Umfang neue Arbeits-

plätze geschaffen werden können. Außerhalb dieser Gebiete ist jedenfalls die Arbeitslosigkeit wesentlich niedriger, ja, unter dem Einfluß der guten Konjunktur der letzten Monate hat sich in manchen Bezirken sogar schon ein fühlbarer Arbeitermangel bemerkbar gemacht. Eine noch raschere Transferierung von Arbeitskräften aus den Gebieten mit stärkerer struktureller Arbeitslosigkeit in die voll- oder überbeschäftigten Gebiete als sie bereits im Verlauf der letzten Jahre stattgefunden hat, ist aber notwendigerweise vor allem an die Möglichkeiten des Wohnungsbaus in den Aufnahmebezirken gebunden.

Wie sich die Konjunktur in den nicht oder nur wenig witterungsabhängigen Wirtschaftszweigen in den letzten Wochen und Monaten entwickelt hat, zeigt insbesondere der Index der Industrieproduktion. Von knapp 138 im Juli ist dieser auf über 158 im Oktober gestiegen, und im November dürfte er nach den (allerdings nur spärlichen) Wochenziffern für bestimmte Produktionszweige diesen Stand zumindest behaupten. Die Industrieproduktion hat damit einen neuen Höchststand erreicht, der den bisherigen — in der vorjährigen Saisonbelegung, aber damals erst im November erreichten — Höhepunkt um fast 6 Punkte übertrifft.

Betrachtet man die Entwicklung näher, so zeigt sich freilich, daß die einzelnen Industriegruppen an ihr sehr unterschiedlich beteiligt waren, und daß in einigen von ihnen die Aufwärtsbewegung seit Oktober kaum mehr über das an sich auch noch um diese Jahreszeit übliche Maß hinausging, sondern dieses teilweise nicht einmal mehr erreichte. In die letzte Kategorie fällt insbesondere die Gruppe der Investitionsgüterindustrien, obwohl hier schon die vorangegangene Belegung im Vergleich zu anderen Industrien nur schwach gewesen war, und auch die Bautätigkeit scheint zumindest im November trotz relativ hoher Baugenehmigungen unter dem Einfluß des anomalen Wetters stärker als in manchen früheren Jahren zurückgegangen zu sein.

Die Verbrauchsgüterkonjunktur

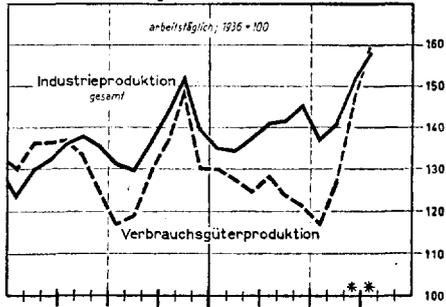
Wenn sich die Industrieproduktion als Ganzes seit dem Sommer um etwa 15 vH erhöht hat und offenbar bis in die neueste Zeit hinein übersaisonnmäßig gewachsen ist, so ist das also im we-

sentlichen auf die Entwicklung in den Verbrauchsgüterindustrien zurückzuführen. Hier allerdings war der Aufschwung enorm. Von etwa 117 im Juli ist der Index der Verbrauchsgüterproduktion auf 147 im September und fast 160 im Oktober gestiegen, womit er bereits um 11 Punkte über dem im Vorjahr im November erreichten Gipfelpunkt der damaligen Saisonbelegung lag. Entgegen der im Frühjahr verschiedentlich aufgetauchten Prognose, daß sich aus der damaligen „Flaute“ der Verbrauchsgüterindustrien ein allgemeiner Konjunkturabschwung, wenn nicht gar eine Krise zu entwickeln drohe, sind von den Verbrauchsgüterindustrien in der zweiten Jahreshälfte also vielmehr ungewöhnlich starke Impulse ausgegangen.

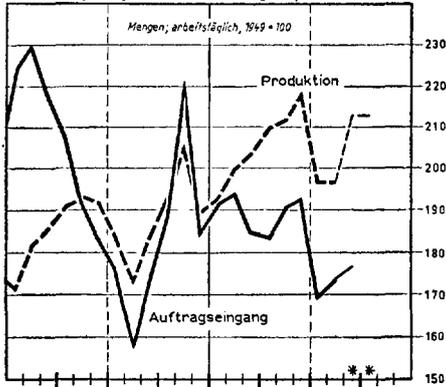
Zu einem großen Teil erklärt sich dieser Umschwung aus dem „Lagerzyklus“ im Verbrauchsgüterbereich, auf dessen die allgemeine Konjunkturentwicklung so häufig überlagernde Schwankungen an dieser Stelle wiederholt hingewiesen wurde. In der ersten Jahreshälfte hatte der Einzelhandel, veranlaßt vor allem durch die sinkende Preistendenz und eine übersaisonnmäßig starke Zurückhaltung der Konsumenten, seine Aufträge sehr beschränkt, um zunächst einmal seine Vorräte auf einen Stand zu reduzieren, der ein geringeres Risiko einschloß. Die Industrie begegnete infolgedessen ausgesprochenen Absatzschwierigkeiten. Zwar war schon damals vorauszusehen, daß hierauf in absehbarer Zeit wieder eine gewisse Reaktion einsetzen würde. Aber angesichts der zu Beginn des Jahres erneut einsetzenden Baisse an den internationalen Rohstoffmärkten verspürte begreiflicherweise auch die Industrie wenig Neigung, von sich aus das Risiko einer auf längere Sicht angemesseneren Lagerhaltung zu tragen, so daß die Produktion ebenfalls auf einem Niveau gehalten wurde, das dem laufenden Endabsatz und der nach einiger Zeit deshalb sicher zu erwartenden Nachfrage nicht entsprach. Dieser Zustand begann sich erst zu ändern, als — nicht zuletzt unter dem Einfluß eines relativ guten Sommergeschäfts — die Lagerbestände des Handels weitgehend gelichtet waren, und auch andere Momente, wie vor allem die allmähliche Stabilisierung der internationalen Rohstoffpreise und die zwar nicht starke, aber doch ziemlich stetige Steigerung der Umsätze, den

GRAPHISCHE SCHLAGLICHTER
ZUR NEUESTEN WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

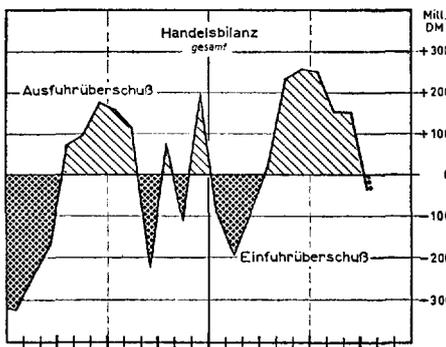
Übersaisonaler Produktionsanstieg
hauptsächlich im Verbrauchsgütersektor



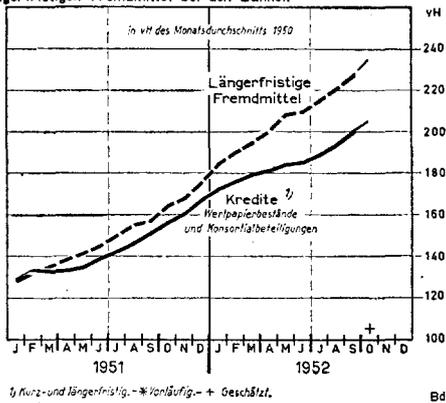
Auftragseingang in den Investitionsgüterindustrien
entwickelt sich ungünstiger als Investitionsgüterproduktion



Weitgehend saisonbedingte Passivierung der Handelsbilanz



Zunahme der Bankkredite weiter schwächer als die
der längerfristigen Fremdmittel bei den Banken



1/2 Kurz- und längerfristige - * Vorläufige - + Geschätzte.

Handel veranlaßten, aus seiner bisherigen Reserve hervorzutreten und sich frühzeitig auf ein gutes Herbstgeschäft und vor allem auf einen hohen Weihnachts-Umsatz vorzubereiten. Das war etwa im Sommer der Fall. Von da an nahm der Auftragseingang in den Verbrauchsgüterindustrien beinahe sprunghaft zu. Anfangs zögerte die Industrie noch, ihm sofort mit einer entsprechenden Produktionsausdehnung zu folgen, zumal sie offenbar erst einmal selbst ihre Läger entlasten wollte. Aber das hatte nur zur Folge, daß die Produktion später dann um so stärker erhöht werden mußte, um alle Aufträge fristgemäß ausführen zu können, und so erklärt es sich, daß der Aufschwung der Verbrauchsgütererzeugung in den letzten Monaten wesentlich stärker war als es einer normalen Saisonbelebung entsprochen hätte.

Zweifelloos birgt ein Aufschwung, der außer durch eine starke Saisonkomponente auch noch durch derartige außergewöhnliche Schwankungen im Verhältnis von Produktion und Umsatz beeinflusst ist, unvermeidlich gewisse Rückschlagskeime in sich. Was die weitere Entwicklung der Verbrauchsgüterkonjunktur anbelangt, so ist also ziemlich sicher mit einem erneuten Nachlassen der Produktion zu rechnen, sobald die Aufträge für das Weihnachtsgeschäft erfüllt sind. Sicher wird deshalb schon im Dezember das Produktionsniveau wieder niedriger sein. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß das Pendel nun wieder auf seinen Ausgangsstand zurückschwingen und die Produktion abermals auf den verhältnismäßig niedrigen Stand der ersten Hälfte von 1952 bzw. vom Sommer 1951 absinken muß. Hiergegen spricht einmal die Tatsache, daß das Produktionsniveau der letzten Monate kaum durch spekulative Voreindeckungen beeinflusst gewesen sein dürfte. Der Handel hat sich gewiß auf ein gutes Weihnachtsgeschäft vorbereitet, aber aus den in einem der folgenden Abschnitte näher dargelegten Gründen seine Läger nicht wie in der Korea-Krise ohne Rücksicht auf die füglich zu erwartende Umsatzentwicklung aufgefüllt. Das geht schon daraus hervor, daß die Krediterweiterung in den letzten Monaten, wie im Verlauf dieses Berichtes ebenfalls noch geschildert werden wird, beträchtlich geringer war als in früheren Jahren. Vor allem aber hat sich im Verlauf des letzten Jahres auch der Verbrauch

nicht unbeträchtlich erhöht. In den Wertziffern der Einzelhandelsumsätze kommt diese Zunahme allerdings nur unvollkommen zum Ausdruck, da die Umsatzwerte stark durch die — namentlich im Textilsektor zum Teil recht erheblichen — Preissenkungen beeinflusst sind. Aber die Umsatzmengen sind gegenüber der Zeit vom Frühjahr 1951 bis Frühjahr 1952 im allgemeinen stark gestiegen. So haben z. B. die Einzelhandelsumsätze an Textilien in den letzten Monaten der Menge nach fast wieder ihren Stand während der Korea-Hausse erreicht, und dies, obwohl sich auch die Konsumenten bisher wohl so gut wie aller Voreindeckungen enthalten haben und die Sparrate ständig wächst. Die erhöhten Einkommen und die Tatsache, daß vorweggenommene Käufe in der nächsten Zeit den laufenden Absatz kaum beeinträchtigen werden, dürften der Verbrauchsgüterproduktion gegenwärtig also eine festere Grundlage bieten als sie sie am Ende der Korea-Hausse oder auch vor Jahresfrist besaß, wengleich das den üblichen Saisonrückgang natürlich nicht verhindern wird.

Abschwächungstendenzen im Investitionsgüterbereich

Mit einer gewissen Sorge ist jedoch die Entwicklung der Investitionsgüterkonjunktur zu betrachten. Wie schon oben erwähnt, haben die Investitionsgüterindustrien an der in den letzten Monaten zu verzeichnenden Belebung nur wenig und neuerdings überhaupt nicht mehr teilgehabt. Im Oktober war ihr Produktionsniveau deshalb noch immer niedriger als vor der Urlaubssaison im Juli und August, während der normalen Saisonentwicklung ein Anstieg um gut zwei Prozent entsprochen hätte. Das Bild wäre dabei sicher noch ungünstiger, wenn es möglich wäre, aus der Produktionsstatistik für die Investitionsgüterindustrien alle jene Produkte auszugliedern, die in Wirklichkeit langlebige Konsumgüter sind, wie elektrische Haushaltsgeräte, Rundfunkapparate und dergleichen.

Geht man den Ursachen dieses Zurückbleibens nach, so zeigt sich bald, daß sie im Gegensatz zu ähnlichen Stockungsperioden im Verlauf der letzten Jahre kaum mehr in „Engpässen“ der Grundstoffversorgung, sondern fast ausschließlich in Absatzschwierigkeiten liegen. Wie in den Abschnitten über „Produktion, Absatz und Be-

schäftigung“ sowie „Preise und Löhne“ eingehender ausgeführt, handelt es sich dabei vor allem um Erschwerungen im Auslandsabsatz, die teils durch Importbeschränkungen in wichtigen Abnehmerländern und teils durch die seit einiger Zeit festzustellende Verschlechterung der Wettbewerbslage der deutschen Industrie bedingt sind. Aber auch der Inlandsabsatz ist im letzten Halbjahr im großen und ganzen kaum mehr gestiegen, und die Möglichkeit, daß er in der nächsten Zeit zumindest für einen Teil der Industrie eher schrumpft als zunimmt, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Gründe hierfür sind an dieser Stelle schon vor Monaten, als man im allgemeinen noch die Stockung im Konsumgüterbereich als die vermeintliche Gefahr ansah, behandelt worden. Sie hängen einmal mit der allmählichen Befriedigung eines Teils des Wiederaufbaubedarfs in der Industrie zusammen, ergeben sich zum Teil aber auch daraus, daß es in manchen Bereichen nicht mehr ohne weiteres möglich ist, die Investitionstätigkeit in der bisherigen Weise zu finanzieren. Was das Letztere anbelangt, so ist insbesondere auf die verringerten Möglichkeiten der Selbstfinanzierung zu verweisen. Mit dem Anstieg der Löhne und gewisser bisher gebundener Grundstoffpreise sind in vielen Industrien die Kosten weit stärker gestiegen als die Erlöspreise, zumal diese seit geraumer Zeit großenteils unter Druck stehen. Auch die Steuerbelastung ist im allgemeinen größer geworden, da mit der Verlangsamung des Konjunkturanstiegs die bisher bestehende Divergenz zwischen laufendem Gewinn und der gewöhnlich nachhinkenden Steuerveranlagung mehr und mehr schwindet und im Sommer vorigen Jahres die steuerlichen Vergünstigungen für die Selbstfinanzierung beschränkt wurden. Aber sogar die normalen Abschreibungsbeträge ermöglichen heute oft nicht die gleichen Investitionen wie noch vor ein oder zwei Jahren, da sie auf den alten Anschaffungspreisen fußen und die Wiederbeschaffungspreise heute in der Regel wesentlich höher sind.

Das Kapitalmarktproblem

Die Ersetzung der Selbstfinanzierung durch Fremdmittel war bisher aber wohl in den meisten Fällen unmöglich. Wie es um die Chancen der Unterbringung von Wertpapieremissionen bis in

die neueste Zeit hinein bestellt war, ist in diesen Berichten wiederholt geschildert worden. In einem der folgenden Kapitel wird hierüber noch einmal zusammenfassend berichtet (S. 20 ff.). Aber auch die Banken sind nicht ohne weiteres bereit, in die durch das Versagen des Wertpapiermarktes entstandene Bresche zu springen. Seit der Währungsreform haben sie in erheblichem Umfang Kredite geben müssen, die normalerweise nur Vorfinanzierungskredite gewesen wären, aber wegen der Unmöglichkeit, sie über den Wertpapiermarkt zu konsolidieren, praktisch zum Teil langfristig geworden sind und von den Banken deshalb als ein nicht ganz organischer Bestandteil ihrer Anlagen empfunden werden. Man ist daher nicht nur bei der Gewährung neuer kurzfristiger Kredite sehr vorsichtig geworden, sondern ist offenbar auch bestrebt, den Block der praktisch langfristig gewordenen Kurzkredite wenigstens intern zu konsolidieren, indem man einen relativ hohen Teil des Zugangs an längerfristigen Fremdmitteln nicht entsprechend ausleiht. Die seit über einem Jahr so erfreuliche Zunahme der Spartätigkeit hat sich deshalb, von gewissen Ausnahmen abgesehen, bisher nicht in einer entsprechenden Ausdehnung der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Investitionskredite ausgewirkt und auch noch nicht den Einfluß auf die Kreditkosten ausgeübt, der bei einem funktionierenden Kapitalmarkt sicher mit ihr verbunden gewesen wäre.

Allerdings stehen diesen negativen Wirkungen auf die Investitionskonjunktur auch eine Reihe von entgegengerichteten Tendenzen gegenüber. So sind z. B. die Aussichten des Wohnungsbaus anhaltend günstig. Wenn er in den letzten Wochen aus Witterungsgründen hier und da vielleicht stärker eingeschränkt wurde als sonst um diese Jahreszeit üblich, so wird seine Belebung im nächsten Jahr dafür um so intensiver sein, zumal auch die neuen Baugenehmigungen in den letzten Monaten dem Gesamtbetrage nach höher waren als im Vorjahr und die Finanzierung hier weniger Schwierigkeiten bereitet als in anderen Wirtschaftsbereichen. Auch die öffentliche Bautätigkeit dürfte noch kaum ihren Kulminationspunkt erreicht haben. Mit einiger Sicherheit kann schließlich — um nur noch einen Bereich zu nennen — ein wachsendes Investitionsvolumen in den Grundstoffindustrien erwartet werden,

weil hier nunmehr die durch die Investitionshilfe aufgebrauchten Beträge zur Verfügung stehen und mit der Erhöhung der Preise für Kohle sowie Stahl und Eisen die Aussichten für die Aufbringung eigener Finanzierungsmittel etwas günstiger geworden sind, wenngleich damit auch noch in keiner Weise Investitionen sichergestellt sind, die den Vergleich mit den Eisen- und Stahl- Investitionen in anderen Ländern aushalten könnten. Aber es ist sehr die Frage, ob diese Tendenzen ein hinreichendes Gegengewicht gegen die oben geschilderte Verschlechterung der Investitionschancen in einem großen Teil der übrigen Wirtschaft bilden würden, wenn es nicht gelingen sollte, auch hier durch die Zuführung neuer und nicht zu kostspieliger Finanzierungsmittel die Investitionsfähigkeit vor einem Absinken zu bewahren.

Diese Perspektiven zeigen klar die Bedeutung des mit dem kürzlich verabschiedeten Kapitalmarktgesetz unternommenen Versuchs, zumindest einen Teil der Hindernisse zu beseitigen, die bisher einer Wiederbelebung des Kapitalmarktes, und zwar vor allem des Wertpapiermarktes, im Wege standen. Näheres über den ökonomischen Hintergrund und die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes enthält der Schlußabschnitt des Kapitels über „Geld und Kredit“ im vorliegenden Bericht. Auch eine knappe Würdigung wird dort versucht. Zweifellos bedeutet das Gesetz gegenüber der bisherigen Linie der Kapitalmarktpolitik insofern einen wichtigen Fortschritt, als es mit der künstlichen Niedrighaltung der Kapitalzinssätze, die für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung viel mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat, bricht und sie durch ein flexibleres System ersetzt, in dem die Zinshöhe besonders da, wo es im allgemeinen Interesse liegt, grundsätzlich nur noch durch Steuervergünstigungen und nicht mehr durch ein administratives Dekret in Grenzen gehalten werden soll. Freilich ist es wichtig, daß diesem Grundsatz nun auch wirklich Rechnung getragen wird und nicht mit Hilfe der im Kapitalmarktgesetz erneut verankerten staatlichen Interventionsmöglichkeiten die marktmäßigen Einflüsse auf die Zinsbildung auch weiterhin mehr oder weniger ausgeschaltet werden.

Vor allem aber sollte man sich nicht der Illusion hingeben, daß nun Entscheidendes für

den Kapitalmarkt getan sei und weitere Maßnahmen deshalb weniger dringlich seien. Demgegenüber wäre energisch zu betonen, daß der Gesetzgeber schon dadurch, daß er das neue Kapitalmarktgesetz als „Erstes Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes“ bezeichnete, selber unterstrich, daß es lediglich eine Teilmaßnahme darstellt und daß weitere Schritte erforderlich sind, um die Reform der bisherigen Kapitalmarktpolitik zu vollenden. Wie unten (S. 20 ff.) dargelegt wird, sind insbesondere ergänzende Maßnahmen zugunsten der Aktie vonnöten, da sich die mit dem Ersten Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes getroffenen Erleichterungen ausschließlich auf die festverzinslichen Wertpapiere beziehen und die Aktie damit noch stärker als bisher ins Hintertreffen geraten könnte.

Nicht zuletzt wird eine stärkere Belebung des Kapitalmarktes aber auch davon abhängen, ob es möglich sein wird, die gegenwärtige Steuerlast zu mildern, denn die augenblickliche Höhe der Steuersätze bildet neben den kapitalmarktpolitischen Mißgriffen der bisherigen Wirtschaftspolitik und den bekannten psychologischen Hemmungen zweifellos die stärkste Barriere, auf die die Wiederbelebung des Kapitalmarktes stößt. Gewiß hat man versucht, dieses Hindernis durch Steuervergünstigungen wenigstens teilweise abzubauen, aber ganz abgesehen davon, daß die Gewährung von Steuerprivilegien ihre Grenzen hat, ist sie gerade beim Wertpapiererwerb zwangsläufig mit Nebenwirkungen (wie z. B. der Einführung von Sperrfristen für die steuerbegünstigt erworbenen Wertpapiere) verbunden, die für den Markt und die Kursbildung eine nicht geringe Belastung darstellen. Zweifellos läge eine Steuersenkung also sehr im Interesse des Kapitalmarktes, und zwar besonders, wenn sie in einer möglichst generellen, vor allem die steile Progression der Einkommensteuer mildernden Weise erfolgen könnte, zumal dabei eine Vereinfachung des bestehenden Systems möglich wäre. Freilich darf eine Steuersenkung das zur Deckung des unabweisbaren Staatsbedarfs erforderliche Steueraufkommen nicht gefährden, weil jedes mehr als nur vorübergehende Defizit in den öffentlichen Haushalten Gefahren für die Währung heraufbeschwören könnte, die mit ihrer abträglichen Wirkung auf die Sparneigung die

Entspannung des Kapitalmarktes nur erneut aufs Spiel setzen und damit eine der wesentlichsten der mit der Steuersenkung verfolgten Absichten vereiteln würde. Aber innerhalb der budgetmäßig möglichen Grenzen sollte alles geschehen, um Wirtschaft und Sparer steuerlich zu entlasten und die Kapitalbildungsfähigkeit vor allem wieder in denjenigen Schichten zu fördern, deren Ersparnisse früher vor allem den Wertpapiermärkten zugute kamen.

Die Exportnotwendigkeit

Neben der Förderung des Kapitalmarktes muß aber noch auf eine zweite wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer expansiven Wirtschaftsentwicklung hingewiesen werden, nämlich auf die Sicherung eines ausreichenden Exports. Wie sehr die Beschäftigung speziell unserer Investitionsgüterindustrien vom Auslandsabsatz abhängt, hat das letzte Halbjahr mit aller Deutlichkeit gezeigt: Auf die Verminderung des Exports war es in dieser Periode, wie schon oben erwähnt, in erster Linie zurückzuführen, daß in einzelnen Branchen die Produktion nicht nur stagnierte, sondern trotz der fördernden Saisontendenz sogar hinter dem Höchststand vom letzten Sommer zurückblieb. Die Investitionsgüterindustrien haben in Westdeutschland immer eine verhältnismäßig hohe Exportquote aufgewiesen, und in einigen von ihnen, und zwar gerade in den wichtigsten, wäre es auf die Dauer kaum möglich, das Beschäftigungsniveau zu halten, wenn es nicht weiter im Auslandsabsatz eine angemessene Stütze fände.

Aber nicht nur die Beschäftigungssicherung, sondern auch die Perspektiven der weiteren Zahlungsbilanzentwicklung geben Anlaß, die Notwendigkeit eines ausreichenden Exports erneut zu unterstreichen. Im November d. J. dürfte die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik zum ersten Mal seit geraumer Zeit auch im ganzen wieder mit einem Passivsaldo abschließen, da das Defizit gegenüber der EZU voraussichtlich über die im Verkehr mit den sonstigen Ländern erzielten (vorläufig übrigens nicht durchweg verwertbaren) Überschüsse hinausgehen wird. Gewiß soll nun dieses Faktum nicht dramatisiert werden. Daß unsere Zahlungsbilanz mit der EZU für einige Zeit passiv werden würde, ist erwartet worden und entspricht nicht nur der Saisontendenz, son-

dem im Hinblick auf unseren hohen kumulativen Rechnungsüberschuß in der EZU-Abrechnung auch dem inneren Ausgleichsbedürfnis dieser Organisation, wenngleich die nach und nach wieder erreichte traditionelle Struktur der deutschen Handelsbilanz mit ihrer Tendenz zu Überschüssen in Europa und Defiziten in Übersee, besonders im Dollar-Raum, einen so begrenzten Ausgleich auch allmählich als Schranke für die weitere Entwicklung empfinden läßt. Möglicherweise sind auch manche der Entwicklungen, auf die die erneute Passivität zurückgeht, zum Teil nur vorübergehend. Aber andererseits ist doch auch unverkennbar, daß die Anforderungen an die Zahlungsbilanz wachsen und wachsen müssen, wenn sich die Produktion konjunkturell weiter ausdehnt. Das Einfuhrvolumen der ersten zehn Monate des laufenden Jahres war zweifellos nicht groß. Sinkt die Konjunktur nicht ab, so wird es im nächsten Jahr sicher größer sein. Auch ein neues Anziehen der Weltmarktpreise würde den Devisenbedarf für Einfuhrzwecke sofort erweitern, während wir von Mitte 1951 bis in die Gegenwart hinein erheblich vom Rückgang der Weltmarktpreise profitiert haben. Im nächsten Jahr werden außerdem die Zahlungen auf die Vor- und Nachkriegsschulden gemäß dem Londoner Schuldenplan beginnen, und zwar nach dem gegenwärtigen Stand der Berechnungen mit zunächst 567 Mill. DM pro Jahr. Ferner muß mit der baldigen Aufnahme der kürzlich vereinbarten Reparationslieferungen an Israel und die Jüdischen Weltorganisationen gerechnet werden, und schließlich wird die in Aussicht genommene Liberalisierung bestimmter Posten des Kapitalverkehrs gewisse zusätzliche Belastungen für die Zahlungsbilanz mit sich bringen.

Angesichts dieser Entwicklungstendenzen müssen die Schwierigkeiten, auf die der deutsche Export im Verlauf des letzten Halbjahrs teilweise gestoßen ist, mit einiger Sorge betrachtet und

alle Anstrengungen gemacht werden, um ein Absinken unserer Ausfuhrziffern zu verhindern. Allerdings kann die Parole nicht Exportförderung um jeden Preis lauten. Die soeben geschilderten Tendenzen der Zahlungsbilanz zeigen vielmehr, daß Westdeutschland auch heute noch darauf angewiesen ist, seine Exportkraft im wesentlichen zur Deckung seines Einfuhrbedarfs und seiner laufenden Auslandsverpflichtungen einzusetzen, und daß es sich deshalb nur in Ausnahmefällen Exporte leisten kann, die ihm nicht in absehbarer Zeit verwertbare Devisen einbringen. In den letzten ein bis zwei Jahren ist dieser Gesichtspunkt teilweise etwas zu wenig beachtet worden. In einigen Fällen sind daher Ausfuhrüberschüsse entstanden, deren Devisenegenwert nur langsam und nur unter Opfern einzuholen sein wird. Solche Exportüberschüsse sind vorläufig aber kaum mit der bestmöglichen Verwertung unserer volkswirtschaftlichen Arbeitskraft in Einklang zu bringen. Die Schwierigkeiten, die teilweise auch für die Exporteure aus jener Entwicklung entstanden sind, sollten daher dazu Anlaß geben, die Exportbemühungen in verstärktem Maße auf die Ausfuhr gegen Hartwährungen zu richten. Diese Ausfuhr ist zwar in der Regel schwieriger als die in bestimmte Verrechnungsländer, aber andererseits birgt sie auch weniger Risiken in sich, ebenso wie sie den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft viel mehr entspricht, da im Verkehr mit den Hartwährungsländern der Ausgleich unserer Devisenbilanz noch immer auf einer recht schwachen Grundlage ruht und unsere Hartwährungsreserven nach wie vor relativ bescheiden sind. Freilich muß immer wieder betont werden, daß ein Erfolg in dieser Richtung weitgehend von der allgemeinen Entwicklung der Weltmärkte abhängt, die eng an die Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten von Amerika geknüpft ist.

Geld und Kredit

Die Entwicklung der kurzfristigen Wirtschaftskredite der Banken

Die seit Anfang August 1952 — d. h. also ziemlich genau seit dem Beginn der diesjährigen Herbst-Belebung der Wirtschaft — zu verzeichnende erneute Expansion der kurzfristigen Bankkredite an Wirtschaftsunternehmungen und Private hat in der Berichtsperiode angehalten. Nach den vorläufigen Ergebnissen der monatlichen Bankenstatistik ist das Volumen dieser Kredite im Oktober um ungefähr 360 Mill. DM auf etwa 17380 Mill. DM gewachsen, und im November hat sich diese Entwicklung aller Wahrscheinlichkeit nach fortgesetzt. Von den 480 wöchentlich berichtenden Geldinstituten, auf die ungefähr 72 vH des gesamten Kreditvolumens entfallen, wird jedenfalls für die ersten beiden Novemberwochen per Saldo eine erneute Zunahme der kurzfristigen Wirtschaftskredite um ungefähr 157 Mill. DM gemeldet. Ihr Gesamtvolumen an derartigen Krediten war damit am 15. November 1952 mit 12142 Mill. DM um 1050 Mill. DM größer als am 7. August (von welchem Termin an das Kreditvolumen nach einem mehrmonatigen Rückgang wieder zu wachsen begonnen hatte), aber auch der vor dem Kreditrückgang von April bis Juli erreichte Stand war am 15. November bereits wieder um rd. 0,7 Mrd. DM oder etwa 6 vH überschritten.

Gleichwohl ist das Tempo dieser Expansion bisher in keiner Weise beunruhigend. Betrachtet man ihren zeitlichen Ablauf, so zeigt sich zunächst keinerlei Tendenz zu einer Verstärkung. Die Krediterweiterung war, wie bereits in den beiden vorangegangenen Monatsberichten erwähnt, besonders stark im September, als gewisse saisonale Kreditbedürfnisse mit dem Geldbedarf zusammentrafen, den der vierteljährliche Zahlungstermin für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer mit sich brachte (eine Kumulierung, die sich im Dezember übrigens aller Voraussicht nach wiederholen wird). Aber schon im Oktober, und zwar besonders in der zweiten Hälfte des Monats, war die Zunahme wieder wesentlich geringer, und im November hat sich das Expansionstempo zumindest in der ersten

Monatshälfte kaum gesteigert, obwohl die Einfuhr gerade in der letzten Zeit stärker zugenommen hat und Veränderungen in der Einfuhr den Kreditbedarf erfahrungsgemäß ziemlich stark beeinflussen. Auch im Vergleich zu früheren Jah-

*Kurzfristige Kredite der Geldinstitute**
Zunahme (+) bzw. Abnahme (–) in Mill. DM

Zeit	Kredite			
	insgesamt	davon		
		an öffentl. Körperschaften ¹⁾	an Wirtschaftsunternehmungen und Private	darunter: Akzeptkredite
alle monatlich berichtenden Geldinstitute ²⁾				
1952				
1. Vierteljahr	+ 1 298	+ 92	+ 1 206	– 107
2. „	– 109	+ 25	– 134	– 402
Juli	+ 227	+ 212	+ 15	– 3
August	+ 329	+ 61	+ 268	+ 3
September	+ 460	– 151	+ 611	+ 17
Oktober ³⁾	+ 375	+ 15	+ 360	
darunter 480 wöchentlich berichtende Geldinstitute				
1. Vierteljahr	+ 1 029	+ 201	+ 828	– 83
2. „	– 209	+ 15	– 224	– 335
Juli	+ 160	+ 203	– 43	– 2
August	+ 263	+ 68	+ 195	+ 33
September	+ 248	– 167	+ 415	+ 13
Oktober	+ 177	– 21	+ 198	+ 24
1. Okt.-Woche	– 99	– 49	– 50	– 1
2. „	+ 167	– 26	+ 193	+ 10
3. „	+ 11	– 38	+ 49	+ 8
4. „	+ 99	+ 92	+ 7	+ 5
1. Nov.-Woche	– 57	– 54	– 3	– 1
2. „	+ 133	– 27	+ 160	+ 2

*) Ohne Bank-an-Bank-Kredite. — ¹⁾ Kurzfristige Kredite, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. — ²⁾ Ohne Teilzahlungsbanken, KfW, Finag, Postscheck- und Postsparkassenämter. Die Ziffern sind infolgedessen nicht mit denen der Tabelle „Kreditgewährung und längerfristige Fremdmittel der Kreditinstitute“ vergleichbar. — ³⁾ Geschätzt.

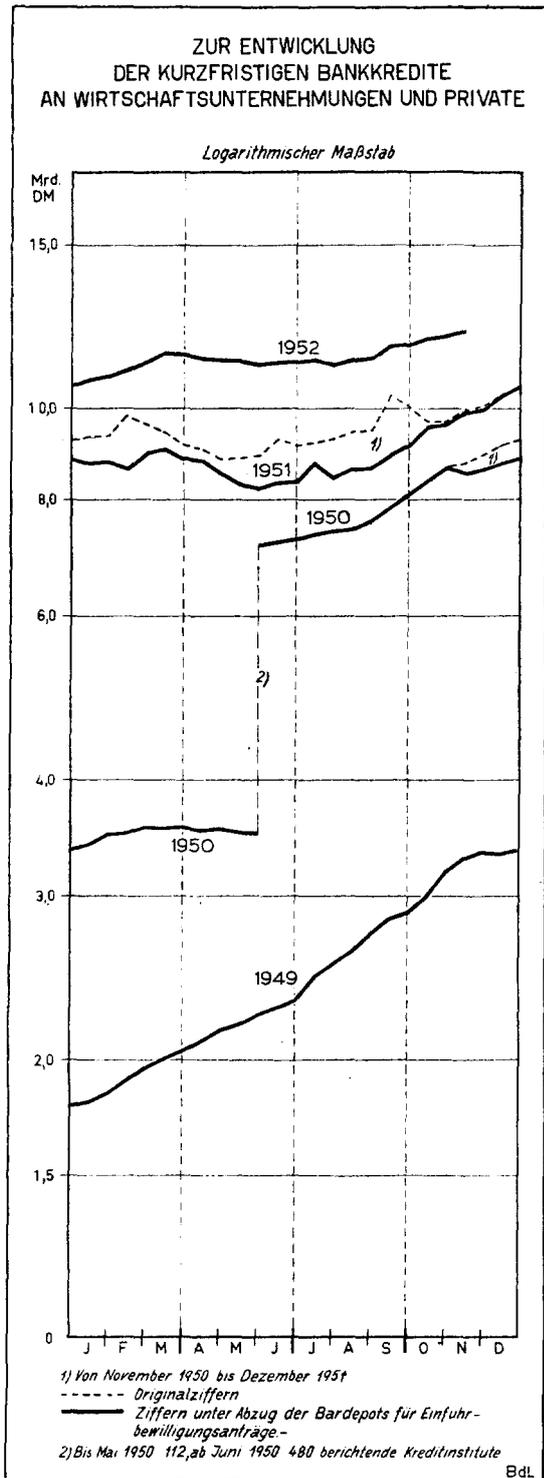
ren ist die erneute Kreditausdehnung bisher relativ gering. Im Oktober 1948 und 1949 z. B. hatten die kurzfristigen Wirtschaftskredite allein bei den damals 112 wöchentlich berichtenden Kreditinstituten, die am Gesamtvolumen an solchen Krediten nur mit etwa einem Drittel beteiligt gewesen waren, um 144 bzw. 314 Mill. DM zugenommen, und im Oktober 1950 war bei den seit Juni 1950 wöchentlich berichtenden 480 Banken und Sparkassen das Volumen dieser Kredite um nicht weniger als 540 Mill. DM gewachsen. Lediglich im Oktober 1951 war bei dem gleichen Kreis von Banken der Gesamtbetrag der ausstehenden Kurzkredite an Wirtschaftsunternehmungen und Private statt sich auszu-

dehnen um 349 Mill. DM zurückgegangen, aber in der gleichen Zeit hatten die Bardepots, die bis dahin für Einfuhrbewilligungsanträge bei den Landeszentralbanken unterhalten werden mußten, um 815 Mill. DM abgenommen, so daß die Wirtschaft aus dieser Quelle weit mehr Mittel

zurückerhalten hatte als sie damals für die Abdeckung von Bankkrediten verwendete, was praktisch einer weiteren Ausdehnung des für den laufenden Umsatz in Anspruch genommenen Bankkredits gleichkam. Hält man sich demgegenüber noch einmal die Ziffern der gegenwärtigen Zunahme der kurzfristigen Wirtschaftskredite bei dem entsprechenden Bankenkreis vor Augen — 198 Mill. DM im Oktober und 157 Mill. DM in der ersten Novemberhälfte oder zusammen 3 vH des Standes von Ende September —, so zeigt sich deutlich, wie sehr die gegenwärtige Entwicklung von der hektischen Expansion früherer Perioden entfernt ist. Die schon in den beiden letzten Monatsberichten vertretene Ansicht, daß in ihr das spekulative Element wohl völlig fehlt und saisonmäßige Faktoren zusammen mit dem organischen Wirtschaftswachstum ihre eigentliche Grundlage bilden, hat sich jedenfalls in den letzten Wochen durchaus bestätigt.

Die Gewährung
mittel- und langfristiger
Kredite und das Aufkommen
an längerfristigen
Fremdmitteln bei den Banken
Längerfristige Kredite, Wertpapierbestände
und Konsortialbeteiligungen der Banken

Relativ stark sind in der Berichtsperiode dagegen wieder die — hauptsächlich der Investitionsfinanzierung dienenden — mittel- und langfristigen Bankkredite gestiegen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der fast das gesamte Kreditvolumen umfassenden Monatsstatistik betrug ihre Zunahme im Oktober 540 Mill. DM gegen 432 Mill. DM im Durchschnitt des dritten und 312 bzw. 269 Mill. DM im Durchschnitt des zweiten bzw. ersten Quartals von 1952. Auch die — ebenfalls zum großen Teil einen Beitrag zur Investitionsfinanzierung darstellenden — Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen der Banken dürften weiter zugenommen haben, wenn sich nicht die zumindest bis Ende September (dem letzten Zeitpunkt, für den Angaben vorliegen) ständig aufwärts gerichtete Entwicklung plötzlich geändert hat. Gegenüber den mittel- und langfristigen Krediten der Banken bleibt dieser Beitrag zur Investitionsfinanzierung freilich noch immer von untergeordneter Bedeutung. Im Monatsdurchschnitt des



dritten Vierteljahres ist der Gesamtbetrag der Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen der Banken — nach Abzug des (allerdings nur geschätzten) Zugangs auf Grund von Neubewertungen — nur um knapp 22 Mill. DM gewachsen. Ende September d. J. wurden die beiden Posten in den Zwischenausweisen der von der monatlichen Bankenstatistik erfaßten Institute (ohne Post) daher auch erst mit rd. 1 Mrd. DM (Buchwert) beziffert, wovon etwas weniger als ein Viertel auf Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder (insbesondere wohl auf die Bayern-Anleihe vom Frühjahr d. J.) und reichlich drei Viertel auf sonstige Werte, und zwar dem Vernehmen nach hauptsächlich auf Dividendenpapiere, entfielen. Die mittel- und langfristigen Bankkredite beliefen sich demgegenüber Ende September auf 12,6 Mrd. DM, und die kurzfristigen Kredite machten zum gleichen Stichtag sogar 18,3 Mrd. DM aus.

Daß die mittel- und langfristigen Kredite in der letzten Zeit relativ stark zunahmen, erklärt sich zu einem großen Teil aus Saisongründen. Ein Teil der längerfristigen Kredite, vor allem die Hypotheken, wird bekanntlich erst ausgezahlt, wenn die Objekte, die ihrer Sicherung dienen, fertiggestellt sind, und da in der Bankenstatistik die ausgezahlten und nicht die zugesagten Kredite erfaßt werden, ist ihr Zugang am Ende der Bausaison also in der Regel stärker als im ersten Teil des Jahres. Hinzu kommt, daß die längerfristige Kreditgewährung in der ersten Hälfte des laufenden Jahres verhältnismäßig geringfügig war. In den beiden ersten Quartalen ist der Gesamtbetrag der bei den Banken und Sparkassen ausstehenden mittel- und langfristigen Kredite an Nichtbanken im Monatsdurchschnitt nur um 253 Mill. DM gewachsen. Die Zunahme war damit um etwa 19 vH hinter der des Vorjahres zurückgeblieben, obwohl die Netto-Anlageinvestitionen im ersten Halbjahr um rd. 4 vH höher waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres und vor allem, obwohl das laufende Sparaufkommen weit über das von 1951 hinausging. Wie in früheren Monatsberichten mehrfach ausgeführt, hatte das hauptsächlich daran gelegen, daß die Kreditinstitute seit Mitte 1951 offensichtlich bestrebt waren, für ihre in der Zeit der Korea-Krise teilweise weit über die damals stark geschrumpfte Sparkapitalbildung hinausgegan-

gene Kreditgewährung nun einen Ausgleich zu schaffen und zu diesem Zweck bis auf weiteres einen Teil der neu anfallenden Sparmittel für die innere Konsolidierung zu verwenden. Es ist möglich, daß nun, nachdem diese Praxis etwa ein Jahr hindurch geübt worden ist, die Ausleihungspolitik der Banken wieder großzügiger wird und die Zunahme der längerfristigen Kredite sich demgemäß wieder stärker dem Zugang an längerfristigen Mitteln anpaßt. Von einer engen Übereinstimmung der beiden Entwicklungen kann allem Anschein nach aber auch heute noch keine Rede sein, sondern die Ausdehnung der längerfristigen Kredite bleibt offenbar weiter in gewissem Umfang hinter dem Aufkommen an längerfristigen Mitteln zurück, das die Banken auf Grund der verschiedenartigsten Sparprozesse verzeichnen können.

Das Aufkommen an längerfristigen Mitteln

Versucht man, sich über diese Relation näher Rechenschaft zu geben, so ist zunächst einmal festzustellen, in welchem Umfang die Kreditinstitute bei ihrer längerfristigen Kreditgewährung überhaupt nur Gelder anderer Kreditgeber weiterleiten und insofern für die Kreditgewährung keine eigenen Mittel einzusetzen brauchen. Einen Anhaltspunkt hierfür liefert die Höhe der seitens der Kreditinstitute bei Nichtbanken aufgenommenen Gelder und Darlehen mit mindestens sechsmonatiger Laufzeit bzw. Kündigungsfrist, bei denen es sich zum weitaus größten Teil um Gelder öffentlicher Herkunft, also zum großen Teil um „Zwangssparbeiträge“ aus den öffentlichen Haushalten handelt. Allein im September und Oktober haben diese praktisch nur durch die Institute durchgeleiteten Mittel um 302 bzw. 310 Mill. DM zugenommen, d. h. auf sie entfiel mehr als die Hälfte der in diesen Monaten von den Kreditinstituten ausgewiesenen Erhöhung des Gesamtbetrages ihrer ausstehenden mittel- und langfristigen Kredite¹⁾. In den entsprechenden Mona-

¹⁾ Die „Durchleitgelder“ ziffernmäßig exakt zu erfassen, ist beim derzeitigen Stande der statistischen Erhebungen nicht möglich. Es sei darauf hingewiesen, daß der Begriff nicht identisch ist mit dem der „durchlaufenden Kredite (nur Treuhandgeschäfte)“, die in den Bilanzen gesondert ausgewiesen werden. Dieser umfaßt vielmehr nur diejenigen Gelder, bei denen das durchleitende Kreditinstitut keine weitergehende Haftung als die eines Treuhänders übernommen hat, während wirtschaftlich gesehen natürlich auch alle jenen Gelder als „Durchleitgelder“ anzusehen sind, bei denen — wie z. B. bei der Weiterleitung von Gegenwertmitteln, aber auch vieler anderer öffentlicher Kreditmittel — die Kreditinstitute in Höhe eines bestimmten Vornhundertatzes für etwaige Ausfälle haften.

Kreditgewährung und längerfristige Fremdmittel der Kreditinstitute*)

in Mill. DM

	1952							Stand Ende Oktober () = geschätzt
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	davon			Oktober () = geschätzt	
				Juli	August	September		
Zunahme (+) oder Abnahme (—)								
I. Kreditgewährung								
Kurzfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmungen und Private	+ 1 210	— 88	+ 944	+ 33	+ 286	+ 625	+ (365)	(17 740)
Öffentliche Körperschaften	— 103	— 36	+ 1	+ 3	— 22	+ 20	+ (40)	(336)
Mittel- und langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmungen und Private	+ 659	+ 757	+ 1 039	+ 344	+ 344	+ 351	+ (445)	(12 905)
Öffentliche Körperschaften	+ 150	+ 179	+ 258	+ 73	+ 84	+ 101	+ (95)	(2 375)
Schatzwechsel und unverzins- liche Schatzanweisungen	+ 150	+ 104	+ 115	+ 176	+ 44	— 105	— (95)	(1 200)
Wertpapiere und Konsortial- beteiligungen	+ 98	+ 125	+ 65	+ 22	+ 23	+ 20 ⁵⁾	+ (25)	(1 200)
Kreditgewährung insgesamt	+ 2 164	+ 1 041	+ 2 422	+ 651	+ 759	+ 1 012	+ (875)	(35 796)
II. Längerfristige Fremdmittel								
Spareinlagen	+ 566	+ 445	+ 465	+ 142	+ 152	+ 171	+ (238)	(6 696)
Termineinlagen ¹⁾	+ 827	+ 260	+ 623	+ 252	+ 173	+ 198	+ (252)	(7 654)
Bankschuldverschreibungen ²⁾	+ 174	+ 173	+ 131	+ 35	+ 39	+ 57	+ (75)	(2 772)
Bei Nichtbanken aufgenom- mene Gelder ³⁾ und Darlehen einschl. aufgenommener Gegenwertmittel	+ 507	+ 755 ⁴⁾	+ 713	+ 181 ⁴⁾	+ 230	+ 302	+ (310)	(8 423)
Längerfristige Fremdmittel insgesamt	+ 2 074	+ 1 633	+ 1 932	+ 610	+ 594	+ 728	+ (875)	(25 545)
III. S a l d o (I - II)	+ 90	— 592	+ 490	+ 41	+ 165	+ 284	—	(10 251)

*) Für die monatliche Bankenstatistik berichtende Geldinstitute, Teilzahlungsfinanzierungsinstitute, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-AG Speyer, Postscheck- und Postsparkassenämter. — ¹⁾ Einlagen mit Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat. — ²⁾ Saldiert mit eigenen Schuldverschreibungen im Bestand der Banken. — ³⁾ Mit Kündigung oder Laufzeit ab 6 Monate. — ⁴⁾ Von vorübergehenden Doppelzählungen durch Schätzung bereinigte Zahlen. — ⁵⁾ Nach Abzug des Zugangs durch Neubewertung in Höhe von etwa 180 Mill. DM.

ten des Vorjahres waren den Banken derartige Mittel dagegen nur in Höhe von 143 bzw. 163 Mill. DM zugeflossen. Allerdings entstammen diese Beträge, volkswirtschaftlich betrachtet, zum Teil nicht durchweg der laufenden Kapitalbildung. Das gilt insbesondere von den in ihnen enthaltenen, aber nicht genau erfaßbaren Gegenwertmitteln, die, zumindest soweit sie Investitionszwecken dienen, in der Regel über die Banken geleitet werden. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, übertrifft nämlich seit dem vierten Quartal vorigen Jahres der Einsatz von Gegenwertmitteln regelmäßig deren Bildung, da infolge des Rückgangs der Auslandshilfe nur noch wenig neue counterpart funds anfallen und der laufende Einsatz solcher Mittel daher mehr und mehr aus den in den Vorjahren angesammelten und bisher stillliegenden Beträgen gespeist wird. Im Grunde läuft die Verwendung von Gegen-

wertmitteln heute also zu einem erheblichen Teil auf eine Vergrößerung der „aktiven“ Geldmenge hinaus, so daß es streng genommen nicht mehr angängig ist, die den Banken zufließenden Gegenwertmittel in vollem Umfang als Bestandteil der ihre Kreditgewährung geldpolitisch neutralisierenden „Kapitalbildung“ zu betrachten. Immerhin ist der Anteil der sich auf Gegenwertmittel stützenden Bankkredite heute nicht mehr sehr bedeutend. Die Freigabe von Gegenwertmitteln für Investitionen im Bundesgebiet stellte sich im Oktober nur noch auf 38 Mill. DM (bei einer Zunahme der mittel- und langfristigen Bankkredite von insgesamt 540 Mill. DM), und es ist nicht sicher, ob dieser Betrag zur Gänze über die Banken verteilt wurde. Bei einer Gesamtbetrachtung der monetären Lage aber ist sehr wohl im Auge zu behalten, daß nicht nur im Rahmen derartiger Kredite, sondern auch

über die mannigfaltigen anderen Ausgaben, für die Gegenwertmittel verwendet werden, seit etwa Jahresfrist nun ständig Geldbeträge aktiviert werden, die bisher stillgelegen haben, ebenso wie umgekehrt in den vorangegangenen Jahren durch die Ansammlung dieser Beträge dem Kreislauf in der Regel Mittel entzogen worden waren. Die

Die Bildung und Verwendung von Gegenwertfonds
in Mill. DM

Zeit	Ein- gänge	Ausgänge					Über- schuß der Ein- gänge (+) bzw.: der Aus- gänge (-)
		ins- gesamt	davon				
			Inve- stitions- kredite und -zu- schüsse	Berlin- Hilfe und sonstige Zah- lungen an Berlin	DM- Bedarf der alli- ierten Dienst- stellen	Sonstige Aus- gänge ²⁾	
1950 1. Vj.	621 ¹⁾	612	590	—	—	22	+ 9
2. "	920 ¹⁾	578	370	60	100	48	+ 342
3. "	752	783	469	75	60	179 ²⁾	- 31
4. "	572	707	532	141	—	34	-135
1951 1. Vj.	470	442	248	122	35	37	+ 28
2. "	626	567	187	165	160	55	+ 59
3. "	479	373	259	45	—	69	+106
4. "	300	484	244	63	102	75	-184
1952 1. Vj.	175	278	150	90	—	38	-103
2. "	74	263	126	63	—	74	-189
3. "	134 ⁴⁾	309 ⁴⁾	166	20	—	123 ⁴⁾	-175
Oktober	40	91	38	42	—	11	- 51

¹⁾ Einschließlich insgesamt 117 Mill. DM Überschuß der empfangenen über die abgegebenen Ziehungsrechte. — ²⁾ Einschließlich 60 Mill. DM Überschuß der abgegebenen über die empfangenen Ziehungsrechte. — ³⁾ Darin enthalten u. a. Zahlungen an die Bundesregierung und Aufwendungen für den Außenhandel. — ⁴⁾ Statistisch bereinigte Zahlen.

obenstehende Tabelle gibt näheren Aufschluß darüber, um welche Beträge es sich dabei im Verlauf der letzten Zeit gehandelt hat.

Aber auch dem nicht auf derartigen „Durchleitgeldern“ beruhenden Teil der längerfristigen Kreditgewährung der Banken stand in der letzten Zeit dank der anhaltend hohen Sparrate weiter ein erheblicher Zugang an längerfristigen Mitteln gegenüber. So war vor allem der Zuwachs an Spareinlagen noch eindrucksvoller als bisher. Im Oktober betrug er nach den vorläufigen Ergebnissen der monatlichen Bankenstatistik 238 Mill. DM gegen 171 Mill. DM im September und 155 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des gesamten dritten Vierteljahrs. Einen sehr starken Anteil hieran scheint die Sparwerbung aus Anlaß des „Weltspartags“ am 31. Oktober gehabt zu haben. Bei den 480 wöchentlich berichtenden Geldinstituten nahmen jedenfalls die Spareinlagen allein in der vierten Oktober-Woche um fast 50 Mill. DM

(bei einem Zugang von etwa 132 Mill. DM im gesamten Monat) zu. Aber auch für November ist ein verhältnismäßig hoher Zugang zu erwarten. Bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken, auf die im bisherigen Verlauf des Jahres mehr als die Hälfte des gesamten Zuwachses entfiel, sind die Spareinlagen jedenfalls bereits in den beiden ersten Wochen des Monats wieder um den gleichen Betrag wie in der entsprechenden Zeit des Vormonats, nämlich um 59 Mill. DM, gestiegen, und dies, obwohl verschiedenen Anzeichen zufolge schon jetzt in erheblichem Umfang Weihnachtseinkäufe getätigt werden. Die Tatsache, daß mit der wachsenden Beschäftigung die Einkommen dauernd größer werden und gleichzeitig auch beim Konsumenten dank der anhaltenden Preisstabilität nicht die mindeste Neigung zu spekulativen Voreindeckungen besteht, findet also in der Sparkapitalbildung einen deutlichen Niederschlag. Seit Beginn des Jahres 1952 sind die Spareinlagen nunmehr um über anderthalb Milliarden DM gewachsen gegen nur knapp 0,5 Mrd. DM in der gleichen Zeit des Vorjahres und nur 0,9 Mrd. DM im ganzen Jahre 1951. Die Erhöhung dürfte dabei bis auf einen verhältnismäßig geringen Betrag, der insbesondere mit Umbuchungen öffentlicher Gelder zusammenhängt, „echt“ sein, d. h. wirkliche Neubildung von Sparkapital darstellen. Auch die nun allmählich einsetzenden „Ausgleichsgutschriften für Vertriebenen-Sparguthaben“ auf Grund des Gesetzes über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener in der Fassung vom 14. August 1952 haben die Gesamtentwicklung bisher noch kaum beeinflusst. In Sparkassenkreisen werden die bereits getätigten Gutschriften jedenfalls auf höchstens 5 bis 10 Mill. DM beziffert, obwohl der zu erwartende Gesamtbetrag auf ungefähr 300 Mill. DM geschätzt wird. Die betreffenden Guthaben bleiben zunächst gesperrt und werden nur in dem Maße freigegeben, in dem aus dem Lastenausgleich die hierfür vorgesehenen Mittel bei den gutschreibenden Instituten eingehen.

Neben den Spareinlagen haben sich ferner die Termineinlagen beträchtlich weiter erhöht. Im Oktober betrug die Zunahme aller unter diese Kategorie fallenden Einlagen¹⁾ nach den vorläufigen Ergebnissen der monatlichen

¹⁾ Einlagen mit einer Kündigungsfrist oder vereinbarten Laufzeit von 30 Tagen und mehr.

Bankenstatistik 252 Mill. DM gegen etwa 198 Mill. DM im September und rd. 208 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des gesamten dritten Vierteljahrs. Ihr Gesamtbestand hatte damit am Ende des Berichtsmonats annähernd 7,7 Mrd. DM (oder 40 vH des Bestandes an Einlagen bei den Geschäftsbanken überhaupt) erreicht. Hiervon waren knapp zwei Drittel Einlagen von Wirtschaftsunternehmungen und Privaten und reichlich ein Drittel Einlagen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Der Fristigkeit nach hatten ebenfalls zwei Drittel eine vereinbarte Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 180 Tagen, während ein Drittel für längere Zeit und hiervon wieder die Hälfte für mehr als 360 Tage festgelegt war. In letzter Zeit ist nun besonders der Bestand an längerfristigen Termineinlagen gewachsen. So war jedenfalls Ende August, dem letzten Stichtag, für den diesbezügliche Angaben vorliegen, der Betrag der Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von 180 Tagen und mehr um 138 Mill. DM oder 5,6 vH höher als Ende Mai, während der Gesamtbestand an Termineinlagen zwischen den beiden Daten nur um 3,4 vH (wenn auch absolut genommen um 239 Mill. DM) gestiegen ist. Zweifellos indiziert dies eine entsprechende Verlangsamung ihrer Umschlagshäufigkeit, die nicht nur ein gewisses Gegengewicht gegen die fortschreitende Expansion des Geld- und Kreditvolumens bildet, sondern auch den Banken in gewissem Umfang die längerfristige Kreditgewährung erleichtert.

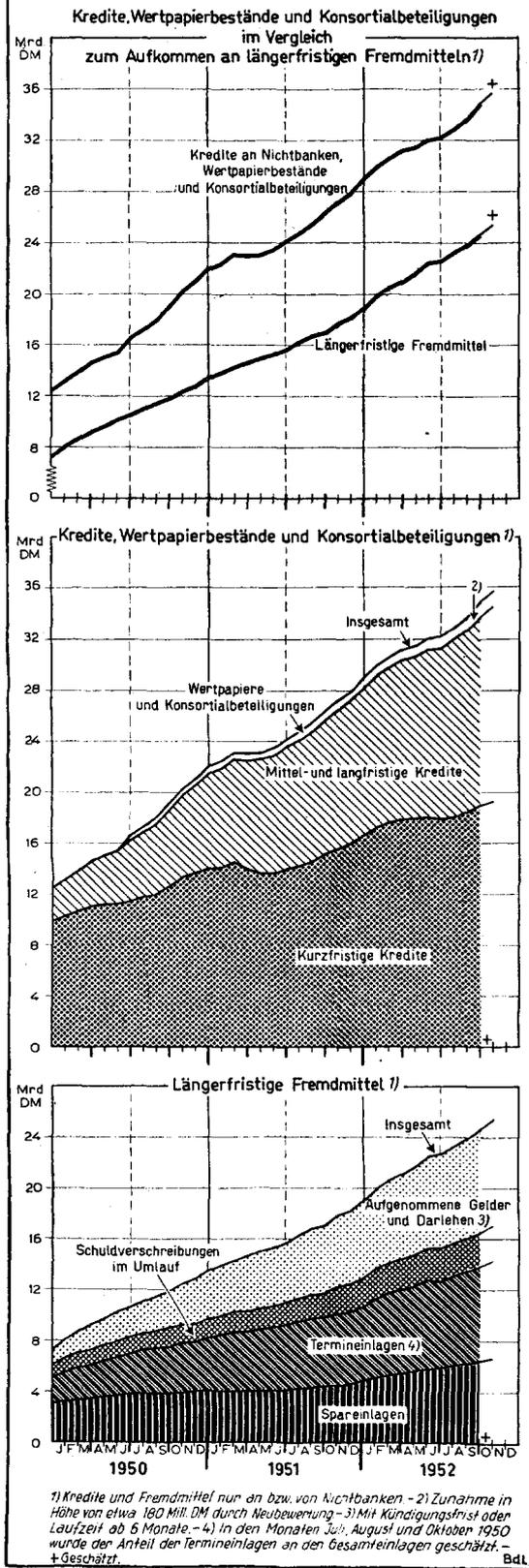
Aber auch der Absatz von Bankschuldverschreibungen, der den Banken die zuverlässigsten längerfristigen Mittel zuzuführen pflegt, ist in den letzten Monaten kontinuierlich gewachsen, wobei freilich zu beachten ist, daß diese Entwicklung von einem selbst für die Nachkriegsverhältnisse außerordentlich niedrigen Niveau ausging. Ende Oktober wurde der Umlauf an Bankschuldverschreibungen (nach vorläufigen Meldungen) mit etwa 75 Mill. DM höher ausgewiesen als Ende September, während im September und August der Zugang nur etwa 57 bzw. 39 Mill. DM betragen hatte. Private Zeichner dürften zu dieser Aufwärtsbewegung allerdings nur wenig beigetragen haben, da für sie der Erwerb von Wertpapieren bis zu der erst in diesen Tagen erfolgten Verabschiedung des sogenannten „Ersten

Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarkts“ (vgl. hierzu den letzten Unterabschnitt dieses Berichtsteils) aus den hier öfters erörterten Gründen kaum attraktiv war. Unsere laufende Teilerhebung über die Unterbringung von Wertpapieren nach Erwerbergruppen bestätigt vielmehr, daß im Oktober ein im Vergleich zu den Vormonaten eher noch größerer Teil der vom Markt absorbierten Effekten von öffentlich-rechtlichen Körperschaften übernommen wurde, wobei unter den Erwerbern des Restes Versicherungsunternehmungen wiederum die entscheidende Rolle gespielt haben dürften. Sicher ist das für die Verwendung des Erlöses aus diesen Papieren von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Denn es ist bekannt, daß öffentliche Stellen und oft auch Versicherungsunternehmungen den Gegenwert der von ihnen übernommenen Bankschuldverschreibungen den emittierenden Banken in der Regel nicht zur freien Verfügung überlassen, sondern daß sie die Übernahme der Papiere mit gewissen Auflagen für die Verwendung des Erlöses verknüpfen. Genau betrachtet gehören die mit Hilfe dieses „zweckgebundenen“ Wertpapierabsatzes finanzierten Bankkredite also vielmehr zu der bereits oben erwähnten Kategorie der „Durchleitkredite“ und nicht zu den aus freien Bankmitteln finanzierten und deshalb nach eigenem Ermessen der Banken gewährten Krediten. Aber an der Tatsache, daß die betreffenden Kredite durch eine entsprechende „Geldkapitalbildung“ bei den Banken gedeckt und geldpolitisch insofern „neutral“ sind, wird hierdurch nichts geändert.

Versuch einer Bilanz

Stellt man nun das im Vorangegangenen in seinen Einzelkomponenten erläuterte Gesamtaufkommen an längerfristigen Mitteln bei den Banken ihrer Kreditgewährung gegenüber (vgl. hierzu die Tabelle auf S. 13, so ergibt sich, daß es die Zunahme zumindest der mittel- und längerfristigen Kredite auch in der letzten Zeit mehr oder weniger übertroffen hat. Im Oktober allein dürfte der Überschuß etwa 335 Mill. DM betragen. Ein solcher Zustand ist an sich auch keineswegs anomal, weil es den Banken auf die Dauer selbstverständlich unmöglich ist, den Zugang an Spareinlagen oder an Termineinlagen völlig mit längerfristigen Krediten oder mit Wertpapier-

ZUR ANLAGEPOLITIK DER BANKEN



käufen und Konsortialbeteiligungen zu „belegen“. Bekanntlich verbieten das schon die zum Teil bestehenden Liquiditätsvorschriften. Immerhin ist das jeweilige Verhältnis zwischen der längerfristigen Kreditgewährung und dem Aufkommen an längerfristigen Mitteln für die Beurteilung der monetären Entwicklung nicht uninteressant, weil es in gewissen Grenzen Aufschluß darüber gibt, wie die jeweilige Kreditentwicklung vom geldpolitischen Standpunkt aus zu bewerten ist. Die Tatsache, daß nun schon seit geraumer Zeit die den Banken längerfristig zur Verfügung stehenden Mittel in der Regel wesentlich stärker zunehmen als ihre längerfristigen Kredite, Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen, zeigt jedenfalls, daß die Ausleihungs- und Anlagepolitik trotz der im Vergleich zu früheren Perioden teilweise wesentlich höheren Ziffern der Krediteinräumungen zur Zeit nicht sehr expansiv wirkt, weil ihr im allgemeinen noch viel stärkere Sparvorgänge oder doch zumindest eine gewisse Verlangsamung der Geldumlaufgeschwindigkeit gegenüberstehen. Wenn man die kurzfristige Kreditgewährung in die Betrachtung einbezieht, so zeigt sich sogar, daß auch sie zu einem Teil noch durch das Aufkommen an längerfristigen Mitteln „gedeckt“ wird, obwohl die gesamte Kreditgewährung der Banken mit dem erneuten Anstieg ihrer Kurzkredite seit etwa Anfang August nicht mehr wie in der ersten Hälfte des Jahres, als die kurzfristigen Kredite zeitweilig zurückgingen, hinter dem Aufkommen an längerfristigen Mitteln zurückbleibt. In all dem zeigt sich deutlich, wie sehr die starke Zunahme der volkswirtschaftlichen Sparrate seit der erfolgreichen Überwindung der Korea-Krise die monetäre Lage verändert hat.

Der Einfluß der öffentlichen Finanzen...

Eine gewisse monetäre Gegenwirkung gegen die Expansion der Wirtschaftskredite wird vorläufig aber auch noch durch die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte ausgeübt. Näheres über diese Entwicklung selbst ist aus dem Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ zu entnehmen. Danach haben die öffentlichen Haushalte im Oktober und wahrscheinlich auch im November teilweise zwar wieder mit Kassenfehlbeträgen abgeschlossen, aber diese dürften geringer gewe-

Kurzfristige Bankkredite an öffentliche Stellen
in Mill. DM

	1952						
	31. 7.	15. 8.	31. 8.	30. 9.	15. 10.	31. 10.	15. 11.
1) Monatlich berichtende Kreditinstitute darunter: Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	1 361 (1 063)	.	1 422 (1 146)	1 271 (974)	.	1 286 ²⁾ (949) ²⁾	.
1a) darunter 480 wöchentlich berichtende Kreditinstitute darunter: Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	1 129 (944)	1 189 (1 011)	1 198 (1 024)	1 031 (858)	957 (782)	1 011 (840)	929 (760)
2) Zentralbanksystem darunter: Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	95 (67)	248 ¹⁾ (50)	352 (128)	330 (132)	336 (139)	231 (12)	223 (19)
Summe 1 + 2	1 456		1 774	1 601	.	1 517	.
1a + 2	1 224	1 437 ¹⁾	1 550	1 361	1 293	1 242	1 152

¹⁾ Ab 15. 8. einschließlich Kredit an Bund wegen Währungsfonds und Weltbank in Höhe von 183 Mill. DM. — ²⁾ Geschätzt.

sen sein als sonst in „steuerschwachen“ Monaten. Offenbar haben sie auch nur in Ausnahmefällen zur Kreditaufnahme beim Bankensystem gezwungen. Im Oktober zumindest sind die vom gesamten Bankenapparat (unter Einschluß des Zentralbanksystems) an öffentliche Stellen gewährten Kredite sogar weiter leicht gesunken, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß der Bund, der im Gegensatz zu anderen Haushalten auch im Oktober noch einen Kassenüberschuß aufwies, einen Teil seiner Schatzwechsel auslaufen ließ. Allerdings mußten die öffentlichen Haushalte in den letzten Wochen zum Teil auf ihre — im September vielfach stark erhöhten — Kassenreserven zurückgreifen. Die öffentlichen Einlagen haben gegenüber dem Stand von Ende September deshalb, im ganzen betrachtet, wieder abgenommen. Aber die Abnahme war schwächer als sonst zwischen den vierteljährlichen Steuerterminen, und dies und die weitere Verringerung der Bankkredite an öffentliche Stellen zeigt, daß, abgesehen von den zahlungstechnisch bedingten Schwankungen, die öffentliche Finanzgebarung geldpolitisch betrachtet fürs erste noch immer eher restriktiv als expansiv wirkt.

... und der
Zahlungsbilanzentwicklung

Betrachtet man die verschiedenen Komponenten in der Entwicklung des Geldvolumens, so ist schließlich nicht außer acht zu lassen, daß seit einiger Zeit durch Zunahme der Einfuhr erheblich mehr Mittel als vordem durch Zahlungen an das Ausland (also durch die Devisenkäufe der Wirtschaft) absorbiert werden und die Bilanz der

Devisenverkäufe und -ankäufe der Bank deutscher Länder und der Außenhandelsbanken nicht mehr mit einem beträchtlichen Überschuß der Ankäufe und einer dementsprechenden Nettoauszahlung von DM-Beträgen (also einer Vermehrung des sogenannten Geldvolumens) abschließt. Im Oktober betrug jedenfalls der Auszahlungsüberschuß nur noch 168 Mill. DM gegen reichlich die doppelte Summe im Monatsdurchschnitt des dritten Vierteljahrs, und im November scheint sogar zum ersten Mal seit beinahe anderthalb Jahren durch ein Übergewicht der Zahlungen an das Ausland dem Geldvolumen ein voraussichtlich nicht unerheblicher Betrag entzogen worden zu sein. Gleichwohl sollte man das nicht ohne weiteres als einen deflatorischen Vorgang betrachten. Denn die eigentliche Ursache dieser Entwicklung ist nicht etwa eine verstärkte Zurückhaltung der Wirtschaft, sondern im Gegenteil eine verstärkte Nachfrage, mag sich diese in dem hier gegebenen Fall auch nicht nach innen, sondern nur nach außen, d. h. auf die Mehreinfuhr von Auslandsgütern gerichtet haben. Erst mit ihren weiteren Auswirkungen auf die Bankenliquidität und die innere Geldversorgung kann diese Entwicklung allenfalls restriktiv wirken, sofern sie nicht, wie es historisch häufig der Fall war, durch andere Einflüsse überkompensiert wird.

Die Entwicklung
des Geldvolumens

Das Geldvolumen — worunter hier der Gesamtbetrag des Zahlungsmittelumschs und der Bankeinlagen (ohne die Spareinlagen, aber ein-

schließlich der Termineinlagen) verstanden wird — ist unter dem Einfluß der im Vorgegangenen geschilderten Faktoren in letzter Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach nur wenig gewachsen. Umfassendere statistische Anhaltspunkte hierfür liegen allerdings nur bis Oktober vor (vgl. hierzu Tabelle VIII im „Statistischen Teil“). Sie gestatten die Annahme, daß das Geldvolumen im Oktober um ungefähr 275 Mill. DM zugenommen hat, während es im Durchschnitt der vorgegangenen drei Monate um mehr als 600 Mill. DM gewachsen war. Vergewärtigt man sich, daß in den letzten Wochen die Wirtschaftstätigkeit eher reger war als im dritten Vierteljahr, so zeigt sich allerdings, wie wenig die Entwicklung des sogenannten „Geldvolumens“ über die Veränderungen der effektiven Nachfrage besagt und wie vorsichtig daher, vor allem bei kurzfristigen Betrachtungen, aus Veränderungen des Geldvolumens Schlüsse gezogen werden sollten. Ganz abgesehen davon, daß die Abgrenzung des Geldvolumens, wie immer man sie auch vornehmen mag, stets mehr oder weniger willkürlich sein wird, ist insbesondere im Auge zu behalten, daß Verschiebungen innerhalb des Geldvolumens oder Veränderungen in seinem Ausnutzungsgrad die Veränderungen seines Gesamtbestandes an Bedeutung weit übertreffen, ja in ihrem Einfluß auf die effektive Nachfrage sogar erheblich überkompensieren können. Diese Vorgänge lassen sich statistisch aber nur sehr unvollkommen erfassen. Die hier gegebene Darstellung der laufenden Entwicklung des Geldvolumens kann daher auch zur Erklärung des jeweiligen Konjunkturverlaufs nur einen schwachen Beitrag liefern und ist hauptsächlich zur laufenden Fortführung einer Statistik gedacht, die nur im Zusammenhang mit anderen Überlegungen und vielleicht auch nur im Rahmen längerfristiger Analysen für die Beurteilung der Konjunktorentwicklung von Bedeutung ist.

Verhältnismäßig stark ist im Rahmen des allgemeinen Geldvolumens in letzter Zeit wieder der Bargeldumlauf gewachsen. Der Gesamtbetrag der von der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken in Verkehr gesetzten Zahlungsmittel (in dem allerdings auch die in Berlin umlaufenden Zahlungsmittel — schätzungsweise 550 Mill. DM — eingeschlossen sind, während sich die oben genannten Ziffern

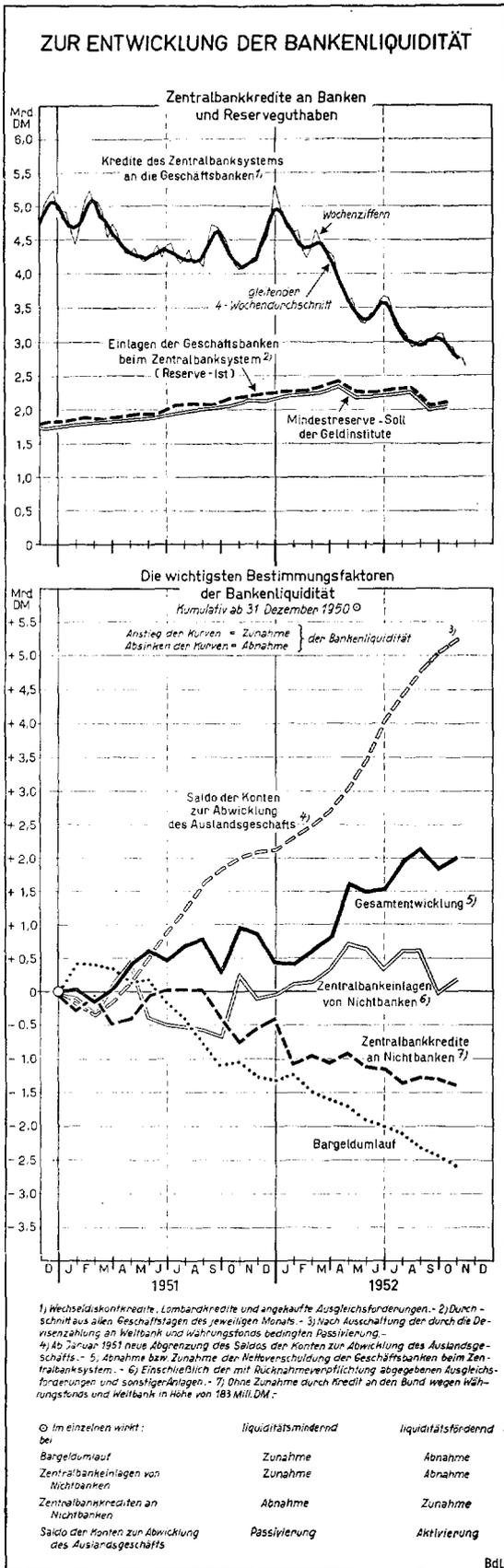
für das Geldvolumen lediglich auf das Bundesgebiet beziehen) war Ende Oktober mit 10 976 Mill. DM (davon 10 257 Mill. DM Noten) um 154 Mill. DM höher als Ende September. Auch am 15. November überstieg er mit 10 207 Mill. DM den zur entsprechenden Zeit des Vormonats umlaufenden Betrag um 95 Mill. DM, so daß er in der Grundtendenz also weiter zu wachsen scheint. Diese Zunahme ist um so bemerkenswerter, als im Oktober und November früheren Erfahrungen zufolge *Saisoneinflüsse* den Zahlungsmittelbedarf eher vermindern. Das bedeutet aber nicht, daß die Zunahme deshalb bedenklich wäre, denn, wie hier wiederholt dargelegt, erklärt sie sich im wesentlichen aus der anhaltenden Steigerung der Einkommen und Umsätze, die heute weniger denn je mit inflatorischen Entwicklungen in Zusammenhang gebracht werden könnte, und vielleicht auch noch aus einer leichten weiteren Vergrößerung der Kassenreserven des Publikums, also aus einem Sparprozeß, der volkswirtschaftlich in dieser Form gewiß unrationell ist, aber zunächst eher ein Vertrauen als ein Mißtrauen in den Geldwert bekundet.

Die *Bankeneinlagen* haben im Oktober um etwa 165 Mill. DM zugenommen gegen rd. 870 Mill. DM im September 1952 und rd. 600 Mill. DM im Oktober des vergangenen Jahres¹⁾. Dabei stiegen die Termineinlagen um nicht weniger als 252 Mill. DM, während die Sichteinlagen im Gegenteil zurückgingen, und zwar um 87 Mill. DM. Der Bargeldumlauf und die Sichteinlagen (worauf von manchen Seiten der Begriff des Geldvolumens beschränkt wird) sind zusammen also nur um 67 Mill. DM gegen 744 Mill. DM im Vormonat gewachsen. Die bereits oben erwähnte Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte hat die öffentlichen Einlagen im Oktober um 225 Mill. DM sinken lassen, während die Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten um 390 Mill. DM gestiegen sind.

Bankenliquidität und Geldmarkt

Die Bankenliquidität hat sich im Oktober und in der ersten Novemberhälfte wieder erhöht, nachdem sie im September unter dem Einfluß des „großen“ Steuertermins beträchtlich vermindert

¹⁾ Alle Ziffern ohne Gegenwertkonten und Konten alliierter Dienststellen sowie — für Oktober 1951 — ohne Bardepots.



worden war. Symptom hierfür ist insbesondere die verringerte Kreditnahme der Banken beim Zentralbanksystem und die erneute Zunahme ihrer Nachfrage nach Geldmarktpapieren. Der vor dem September erreichte Liquiditätsgrad ist dabei jedoch nicht mehr wesentlich überschritten worden, obwohl dank der Senkung der Mindestreservesätze zum 1. September 1952 das Reserve-Soll der Banken im Oktober trotz der weiteren Erhöhung der reservspflichtigen Verbindlichkeiten um etwa 235 Mill. DM geringer war als im August. Der Grund hierfür liegt einmal darin, daß infolge der relativ günstigen Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte bisher nur ein Teil der Gelder, die im September auf die beim Zentralbanksystem unterhaltenen Konten der öffentlichen Hand übertragen worden waren, wieder verausgabt wurde und damit zu den Banken zurückgeflossen ist. Auch die anhaltende Steigerung des Bargeldbedarfs hat die erneute Verflüssigung des Bankenapparats nicht unerheblich beeinträchtigt. Hinzu kam aber noch, daß infolge der bereits oben geschilderten Abnahme der Zahlungsbilanzüberschüsse der bei weitem wichtigste, ja nahezu einzige Faktor, der seit anderthalb Jahren den Liquiditätsgrad der Banken zunehmend erhöhte, nämlich der hohe Auszahlungsüberschuß auf den bei der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts, mehr und mehr schwand und im Verlauf des November sogar dem gegenteiligen Einfluß, nämlich einem Übergewicht der Devisenverkäufe des Zentralbanksystems über seine Devisenankäufe, Platz machte. Seit Mitte November steht die Bankenliquidität daher wieder im Zeichen der Anspannung, zumal mit der am 20. November fälligen Vierteljahresrate der Lastenausgleichsabgaben der Bedarf an Zentralbankgeld ebenfalls verstärkt wurde. Im Anziehen der Geldmarktsätze spiegelt sich diese Versteifung bereits deutlich wider.

Auch in den nächsten Wochen dürfte die marktmäßige Entwicklung an die Bankenliquidität hohe Anforderungen stellen. Der Bargeldumlauf war im Vorjahr im Durchschnitt der vier Ausweis-Stichtage von Dezember um 479 Mill. DM höher als im November. In diesem Jahr dürfte die Zunahme eher noch stärker sein. Einen ganz beträchtlichen Bedarf an Zentralbankgeld wird ferner die Zahlung der am 10. Dezem-

ber fälligen Vierteljahresraten der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer mit sich bringen. Und schließlich muß aus den im Abschnitt über die „Außenwirtschaft“ dargelegten Gründen damit gerechnet werden, daß auch im Dezember noch mehr DM-Beträge für Devisenanforderungen ins Zentralbanksystem fließen als von diesem für Devisenankäufe ausgezahlt werden. Vergewahrtigt man sich, daß demgegenüber im Dezember 1951 auf den Zentralbankkonten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts ein annäherndes Gleichgewicht von Ein- und Auszahlungen bestand und daß trotzdem die sogenannte „Netto-Verschuldung“ der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem um 435 Mill. DM wuchs — die „Brutto-Verschuldung“ hatte sogar um 1 063 Mill. DM zugenommen —, so ist also aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Jahr eine starke Jahresschlußanspannung des Geldmarktes zu erwarten. Zum großen Teil wird es sich dabei freilich nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln, der nach der Jahreswende mit dem dann üblichen Rückgang des Zahlungsmittelumschlags und dem voraussichtlichen Rückfluß von Steuergeldern in die Wirtschaft zumindest auf einigen Gebieten Gegenkräfte erwachsen werden.

Maßnahmen zur Förderung des Kapitalmarktes

Als ein sehr bedeutsames Ereignis in der Berichtsperiode ist schließlich zu registrieren, daß am 21. November 1952 nach monatelangen Beratungen in den parlamentarischen Körperschaften das drei Wochen zuvor vom Bundestag angenommene „Erste Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes“ auch vom Bundesrat verabschiedet wurde. Es wird Anfang Dezember in Kraft treten. Ziel dieses Gesetzes ist, mit Hilfe von steuerlichen Vergünstigungen und einer gewissen Revision der bisherigen Zinspolitik einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der nun schon seit Jahren anhaltenden Erstarrung des Kapitalmarktes zu liefern. Wie wenig der Kapitalmarkt bis in die neueste Zeit hinein an der Finanzierung der an sich außerordentlich hohen Investitionen in der Bundesrepublik beteiligt war, ist erst kürzlich in einem Sonderaufsatz dargelegt worden¹⁾.

¹⁾ Die Finanzierung der Anlageinvestitionen im ersten Halbjahr 1952, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1952, S. 38 ff.

Die Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfs der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem

nach dem „Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“
in Mill. DM

	1952			Ende Okt. 1952 gegen Ende Okt. 1951
	Ende Sept. gegen Ende Aug.	Ende Okt. gegen Ende Sept.	15. Nov. gegen 15. Okt.	
Die einzelnen Faktoren (ohne die untenstehenden Änderungen des Reserve-Solls)	<i>Die Vorzeichen geben die Wirkung der Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an</i>			
1) Noten- und Münzumsatz	- 113	- 154	- 95	- 1534
2) Zentralbankeinlagen von Nichtbanken				
a) deutsche öffentl. Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Gegenwertkonten des Bundes)	- 608	+ 154	+ 131	- 958
darunter:				
Einlagen des Bundes	(- 494)	(- 36)	(+ 37)	(- 858)
Einlagen der Länder	(+ 7)	(+ 4)	(+ 32)	(- 55)
Soforthilfebehörden	(+ 6)	(+ 10)	(- 2)	(- 78)
Generalpostkasse	(- 125)	(+ 125)	(+ 70)	(- 17)
b) Gegenwertmittel (Gegenwertkonten des Bundes einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ERP-Sonderkonto der BZB)	+ 20	+ 48	+ 14	+ 609
c) Alliierte Dienststellen	- 7	+ 6	+ 5	+ 199
d) Sonstige Einlagen	- 10	- 18	+ 7	+ 71
e) Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems	+ 110	- 65	- 33	+ 37
3) Zentralbankkredite				
a) an Nichtbanken	- 20	- 92	- 107	- 459 ^{b)}
darunter:				
Bund	(+ 21)	(- 47)	(- 40)	(- 217) ^{b)}
Bundesbahn	(- 15)	(- 73)	(- 80)	(- 158)
Länder	(- 28)	(+ 21)	(+ 7)	(- 98)
b) an KfW für Arbeitsbeschaffung, Wohnungsbau und Investitionsvorhaben	-	- 1	- 3	- 75
4) Münzgutschrift zu Gunsten des Bundes	+ 26	+ 21	+ 19	+ 283
5) Abwicklung des Auslandsgeschäfts beim Zentralbanksystem ¹⁾	+ 290	+ 196	+ 66	+ 3080
6) Sonstige Faktoren, netto	+ 20	+ 73	+ 102	- 199
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	- 292	+ 168	+ 106	+ 1054
Kreditnahme²⁾ und Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem	Zunahme (+) oder Abnahme (-)			
Einlagen	- 192	- 216	- 163	- 263
darunter:				
Veränderung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls	(- 266)	(+ 31)	(-)	(- 20)
Kredite	+ 100	- 384	(- 269)	- 1317
Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	+ 292	- 168	- 106	- 1054
Einlagen	Stand: Ende des	Stand: Ende des	Stand: Ende des	Stand: Ende des
Kredite	1 868	1 652	1 945	1 652
	3 126	2 742	2 645	2 742
Stand der Nettoverschuldung	1 258	1 090	700	1 090
¹⁾ Saldo aus folgenden Positionen: Gold, Guthaben in ausländischer Währung (einschließlich Guthaben bei der EZU), Sorten und Auslandsschecks minus Verbindlichkeiten gegenüber der EZU, DM-Guthaben ausl. Banken, Export-Akkreditive und — ab September 1952 — US-Dollarkonten Brasilien. — ²⁾ Einschließlich der vom Zentralbanksystem angekauften Ausgleichsforderungen von Geldinstituten. — ³⁾ Einschl. der Veränderung durch den Kredit an Bund wegen Währungsfonds und Weltbank (+ 183 Mill. DM).				

Von den Netto-Anlageinvestitionen des ersten Halbjahres 1952 in Höhe von 7,6 Mrd. DM waren nur etwa 20 vH mit Kapitalmarktmitteln finanziert worden. Der absolute Betrag der eingesetzten Kapitalmarktmittel hatte sich dabei im Vergleich zum ersten Halbjahr 1951 sogar verringert, obwohl die Netto-Anlageinvestitionen gegenüber ihrem damaligen Umfang um 0,3 Mrd. DM gewachsen waren.

Ausschlaggebend für dieses Darniederliegen des Kapitalmarktes war vor allem die Unergiebigkeit der Wertpapiermärkte, die in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres Emissionen in Höhe von nur 1,04 Mrd. DM aufnahmen, während im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1928 (im damaligen Reichsgebiet, aber bei einem wesentlich niedrigeren Preisniveau) über sie ungefähr 5,74 Mrd. RM — ohne Auslandsabsatz — aufgebracht worden waren. Neben dem damit unmittelbar verbundenen Ausfall an Kapitalmarktmitteln hatte diese Unergiebigkeit der Wertpapiermärkte auch für den Einsatz der bei den Banken in Depositenform anfallenden Sparmittel allmählich abträgliche Folgen. Dem normalen Ablauf des Bankgeschäfts entspricht es, daß die von den Banken gewährten kurzfristigen Vorfinanzierungskredite nach einiger Zeit mit Hilfe von Wertpapieremissionen konsolidiert werden. Das war jedoch beim bisherigen Zustand der Wertpapiermärkte nicht möglich. Die Banken suchten deshalb mehr und mehr wenigstens eine gewisse interne Konsolidierung dadurch herbeizuführen, daß sie ihr seit mehr als Jahresfrist erfreulich zunehmendes Aufkommen an längerfristigen Fremdmitteln, vor allem an Spar- und Termineinlagen, nur zum Teil zur Gewährung neuer längerfristiger Kredite verwandten, im übrigen aber mit seiner Hilfe ihren Liquiditätsstatus verbesserten. In einem früheren Abschnitt dieses Berichtsteils ist diese Entwicklung ziffernmäßig näher dargestellt worden.

Daß die Wertpapierunterbringung in den letzten Jahren überhaupt noch die im „Statistischen Teil“ unserer Monatsberichte laufend veröffentlichten Ziffern erreichte, war lediglich dem Umstand zu danken, daß öffentliche Stellen, um sich Verwaltungsarbeit zu ersparen, in wachsendem Maße dazu übergegangen sind, die von ihnen an bestimmte Investoren gegebenen Kredite über

Pfandbriefinstitute zu leiten, indem sie Pfandbriefe mit einer Verwendungsaufgabe für den Erlös erwerben. Wie schon oben erwähnt, entfielen in der letzten Zeit im Durchschnitt schätzungsweise beinahe drei Viertel des gesamten Wertpapierabsatzes auf solche Käufe. Private Anleger waren dagegen an der Abnahme von Wertpapieren nur noch mit ganz geringen Beträgen beteiligt.

Der Grund hierfür lag, wie in diesen Berichten mehrfach ausgeführt, vor allem in der völlig verfehlten Zinspolitik, die in den letzten Jahren am Kapitalmarkt befolgt wurde. Seit der Währungsreform sind der Zinssatz für Pfandbriefe und in deren Interesse dann auch die Zinssätze fast aller übrigen festverzinslichen Wertpapiere mittels einer nahezu lückenlosen Emissionskontrolle ständig auf einem Niveau festgehalten worden (bei Pfandbriefen und Kommunalobligationen 5 %), das im wesentlichen durch die aus sozialen Gründen niedrig gehaltenen Mieten bestimmt wurde. Da dieses Niveau der tatsächlichen Marktlage in keiner Weise gerecht wurde und infolgedessen kaum mit einer Aufrechterhaltung eines den Emissionskursen entsprechenden Kursniveaus gerechnet werden konnte, fanden sich außer öffentlichen Stellen trotz der relativ hohen Steuerbegünstigungen für den Wertpapiererwerb begreiflicherweise kaum noch Käufer, die bereit gewesen wären, Neuemissionen zum offiziellen Kurse zu erwerben.

Eine Überwindung dieses Zustandes durch eine bloße Freigabe des Zinses hätte nun allerdings unter den gegenwärtigen Umständen erhebliche Schwierigkeiten heraufbeschworen. Da das Mietniveau nicht kurzfristig auf einen Stand gehoben werden kann, der wesentlich höhere Zinsen auch für den Wohnungsbau tragbar gemacht hätte, wäre in diesem Sektor zweifellos eine Finanzierungskrise entstanden. Schwierige Probleme hätten sich auch für die Behandlung der bisher mit einem niedrigeren Zins ausgestatteten Emissionen ergeben, und schließlich wäre es fraglich gewesen, ob eine bloße Erhöhung des Nominalzinses bei den gegenwärtigen Sätzen der progressiven Einkommensteuer dem Erwerber von Wertpapieren eine ausreichende Prämie für seinen „Liquiditätsverzicht“ hätte verschaffen können.

**Die Besteuerung der Erträge festverzinslicher Wertpapiere
auf Grund des Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarktes**

Wertpapierarten ¹⁾	Besteuerung der Wertpapiererträge		
Um gestellte R M - P a p i e r e	Kapitalertragsteuer ⁶⁾ in Höhe von:		
1) Pfandbriefe	} steuerfrei		
2) Kommunalobligationen			
3) Industrieobligationen			
4) Gewinnobligationen		30 vH	
5) Sonstige festverzinsliche Wertpapiere		steuerfrei	
D M - P a p i e r e			
1) Pfandbriefe und Kommunalobligationen	} steuerfrei		
a) Sozialpfandbriefe und Sozial-Kommunalobligationen ²⁾			
b) sonstige Pfandbriefe und Kommunalobligationen	Sofern vor dem Inkrafttreten des 1. Ges. z. Förd. d. K. ausgegeben steuerfrei	sofern nach dem Inkrafttreten des 1. Ges. z. Förd. d. K. ausgegeben und a) innerhalb eines Jahres an der Börse zugelassen b) für 5 Jahre nicht kündbar oder rückzahlbar c) ohne Änderung von Laufzeit oder Zinssatz für 5 Jahre ⁷⁾	sofern nach dem Inkrafttreten des 1. Ges. z. Förd. d. K. ausgegeben und eine der nebenstehend unter a bis c genannten Voraussetzungen nicht erfüllt ist 60 vH
2) Bundesanleihen ³⁾	steuerfrei	30 vH	
3) Länderanleihen ³⁾	} steuerfrei		
a) Vom Ausschuß für Kapitalverkehr gebilligte Länderanleihen ⁴⁾			
b) sonstige Länderanleihen außer den unter c) genannten		sofern für mindestens 3 Jahre nicht kündbar und rückzahlbar und Laufzeit sowie Zinsbedingungen für mindestens 3 Jahre unveränderlich ⁷⁾	sofern die nebenstehenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind 60 vH
c) Länderanleihen mit Verzinsung von 8 und mehr %, die vor dem 1. Juni 1952 ausgegeben worden sind		30 vH	
4) Anleihen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		sofern für mindestens 3 Jahre nicht kündbar und rückzahlbar und Laufzeit sowie Zinsbedingungen für mindestens 3 Jahre unveränderlich ⁷⁾	sofern die nebenstehenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind 60 vH
5) Industrieobligationen	Sofern vor dem 1. Jan. 1952 ausgegeben und auf 5,5 % herunterkonvertiert steuerfrei	sofern vor dem 1. April 1952 ausgegeben und nicht herunterkonvertiert 30 vH sofern nach dem 31. März 1952 ausgegeben und a) innerhalb eines Jahres an der Börse zugelassen ⁶⁾ b) für 5 Jahre nicht kündbar oder rückzahlbar c) ohne Änderung von Laufzeit oder Zinssatz für 5 Jahre ⁷⁾	sofern nach dem 31. März 1952 ausgegeben und eine der nebenstehend unter a bis c genannten Voraussetzungen nicht erfüllt ist 60 vH
6) Wandelobligationen und Gewinnobligationen		sofern vor dem 1. April 1952 ausgegeben 30 vH sofern nach dem 31. März 1952 ausgegeben und a) innerhalb eines Jahres an der Börse zugelassen b) für 5 Jahre nicht kündbar oder rückzahlbar c) ohne Änderung von Laufzeit oder Zinssatz für 5 Jahre ⁷⁾	sofern nach dem 31. März 1952 ausgegeben und eine der nebenstehend unter a bis c genannten Voraussetzungen nicht erfüllt ist 60 vH
7) Als besonders förderungswürdig anerkannte Wertpapiere ⁵⁾	steuerfrei		

normale
Einkommen- bzw.
Körperschaftsteuer

¹⁾ Nur Papiere, die auf den Inhaber lauten, nicht Namensschuldverschreibungen. Die Erträge aus Namensschuldverschreibungen unterliegen der normalen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer. — ²⁾ Pfandbriefe bzw. Kommunalobligationen, deren Erlös zu mindestens 90 vH zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus verwendet wird. — ³⁾ Einschließlich Schatzanweisungen mit mindestens dreijähriger Laufzeit. — ⁴⁾ Anleihen, bei denen der Ausschuß für Kapitalverkehr festgestellt hat, daß die vorgesehenen Ausgabebedingungen das Kurs- und Zinsgefüge am Kapitalmarkt nicht stören. — ⁵⁾ Sofern nach dem 31. März 1952 ausgegeben und wenn der Verwendungszweck des Erlöses nach Anhörung des Ausschusses für Kapitalverkehr durch Rechtsverordnung als besonders förderungswürdig anerkannt ist. Solche Papiere können z. B. sonstige Pfandbriefe, sonstige Kommunalobligationen, Gemeindeanleihen, Industrieobligationen u. a. sein. — ⁶⁾ Auf Antrag des Lohn- oder Einkommensteuerpflichtigen (nicht des Körperschaftsteuerpflichtigen) sind die Wertpapiererträge statt mit der Kapitalertragsteuer nach dem normalen Einkommensteuertarif zu besteuern. — ⁷⁾ Sofern nicht als besonders förderungswürdig anerkannt (vgl. unter der Rubrik „Wertpapierarten“ Ziffer 7). — ⁸⁾ Im Rahmen der Investitionshilfe ausgegebene Papiere auch dann, wenn sie nicht zum Börsenhandel zugelassen sind.

Die mit dem „Ersten Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes“ verfolgte Lösung sucht nun alle diese Schwierigkeiten dadurch zu vermeiden, daß sie die Zinsausstattung der Wertpapiere in Zukunft zwar weitgehend freigibt, aber sie durch differenzierte Steuervergünstigungen für die Erträge beeinflusst, um vor allem die Belange des sozialen Wohnungsbaus und der Inhaber der bisher emittierten Wertpapiere zu wahren. Über die näheren Einzelheiten dieser Vergünstigungen unterrichtet die vorstehende Übersicht. Danach sind in Zukunft die Zinserträge der im wesentlichen der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus dienenden Pfandbriefe und Kommunalobligationen sowie der größte Teil der bisherigen Emissionen von jeder Steuer freigestellt, während die Erträge der meisten übrigen Papiere einer Kapitalertragsteuer von 30 vH unterliegen, sofern dieser Satz nicht aus besonderem Anlaß auf 60 vH festgesetzt wird. Der Ersterwerb von Wertpapieren genießt daneben weiter die im § 10 des Einkommensteuergesetzes für Kapitalansammlungsverträge gewährten Vergünstigungen.

Zweifellos sind mit dieser Regelung noch keineswegs ideale Verhältnisse für die Wertpapiermärkte geschaffen. Steuervergünstigungen, wie sie hier vorgesehen sind, stellen immer Notbehelfe dar, die nicht unproblematisch sind. Viel wird auch davon abhängen, daß mit den noch bestehenden administrativen Interventionsmöglichkeiten das Spiel der Marktfaktoren nicht weiter völlig ausgeschaltet, sondern nun wirklich eine elastische, der Marktlage sich möglichst eng anpassende Zinspolitik befolgt wird. Aber unter den obwaltenden Umständen — vor allem beim gegenwärtigen Mietniveau und dem möglichen Tempo seiner Anhebung sowie der bestehenden Steuerbelastung — sind die mit dem neuen Kapitalmarktgesetz beschlossenen Maßnahmen doch als ein wesentlicher Fortschritt zu betrachten, der geeignet sein dürfte, den Markt der festverzinslichen Wertpapiere wenigstens bis zu einem gewissen Grade aus seiner gegenwärtigen Erstarrung zu lösen.

Allerdings kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß es für eine stärkere Belebung

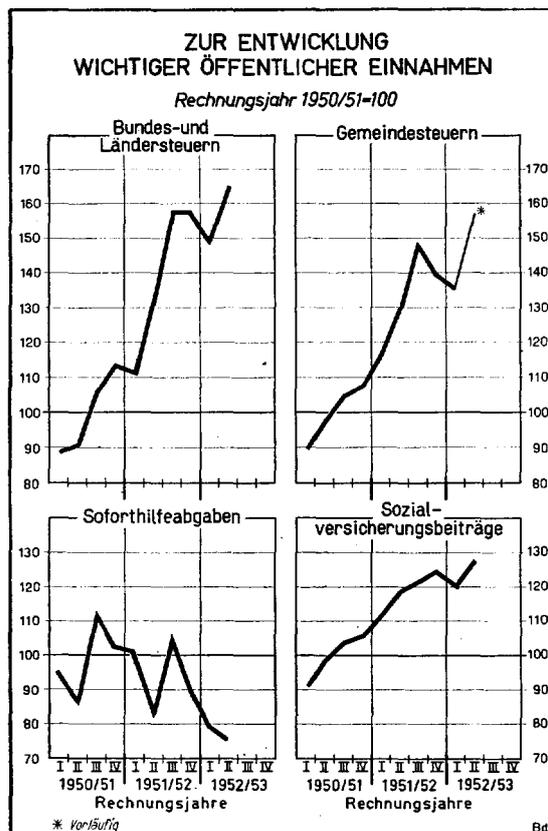
des Kapitalmarktes keineswegs genügt, lediglich den Markt der festverzinslichen Wertpapiere zu fördern. Der Markt der Dividendepapiere, der für die Industriefinanzierung früher eher eine noch größere Rolle spielte als der Rentenmarkt, liegt nämlich heute noch mehr darnieder als der Markt der festverzinslichen Werte, und dieses Resultat ist zweifellos weitgehend darauf zurückzuführen, daß die Aktie nun schon seit Jahrzehnten ein ausgesprochenes Stiefkind der Wirtschaftspolitik ist. Durch die eben geschilderten Maßnahmen zugunsten der festverzinslichen Wertpapiere würde sie sogar weiter diskriminiert werden, wenn nicht bald auch ihr eine zweckentsprechende Förderung zuteil würde. Im Zuge der bisherigen Maßnahmen zur Kapitalmarktförderung ist jedoch lediglich die Dividendenabgabeverordnung vom 12. Juni 1941, durch die die Dividendenausschüttungen auf 6% begrenzt worden waren, aufgehoben worden. Diese war indes nur eines der kleineren Hindernisse, die einer umfangreicheren Kapitalbeschaffung durch Aktienemissionen im Wege standen. Unter den Maßnahmen, die nun noch zu treffen sind, wäre vor allem die Herabsetzung der Körperschaftsteuer auf den für die Dividendenausschüttung vorgesehenen Teil des Gewinns von Bedeutung, weil durch die bisherige Höhe dieser Steuer die Kapitalbeschaffung durch Aktienausgabe bekanntlich in einem beinahe prohibitiven Maße verteuert wird. An sich bestand der Plan, schon im Ersten Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes eine diesbezügliche Bestimmung aufzunehmen. Da über die Einzelheiten im Bundestag keine Einigung zu erzielen war, wurde er jedoch zunächst zurückgestellt. Ohne eine derartige Erleichterung dürften aber die Aussichten auf eine bessere Kapitalversorgung für einen großen Teil der Wirtschaft trotz der nun zugunsten der festverzinslichen Wertpapiere getroffenen Maßnahmen gering sein, und da aus den in der Einleitung zu diesem Bericht dargelegten Gründen die Aufrechterhaltung der Investitionstätigkeit heute entscheidend von einer Auflockerung des Kapitalmarktes abhängt, sollte jene Lücke in der Kapitalmarktförderung so schnell wie möglich geschlossen werden.

Öffentliche Finanzen

Nach dem hohen Überschuß vom September 1952 dürften die öffentlichen Haushalte, als Ganzes betrachtet, in der Folgezeit wieder gewisse Kassendefizite aufgewiesen haben, da besonders im Oktober das Steueraufkommen aus zahlungstechnischen Gründen relativ niedrig zu sein pflegt. Aller Wahrscheinlichkeit nach waren die Fehlbeträge für „steuerschwache“ Monate jedoch verhältnismäßig gering. Faßt man alle Haushalte (also nicht nur die der Gebietskörperschaften, sondern auch die der Sondervermögen des Bundes) zusammen, so dürften die Kassenausgaben im Oktober nämlich nur um schätzungsweise 200 Mill. DM höher gewesen sein als die Kasseneinnahmen, und im November dürfte das Defizit eher noch geringer bleiben, da in diesem Monat die Vierteljahreszahlungen auf die Gewerbesteuer und die vierteljährlichen Lastenausgleichsabgaben fällig werden. Im September, dem letzten Monat mit einem „großen“ Steuertermin, wurde dagegen im Gesamtbereich der öffentlichen Haushalte ein Kassenüberschuß von mindestens dreiviertel Mrd. DM erzielt, und für den Dezember ist, soweit sich die Entwicklung schon jetzt übersehen läßt, ebenfalls mit einem Überschuß zu rechnen, der allerdings wegen der relativ hohen mit dem Jahresende zusammenhängenden Ausgabeverpflichtungen etwas hinter dem Überschuß des September zurückbleiben dürfte. Sieht man von den durch den Zahlungsrhythmus bedingten Schwankungen im Steuereingang ab, so dürfte in den öffentlichen Haushalten die Tendenz zu Kassenüberschüssen vorläufig also noch immer anhalten.

Neben der später noch zu erwähnenden Tatsache, daß sich die Inanspruchnahme bestimmter Etatansätze des Bundes vorläufig noch immer in relativ geringen Grenzen hält, trägt hierzu weiter in hohem Maße die Einnahmeentwicklung bei. Mit der einzigen Ausnahme der Soforthilfeabgaben, die auf einer unveränderlichen Bemessungsgrundlage beruhen und seit Anfang des Jahres deutlich unter dem Einfluß nicht unbedeutlicher Stundungen stehen, ging die Tendenz der Einnahmen in den letzten Monaten wieder eindeutig nach oben. In ganz besonderem Maße gilt das von den Steuereinnahmen des Bundes und der Länder. Hier macht sich einmal bemerk-

bar, daß mit dem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung die Bemessungsgrundlage der meisten Steuern ständig wächst und daß bei den Einkommensteuern dieser Einfluß durch die progressiven Steuersätze noch wesentlich verstärkt wird.



Hinzu kommt aber auch, daß die jährliche Neuveranlagung bestimmter Steuern zu Nachzahlungen führt und darüber hinaus die Steuerzahlungen in der Regel an eine wesentlich höhere Bemessungsgrundlage anpaßt und damit — freilich oft unter erheblicher Beeinträchtigung der finanziellen Kraft der Unternehmungen — die nicht unbedeutlichen Steuerreserven ausschöpft, die bei dem starken Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre durch die nachträglichen Steueranordnungen entstanden sind. Auch im Oktober war der andauernde Aufwärtstrend der Steuereinnahmen wieder deutlich sichtbar. Mit nahezu 2 100 Mill. DM blieb das Steueraufkommen von Bund und Ländern zwar um rd. 770 Mill. DM hinter dem im September erzielten Betrag zurück, der mit rd. 2,87 Mrd. DM über alle bisherigen Monatsaufkommen hinausgegangen

war, aber das Aufkommen des letzten vorangegangenen Monats mit vergleichbaren Steuerterminen, nämlich das vom Juli d. J., wurde um rd. 150 Mill. DM übertroffen. Der weitaus größte Teil dieser Zunahme entfiel auf die Einnahmen aus der Umsatzsteuer, die mit rd. 759 Mill. DM um rd. 81 Mill. DM höher waren als im Juli. Allerdings war das Juliaufkommen durch gewisse Rückerstattungen beeinträchtigt worden. Trotzdem ist aber der Umsatzsteuerertrag auch konjunkturell nicht unerheblich gewachsen. Dasselbe gilt für die Einnahmen aus der Lohnsteuer. Absolut waren diese zwar im Oktober nur etwa ebenso hoch wie im Juli (319 Mill. DM gegen 321 Mill. DM im Juli). Jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß die Juliziffern durch die im Juni erfolgte Auszahlung eines halben Monatsgehalts an die Angestellten und zum Teil auch schon an die Beamten des öffentlichen Dienstes beeinflusst waren. Das — im Oktober lediglich aus Nachzahlungen bestehende — Aufkommen aus der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer erreichte mit insgesamt reichlich 300 Mill. DM die Höhe vom Juli (wobei dem Zugang bei der Veranlagten Einkommensteuer — 25 Mill. DM — eine nahezu ebenso hohe Abnahme bei der Körperschaftsteuer gegenüberstand). Verhältnismäßig stark gegenüber dem Juli sind auch die Einnahmen aus Zöllen und einzelnen Verbrauchssteuern (Tabak-, Kaffee- und Zuckersteuer) gestiegen. Hierbei dürften allerdings hauptsächlich saisonale und in gewissem Umfang auch zahlungstechnische Faktoren eine Rolle gespielt haben.

Der Bundeshaushalt

Der Bundeshaushalt wies im Oktober — entgegen der sonst in einem steuerschwachen Monat üblichen Entwicklung — wiederum einen Kassenüberschuß auf. Mit rd. 112 Mill. DM blieb dieser allerdings wesentlich hinter dem vom September (584 Mill. DM) zurück. Die Einnahmen waren dabei mit rd. 1 725 Mill. DM um rd. 350 Mill. DM geringer als im September, aber um fast 125 Mill. DM höher als im Juli, dem letzten Monat mit gleichen Steuerterminen. Die Steigerung gegenüber Juli war zum Teil auf die oben erwähnte konjunkturelle Erhöhung des gesamten Steueraufkommens und zum Teil auf den höheren Anteil des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern

zurückzuführen. Allein auf den letzten Faktor dürften rd. 63 Mill. DM des Mehrbetrages entfallen sein.

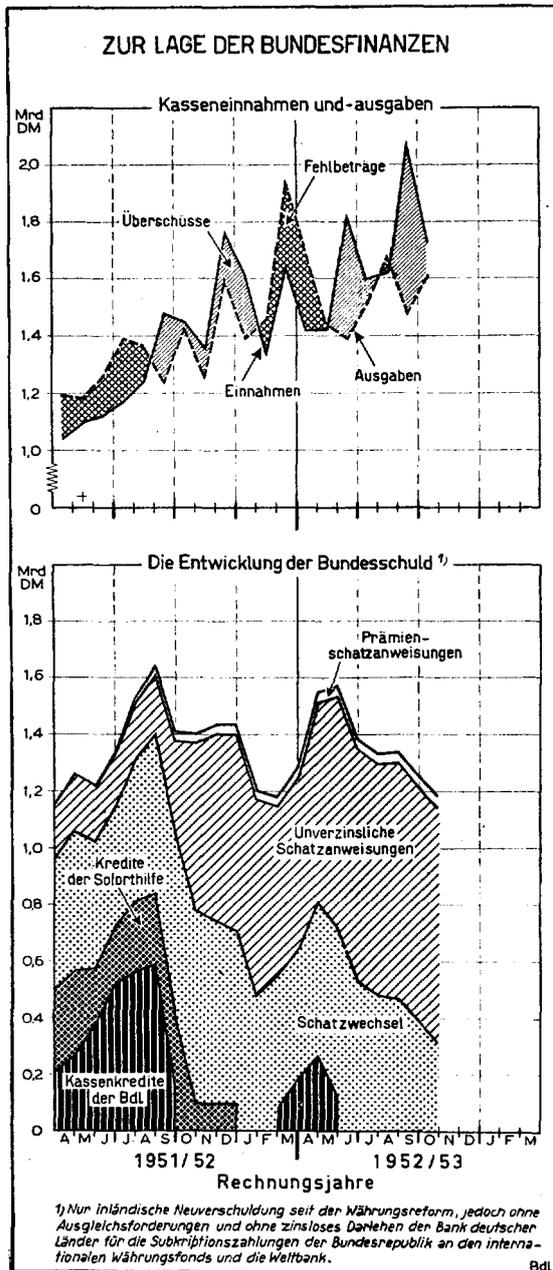
Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts in Monaten mit vergleichbaren Steuerterminen
in Mill. DM

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	Überschuß (+) Fehlbetrag (-)
1952 April	1 420	1 688	— 268
Juli	1 600	1 516	+ 84
Oktober	1 725	1 613	+ 112
Zum Vergleich:			
1951 Oktober	1 452	1 437	+ 15

Ohne diese bemerkenswerte Entwicklung der Steuereinnahmen hätte sich die Kassenlage des Bundeshaushalts im Oktober im Vergleich zu den Vormonaten bereits wesentlich verschlechtert, da im Oktober auch die Ausgaben recht beträchtlich waren. Mit rd. 1 613 Mill. DM übertrafen sie jedenfalls die vom September um etwa 125 Mill. DM und die vom letzten Juli um ungefähr 97 Mill. DM. Noch höhere Kassenausgaben (nämlich 1 688 und 1 680 Mill. DM) waren im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres nur im April und August festzustellen. Ob damit der für den weiteren Verlauf des Rechnungsjahres so gut wie sicher zu erwartende Anstieg der Ausgaben¹⁾ bereits begonnen hat, läßt sich allerdings noch nicht sagen, da dies hauptsächlich von der Entwicklung der Besatzungskosten abhängt und die betreffenden Anforderungen sich möglicherweise — ähnlich wie im Vorjahr — erst im letzten Quartal des Rechnungsjahres massieren werden.

Aber selbst wenn das Ausgabeniveau von nun an höher sein sollte als im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres, ist anzunehmen, daß die Kassenlage des Bundes fürs erste noch relativ günstig bleiben wird. Im laufenden Monat (November) wird es zwar auf Grund des zu erwartenden weiteren Einnahmerückgangs zu einer gewissen Verschlechterung gegenüber dem Vormonat kommen, doch dürfte sich ein Fehlbetrag, wenn er sich überhaupt einstellt, in einer noch relativ bescheidenen Größenordnung halten, und im Dezember ist auf Grund des vierteljährlichen Steuertermins bereits wieder mit einem Überschuß zu rechnen, ebenso wie im Januar die Ent-

¹⁾ Vgl. hierzu: Monatsberichte der Bank deutscher Länder. Oktober 1952. S. 15.



wicklung zunächst noch durch das in diesem Monat saisonal sehr hohe Steueraufkommen begünstigt werden wird. Immerhin dürften die Überschüsse schon im laufenden Vierteljahr niedriger sein als im vorangegangenen Vierteljahr (Juli bis September), in dem sie rd. 609 Mill. DM betragen hatten. Einmal werden nämlich die Einnahmen den hohen durch Nachzahlungen der Länder beeinflussten Stand des Vorvierteljahres selbst bei weiter günstigen Konjunktoreinflüssen kaum übersteigen, und zum anderen werden die Ausgaben allein schon wegen der in den Dezem-

ber fallenden großen Ausgabeverpflichtungen (Zinszahlungen auf die Ausgleichsforderungen, erhöhte Sozialausgaben) sicher nicht unerheblich höher sein als im zweiten Rechnungsvierteljahr.

Noch kaum übersehen läßt sich dagegen die Entwicklung im letzten Rechnungsvierteljahr. Die Ausgaben werden in ihm aus den hier schon wiederholt dargelegten Gründen sicher wesentlich höher sein als im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres. Insbesondere ist, wie schon oben angedeutet, mit einer erheblichen Steigerung der Ausgaben für Besatzungszwecke zu rechnen, da die Besatzungsmächte bisher erst einen Teil der von ihnen bei den Etatfestsetzungen für das laufende Rechnungsjahr angeforderten Mittel abgerufen haben. Außerdem werden sich die Ausgaben insbesondere durch die vereinbarten Reparationslieferungen an Israel und die Zuschüsse an die finanzschwachen Länder (vgl. hierzu S. 30) erhöhen, und schließlich pflegen die regulären Ausgaben gegen Schluß des Rechnungsjahres auf Grund von Abschlußzahlungen zu wachsen. Demgegenüber dürften zwar auch die Einnahmen im letzten Rechnungsvierteljahr aus Saisongründen höher sein als im bisherigen Vierteljahresdurchschnitt, aber diese Zunahme wird kaum über 100 bis 150 Mill. DM hinausgehen. Möglicherweise wird sie auch durch Steuerausfälle infolge von Steuersenkungen beeinträchtigt werden. Zur Diskussion steht einmal die schon seit längerem erwogene Senkung der Tabak-, Kaffee- und Teesteuersätze, deren exorbitante gegenwärtige Höhe einen starken Anreiz zum Schmuggel bildet. Zum anderen ist — hauptsächlich zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung — vorgesehen, die Pauschbeträge für Sonderausgaben in Anpassung an das in den letzten Jahren gestiegene Niveau der Einkommen vom 1. Januar 1953 an um 156 DM pro Jahr zu erhöhen. Sollten auch die Gesetzentwürfe über die Senkung der Verbrauchsteuern noch vor dem 1. Januar 1953 verabschiedet werden, so könnte sich für das vierte Rechnungsvierteljahr ein Steuerausfall bis zu 100 Mill. DM ergeben.

Kaum mehr dürften sich jedoch noch im laufenden Rechnungsjahr die weitergehenden Steuer-senkungspläne auswirken, die zur Zeit diskutiert werden, da sich eine parlamentarische Entschei-

derung über sie sicher noch um Monate hinziehen wird. Im Mittelpunkt der Pläne steht eine Senkung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer. Neben einer Reihe weitergehender Vorschläge aus Kreisen der Wirtschaft ist hier vor allem der Initiativantrag zur Änderung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erwähnen, den die Koalitionsparteien kürzlich im Bundestag eingebracht haben. In ihm wird insbesondere die Wiedereinführung der im Vorjahr eingeschränkten Vergünstigungen (steuerliche Behandlung der Mehrarbeit, des nicht entnommenen Gewinns, Besteuerung von Einzelunternehmen und Personengesellschaften nach den Sätzen der Körperschaftsteuer) sowie die Gewährung neuer Steuervorteile, namentlich für die Unternehmungen (Vergünstigungen für Nachversteuerungen, Bildung steuerfreier Rücklagen, Abschreibungserleichterungen) gefordert. Der Bundesfinanzminister hat diesen Antrag allerdings nicht unterstützt. Er hat vielmehr erklärt, daß, wenn die Einkommensteuern überhaupt gesenkt werden, aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit und der Verwaltungsvereinfachung einer

generellen Tarifsenkung der Vorzug vor der Wiedereinführung und Erweiterung von Steuervergünstigungen gegeben werden sollte.

Trotz der erheblichen Überschubbildung im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres war die Bundesschuld¹⁾ Ende Oktober mit rd. 1 183 Mill. DM nur um rd. 100 Mill. DM niedriger als zu dessen Beginn. Das lag daran, daß die Überschüsse fast ausschließlich dem Aufbau einer Kassenreserve gedient haben. Nur im Oktober wurde der Einnahmeüberschuß zum größeren Teil — in Höhe von rd. 72 Mill. DM — für Zwecke der Schuldentilgung, und zwar ausschließlich von Schatzwechseln, verwendet, und bis zum 15. November ist ein weiterer Betrag an fällig werdenden Schatzwechseln (46 Mill. DM) eingelöst worden. Damit belief sich der Schatzwechselumlauf nur noch auf rd. 270 Mill. DM, verglichen mit rd. 462 Mill. DM zu Beginn des Rechnungsjahres. Dieser Betrag entsprach gleichzeitig auch der Inanspruchnahme des für den

¹⁾ Nur inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform, ohne Ausgleichsforderungen und ohne zinsloses Darlehn der Bank deutscher Länder für die Subskriptionszahlungen der Bundesrepublik an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank.

Entwicklung der Bundesschuld¹⁾ nach Fristigkeit und Unterbringung
in Mill. DM

Schuldarten	1951	1952				Veränderung		
	31. Okt.	31. März	30. Sept.	31. Okt.	15. Nov.	31. Oktober 1952 gegen		15. Nov. 1952 gegen 31. Okt. 1952
1) Jederzeit fällige Direktkredite ²⁾	100,0	184,1	—	—	—	— 184,1	—	—
2) Schatzwechsel mit Laufzeit bis zu 3 Monaten	683,5	461,6	394,8	316,1	270,3	— 145,5	— 78,7	— 45,8
3) Unverzinsliche Schatzanweisungen mit Laufzeit bis zu 6 Monaten	499,3	412,6	455,9	396,9	287,3	— 15,7	— 59,0	— 109,6
4) Unverzinsliche Schatzanweisungen mit Laufzeit über 6 bis zu 12 Monaten	92,1	194,3	367,5	433,2	520,8	+ 238,9	+ 65,7	+ 87,6
5) Prämien-Schatzanweisungen mit Laufzeit von 5 Jahren	32,6	35,9	36,9	37,0	37,0 ⁵⁾	+ 1,1	+ 0,1	—
Summe 1 bis 5	1 407,5	1 288,5	1 255,1	1 183,2	1 115,4⁶⁾	— 105,3	— 71,9	— 67,8
darunter: im Rahmen des Kreditplafonds in Anspruch genommene Kredite ³⁾	683,5	645,7	394,8	316,1	270,3	— 329,6	— 78,7	— 45,8
darunter: Kredite des Zentralbanksystems ⁴⁾	65,0	203,1	46,8	0,1	0	— 203,0	— 46,7	— 0,1

¹⁾ Nur inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform, ohne Ausgleichsforderungen und ohne zinsloses Darlehn der Bank deutscher Länder für die Subskriptionszahlungen der Bundesrepublik an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. — ²⁾ 31. Oktober 1951: beim Hauptamt für Soforthilfe, 31. März 1952: bei der Bank deutscher Länder in Anspruch genommene Kassenkredite. — ³⁾ Schatzwechsel und Kassenkredite der Bank deutscher Länder. — ⁴⁾ Kassenkredite der Bank deutscher Länder und vom Zentralbanksystem angekaufte Schatzwechsel und Schatzanweisungen. — ⁵⁾ Vorläufig.

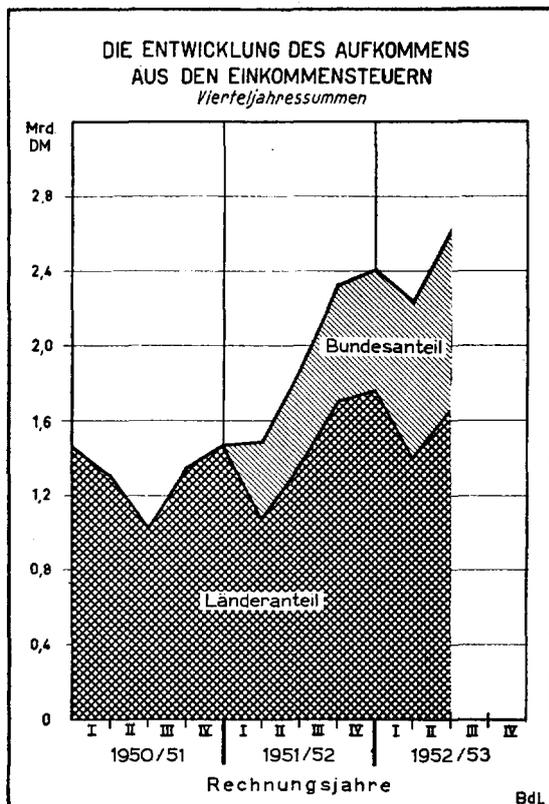
Bund bei der Bank deutscher Länder bestehenden Kreditplafonds, da der Bundesfinanzminister schon seit vielen Monaten nicht mehr auf Kassenkredite der Bank deutscher Länder zurückgegriffen hat. Der größere Teil der am 15. November ausstehenden Bundesschuld, nämlich rd. 809 Mill. DM (= 73 vH), bestand aus unverzinslichen Schatzanweisungen, von denen rd. 288 Mill. DM kurzfristig (mit einer Laufzeit bis zu 6 Monaten) und rd. 521 Mill. DM mittelfristig (mit einer Laufzeit von über 6 bis zu 12 Monaten) waren. Die langfristige Verschuldung des Bundes (ohne Ausgleichsforderungen) war demgegenüber mit 37 Mill. DM unverändert niedrig. Der Bundesfinanzminister beabsichtigt jedoch, einen erheblichen Teil seiner schwebenden Schuld durch eine längerfristige (fünfjährige) Anleihe zu konsolidieren. Die Anleihe soll noch im Verlauf des Dezember zur Zeichnung aufgelegt werden, jedoch braucht die Einzahlung erst bis Mitte Februar zu erfolgen, um sie in eine Zeit zu legen, in der die Wirtschaft und die Banken liquiditätsmäßig weniger angespannt sind als im Dezember. Der Zinsfuß der Anleihe wird 5% bei einem Ausgabekurs von 98 betragen. Die Zinserträge werden gemäß den Vorschriften des kürzlich in Kraft getretenen Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarktes (vgl. S. 20 ff.) von jeder Steuer befreit sein, ebenso wie die Zeichner die Steuervergünstigungen für Kapitalansammlungsverträge (§ 10 EStG) in Anspruch nehmen können. Ein Bankenkonsortium hat sich bereit erklärt, einen Teil der Anleihe (400 Mill. DM) fest und weitere 100 Mill. DM in Kommission zu übernehmen. Die Banken werden dafür kaum neue Mittel aufbringen müssen, da die Anleihe weitgehend an die Stelle der — überwiegend im Bankenapparat untergebrachten — Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes treten wird.

Die Länderhaushalte

Während im Bundeshaushalt infolge der vorläufig noch immer relativ niedrigen Ausgabeanforderungen, besonders von Seiten der Besatzungsmächte, die Bilanz von Kassenausgaben und -einnahmen auch im Oktober mit einem leichten Überschuß abschloß, hat in den Länderhaushalten der zahlungstechnisch bedingte Rückgang der Einnahmen offenbar zu stärkeren Fehl-

beträgen geführt. Die Steuereinnahmen der Länder waren im Oktober mit rd. 515 Mill. DM um rd. 500 Mill. DM niedriger als im September, aber auch hinter dem Aufkommen vom Juli, dem letzten Monat mit vergleichbaren Steuerterminen, blieben sie um ungefähr 60 Mill. DM zurück, da der Bund einen höheren Anteil am Einkommensteuerertrag beanspruchte. Da gleichzeitig die Ausgaben etwas höher gewesen zu sein scheinen als bisher, war die Kassenentwicklung der Länder im Oktober nicht nur im Vergleich zum Vormonat, sondern auch im Vergleich zum Juli relativ ungünstig. Die bei den Landeszentralbanken unterhaltenen bzw. von diesen angelegten Mittel der Länder verringerten sich jedenfalls um rd. 77 Mill. DM (gegenüber rd. 50 Mill. DM im Juli), und die kurzfristige Verschuldung der Länder nahm um schätzungsweise 30 Mill. DM zu, während sie im Juli nahezu unverändert geblieben war. Gleichzeitig scheinen auch die bei den Geschäftsbanken unterhaltenen Einlagen der Länder zurückgegangen zu sein. Daß die Länderausgaben in letzter Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach gestiegen sind, dürfte in erster Linie mit der Entwicklung der Investitionsausgaben zusammenhängen, die mit dem Ende der Bausaison gewöhnlich ihren Höhepunkt erreichen. Auch im November und Dezember wird sich dieser Einfluß sicher noch bemerkbar machen und zusammen mit anderen Ausgaben, wie z. B. den im Dezember fälligen Halbjahreszinsen für die Ausgleichsforderungen und anderen Jahresabschlußzahlungen, dazu beitragen, daß der Kassenüberschuß, den die Länder aus zahlungstechnischen Gründen im Dezember zu erwarten haben, die Kassendefizite vom Oktober und voraussichtlich auch November möglicherweise nicht ganz aufwiegen wird.

Trotzdem dürfte der Ausgleich der Länderhaushalte im gesamten laufenden Rechnungsjahr nicht gefährdet sein. Die Länder können, wenn sich die diesjährigen Steuervorausschätzungen erfüllen, mit einem ihnen verbleibenden Steueraufkommen in Höhe von rd. 7,72 Mrd. DM rechnen (vgl. nachstehende Tabelle), was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um rd. 540 Mill. DM gleichkommen würde. Aber selbst wenn die Vorausschätzungen nicht ganz erreicht werden sollten, würde dies das Steueraufkommen der Länder kaum beeinträchtigen, da die Minder-



einnahmen auf Grund der Bestimmungen des „Inanspruchnahmegesetzes 1952“ (mit dem im Juli der diesjährige Bundesanteil an den Einkommensteuern festgelegt wurde) überwiegend zu Lasten des Bundes gehen würden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Länderhaushalte im vergangenen Rechnungsjahr, zusammengenommen, mit einem Einnahmeüberschuß von rd. 500 Mill. DM abgeschlossen haben. Auch bei einer wesentlich höheren Ausgabenrate als im letzten Rechnungsjahr dürften die Länderhaushalte, als Ganzes betrachtet, im laufenden Jahr kassenmäßig daher kaum defizitär werden.

Dabei bestehen sogar Chancen, daß auch in den finanzschwächeren Ländern ein Ausgleich erzielt wird, da sich die früher bestehenden weitgehenden Unterschiede in der Finanzlage der einzelnen Länder im Verlauf der letzten Jahre beträchtlich verringert haben, wenn sie auch noch keineswegs ganz beseitigt sind. Vergleicht man die diesjährigen Steuervorausschätzungen mit dem Aufkommen des Jahres 1950/51 (von dem letzteren wurden dabei die Interessenquoten abgesetzt, die als Vorläufer der Bundesbeteiligung am Einkommensteuerertrag angesehen werden müssen), so ergibt sich, daß bei den meisten

finanzschwächeren Ländern (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) eine stärkere Zunahme erwartet wird als im Bundesdurchschnitt, während bei den meisten finanzstärkeren Ländern (Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen) die veranschlagte Steigerung hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibt. Das liegt ein-

*Die Steuereinnahmen der Länder
in den Rechnungsjahren 1950/51 bis 1952/53*

Länder	Rechnungsjahr					
	1950/51		1951/52		1952/53	
	Steuer- ein- nahmen netto ¹⁾	Steuer- ein- nahmen netto ¹⁾	Steuereinnahmen netto gemäß Vorausschätzung BFM ²⁾			
	Mill. DM		Mill. DM	vH Sp. 1	vH Sp. 2	
	1	2	3	4	5	
Baden- Württemberg ³⁾	824	1 044	1 129	137	108	
Bayern ²⁾	878	1 150	1 268	144	110	
Bremen	94	118	123	131	104	
Hamburg	374	488	509	136	104	
Hessen	528	705	739	140	105	
Niedersachsen	522	799	888	170	111	
Nordrhein- Westfalen	1 779	2 362	2 484	140	105	
Rheinland- Pfalz	234	321	354	151	110	
Schleswig- Holstein	144	192	222	154	116	
Länder, gesamt	5 377	7 179	7 716	143	107	

¹⁾ Frühere Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. — ²⁾ Einschließlich Lindau. — ³⁾ Steuereinnahmen abzüglich der an den Bund gezahlten Interessenquoten. — ⁴⁾ Ohne Bundesanteil an den Einkommensteuern (27 vH). — ⁵⁾ Unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Zerlegungsgesetzes und ohne Bundesanteil an den Einkommensteuern (37 vH).

mal daran, daß die nunmehrige Beteiligung des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern für die finanzschwachen Länder günstiger ist als das noch im Rechnungsjahr 1950/51 geltende System der Beteiligung der Länder an bestimmten Bundesausgaben („Interessenquoten“), und vor allem daran, daß das Ende März d. J. erlassene sogenannte „Zerlegungsgesetz“¹⁾ das Steueraufkommen der früher finanz-„schwachen“ Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern in diesem Jahr auf Kosten gewisser bisher finanz-„starker“ Länder, wie Hamburgs, Bremens und Nordrhein-Westfalens, erhöhen wird. Außerdem werden auch in diesem Jahr die Finanzausgleichszahlungen erheblich zur Verbesserung der Lage in den finanz-„schwachen“ Ländern beitragen.

¹⁾ Dieses Gesetz bezweckt eine teilweise Rücküberweisung des Steuerertrages von den zum Steuereinzug berechtigten Ländern (in denen sich der Sitz der Unternehmung befindet) an die „Entstehungsländer“ (in denen die Arbeiter wohnen oder sich die Betriebsstätten befinden).

Die Regelung des Finanzausgleichs unter den Ländern in den Rechnungsjahren 1950/51 bis 1952/53
in Mill. DM

Gebietskörperschaften	Regulärer Finanzausgleich						Ergänzungsfinanzausgleich		Gesamtbetrag 1952/53	
	1950/51		1951/52		1952/53 ³⁾		1952/53		Leistende (Sp. 5+7)	Empfangende (Sp. 6+8)
	Leistende	Empfangende	Leistende	Empfangende	Leistende	Empfangende	Leistende	Empfangende		
	Haushalte		Haushalte		Haushalte		Haushalte		Haushalte	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Baden-Württemberg ¹⁾	75,6 ⁴⁾	3,5 ⁵⁾	35,2 ⁴⁾	0,9 ⁵⁾	31,5	—	—	20,0	31,5	20,0 ⁷⁾
Bayern ²⁾	1,9 ⁶⁾	40,3	0,7 ⁶⁾	17,0	0,5 ⁶⁾	15,0	—	66,0	0,5	81,0
Bremen	0,7	—	1,4	—	1,0	—	—	—	1,0	—
Hamburg	36,4	—	32,5	—	29,5	—	—	—	29,5	—
Hessen	30,8	—	18,0	—	16,5	—	—	53,0	16,5	53,0
Niedersachsen	—	89,2	—	30,0	—	27,0	—	66,0	—	93,0
Nordrhein-Westfalen	141,3	—	93,2	—	84,0	—	—	—	84,0	—
Rheinland-Pfalz	—	38,2	—	23,2	—	21,0	—	15,0	—	36,0
Schleswig-Holstein	—	115,5	—	109,9	—	100,0	—	30,0	—	130,0
Länder, gesamt	286,7	286,7	181,0	181,0	163,0	163,0	—	250,0	163,0	413,0
Bund	—	—	—	—	—	—	250,0	—	250,0	—
Länder und Bund	286,7	286,7	181,0	181,0	163,0	163,0	250,0	250,0	413,0	413,0

¹⁾ Frühere Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. — ²⁾ Einschließlich Lindau. — ³⁾ Vorauszahlungen gemäß § 23 des Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern in den Rechnungsjahren 1951 und 1952. — ⁴⁾ Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. — ⁵⁾ Baden. — ⁶⁾ Lindau. — ⁷⁾ Baden und Württemberg-Hohenzollern.

Die von den finanzstärkeren Ländern zu leistenden Zahlungen sind durch das Anfang Oktober d. J. verkündete Gesetz über den diesjährigen Finanzausgleich zwischen den Ländern vorläufig auf 163 Mill. DM (gegen 181 Mill. DM im Rechnungsjahr 1951/52 und 287 Mill. DM im Rechnungsjahr 1950/51) festgesetzt worden. Mit einer Aufstockung dieser Summe auf Grund der erst nach Abschluß des Rechnungsjahres endgültig zu ermittelnden Ausgleichsmasse ist zu rechnen. Darüber hinaus sieht das erwähnte Finanzausgleichsgesetz jedoch noch Zuschüsse des Bundes in Höhe von 250 Mill. DM zum nachträglichen Ausgleich der Überlastung einzelner Länder durch Kriegsfolgelasten und Sozialausgaben in den Rechnungsjahren 1948/49 und 1949/50 vor, so daß die gesamte Ausgleichsmasse im laufenden Jahr mindestens 413 Mill. DM betragen wird. Der Bund wird seinen Anteil an dieser Summe (250 Mill. DM) zum größeren Teil mit unverzinslichen Schatzanweisungen bezahlen, die die finanzschwächeren Länder bei den finanzkräftigeren Ländern zu placieren hoffen. Die Empfangsländer (vor allem Niedersachsen, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein) werden dank dieser Zahlungen in der Lage sein, einen erheblichen Teil ihrer (zum großen Teil tatsächlich noch aus den Jahren 1948/49 und 1949/50 stammenden) kurzfristigen Verschuldung zu til-

gen bzw. ihre Ausgaben ohne erneute Verschuldung zu erhöhen. Die betreffenden Beträge werden bereits in den nächsten Monaten zur Auszahlung kommen und demgemäß einen Teil der Länder im weiteren Verlauf des Rechnungsjahres merklich entlasten.

B u n d e s b a h n u n d B u n d e s p o s t

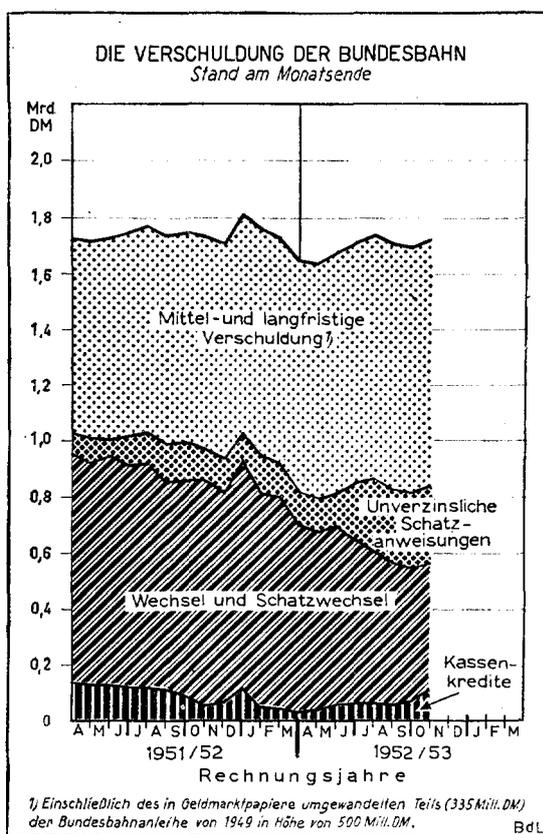
Die Finanzen der Bundesbahn standen in den vergangenen Monaten weitgehend unter dem Einfluß der in der zweiten Jahreshälfte üblichen Einnahmesteigerung. Im Vierteljahr Juli bis September (dem letzten Zeitraum, für den Zahlen vorliegen) waren jedenfalls die Erträge der Betriebsrechnung mit 1 366 Mill. DM um rd. 116 Mill. DM höher als im Vorvierteljahr, wodurch der saisonbedingte Rückgang in den Frühjahrsmonaten mehr als wettgemacht wurde. Gegenüber dem Vorjahr sind damit in den ersten drei Vierteljahren des Betriebsjahres (das bei der Bahn mit dem Kalenderjahr identisch ist) um 16 vH höhere Einnahmen erzielt worden (3 898 Mill. DM gegen 3 363 Mill. DM von Januar bis September 1951). Maßgebend für diese Zunahme sind in erster Linie die im Oktober v. J. und im August d. J. erfolgten Tariferhöhungen und nur in zweiter Linie die — durch die Konkurrenz des Kraftwagens nach wie vor beeinträchtigte — Entwicklung des Verkehrsvolumens. Entsprechend

der stärkeren Erhöhung der Gütertarife sind besonders die Einnahmen aus dem Güterverkehr gestiegen. Sie waren in den ersten neun Monaten des laufenden Betriebsjahres mit 2 609 Mill. DM um etwa 18 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während die Einnahmen aus dem Personenverkehr mit 1 061 Mill. DM nur um etwa 9 vH gewachsen sind. Allerdings war dabei gerade in den letzten Monaten auch die Entwicklung der Einnahmen aus dem Güterverkehr wieder sehr enttäuschend. Obwohl sie den ab Juli üblichen Saisonanstieg nicht ganz vermissen lassen, waren sie im gesamten dritten Vierteljahr um rd. 24 Mill. DM niedriger als im ersten Vierteljahr, was um so bemerkenswerter ist, als die Gütertarife, wie erwähnt, Anfang August erhöht wurden. Der Grund hierfür dürfte einmal darin liegen, daß die diesjährige Ernte geringer war als die vorjährige und deshalb weniger landwirtschaftliche Massengüter verfrachtet wurden. Ins Gewicht fällt aber auch die schon oben erwähnte Erhöhung des Verkehrsanteils des Kraftwagens, die der Bahn mehr und mehr Transporte entzieht. Allerdings hat sich infolgedessen in diesem Jahr auch nicht das leiseste Anzeichen für einen „Verkehrsengpaß“ ergeben. Anders als in den Vorjahren konnte die Bundesbahn daher fast ganz auf die zur Bewältigung der Saisonspitze beinahe schon üblich gewordene Miete von Güterwagen aus dem Ausland verzichten.

Die Betriebsausgaben gingen im dritten Vierteljahr mit 1 205 Mill. DM nur um 43 Mill. DM über die des Vorvierteljahres hinaus. Die Steigerung war hauptsächlich durch die Erhöhung der persönlichen Ausgaben — vor allem infolge der Auszahlung eines halben Monatsgehalts an die Angestellten und Beamten — bedingt, während die Aufwendungen für Unterhaltung und Erneuerung gegenüber dem Vorvierteljahr um rd. 23 Mill. DM weiter eingeschränkt wurden und mit insgesamt 420 Mill. DM um rd. 153 Mill. DM hinter dem von der Bundesbahn zur Substanzerhaltung berechneten Soll zurückblieben. Der Überschuß der Betriebsrechnung hat sich infolgedessen von rd. 87 Mill. DM im zweiten Vierteljahr auf rd. 160 Mill. DM erhöht. Zusammen mit dem Überschuß vom ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres in Höhe von 204 Mill. DM ergibt sich damit für die ersten neun Monate des gegenwärtigen Rech-

nungsjahres ein Betriebsüberschuß von rd. 451 Mill. DM.

Ebenso wie im Vorvierteljahr wurde auch im dritten Vierteljahr der Betriebsüberschuß zum größten Teil, nämlich zu etwa 150 Mill. DM, zur Finanzierung der erhöhten Investitionsausgaben und nur zum kleineren Teil zur Schuldentilgung verwendet. Die Verschuldung der Bundesbahn stellte sich Ende September d. J. daher noch immer auf rd. 1 705 Mill. DM gegen etwa 1 717 Mill. DM per Ende Juni. Wie schon im Vorvierteljahr ist dabei wiederum ein Teil des Schatzwechselumlaufs durch die Emission unverzinslicher Schatzanweisungen ersetzt worden, wie aus dem nachstehenden Schaubild zu ersehen ist. Im



Oktober hat die Verschuldung der Bundesbahn allerdings wieder um ungefähr 46 Mill. DM zugenommen, und auch für die folgenden Monate ist mit einem leichten weiteren Anstieg zu rechnen. Erfahrungsgemäß steigen nämlich gegen Ende des Jahres die Investitionsausgaben auch bei der Bundesbahn ziemlich stark an. Demgegenüber erreichen zwar auch die Einnahmen aus dem Güterverkehr im letzten Quartal des Betriebsjahres ihre Saisonspitze, aber da gleichzeitig auch

die Betriebsausgaben zu wachsen pflegen, führt dieser Anstieg in der Regel zu keiner entsprechenden Erhöhung des Überschusses der Betriebsrechnung. Das Defizit der Kapitalrechnung geht daher leicht über den Überschuß der Betriebsrechnung hinaus.

Auch bei der Bundespost hat sich die Betriebsrechnung im dritten Kalendervierteljahr gegenüber dem Vorvierteljahr wieder etwas verbessert. Die Erträge stiegen um rd. 57 Mill. DM

Die finanzielle Entwicklung der Bundespost
im ersten Rechnungshalbjahr 1952
in Mill. DM

Einnahmen / Ausgaben	1951	1952		
	April bis Sept.	April bis Juni	Juli bis Sept.	April bis Sept.
1) Betriebsrechnung				
a) Erträge	1 084	580	637	1 217
b) Aufwendungen	1 053	595	622	1 217
darunter:				
Persönliche Kosten	(747)	(422)	(432)	(854)
Ablieferungen an den Bund ¹⁾	(75)	(40)	(41)	(81)
Betriebsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	+ 31	- 15	+ 15	0
2) Gewinn- und Verlust- rechnung				
a) Erträge	38	6	22	28
b) Aufwendungen	13	36	30	66
Reingewinn (+) bzw. Verlust (-)	+ 25	- 30	- 8	- 38
3) Kapitalrechnung				
a) Neuinvestitionen				
in Sachwerten	99	21	49	70
in finanziellen Werten	84	55	113	168
darunter:				
Schuldentilgung	(19)	(22)	(25)	(47)
Kasse	—	(30)	(75)	(105)
b) Finanzwirtschaft- licher Reinverlust	—	28	6	34
Gesamt	183	104	168	271
c) Aufbringung der Mittel				
eigene Mittel	56	1	50	51
darunter: Gewinn	(25)	(—)	(—)	(—)
fremde Mittel	127	103	117	220
Gesamt	183	104	168	271

Quelle: Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen. —
¹⁾ Die Ablieferungen an den Bund werden gemäß der Buchungs-
methode der Bundespost als betrieblicher Aufwand behandelt.

auf insgesamt 637 Mill. DM, während sich die Aufwendungen nur um rd. 27 Mill. DM auf 622 Mill. DM erhöhten. Die Betriebsrechnung schloß infolgedessen wieder mit einem Gewinn von ungefähr 15 Mill. DM, nachdem sich im Vorvierteljahr ein Verlust in etwa der gleichen Höhe erge-

ben hatte. In der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres (bei der Bundespost läuft das Rechnungsjahr im Gegensatz zur Bundesbahn, aber in Übereinstimmung mit der Rechnungspraxis von Bund und Ländern, von April bis März) war somit die Betriebsrechnung annähernd ausgeglichen. Dagegen wies die Gewinn- und Verlustrechnung infolge des Übergewichts der Zinsverpflichtungen der Bundespost über ihre eigenen Zinseinnahmen und infolge der seit einiger Zeit zu leistenden Zuschüsse an die Berliner Senatsverwaltung für Post- und Fernmeldewesen im dritten Kalendervierteljahr (also im zweiten Rechnungsvierteljahr) wieder einen Verlust, und zwar in Höhe von etwas über 8 Mill. DM auf, so daß sich der bereits im ersten Rechnungsvierteljahr entstandene Reinverlust von etwa 30 Mill. DM bis Ende September auf rd. 38 Mill. DM erhöhte.

Die Bundespost war daher auch im abgelaufenen Rechnungsvierteljahr nicht in der Lage, aus der laufenden Gewinn- und Verlustrechnung einen Teil ihrer Investitionen zu finanzieren, wie sie das in den Jahren der ausgesprochen günstigen Konjunktur in erheblichem Umfang hatte tun können. Die Abwicklung des für dieses Jahr aufgestellten Investitionsprogramms ist daher weiter in Rückstand geraten, ebenso wie es nicht möglich war, die Investitionen auf dem — allerdings sehr hohen — Niveau des Vorjahres zu halten. Die Ausgaben für Neuinvestitionen stellten sich jedenfalls im zweiten Rechnungsvierteljahr auf etwas weniger als 49 Mill. DM gegenüber knapp 72 Mill. DM im Vorjahr, nachdem sie schon im ersten Rechnungsvierteljahr nur etwa 21 Mill. DM gegen reichlich 27,5 Mill. DM im entsprechenden Vorjahrsvierteljahr betragen hatten. Gleichzeitig konnten jedoch im abgelaufenen Vierteljahr die Kassenmittel der Bundespost nicht unbeträchtlich angereichert werden, was bei der Beurteilung der weiteren Investitionschancen durchaus im Auge zu behalten ist. Insgesamt verzeichnet nämlich die Kapitalrechnung der Bundespost für das zweite Rechnungsvierteljahr eine Kapitalaufbringung von fast 168 Mill. DM, wovon etwa 50 Mill. DM aus der Auflösung einer älteren Rücklage, beinahe 53 Mill. DM aus dem Absatz von unverzinslichen Postschatzanweisungen und rd. 64 Mill. DM aus anderen Krediten (einschließlich 24 Mill. DM Lieferantenkrediten)

stammen. Die Neuinvestitionen haben hiervon im zweiten Rechnungsvierteljahr nur knapp 50 Mill. DM erfordert, für die Schuldentilgung wurden rd. 25 Mill. DM aufgewandt, und etwa 18 Mill. DM wurden für die Deckung des Geldbedarfs aus der Gewinn- und Verlustrechnung, für Beteiligungen und Darlehen und für andere

Zwecke benötigt. Der Rest in Höhe von etwa 75 Mill. DM dagegen konnte der Kasse zugeführt werden und dürfte — neben der für das laufende Rechnungsvierteljahr zu erwartenden saisonalen Verbesserung der Betriebsrechnung — in den nächsten Monaten die Aufrechterhaltung des Investitionsvolumens wesentlich erleichtern.

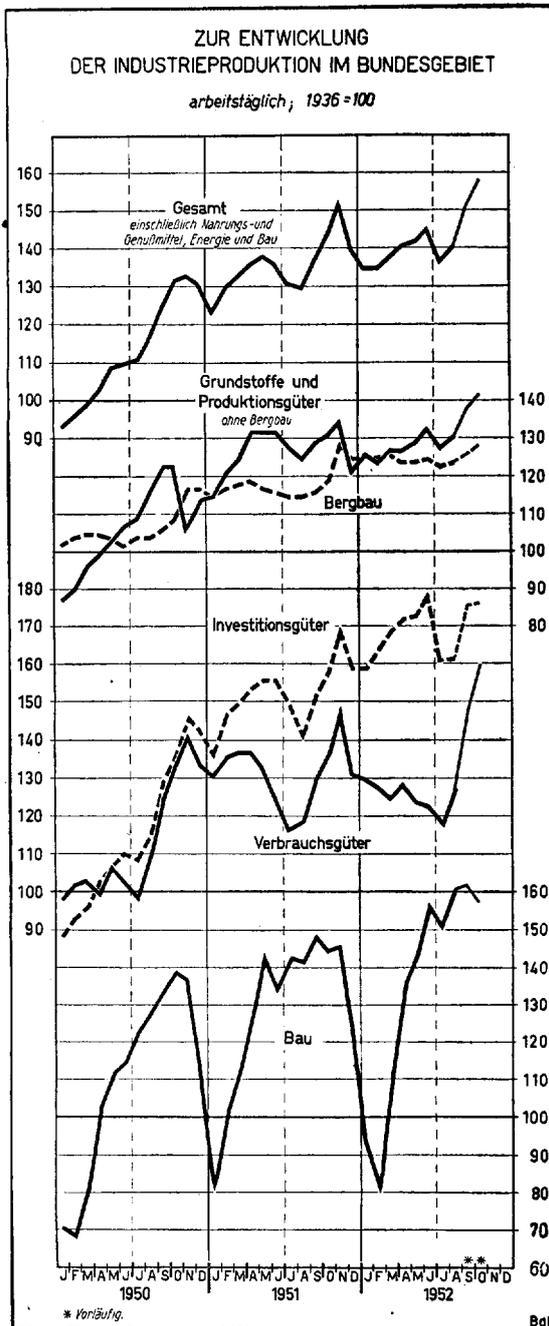
Produktion, Absatz und Beschäftigung

Wachsende Verbrauchsgüter- erzeugung als Konjunkturstütze

Die seit einigen Monaten über das saisonübliche Maß hinausgehende Belegung in der Industriegewirtschaft hat sich im Oktober 1952 fortgesetzt. Der arbeitstäglich berechnete Index der Industrieproduktion stieg vom September zum Oktober wieder etwas mehr als saisonüblich, nämlich von 151 auf 158 (1936 = 100). Er übertraf damit nicht nur den entsprechenden Vorjahrsstand um etwa 10 vH, sondern war auch höher als an seinem bisherigen, im November 1951 erreichten Höchststand (153). Die Aufwärtsbewegung war im Oktober noch stärker als in den Vormonaten durch den Aufschwung in den Nahrungsmittel- und in den Verbrauchsgüterindustrien sowie durch die davon ausstrahlenden Wirkungen auf den Grundstoffsektor bedingt, während sich bei der Investitionsgütererzeugung nach Ausschaltung der Saisonbewegung ein Rückgang ergibt. Die Erzeugung von gewerblichen Verbrauchsgütern stieg nach vorläufigen Berechnungen von 147 im September auf 160 im Oktober (1936 = 100) und überschritt damit sowohl den Höchststand während der Korea-Hausse (142 im November 1950) als auch den des Vorjahres (149 im November 1951) bei weitem. Die Zunahme um gut 8 vH im Oktober war etwa doppelt so groß wie die saisonübliche Steigerung. Dabei spielt im gegenwärtigen Verbrauchsgüterboom, ähnlich wie im vorangegangenen Rückschlag, die Entwicklung im Textil- und Bekleidungsbereich die ausschlaggebende Rolle. Die Textilproduktion nahm im Oktober um nicht weniger als 13 vH zu, während jahreszeitlich eine Zunahme von 3 bis 4 vH zu erwarten gewesen wäre. Bei den anderen wichtigeren Verbrauchsgüterindustrien stieg die Produktion entweder nur

im saisonüblichen Rahmen, wie z. B. in der Schuhindustrie (wo sich die Erzeugung allerdings schon in den vorangegangenen Monaten kräftig erholt hatte), oder sie stagnierte (Feinkeramische Industrie) bzw. ging sogar zurück (Hohlglasindustrie).

Das Tempo, in dem sich die Erzeugung in den Verbrauchsgüterindustrien seit dem Tiefpunkt der sommerlichen Flaute ausdehnte, übertraf — namentlich in der Textilindustrie — sogar noch das des Aufschwungs während der „Korea-Hausse“ von 1950. Das Produktionsvolumen der Textilindustrie stieg von 102 im Juni auf 151 im Oktober, oder binnen fünf Monaten um fast die Hälfte, während üblicherweise vom Tiefpunkt in der Zeit der sommerlichen Betriebsferien bis Oktober eine Erholung um etwa 25 vH erwartet werden kann. Die Erklärung für diesen sprunghaften Produktionsanstieg liegt offenbar hauptsächlich in dem gegenüber der ersten Jahreshälfte völlig veränderten Verhalten des Handels. Während seine Auftragsvergebung an die Industrie in den Monaten Januar bis Mai unter dem Eindruck der fallenden Preise überaus zurückhaltend gewesen war, so daß er in den Sommermonaten seine Vorräte teilweise beträchtlich hatte abbauen können, gab er in den Monaten von Juni bis September Aufträge an die Industrie, die, nach dem Auftragsindex des Bundeswirtschaftsministeriums, mengenmäßig bei den Verbrauchsgüterindustrien insgesamt um 42, bei der Textilindustrie allein sogar um 70 vH höher waren als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Einer der Gründe für diese Auftragsentwicklung ist nun zweifellos darin zu suchen, daß der Handel in diesem Jahr bedeutend früher als im Vorjahr für das Winter- und Weihnachtsgeschäft disponiert hat, ebenso wie die Auftragserteilung für das Frühjahr 1953 in diesem Jahr zeitiger ange-



laufen sein dürfte als im Vorjahr, als sie unter dem Eindruck der Stagnation und der überhöhten Vorräte stand. Insofern ist zu erwarten, daß der Auftragseingang und auch die Produktion in diesem Jahr ihren herbstlichen Höhepunkt früher erreichen als im Vorjahr, d. h. daß sie möglicherweise bereits ab November, statt wie im Vorjahr erst im Dezember, wieder zurückzugehen beginnen. Doch ist andererseits kaum zu bezweifeln, daß das Auftragsvolumen der letzten Monate seinem Umfang nach über das Maß

dessen hinausgeht, was durch eine bloße zeitliche Vorverlegung des saisonüblichen Winter- und Weihnachtsgeschafts erklärt werden könnte. Diese neue „Nachfrage-Welle“ des Handels läßt sich allerdings nicht — wie im Herbst und Winter 1950 — durch spekulative Voreindeckungen des Handels bzw. als Reflex einer vorübergehend aufgeblahnten Konsumenten-Nachfrage erklären. Zu spekulativen Voreindeckungen seitens des Handels bestand kaum ein Anlaß, da weder eine Preishausse noch Verknappungen zu befürchten sind. Im Gegenteil: unter dem Druck des Angebots sind die Preise der gewerblichen Verbrauchsgüter teilweise noch bis zum Oktober zurückgegangen, und seitdem zeichnet sich nur eine Stabilisierung, nicht aber ein erneuter allgemeiner Preisauftrieb ab. Allerdings hat die Erfahrung der letzten Monate den Handel vielfach veranlaßt, seine bisherige Taktik des Kaufens „von der Hand in den Mund“ aufzugeben, da er sonst bei der gegenwärtigen Kapazitätsausnutzung in vielen Verbrauchsgutzweigen Gefahr läuft, seine Aufträge nicht rechtzeitig ausgeführt zu erhalten. Beispielsweise haben verschiedene Zweige der Textilindustrie trotz Zwei- oder sogar Drei-Schichten-Betriebs Mühe, die Flut von Aufträgen fristgerecht zu erledigen. Insofern könnten sich also wegen dieses plötzlichen Übergangs zu längerfristigen Dispositionen die Aufträge vorübergehend massiert haben.

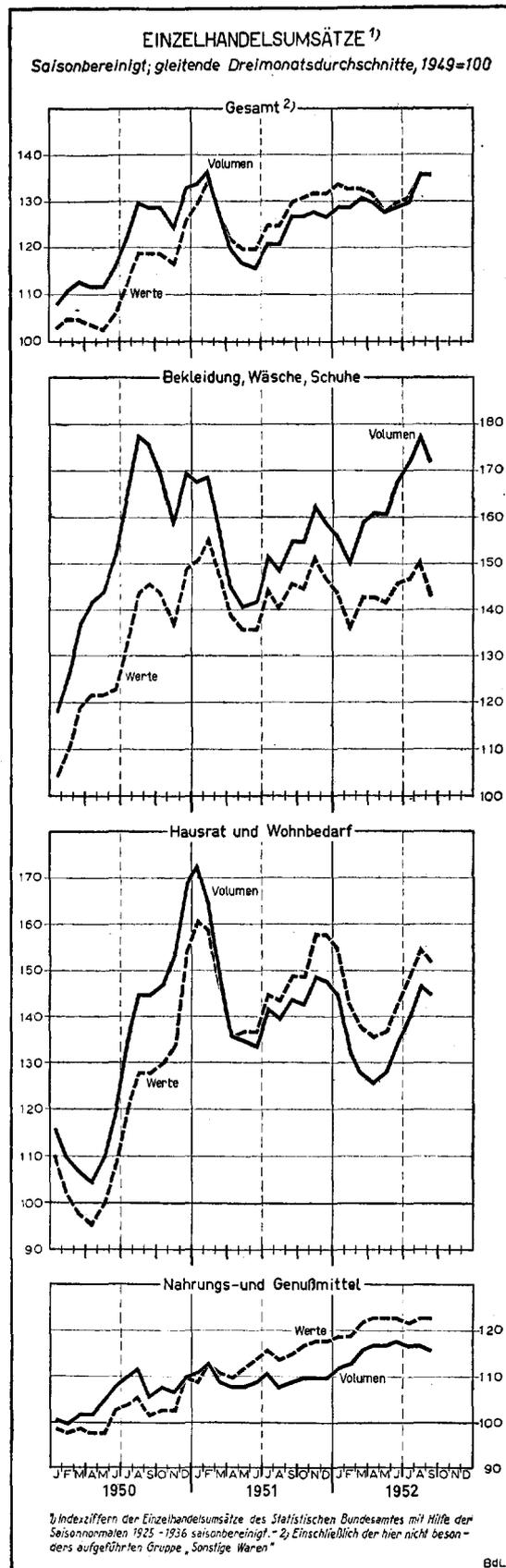
Auch die Konsumenten-Nachfrage entwickelt sich in völlig normalen Bahnen. Die Absatzwerte des Einzelhandels insgesamt haben seit über einem Jahr kaum Schritt mit der Zunahme des Masseneinkommens gehalten und die unverändert hohe, ja sogar noch steigende Sparneigung läßt vorläufig in dieser Hinsicht auch kaum eine Änderung erwarten. In den vier Monaten Juli bis Oktober lagen die Umsätze im Einzelhandel wertmäßig nur um 7 vH höher als in den gleichen Monaten des Jahres 1951, während das Masseneinkommen gleichzeitig um über 9 vH gestiegen ist. Im Oktober haben die Einzelhandelsumsätze zwar gegenüber dem September ungefähr im jahreszeitlichen Ausmaß, nämlich wertmäßig um 12 vH zugenommen, doch lagen sie nur um 2 vH höher als im Oktober 1951. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß infolge der Preissenkungen seit dem vergangenen Jahr die Absatzmengen, die der entscheidende

Umsätze im Einzelhandel
1949 = 100

	Januar bis März 1952		April bis Juni 1952		Juli bis Oktober 1952	
	MD 1949 = 100	Verän- derung gegen- über der entspre- chenden Vor- jahrszeit in vH	MD 1949 = 100	Verän- derung gegen- über der entspre- chenden Vor- jahrszeit in vH	MD 1949 = 100	Verän- derung gegen- über der entspre- chenden Vor- jahrszeit in vH
Einzelhandel gesamt¹⁾						
Werte	118	- 2	128	+ 8	131	+ 7
Volumen	115	- 6	127	+ 10	131	+ 10
Bekleidung, Wäsche, Schuhe						
Werte	121	- 12	140	+ 5	139	+ 5
Volumen	133	- 11	160	+ 15	165	+ 17
Hausrat und Wohn- bedarf						
Werte	128	- 10	135	+ 1	153	+ 5
Volumen	118	- 20	126	- 5	146	+ 3
Nahrungs- und Ge- nußmittel						
Werte	113	+ 6	120	+ 10	121	+ 8
Volumen	106	- 1	114	+ 9	116	+ 8

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Einschl. der hier nicht ge-
sondert aufgeführten Gruppe „Sonstige Waren“.

Faktor für die Auftragserteilung und die Produktion sind, meist erheblich stärker gestiegen sind als die Umsatzwerte. Dies trifft vor allem für den Absatz an Bekleidung zu, deren Einzelhandelspreise von Herbst 1951 bis Herbst 1952 durchschnittlich um ungefähr 10 vH gesunken und inzwischen auf den Vor-Korea-Stand zurückgegangen sind oder ihn sogar unterschritten haben. Mengenmäßig wurden an Bekleidung und Wäsche (einschließlich Schuhwerk) im zweiten Vierteljahr 1952 um 15 vH, in den folgenden vier Monaten Juli bis Oktober sogar um 17 vH mehr abgesetzt als in der jeweils entsprechenden Vorjahreszeit. Nach Ausschaltung der Saison- und der sonstigen kurzfristigen Schwankungen kommt der Absatz an Bekleidung, der seit Frühjahr 1952 eine stark steigende Tendenz zeigt, bereits wieder dem (saisonbereinigten) Durchschnittsstand des Korea-Winters 1950/51 nahe. Während aber der damalige Absatz ganz offensichtlich durch Voreindeckungskäufe aus Ersparnissen und aus der Auflösung von Horten aufgebläht war und infolgedessen den Keim eines Rückschlags in sich trug, hält sich die Konsumentennachfrage im Herbst 1952, wie erwähnt, völlig im Rahmen der Einkommensentwicklung. Das gegenwärtige Absatzvolumen des Einzelhandels erscheint daher — abgesehen von den üblichen Saisonschwankungen — mindestens solange als



gesichert, als es gelingt, den gegenwärtigen Preisstand für gewerbliche und sonstige Verbrauchsgüter zu halten oder sogar noch zu unterschreiten.

Die seit der Jahresmitte zu verzeichnende Auftragswelle im Verbrauchsgüterbereich und im besonderen in der Textilwirtschaft scheint daher in der Hauptsache darauf zu beruhen, daß der Handel seine Bezüge und seine Lagerhaltung an ein vorher etwas unterschätztes Absatzniveau anzupassen sucht, wobei die Aussicht auf stabilere Preise den Entschluß zum Lageraufbau erleichtert. Soweit die gegenwärtige hohe Erzeugung im Textilbereich dazu bestimmt ist, die Lagervorräte wieder aufzustocken, muß allerdings — von den üblichen Saisonschwankungen ganz abgesehen — damit gerechnet werden, daß die Produktion nach der Beendigung dieses Vorganges entsprechend absinken wird.

Investitionsgüterkonjunktur flaut weiter ab

Die Investitionsgütererzeugung, die in den letzten Jahren fast ununterbrochen zugenommen hatte und deshalb die wichtigste und verlässlichste Stütze der westdeutschen Konjunktur gewesen war, hat diese Rolle seit dem Sommer dieses Jahres vorläufig an die Verbrauchsgüterindustrien abgeben müssen. Die Tendenz zur Stagnation in der Investitionsgütererzeugung, auf die in diesen Berichten bereits seit mehreren Monaten mit einiger Besorgnis hingewiesen wurde, ist in den Produktionsergebnissen des Oktober deutlicher als vorher zum Ausdruck gekommen. Zwar stieg der Index der Investitionsgütererzeugung arbeitstäglich noch geringfügig von 175 im September auf 176 im Oktober (1936 = 100), doch wäre saisonmäßig eine erheblich stärkere Zunahme zu erwarten gewesen. Der saisonbereinigte Index der Investitionsgüterproduktion ging demnach im Oktober eindeutig zurück. Die Entwicklung in den einzelnen Investitionsgüterzweigen war allerdings unterschiedlich. Im Maschinenbau, dem wichtigsten Investitionsgüterzweig, mußte im Oktober die Produktion stärker als in diesem Monat saisonüblich eingeschränkt werden. Der Produktionsindex fiel von 189 im September auf 185 im Oktober und lag damit erheblich unter dem im Juni erreichten Höchststand von 205. Ebenso hat sich die Absatzlage im Fahrzeugbau neuer-

dings verschlechtert, so daß auch hier die Erzeugung, arbeitstäglich gerechnet, im Oktober zurückgegangen ist. Von den reinen Investitionsgüterindustrien hat nur noch der Schiffbau seine Erzeugung bis in die letzte Zeit kräftig erhöhen können; in diesem Falle spielt eine große Rolle, daß sich die Materialversorgung erheblich gebessert hat und der hier noch vorhandene Auftragsbestand infolgedessen rascher aufgearbeitet werden kann. Auch die Erzeugung der Elektrotechnischen, Feinmechanischen und Optischen Industrie sowie diejenige der Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie entwickelte sich im Oktober günstig. Doch dürften hierbei in der Hauptsache jahreszeitliche Gründe und darüber hinaus die kräftige Erhöhung der in diesen Industriezweigen recht bedeutenden Verbrauchsgüterfertigungen (Rundfunkapparate, Glühlampen, Armbanduhren, Öfen, Haushaltsgeräte usw.) eine Rolle spielen.

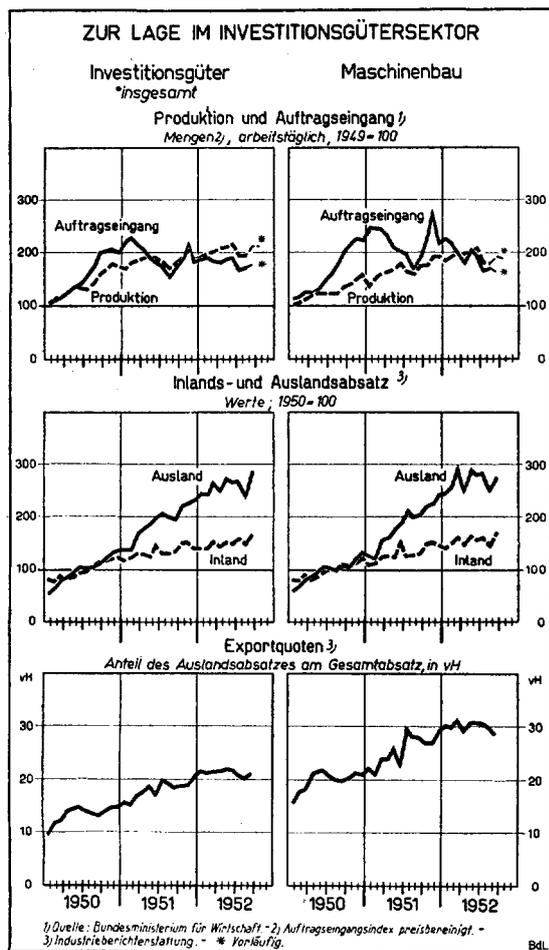
Produktion und Auftragseingang
in den Investitionsgüterindustrien

Industriezweig	Arbeitstäglich Produktion 1936 = 100				Auftragseingang in vH der gleichzeitigen Produktion ¹⁾	
	1951		1952		1952	
	Sept.	Okt.	Sept. ²⁾	Okt. ²⁾	Aug. ³⁾	Sept. ³⁾
Investitionsgüterindustrien insges.	152	158	175	176	88 ²⁾	83 ²⁾
darunter:						
Maschinenbau	173	172	189	185	95	84
Stahlbau (ohne Waggonbau)	76	75	83	83		
Fahrzeugbau	144	169	212	203	97 ⁴⁾	87 ⁴⁾
Elektrotechnische Industrie	283	291	297	313	102	102
Feinmechanische und Optische Industrie	178	187	177	191	128	99
Eisen-, Blech- und Metallwaren- industrie	121	125	136	143	75	78

¹⁾ Aus dem Verhältnis der beiden Mengenindizes (1949 = 100) berechnet. — ²⁾ Nur für die im Auftragseingangsindex erfaßten Zweige der Investitionsgüterindustrien. — ³⁾ Vorläufig. — ⁴⁾ Nur Kraftfahrzeugbau.

Der Auftragseingang in den Investitionsgüterzweigen hat sich seit dem saisonbedingten Tiefpunkt im Juni bis zum September zwar wieder etwas gebessert; der vom Bundeswirtschaftsministerium berechnete Index des Auftragseinganges (1949 = 100) stieg (preisbereinigt) von 170 im Juli auf 174 im August und 177 im September. Doch war diese Zunahme

erheblich geringer als es der üblichen Herbstbelebung entsprochen hätte, so daß der Auftrags- eingang nun in zunehmendem Maße hinter dem gleichzeitigen Ausstoß der Investitionsgüter- zweige zurückbleibt. Seinem Volumen nach war



der Auftrags- eingang im September auch kaum höher als im September 1951 (Indexstand 175). Im Maschinenbau, dem von der Abschwächung der Investitionsgüterkonjunktur hauptsächlich betroffenen Industriezweig, gingen die Aufträge im September sogar erneut zurück; mit einem Indexstand von 164 lagen sie erheblich unter dem entsprechenden Vorjahresstand (195). Im Oktober haben die Aufträge im Maschinenbau, nach vorläufigen Meldungen, nun zwar wieder etwas zugenommen, aber die Zunahme erreichte nicht das saisonübliche Ausmaß.

Die Schwächetendenzen im Maschinenbau und einigen anderen Investitionsgüterzweigen hängen zweifellos maßgeblich mit der neuerlichen Verschlechterung der Lage auf vielen Export-

märkten zusammen. Der Maschinenbau, dessen Ex- portquote im Sommer dieses Jahres bis auf 31 vH angestiegen war, ist von diesen Schwierigkeiten offenbar in ganz besonderem Maße betroffen. Während nämlich die Ausfuhr insgesamt und auch diejenige an sonstigen Investitionsgütern in den letzten Monaten noch etwas zunehmen konnte, sind die Ausfuhrlieferungen des Ma- schinenbaus — allerdings unter starken monat- lichen Schwankungen — seit der Jahresmitte leicht rückläufig und haben auch im Oktober, trotz einer beachtlichen Verbesserung, den bisherigen monatlichen Höchststand vom Juli d. Js. nicht wieder erreichen können.

Wenn sich auch die Inlandsnach- frage in letzter Zeit eher besser als die Aus- landsnachfrage gehalten hat, so ist es doch zwei- felhaft, ob die Investitionsgüterindustrien und im besonderen der Maschinenbau auf dem Inlands- markt Ersatz für die augenblickliche Schrumpfung einiger Auslandsmärkte finden können. Die neue Belebung im Verbrauchsgütersektor hat zwar die Absatzaussichten für Maschinen und andere Investitionsgüter für diesen Bereich wie- der etwas verbessert. Außerdem sind weiterhin beträchtliche Investitionen in den Grundstoff- industrien, insbesondere im Bergbau und in der Eisen schaffenden Industrie, zu erwarten, da hier sowohl der Investitionsbedarf unverändert groß ist als auch die Finanzierungsmöglichkeiten in- folge der für diese Zweige geltenden steuer- lichen Begünstigungen und auf Grund der In- vestitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft besser sind als in anderen Wirtschaftsbereichen. Von der auf insgesamt rd. 1 Mrd. DM veranschlag- ten Investitionshilfe sind bis Anfang November bereits Beträge in Höhe von rd. 745 Mill. DM an einzelne Vorhaben fest zugeteilt und die ent- sprechenden Mittel zu einem erheblichen Teil auch zugewiesen worden. Im übrigen aber dürfte die Nachfrage der privaten Wirtschaft nach In- vestitionsgütern auch weiterhin eher rückläufig sein, da mit dem fortgeschrittenen Ausbau der Erzeugungskapazitäten der Investitionsbedarf nicht mehr so dringlich wie früher ist und die Bereitschaft, Investitionen mangels eigener Mit- tel durch Aufnahme von Krediten zu finanzieren, nachgelassen hat.

Jahreszeitlicher Rückgang der Bautätigkeit hat begonnen

Die Bautätigkeit ging, nachdem sie im September ihren Höhepunkt erreicht hatte, im Oktober der fortgeschrittenen Jahreszeit entsprechend zurück, und zwar etwas stärker als im Vorjahr. Der Bauindex fiel von 162 im September auf 157 im Oktober (1936 = 100), behauptete damit allerdings gegenüber Oktober 1951 mit rd. 9 vH immer noch einen erheblichen Vorsprung. Im November ist die Bautätigkeit, nach vorläufigen Meldungen und der Entwicklung des Arbeitsmarkts zu schließen, unter dem Einfluß des frühen Kälteeinbruchs stärker zurückgegangen. Mit der Bautätigkeit hat sich im Oktober auch die Erzeugung an Baustoffen vermindert. Sie hielt sich jedoch immer noch um etwa 5 vH über dem Stand vom Oktober 1951.

Die nachstehende Tabelle läßt erkennen, daß das im Vergleich zum Vorjahr wesentlich günstigere Bauergebnis der letzten Monate ungefähr zu gleichen Teilen auf der erhöhten Tätigkeit im Wohnungsbau und für öffentliche Bauten beruht. Die Bautätigkeit der öffentlichen Hand

Zur Lage in der Bauwirtschaft

	Einheit	1951		1952	
		1. Hj. 3. Vj.			
MD					
I. Bauproduktion	1936=100	118	145	121	158
Baustoffproduktion	"	96	118	99	130
II. Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾ , gesamt	Mill.	94,4	117,0	94,5	130,4
darunter für:					
Wohnungsbau	"	35,0	42,8	33,4	48,8
Gewerbliche und landwirtsch. Bauten	"	30,1	34,8	29,0	35,4
Öffentliche Bauten	"	28,1	38,4	31,2	45,2
darunter: Besatzungsbauten	"	(5,2)	(10,0)	(8,3)	(8,7)
III. Genehmigte Hochbauten ²⁾					
insgesamt	Mill. DM	654,2	776,5	760,2	875,4
davon für:					
Wohnungsbau	"	428,6	492,6	477,3	576,8
Gewerbliche und landwirtsch. Bauten	"	176,2	190,3	213,9	201,2
Öffentliche Bauten	"	49,4	93,6	68,9	97,4

¹⁾ Bauhauptgewerbe (Hoch- und Tiefbau), nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Trümmerbeseitigung. — ²⁾ Geplanter Bauaufwand.

kam besonders dem Tiefbau zugute, der in diesem Jahr eine erheblich größere Aktivität als im Vorjahr entfalten konnte. An dieser Steigerung waren seit der Jahresmitte fast ausschließlich Bauvorhaben deutscher Stellen beteiligt.

Wie sich die öffentliche Bautätigkeit in der nächsten Zukunft weiter entwickeln wird, läßt sich nur schwer voraussehen. Die Statistik der Bauplanungen (vorgesehener Bauaufwand) umfaßt nur den Hochbau und damit nur den kleineren Teil der öffentlichen Bauten. Die Genehmigungen für öffentliche Hochbauten waren in den letzten vier bis fünf Monaten (nach Ausschaltung der Veränderungen der Baukosten) ungefähr ebenso hoch wie in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Im Gegensatz hierzu liegen die Genehmigungen für neue Wohnungsbauvorhaben seit der Jahresmitte recht erheblich über denen der entsprechenden Vorjahreszeit, nämlich in den Monaten Juli bis September dem Bauwert nach um 17 vH, dem Bauvolumen nach um schätzungsweise 13 vH. Der Zahl nach wurden im dritten Vierteljahr Baugenehmigungen für 137 000 neue Wohnungen gemeldet, gegen 127 000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die zukünftigen Aussichten für die Wohnungsbaufinanzierung sind nicht ungünstig. Die Hypothekenzusagen der Kapitalsammelstellen (Sparkassen, Bausparkassen, öffentliche und private Hypothekenbanken usw.) liegen auf Grund der hohen Spartätigkeit nach wie vor weit über den Zusagen in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres betragen sie insgesamt fast 1,6 Mrd. DM gegenüber 1,1 Mrd. DM in den ersten zehn Monaten des Jahres 1951. Ausbezahlt wurden bis Ende Oktober insgesamt 1,06 Mrd. DM. Der in den Voranschlägen für das Baujahr 1952 erwartete Beitrag der Kapitalsammelstellen in Höhe von 1,45 Mrd. DM wird also von den Hypothekenzusagen weit übertroffen, von den tatsächlichen Auszahlungen vermutlich fast erreicht werden. Auch der Beitrag der öffentlichen Hand zur Finanzierung des Wohnungsbaus war in diesem Jahr höher als im Vorjahr. Die Finanzierungszusagen der Länder (über die der größte Teil der öffentlichen Mittel läuft) betragen in den ersten neun Monaten rd. 1,4 Mrd. DM, während gleichzeitig fast 1,2 Mrd. DM bereits ausbezahlt wurden. Völlig ungewiß ist freilich, ob der Beitrag der öffentlichen Hand im nächsten Jahr wieder ebenso hoch werden wird wie im laufenden Baujahr. Um die Unsicherheit der Finanzierungsgrundlagen für den Wohnungsbau etwas zu verringern, ist geplant, durch eine Novelle zum Wohnungsbau-

gesetz einen jährlichen Beitrag aus dem Bundeshaushalt für den Wohnungsbau in Höhe von 500 Mill. DM für vier Jahre im voraus sicherzustellen. Um die bisher sehr störenden Verzögerungen in der Bereitstellung und Auszahlung der Mittel zu vermeiden, wurden im November den Ländern 400 Mill. DM aus dem Bundeshaushalt als Vorgriff auf die Wohnungsbaumittel des nächsten Haushaltsjahres zugeteilt.

Hinsichtlich der erststelligen Hypotheken wird ein erheblicher Teil der für die nächste Bausaison benötigten Mittel durch die am Jahresende offenen festen Hypothekenzusagen der Kapitalsammelstellen gedeckt sein. Der Übertrag der Zusagen wird am Jahresende um 300 bis 400 Mill. DM höher sein als im vergangenen Jahr. Hierzu kommen noch die Möglichkeiten, die sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarkts für die Ausgabe von steuerlich besonders begünstigten Sozialpfandbriefen ergeben (vgl. hierzu S. 20 ff.). Für die Finanzierung von Instandsetzungsarbeiten an Altbauten spielt auch die Erhöhung der gesetzlichen Altbau-mieten um 10 vH im Oktober bzw. November eine Rolle, deren ausgesprochener Zweck es ist, die für Ausbesserungsarbeiten zur Verfügung stehenden Mittel zu vermehren. Von Bedeutung ist ferner, daß die für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel kaum durch eine weitere Steigerung der Baukosten entwertet werden dürften. Die fast zwei Jahre anhaltende Aufwärtsbewegung der Baukosten, die den Baukostenindex von Mitte 1950 bis Februar 1952 um 28 vH aufsteigen ließ, hat sich seit Frühjahr dieses Jahres nicht mehr fortgesetzt. Zwischen Mai und August ging der Baukostenindex sogar geringfügig (von 237 auf 234) zurück, eine Bewegung, die sich in den Herbstmonaten infolge der Zinsherabsetzungen und der leichten Preissenkungen für einige Baustoffe fortgesetzt haben dürfte.

Kohlen- und Energieversorgung bisher

ohne winterliche Spannungen

Die starke Belegung der Industrieproduktion, darunter der Erzeugung in Zweigen mit besonders hohem Kohlenverbrauch, wie der Chemischen Industrie, Textilveredelung und der Zellstoff- und Papiererzeugung, hat den industriellen Kohlenverbrauch in den letzten Monaten beträchtlich

ansteigen lassen. Dazu kam der erhöhte Hausbrandbedarf infolge der in diesem Jahr frühzeitig einsetzenden kalten Witterung. Auch der Strom- und Gasbedarf der Industrie liegt — entsprechend der industriellen Produktionsentwicklung — in diesem Herbst und Winter erheblich über dem Stand des Vorjahres. Trotz dieser Belastung ist es bisher noch nicht zu Spannungen in der Kohlen- und Energieversorgung gekommen, wenn man von örtlichen Verknappungen in der industriellen Gasversorgung absieht. Die Energieversorgung ist allerdings seit September durch eine außergewöhnlich günstige Wasserführung der Flüsse und eine dementsprechend hohe Stromerzeugung der Wasserkraftwerke sehr entlastet worden; hierdurch konnte einerseits bei den Dampfkraftwerken Kohle eingespart werden, andererseits die von Wasserkraft abhängige Leichtmetallgewinnung bis in den Oktober hinein auf einem für diese Jahreszeit ungewöhnlich hohen Stand gehalten werden.

Die Deckung des erhöhten Kohlenbedarfs wurde in den letzten Wochen durch einen beträchtlichen Anstieg der inländischen Steinkohlenförderung erleichtert. Die ar-

Zur Lage im Steinkohlenbergbau

Zeit	Arbeits- tägliche Förderung ¹⁾	Beleg- schaft unter Tage	Schicht- leistung je Mann unter Tage	Täglich entgan- gene Fehl- schichten je 100 Mann
	1 000 t	1 000	t	Anzahl
1951 3. Vj. MD	375,4	309,5	1,47	18,7
September	373,8	310,5	1,45	18,4
Oktober	388,5	312,2	1,45	15,1
November	430,1	313,8	1,48	12,1
1952 3. Vj. MD	392,5	322,2	1,47	18,6
September	395,9	323,4	1,47	17,9
Oktober	409,3	325,1	1,47	15,2
November ²⁾	441,3			

¹⁾ Einschl. Sonderschichten. — ²⁾ Drei Novemberwochen (1. bis 22. 11. 1952); das Förderergebnis der an zwei Feiertagen verfahrenen Sonderschichten ist dabei, wie das der sonstigen Sonderschichten, auf die normalen Arbeitstage umgelegt.

beitstägliche Förderung nahm von rd. 396 000 t im September auf 409 000 t im Oktober zu und stieg vor allem im November (u. a. auch dank der an zwei Feiertagen verfahrenen Sonderschichten) weiter sprunghaft an, so daß in den ersten drei Novemberwochen ein arbeitstäglicher Durchschnitt von 441 000 t erreicht wurde. Diese

Aufwärtsbewegung entspricht allerdings im wesentlichen nur der um diese Jahreszeit üblichen Erhöhung, vor allem dem in diesen Monaten üblichen Rückgang der Fehlschichten. Die Schichtleistung je Mann unter Tage ist seit Beginn d. J. trotz des Erfolgsanteilssystems nicht nennenswert gestiegen und liegt immer noch auf dem bereits Mitte 1951 erreichten Niveau, d. h. bei etwa 74 vH des Vorkriegsstandes (1938). Dagegen konnte die Belegschaft unter Tage langsam, aber kontinuierlich erhöht werden. Nach der günstigen Förderentwicklung im November ist trotz des im Dezember zu erwartenden Förderrückganges anzunehmen, daß die für das vierte Quartal vorgesehene, allerdings bewußt sehr vorsichtig angesetzte Richtzahl für die durchschnittliche Förderleistung von arbeitstäglich 418 000 t erreicht wird, und daß somit die festgelegten Richtmengen für die einzelnen Wirtschaftszweige ebenso wie im vorangegangenen Vierteljahr voll ausgeliefert werden können. Im übrigen trug auch die Einfuhr amerikanischer Kohle weiter zur Entlastung der westdeutschen Kohlenlage bei. Sie war im Oktober mit 501 000 t allerdings etwas geringer als im Vormonat (546 000 t). Insgesamt sind in den ersten zehn Monaten d. Js. aus den Vereinigten Staaten von Amerika nicht weniger als 6,5 Mill. t Kohle eingeführt worden, also bereits mehr als im ganzen Jahr 1951 (5,8 Mill. t). Selbst wenn man berücksichtigt, daß in der gleichen Zeit die Kohlenvorräte in der Wirtschaft (einschließlich

Verkehr und Energie) um über 2,5 Mill. t angereichert werden konnten, so ergibt sich, daß der westdeutsche Kohlenbedarf, allerdings einschließlich der der Bundesrepublik auferlegten Ausfuhrquote von z. Zt. 6 Mill. t im Quartal, seit Beginn des Jahres 1952 zu einem erheblichen Teil nicht aus inländischer Förderung gedeckt werden konnte. Die Kohlenvorräte der Wirtschaft erhöhten sich bis Ende September weiter, mußten allerdings in diesem Monat bei der Bundesbahn und den Versorgungsbetrieben bereits in Anspruch genommen werden. Insgesamt war der Vorratsbestand Ende September fast doppelt so hoch wie im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, so daß die Wirtschaft unvorhergesehenen Störungen der Kohlenversorgung gegenüber besser gerüstet ist als in den vergangenen Jahren.

Marktlage für Stahl näher sich dem Ausgleich

Auch die Kokserzeugung entwickelte sich im Oktober infolge der Inbetriebnahme neuer Kapazitäten und dank der Belieferung mit amerikanischer Kokskohle verhältnismäßig günstig. Die kalendertägliche Produktion von Zechen- und Hüttenkoks stieg von 103 800 t im September auf 105 900 t im Oktober, also innerhalb eines Monats um 2 vH. Dementsprechend konnte auch die Eisen- und Stahlerzeugung im Oktober weiter erhöht werden, und zwar sowohl arbeitstäglich als auch im monatlichen Gesamtergebnis. Die Rohstahlerzeugung stieg von 1,378 Mill. t im September auf 1,462 Mill. t im Oktober (ein Arbeitstag mehr), die Produktion von Walzstahlfertigerzeugnissen von 938 000 auf 1,01 Mill. t, überschritt also zum ersten Mal die Millionengrenze. Da in den ersten zehn Monaten des Jahres 1952 bereits rd. 13,1 Mill. t Rohstahl produziert wurden, kann für das ganze Jahr 1952 mit einer Rohstahlerzeugung von 15,5 bis 16 Mill. t gerechnet werden.

Dank der höheren Inlandserzeugung und einer immer noch ansteigenden Einfuhr von Walzstahl besserte sich die Gesamtversorgung der westdeutschen Wirtschaft mit Walzstahlfertigerzeugnissen im Oktober weiter recht beträchtlich, nämlich von 951 000 t im September auf 1 043 000 t im Oktober, was arbeitstäglich einer Zunahme von 5,6 vH entspricht. Auch die bisher besonders

Zur Kohleversorgung 1952
Arbeitstäglich Veränderung
gegenüber entsprechender Zeit 1951
in vH

	1952			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Okt.
Steinkohlenförderung	+ 4,1	+ 1,5	+ 4,8	+ 5,4
Für Inlandsverbrauch verfügbare Steinkohle ¹⁾	+ 21,9 ²⁾	+ 2,6	+ 9,2	.
Kohleverbrauch der Industrie in Steinkohleeinheiten ³⁾	+ 9,2	+ 0,8	+ 3,4	.
Produktion der verarbeitenden Industrie ⁴⁾	+ 5,0	+ 3,9	+ 7,8 ⁵⁾	+ 10,2 ⁵⁾

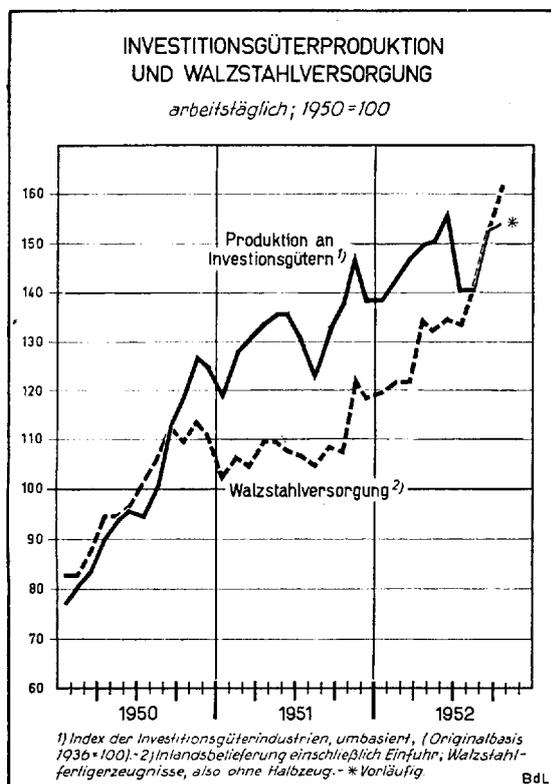
¹⁾ Gesamtanfall von Steinkohle, -Koks und Briketts, abzüglich Zedenselbstverbrauch und Deputate sowie abzüglich Ausfuhrüberschuß. — ²⁾ Die besonders starke Zunahme im ersten Vierteljahr 1952 gegenüber dem ersten Vierteljahr 1951 erklärt sich hauptsächlich aus der im ersten Vierteljahr 1952 sehr hohen Einfuhr an amerikanischer Kohle (die im ersten Vierteljahr 1951 praktisch überhaupt noch nicht eingeführt wurde). — ³⁾ Laut Industriebericht-erstattung. — ⁴⁾ Index der verarbeitenden Industrie. — ⁵⁾ Vorläufig.

Walzstahlversorgung und Auftragslage
bei Walzstahlfertigerzeugnissen¹⁾
in 1000 t

Zeit	Inlandsbelieferung mit Walzstahlfertigerzeugnissen ¹⁾			Auftragseingang ²⁾		Auftragsbestand ^{3) 4)}
	insgesamt	aus Inlands-erzeugung	aus Einfuhr	bei Walzstahlfertigerzeugnissen		
				insgesamt	darunter: Auslandsaufträge	insgesamt
1951						
2. Vj. MD	649	642	7	860	128	8 100
3. Vj. "	663	657	6	766	138	8 172
August	678	670	8	781	162	8 193
September	649	644	5	708	105	8 111
Oktober	694	691	3	739	134	8 057
1952						
2. Vj. MD	774	756	18	984	90	5 854
3. Vj. "	898	845	53	796	80	5 764
August	876	831	45	657 ⁵⁾	118	5 709
September	951	870	81	730 ⁵⁾	54	5 594
Oktober	1 043	921	122	934 ⁵⁾	83	5 616

¹⁾ Ohne Halbzeug. — ²⁾ Aus Inland und Ausland. — ³⁾ Ende 1951 und Anfang 1952 Auftragsbereinigung. — ⁴⁾ Zum Vierteljahres- bzw. Monatsende. — ⁵⁾ Zum Vergleich: Gesamte Lieferungen (einschl. Ausland): August 933 000 t, September 966 000 t, Oktober 1 019 000 t.

störenden Sortenschwierigkeiten scheinen sich zunehmend zu lösen; nachdem Ende Oktober im Bundesgebiet eine neue Grobblechstraße mit einer Monatskapazität von 20 000 t in Betrieb



genommen wurde, dürfte sich auch die bisher besonders angespannte Grobblechversorgung (Schiffswerften!) in Kürze bessern. Besonders bemerkenswert ist es, daß seit der Preisfreigabe für Eisen und Stahl im August der Auftragseingang bei den Walzwerken unter den gleichzeitigen Auslieferungen geblieben ist, so daß sich die Lieferfristen der Walzwerke etwas verkürzten. Angesichts des immer noch steigenden Angebots und der gegenwärtig eher stagnierenden Nachfrage der wichtigsten Stahlverbraucher, vor allem der Investitionsgüterindustrien, scheint ein Ausgleich auf den Märkten für Eisen und Stahl in greifbare Nähe gerückt zu sein. Er wird allerdings nach außen erst dann voll in Erscheinung treten, wenn die teilweise noch unzureichenden Vorräte des Handels und der Verarbeiter auf einen normalen Stand gebracht sein werden.

Jahreszeitliche
Verslechterung der Lage
auf dem Arbeitsmarkt

Das Auslaufen der Bausaison und der Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft und anderen Außenberufen hatten schon in der zweiten Oktoberhälfte in einigen Bundesländern eine geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ging jedoch im Oktober nochmals zurück, und zwar im gleichen Ausmaß wie im Vorjahr, da die Verschlechterung in den Außenberufen durch die herbstliche Belegung der Industrie, vor allem der Verbrauchsgüterzweige, überkompensiert wurde. In der

Entwicklung der Arbeitslosigkeit
in 1 000

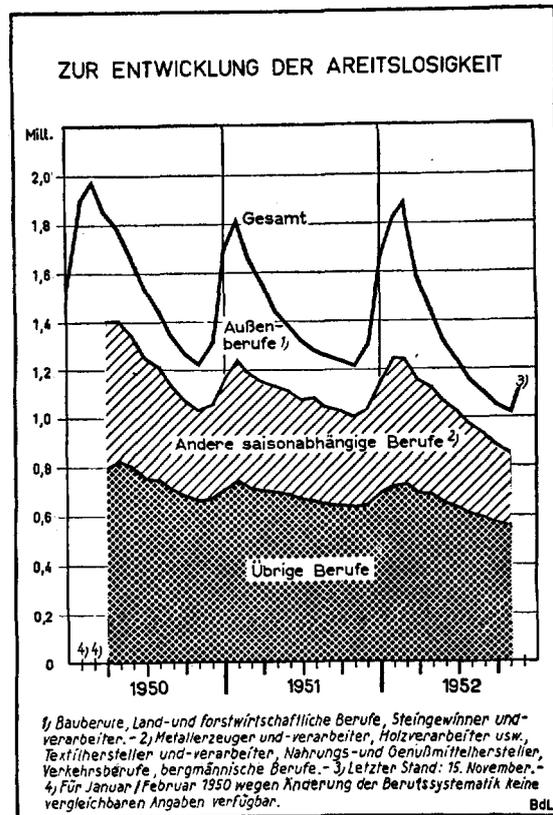
Jahr	Saisonal- Höchst- stand ¹⁾	Erhöhung (+) bzw. Rückgang (—)					Stand Mitte Nov.
		vom Höchst- stand bis Ende März	April bis Juni	Juli bis Sept.	Okt.	Erste Novem- berhälfte	
1951	1 911,1	— 344,4	— 241,0	— 90,7	— 21,1	+ 42,8	1 256,7
1952	1 894,0	— 314,4	— 339,6	— 189,4	— 22,5	+ 88,6	1 116,7

¹⁾ 1951: Mitte Januar; 1952: Mitte Februar.

ersten Novemberhälfte erhöhte sich dagegen die Arbeitslosenzahl verhältnismäßig stark, nämlich um 88 600 Personen. Von dieser Zunahme entfiel fast die Hälfte auf Bayern, wo sich der früh-

zeitige Kälteeinbruch offenbar besonders fühlbar auswirkte.

Im übrigen muß in diesem Jahr aus verschiedenen Gründen mit einem etwas stärkeren winterlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit als in den Vorjahren gerechnet werden, in denen sie jeweils zwischen 680 000 und 700 000 Personen betrug. Diese Erwartung gründet sich vor allem darauf, daß die Zahl der Beschäftigten in den letzten zwölf Monaten in relativ hohem Maße in den Außenberufen zugenommen hatte. So stieg — von Ende September 1951 bis Ende September 1952 gerechnet — die Zahl der unselbständigen Beschäftigten insgesamt um 3,8 vH, im Bau- und Baunebengewerbe jedoch um 7 vH, in der Baustoffindustrie um 8 vH und im Gaststätten-gewerbe (Fremdenverkehr) sogar um 15 vH. Umgekehrt war die Arbeitslosenzahl in den Außenberufen und den sonstigen von der winterlichen Saisonschwankung abhängigen Berufen im Jahre 1952 von ihrem winterlichen Höhepunkt bis zu ihrem herbstlichen Tiefpunkt um 690 000 zurückgegangen, d. h. um rd. 100 000 mehr als 1951.



Preise und Löhne

Die Preise sind in den letzten Wochen überwiegend wieder leicht zurückgegangen, soweit nicht jahreszeitliche Gründe zu vereinzelt Preiserhöhungen — wie bei einigen Nahrungsmitteln — führten. Auch bei den Nahrungsmitteln überwogen jedoch, ebenso wie bei den gewerblichen Verbrauchsgütern, die Preissenkungen, so daß der Lebenshaltungskosten-Index im Oktober 1952 entgegen der in diesem Monat saisonüblichen leichten Erhöhung im Durchschnitt unverändert blieb. Die Indizes der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugerpreise sowie der Grundstoffe wiesen durchweg leichte Rückgänge auf.

Zum Teil hing diese Entwicklung mit den noch immer anhaltenden Baissetendenzen an den internationalen Rohstoffmärkten zusammen. Entgegen der sonst um diese Jahreszeit üblichen Tendenz und trotz der weiteren Besserung der amerikanischen und westeuropäischen Konjunkturlage standen die Weltmarktpreise überwiegend unter Druck, so daß Moody's Index der amerikanischen Stapelgüterpreise von Ende September bis Mitte November von 428 auf 407

(31. 12. 1931 = 100) oder um 5 vH gesunken ist und auch die übrigen Indizes der internationalen Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise Rückgänge um 2 bis 3 vH aufweisen. Die im Moody-Index erfaßten Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise sind damit im Durchschnitt wieder fast auf den Stand von Mitte 1950 zurückgefallen, d. h. sie haben nun ihre Erhöhung während der Korea-Hausse wieder nahezu völlig eingebüßt. Allerdings gilt dies nicht für alle Rohstoffgruppen in gleichem Maße. Während nämlich Wolle, Häute, Sisal, Jute sowie einige Fette und Öle zum Teil recht erheblich unter den „Vor-Korea“-Stand gefallen sind (Fette und Öle allerdings nur vorübergehend), liegen die Getreidepreise, die Preise für Kohle, Schrott, Eisen und Stahl sowie für einige NE-Metalle immer noch über dem Niveau von Mitte 1950. Betrachtet man die Preise der Nahrungs- und Genußmittel einerseits, die der Rohstoffe für die gewerbliche Wirtschaft andererseits (vgl. Schaubild S. 44), so zeigt sich, daß sich die Baisse der letzten Jahre ganz überwiegend auf die Gruppe der gewerblichen

Rohstoffe erstreckte, ebenso wie diese am stärksten von der Hausse nach Ausbruch des Korea-Konflikts erfaßt worden war. Die Weltmarktpreise für Nahrungs- und Genußmittel haben dagegen seit 1950 erheblich weniger geschwankt. Sie liegen gegenwärtig im großen Schnitt auch noch immer um 5 bis 9 vH über dem Stand von Mitte 1950. Die Preise der westdeutschen Einfuhr haben sich demgegenüber allerdings etwas abweichend entwickelt: während nämlich die Durchschnittspreise der westdeutschen Nahrungsmittelfuhr im September 1952 wieder fast auf den Stand von Mitte 1950 gesunken waren, lagen die durchschnittlichen Einfuhrpreise für Rohstoffe gleichzeitig noch um fast 40 vH über dem „Vor-Korea“-Stand. Der Grund für diese Divergenz zur Entwicklung der Weltmarktpreisindizes dürfte vor allem darin liegen, daß das deutsche Einfuhrsortiment erheblich anders zusammengesetzt ist als die gebräuchlichen Weltmarktpreisindizes und

daß innerhalb dieses Sortiments seit Mitte 1950 beträchtliche Verschiebungen stattgefunden haben — bei der Nahrungsmittelfuhr zu den im Preis relativ weniger gestiegenen Waren, bei den Rohstoffen und Halbwaren im umgekehrten Sinne. Daneben dürften die vergleichsweise immer noch hohen westdeutschen Preise für eingeführte Rohstoffe aber auch damit zusammenhängen, daß die Bundesrepublik gezwungen ist, eine Reihe von Waren auf Nicht-Dollarmärkten zu höheren Preisen als den Dollarnotierungen zu kaufen. Endlich darf der erhebliche Zeitabstand zwischen Abschluß von Einfuhrkontrakten und effektivem Grenzübergang der Einfuhrwaren nicht übersehen werden. Dieser Umstand läßt übrigens auch erwarten, daß die sinkende Preistendenz in der westdeutschen Rohstoffeinfuhr noch nicht ganz zum Abschluß gekommen ist.

Der erneute Preisrückgang an den internationalen Märkten seit September d. J. betraf überwiegend Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft.

Zur Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

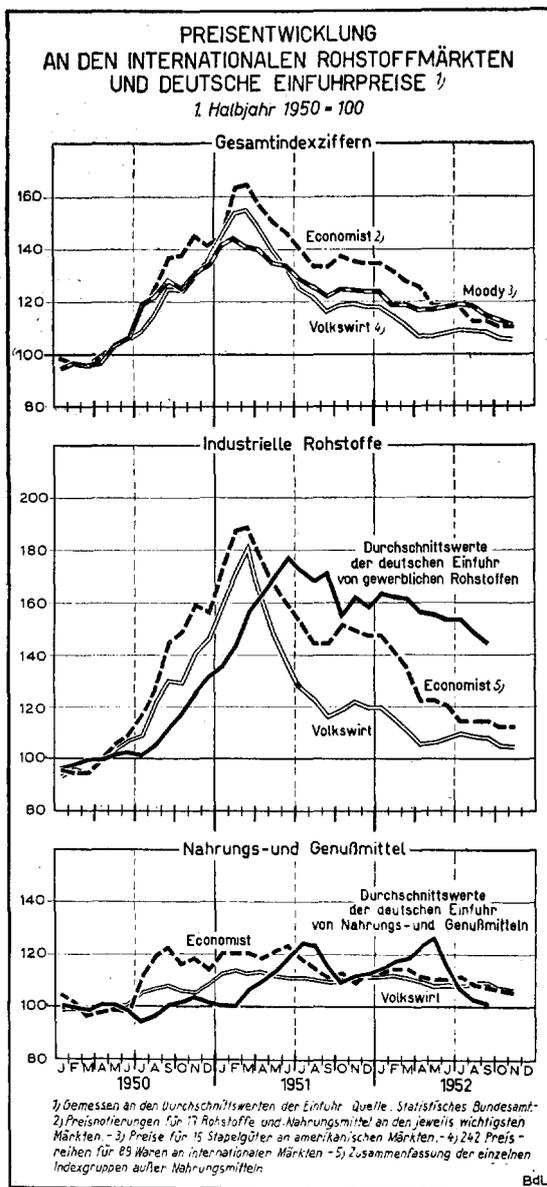
Index bzw. Ware	Basis	Preisstand					Veränderungen	
		Mitte 1950	Ende 1951	Mitte 1952	Ende Sept. 1952	Mitte ¹⁾ Nov. 1952	Mitte Juni 1950	Ende Sept. 1952
							gegenüber	
							in vH	
Moody	31. 12. 1931 = 100	405,1	458,8	434,8	427,6	407,4	+ 1	— 5
Reuter	18. 9. 1931 = 100	494,7	593,4	550,1	531,1	516,6	+ 4	— 3
Waren mit gegenüber Ende September 1952 höheren Preisen								
Weizen	Hardwinter II, N.Y., cts je bush	249,12	285,75	251,60	273,36	277,50	+11	+ 2
Roggen	2. Western, N.Y., cts je bush	206,50	240,00	244,25	226,00	240,50	+16	+ 6
Kopra	F. M. Straits, cif Kont. Häfen, London, £ je 1 t	79,00	88,10	65,00	69,15	88,00	+12	+27
Kautschuk	RSS, London, d je lb	23,00	41,25	27,75	22,25	24,25	+ 5	+ 9
Häute	butt. brand, N.Y., cts je lb	23,50	17,50	13,00	13,50	15,00	—36	+11
Kohle	furnace, \$ je lt	20,35	23,55	22,10	23,10	24,15	+19	+ 5
Waren mit seit Ende September 1952 wenig veränderten Preisen								
Zucker	N.Y., Weltkontrakt 4, cts je lb	4,27	4,77	4,20	4,00	4,00	— 6	0
Kaffee	Santos IV, N.Y., cts je lb	50,00	54,37	53,37	54,12	53,50	+ 7	— 1
Baumwollsaatöl	1. Term., N.Y., cts je lb	15,54	15,65	14,68	16,05	16,24	+ 5	+ 1
Wolle	Austr. Vliese, gew., 70's, London, d je lb	153,00	133,00	140,00	144,00	143,00	— 7	— 1
Jute	c. & f. Dundee, London, £ je lt	120,00	167,00	88,00	81,00	81,00	—33	0
Zinn	99 %, London, £ je lt	600,75	912,10	968,00	962,00	965,00	+61	0
Kupfer	Elektro, N.Y., Expt., cts je lb	22,50	27,50	33,00—36,50	33,50—36,15	33,50—36,15	+46	0
Waren mit gegenüber Ende September 1952 gesunkenen Preisen								
Mais	gelb II, N.Y., cts je bush	176,75	219,12	208,85	198,36	187,12	+ 6	— 6
Kakao	Accra, N.Y., cts je lb	32,25	32,50	38,00	34,75	31,75	— 2	— 9
Schmalz	Midwestern, N.Y., cts je lb	11,95	14,25	11,60	9,25	8,40	—30	— 9
Baumwolle	Americ. middling, N.Y., cts je lb	34,79	42,60	40,65	39,20	35,10	+ 1	—10
Sisal	Afrikan., spot Nr. 1, cif UK, London, £ je lt	130,00	213,00	143,00	108,00	108,00	—23	— 7
Blei	N.Y., cts je lb	11,00	19,00	16,00	16,00	14,50	+27	—12
Zink	East St. Louis, N.Y., cts je lb	15,00	19,50	15,00	14,50	12,50	—17	—14

¹⁾ 18. 11. 1952

vor allem Baumwolle, Blei und Zink. Bei Baumwolle ist der Rückgang nicht nur auf die erneute Erhöhung der Ernteschätzung für amerikanische Baumwolle um rd. 500 000 Ballen auf 14,91 Mill. Ballen (gegen 15,13 Mill. im Vorjahr), sondern auch auf eine trotz der allgemeinen Besserung des Textilwarenabsatzes recht zurückhaltende Nachfrage der Baumwollverarbeiter und des Baumwollhandels zurückzuführen. Auch der scharfe Rückgang der Blei- und Zinkpreise hängt im wesentlichen damit zusammen, daß die Marktlage sowohl von der Seite des Angebots als auch von der Seite der Nachfrage her entspannt wurde. Symptomatisch für die Entwicklung ist die bei Blei durchgeführte und bei Zink für Januar 1953

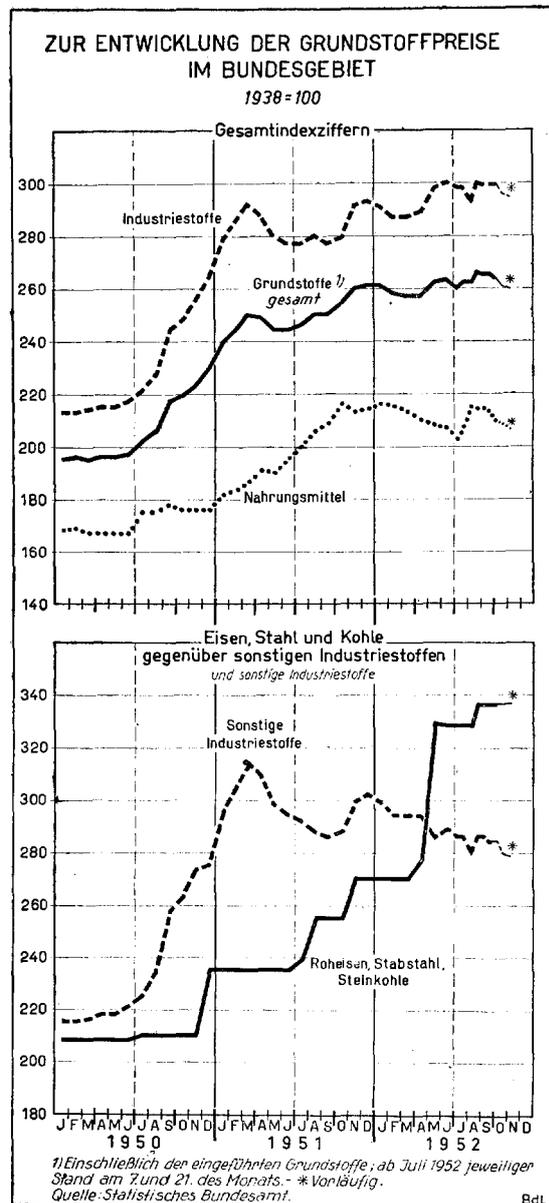
angekündigte Wiedereröffnung der Londoner freien Märkte. Daß aber auch bei den übrigen NE-Metallen die Zeit des Verkäufermarktes ihrem Ende zugeht, ergibt sich aus der Entwicklung der „freien“ NE-Metallpreise in Europa, deren Tendenz seit Anfang dieses Jahres fast auf der ganzen Linie steil nach unten geht, so daß selbst bei dem bisher besonders knappen Kupfer bereits die offiziellen Preise in den Vereinigten Staaten unterschritten werden. Bei Aluminium dagegen, dessen Erzeugung gegenwärtig in den Vereinigten Staaten durch Strommangel behindert wird, liegen die freien Preise noch über den amtlichen Preisnotierungen. Von den wichtigeren international gehandelten Nahrungsmitteln gaben seit Ende September vor allem Mais, Schmalz, Kaffee und Kakao etwas im Preise nach. Gleichzeitig erhöhten sich jedoch die Preise für Weizen sowie für einige Ölfrüchte seit Ende September etwas, und zwar trotz relativ günstiger Ernte- und Produktionsmeldungen. Die Preise für Wolle und Häute, die nach der Korea-Hausse offenbar etwas zu weit gesunken waren, haben sich in den letzten Wochen befestigt; insbesondere bei Häuten war der Preisanstieg in der ersten Novemberhälfte beträchtlich. Auch Kautschuk, dessen Preis von Ende 1951 bis zum Herbst d. J. besonders stark nachgegeben hatte, scheint nun einen Preisstand erreicht zu haben, bei dem er erfolgreich die Konkurrenz mit dem synthetischen Kautschuk aufnehmen kann, so daß sich sein Preis in den letzten Wochen wieder etwas befestigte.

An den westdeutschen Märkten machte sich der Einfluß der überwiegend abwärts gerichteten Preistendenz der internationalen Märkte naturgemäß vor allem bei den Grundstoffen bemerkbar. Der Gesamtindex der westdeutschen Grundstoffpreise ist vom 21. September bis 7. November 1952 von 266 auf 260 (1938 = 100) zurückgegangen. Soweit dieser Rückgang auf Nahrungsmittelpreise entfiel — der Teilindex der Nahrungsmittelgrundstoffe ist in der genannten Zeit von 214 auf 207 gesunken —, hatte er allerdings überwiegend binnenwirtschaftliche Ursachen. Neben den Kartoffel- und Rindviehpreisen sind entgegen den ursprünglichen Erwartungen seit Mitte September auch die Schweinepreise als Folge des hohen Schweineauftriebs beträchtlich zurückgegangen.



Der bei der Viehzählung vom 3. September 1952 ausgewiesene Bestand an Schlachtschweinen, der um 9 vH höher als im Vorjahr lag, läßt auch in den nächsten Monaten noch große Auftriebsziffern erwarten, so daß sich die Schweinepreise auch in den Herbst- und Wintermonaten auf einem mittleren Niveau halten dürften. Erst vom nächsten Frühjahr ab dürfte sich die Abnahme des Ferkel- und Läuferbestandes um 10 bzw. 6 vH gegenüber September 1951 in geringeren Auftrieben und festen Preisen auswirken. Ferner hat infolge der reichlichen Marktversorgung der Haferpreis nachgegeben. Auf der anderen Seite sind die Preise für Butter und Eier, dem jahreszeitlichen Rhythmus entsprechend, in den letzten Wochen gestiegen, und auch die Preise für Margarine haben sich infolge der in letzter Zeit eingetretenen Rohstoffverteuerung etwas erhöht. Auch die Obst- und Gemüsepreise haben saisonmäßig im Oktober angezogen.

Deutlich erkennbar ist der Einfluß der abwärtsgerichteten Preistendenz an den Weltmärkten bei den industriellen Grundstoffen. Der diese betreffende Teilindex des allgemeinen Preisindex für Grundstoffe ist vom 21. September bis 7. November von 300 auf 295, d. h. um fast 2 vH, zurückgegangen. Dies war überwiegend auf die Entwicklung der Preise für Blei, Zink und Baumwolle an den internationalen Rohstoffmärkten zurückzuführen. Auch der Preis für Schnittholz ging — u. a. im Zusammenhang mit einer reichlichen Belieferung aus südosteuropäischen Ländern — zurück, obgleich sich auf den nordischen Märkten die Preistendenz für Holz seit einigen Wochen wieder gefestigt hat. Außer den Schnittholzpreisen gaben in den letzten Wochen unter dem Druck des zunehmenden Angebots und der mit dem Ende der Bausaison zurückgehenden Nachfrage auch die Preise einiger anderer Baumaterialien, vor allem von Ziegeln und Zement, etwas nach. Die Baukosten — deren Index im August 1952 zum ersten Mal seit zwei Jahren rückläufig war — dürften hierdurch erneut etwas gesunken sein. Den erwähnten Preisrückgängen standen bei den Industriestoffen seit Ende September nur wenige Preiserhöhungen geringen Umfangs bei Wolle, Flachs, Kalbfellen sowie infolge der jahreszeitlichen Staffelung bei einigen Düngemitteln gegenüber.

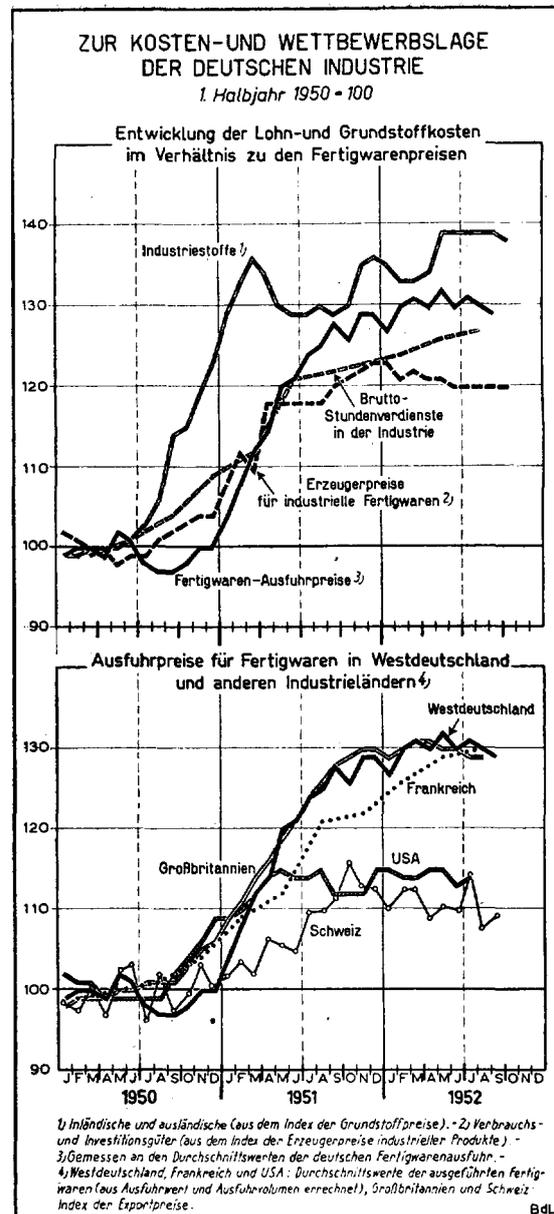


Trotz dieser Preisrückgänge im September und Oktober lag der Preisindex für Industriestoffe Anfang November immer noch etwas höher als zu Beginn des Jahres. Dabei sind die durchschnittlichen Einfuhrpreise für nach Westdeutschland eingeführte Rohstoffe und Halbwaren von Januar bis September 1952 doch recht beträchtlich, nämlich um rd. 15 vH zurückgegangen. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist dieser Einfluß jedoch durch die starken Erhöhungen der Preise für Kohle und Stahl überkompensiert worden (vgl. Schaubild). Die deutsche Wirtschaft wurde hierdurch kostmäßig zweifellos erheblich belastet, vor allem im Vergleich zu den Ländern, bei denen sich die

sinkende Tendenz der Weltmarktpreise stärker in den durchschnittlichen Grundstoffkosten auswirken konnte. Es ist auch noch keineswegs sicher, ob die für diese Sonderentwicklung in Westdeutschland ausschlaggebende Aufwärtsbewegung der westdeutschen Kohle- und Stahlpreise schon ihr Ende erreicht hat. So wird mit der für Februar 1953 vorgesehenen Schaffung eines „gemeinsamen Marktes“ für Kohle innerhalb der Montan-Union die Frage akut, ob der sogenannte „doppelte“ Kohlenpreis für Inlandsabsatz und Export sofort oder in Etappen beseitigt werden muß, und ob dies durch Erhöhung der Inlands- oder Herabsetzung der Exportpreise bewirkt werden soll. Sollte man sich zum Aufschlag der ganzen Differenz von durchschnittlich 5 DM/t auf den gegenwärtigen Inlandspreis von 52 DM/t entschliessen, so würde dies zu einer nicht leicht zu nehmenden weiteren kostenmäßigen Belastung der deutschen Wirtschaft führen. Auf der anderen Seite scheint die günstige Entwicklung auf dem Markt für Eisen und Stahl — gekennzeichnet durch die ständig steigende westdeutsche Eigenerzeugung, die sehr hohen Walzstahleinfuhren und den Aufbau von ausreichenden Vorräten bei den westdeutschen Eisenverarbeitern — die Möglichkeit zu eröffnen, daß bei der nächsten, für Anfang 1953 vorgesehenen Revision der Eisenpreise einige Eisen- und Stahlpreise eher gesenkt als erhöht werden.

Von der Kostenseite her hat sich die Wettbewerbslage der westdeutschen Wirtschaft gegenüber einigen anderen Industrieländern in den letzten Jahren im ganzen zweifellos etwas verschlechtert, und zwar nicht nur infolge der relativ starken Erhöhung der Industriestoffpreise, sondern auch infolge der über den internationalen Durchschnitt hinausgehenden beträchtlichen Lohnerhöhung seit Mitte 1950¹⁾. Im Vergleich zum Stand des ersten Halbjahres 1950, also des letzten Halbjahres vor Beginn der Korea-Hausse, sind die westdeutschen Industriestoffpreise bis Herbst 1952 im Durchschnitt um 37 vH und die effektiv gezahlten Stundenlöhne in der Industrie um 26 vH gestiegen. Wenngleich diese Kostenerhöhungen durch betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen zum Teil aufgefangen werden konnten, hatten sie doch einen erheblichen Anstieg der industriellen Fertigwarenpreise zur Folge. So

¹⁾ Vgl. hierzu: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Oktober 1952, S. 33.



hat sich der Index der Erzeugerpreise für industrielle Investitions- und Verbrauchsgüter seit dem ersten Halbjahr 1950 um etwa 20 vH erhöht. Die durchschnittlichen Preise für exportierte Fertigwaren, die in besonderem Maße von den Preisen für Kohle und Stahl abhängen, sind sogar um fast 30 vH gestiegen. Vergleicht man die westdeutschen Ausfuhrpreise für Fertigwaren (Durchschnittswerte je Ausfuereinheit) mit denen einiger wichtiger anderer Industrieländer, so zeigt sich, daß sie seit dem ersten Halbjahr 1950 zum Teil erheblich stärker gestiegen sind als die Exportpreise in einigen Vergleichsländern, und daß von den im Schaubild aufgeführten Ländern

nur Großbritannien und Frankreich eine ähnlich starke Aufwärtsbewegung der Exportpreise aufweisen. Dies besagt zwar noch nichts über die absoluten Preisrelationen zwischen den Ausführwaren der verschiedenen Länder, deutet aber darauf hin, daß die Bundesrepublik in den letzten zwei Jahren einen Teil ihres früheren preismäßigen Vorsprungs eingebüßt hat.

Während die Preise für Investitionsgüter — die den Hauptanteil am Fertigwarenexport stellen — noch bis vor kurzem eine steigende Tendenz aufwiesen, sind die Erzeugerpreise für industrielle Verbrauchsgüter seit Ende 1951 erheblich gesunken. Dementsprechend sind

Wichtige Preisindexziffern im Bundesgebiet
Juni 1950 = 100¹⁾

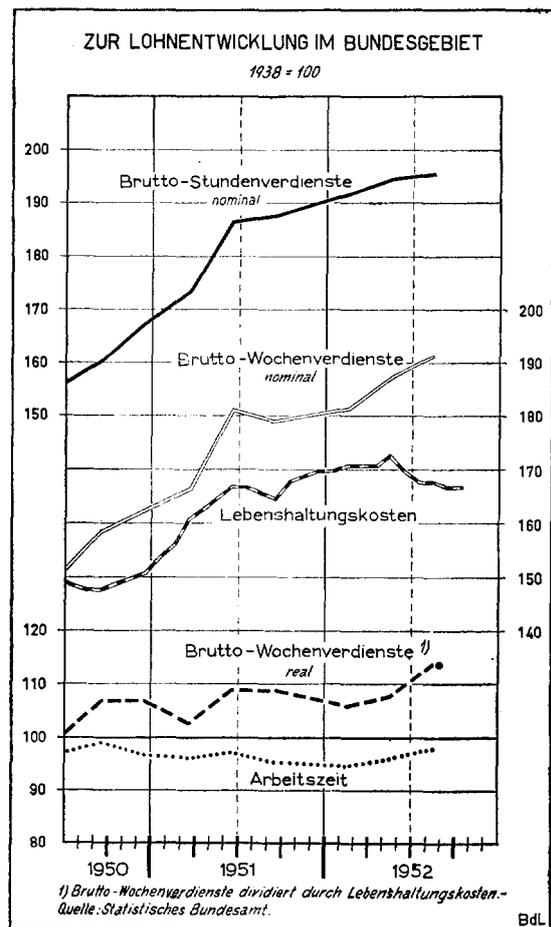
Zeit	Grundstoffpreise ²⁾			Erzeugerpreise industrieller Produkte			Einzelhandelspreise	Lebenshaltungskosten
	gesamt	industrielle	landwirtschaftliche	gesamt	Grundstoffe ³⁾	Investitionsgüter		
1948								
Dez.	98	100	92	108	103	115	112	122
1949								
Dez.	99	94	108	102	100	105	104	106
1950								
Dez.	116	122	105	110	114	101	108	101
1951								
Juni	124	128	117	125	130	112	124	112
Dez.	132	135	128	128	133	116	128	113
1952								
Juni	133	138	124	126	132	118	123	109
Juli	133	137	124	126	131	119	122	109
Aug.	134	138	127	126	132	119	122	108
Sept.	134	138	127	127	132	119	123	108
Okt. ⁴⁾	133	137	124	126	132	119	122	111

¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamts (1938 = 100). — ²⁾ Inländische und ausländische Grundstoffe. — ³⁾ Nur im Inland erzeugte Grundstoffe. — ⁴⁾ Vorläufig.

auch die Einzelhandelspreise für gewerbliche Verbrauchsgüter seit längerer Zeit wieder rückläufig. Besonders ausgeprägt war der Preisrückgang bei Textilwaren, wo er — im Einklang mit der Bewegung der Rohstoffpreise — schon im Sommer 1951 begann. Teilweise sind hier die Preise, und zwar vor allem die Einzelhandelspreise, schon niedriger als jemals seit der Währungsreform. Das gilt insbesondere für Textilwaren aus Baumwolle (zum Teil mit Zellstoffbeimischung) und Kunstseide, während wollhaltige Textilien im Durchschnitt noch um etwa 8 vH im Preise höher liegen als im Sommer 1950. Bei den Einzelhandelspreisen hat sich der Preisrückgang zum mindesten bis September 1952, wenn auch stark verlangsamt, fortgesetzt, obwohl die Er-

zeugerpreise für Textil- und Bekleidung schon seit Juli dieses Jahres nicht weiter gesunken sind. Das Einzelhandelspreisniveau für Schuhwaren, die im Durchschnitt noch um 9 vH teurer sind als im Sommer 1950, blieb seit August 1952 stabil, obgleich die Rohstoffkosten im dritten Vierteljahr 1952 leicht angezogen haben. Außerhalb des Bekleidungsbereichs waren noch leichte Preissenkungen bei Möbeln, elektrotechnischen Geräten und Papierwaren zu verzeichnen.

In der Entwicklung des amtlichen Lebenshaltungskostenindex wurde dieser Einfluß in der Berichtsperiode noch dadurch verstärkt, daß auch die Ernährungskosten vom September zum Oktober — entgegen der sonst um diese Jahreszeit üblichen Tendenz — leicht zurückgingen, da die saisonmäßige Preissteigerung für Eier und Butter durch die bereits erwähnten Preissenkungen für Kartoffeln und Fleisch überkompensiert wurde. Die Indexziffer für die Wohnkosten stieg dagegen wegen der (teilweisen) Inkraftsetzung der 10⁰/oigen Erhöhung der



Altbaumieten von 104 im September auf 106 im Oktober (1938 = 100) und dürfte wohl auch im darauffolgenden Monat eine weitere kleine Erhöhung aufweisen. Trotzdem blieb infolge der geschilderten Preissenkungen auf anderen Gebieten der Lebenshaltungskostenindex im Oktober gegenüber dem Vormonat unverändert auf einem Stand von 167 (1938 = 100). Er lag damit einen Punkt unter dem Stand von Oktober 1951. In den nächsten Monaten ist freilich mit einem saisonbedingten Anstieg zu rechnen.

Das Niveau der Industriearbeiterlöhne hat sich in den letzten Monaten weiter langsam erhöht. Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Lohnerhebung von Ende August sind die durchschnittlichen Stundenlöhne für alle Industriearbeiter (außer Bergbau) zwischen Mai und August allerdings nur von 155,7 auf 156,5 Pf oder um 0,5 vH gestiegen. Da sich gleichzeitig die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit — wohl vor allem infolge des Rückganges der Kurzarbeit in den Verbrauchsgüterindustrien — von 47,1 auf 47,9 Wochenstunden erhöhte, nahmen die durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste etwas stärker, nämlich um über 2 vH von 73,41 auf 75,02 DM, zu. Der Index der realen Bruttowochenlöhne wurde darüber hinaus noch durch den Rückgang der Lebenshaltungskosten

beeinflusst. Er stieg daher von 108 im Mai auf fast 114 im August (1938 = 100) und übertraf damit den im Sommer 1951 erreichten bisherigen Höchststand (109) beträchtlich. Dabei ist aller-

Industriearbeiterlöhne und Arbeitszeit¹⁾

Arbeitergruppen	1949 ²⁾	1950 ²⁾	1951	1952		
	September			Februar	Mai	August
Durchschnittliche Bruttostundenlöhne, in Pf						
Alle Arbeiter	120,9	127,7	148,8	152,6	155,7	156,5
Männer	131,4	139,8	162,9	168,3	170,4	171,5
Frauen	83,9	88,9	104,2	105,8	107,2	107,3
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste, in DM						
Alle Arbeiter	57,33	62,75	70,08	70,82	73,41	75,02
Männer	63,40	69,87	78,58	79,86	82,23	84,01
Frauen	37,54	41,45	45,58	46,02	47,00	47,98
Reallöhne ³⁾ 1938 = 100						
Alle Arbeiter	92	107	109	106	108	114
Durchschnittliche Arbeitszeit, in Stunden						
Alle Arbeiter	47,4	49,1	47,1	46,4	47,1	47,9
Männer	48,2	50,0	48,2	47,5	48,2	49,0
Frauen	44,8	46,6	41,7	43,5	43,8	44,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Ohne Bergbau. — ²⁾ Ohne Rheinland-Pfalz, Baden, Württemberg-Hohenzollern und Lindau. — ³⁾ Bruttowochenverdienste dividiert durch Lebenshaltungskosten.

dings zu berücksichtigen, daß diese Erhöhung dem Arbeiter nicht ganz zugutekommt, da bei der jetzt von vielen Arbeiterkategorien erreichten Lohnhöhe jede neue Lohnsteigerung bereits einer ziemlich steilen Progression der Besteuerung ausgesetzt ist. Seit August hat sich infolge der Revision zahlreicher regionaler Tarifvereinbarungen das allgemeine Lohnniveau übrigens sicher weiter erhöht.

Außenwirtschaft

Erstmalig wieder Passivsaldo im Warenverkehr

Der Außenhandel der Bundesrepublik schloß im Oktober 1952 zum ersten Mal seit März d. J. wieder mit einem leichten Passivsaldo in Höhe von 38 Mill. DM ab. Die Ursache liegt in dem für einen einzelnen Monat ungewöhnlich starken Anstieg der Einfuhr um 18 vH, nämlich von 1 273 Mill. DM im September auf 1 496 Mill. DM. Die Ausfuhr nahm zwar ebenfalls zu, aber nur von 1 426 auf 1 458 Mill. DM oder nur um rd. 2 vH; arbeitstäglich gerechnet ging sie geringfügig zurück. Wenn auch der Waren-Außenhandel nach Abzug der durch Auslandshilfe finanzierten Einfuhr ausgeglichen war (+ 14 Mill. DM) und der Zahlungsverkehr mit dem Ausland im Oktober immer noch mit einem, freilich stark

reduzierten, Devisenüberschuß abschloß, so verdient der rasche Übergang von den hohen Überschüssen des Warenhandels in den Vormonaten — 254 Mill. im Juli, 155 Mill. im August und 153 Mill. im September — zu einem Passivsaldo doch besondere Beachtung, und zwar um so mehr, als diese Passivierung allen Anzeichen nach zumindest noch in der nächsten Zukunft anhalten dürfte.

Die Ursachen der Einfuhrsteigerung

Die Zunahme der Einfuhr liegt bis zu einem gewissen Grade in der schon seit einiger Zeit zu beobachtenden Linie. Schon von Juni an ist nämlich die Einfuhr im Wachsen begriffen. Teilweise wurde diese Tendenz nur dadurch verdeckt,

daß die durchschnittlichen Einfuhrpreise auch in den letzten Monaten noch sanken und die Wertziffern der Einfuhr bis August deshalb keine eindeutige oder doch nur eine schwache Aufwärtsbewegung erkennen ließen. Schaltet man die

*Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
in Mill. DM*

Zeit	Einfuhr			Ausfuhr	Saldo ²⁾	
	gesamt	gegen Devisen	auf Grund von Auslands-hilfe		gesamt	kommerziell ³⁾
1950 MD	947,8	779,6	168,2	696,9	- 250,9	- 82,7
1951 ..	1 227,1	1 077,2	149,9	1 214,7	- 12,4	+ 137,5
1951						
1. Vj. MD	1 240,0	1 068,1	171,9	995,0	- 245,0	- 73,1
2. " "	1 066,3	853,9	212,4	1 181,4	+ 115,1	+ 327,5
3. " "	1 325,8	1 166,2	159,6	1 346,6	+ 20,8	+ 180,4
4. " "	1 276,4	1 220,8	55,6	1 335,9	+ 59,5	+ 115,1
1952						
1. Vj. MD	1 440,7	1 406,8	33,9	1 320,9	- 119,8	- 85,9
2. " "	1 190,3	1 160,6	29,7	1 363,7	+ 173,4	+ 203,1
3. " "	1 233,5	1 179,8	53,7	1 420,8	+ 187,3	+ 241,0
August	1 192,9	1 152,6	40,3	1 347,7	+ 154,8	+ 195,1
September	1 272,9	1 210,7	62,2	1 426,0	+ 153,1	+ 215,3
Oktober	1 495,6	1 444,1	51,5	1 457,8	- 37,8	+ 13,7

¹⁾ Einschl. West-Berlins. — ²⁾ Einfuhrüberschüsse = —, Ausfuhrüberschüsse = +. — ³⁾ Saldo zwischen der Einfuhr gegen Devisen und der Ausfuhr.

Preisveränderungen aus, so war das Volumen der Einfuhr jedoch schon im August um etwa 15 vH höher als im Juni. Zweifellos hing das weitgehend mit der sich schon damals anbahnenden Konjunkturbelebung zusammen. Im September und Oktober hat sich diese konjunkturelle Komponente der Einfuhrentwicklung sicher noch verstärkt. Daß das Einfuhrvolumen in diesen beiden Monaten noch einmal um 7 bzw. 19 vH stieg und im Oktober um 46 vH höher als im sommerlichen Tiefpunkt war, hatte aber auch besondere Gründe, die kaum von Dauer sein werden.

Jahreszeitliche Gründe

So ist die verstärkte Zunahme der Einfuhr im September und Oktober mindestens zum Teil jahreszeitlich bedingt. Auch in den vergangenen Jahren lag die Einfuhr in den Herbst- und Wintermonaten regelmäßig bedeutend höher als in den Sommermonaten. Wenn sich aus den Einfuhrzahlen der vergangenen drei Jahre auch noch kein allgemein gültiger Saisonindex der Einfuhrschwankungen errechnen läßt, da in allen drei Jahren die Einfuhrbewegungen sehr stark

durch handels- und devisa-politische Maßnahmen beeinflußt waren (erste Liberalisierung im Winter 1949/50, Korea-Hausse im Herbst und Winter 1950/51, Einfuhrrestriktionen Frühjahr 1951, Re-Liberalisierung Winter 1950/51), so kann eine Belebung der Einfuhr im Herbst und Winter aber wohl als „normal“ unterstellt werden. Am ausgeprägtesten pflegt dieser saisonale Auftrieb bei der Einfuhr von Nahrungsmitteln zu sein, wie die nachstehende Tabelle zeigt. Tatsächlich entfiel auch von der gesamten Einfuhrzunahme in den Monaten September und Oktober 1952 ein Viertel bis ein Drittel auf Güter der Ernährungswirtschaft, so daß deren Einfuhrvolumen in den Monaten September und Oktober ebenfalls um 6 bzw. 16 vH anstieg. Trotz dieser beachtlichen

Jahreszeitliche Schwankungen im Einfuhrvolumen der Jahre 1949 bis 1952

	Monatsdurchschnitte		
	Januar/März	April/August	Sept./Dez.
1) Volumen (in Mill. DM., Preise von 1950)			
1950	865	836	1 150
1951	1 072	839	1 046
1952	1 092	978	1 217 ²⁾
2) Indizes des durchschnittlichen Einfuhrvolumens 1949 bis 1952, auf der Basis Oktober 1949 bis August 1952 = 100			
Gesamteinfuhr	104,8	91,8	106,7
darunter:			
Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft	103,6	88,0	112,2

¹⁾ Nur September/Oktober. — ²⁾ Berücksichtigt wurde das Einfuhrvolumen der Zeit von Oktober 1949 (Beginn der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik) bis einschließlich August 1952.

Steigerung erreichte das Volumen der Nahrungsmitelefuhr in den beiden Monaten nur knapp das Einfuhrvolumen der entsprechenden Vorjahrsmonate, wie überhaupt in den ersten vier Monaten des laufenden Landwirtschaftsjahres (Juli/Juni) die Nahrungsmitelefuhr mengenmäßig etwas, wertmäßig sogar erheblich hinter dem entsprechenden Vorjahrsergebnis zurückblieb. Berücksichtigt man, daß der gesamte Einfuhrbedarf an Nahrungs- und Genußmitteln im laufenden Wirtschaftsjahr kaum unter dem des Vorjahres liegen dürfte (bei Grundnahrungsmitteln wird mit einem geringeren, bei sonstigen Nahrungs- und Genußmitteln mit einem etwas höheren Bedarf gerechnet), so erscheint die Ent-

wicklung der Agrareinfuhr in den letzten Monaten unter keinen Umständen als überhöht. Da in diesem Wirtschaftsjahr die Einkaufsdispositionen für die Nahrungsmitelefuhrl frühzeitiger getroffen werden konnten als im Vorjahr, ist vielmehr eine weitere beträchtliche Erhöhung in den nächsten Monaten keineswegs ausgeschlossen, allerdings mit der Folge, daß sie dann im nächsten Frühjahr saisonmäßig um so stärker zurückgehen könnte.

Sonderfaktoren

Die zeitliche Vorverlegung der Einfuhr von Grundnahrungsmitteln wurde besonders durch die im September von der Bank von England vorübergehend zugelassenen Transitlieferungen von Dollarwaren gegen Pfund Sterling gefördert. Für solche Einfuhren waren seinerzeit an die deutschen Importeure Genehmigungen im Gesamtbetrag von über 80 Mill. \$ erteilt worden, von denen über zwei Drittel auf Ernährungseinfuhren, der Rest auf wichtige Rohstoffe aus dem Dollar-Raum entfielen. Von diesen Transiteinfuhren ist ein kleiner Teil schon im September, ein etwas größerer im Oktober durchgeführt worden — was sich auch bereits in der deutschen Zahlungsposition gegenüber Großbritannien und damit der EZU bemerkbar gemacht hat —, während der Rest bis zum Ende des Jahres abgewickelt werden soll, also im November und Dezember die deutsche Zahlungsposition in der EZU belasten wird.

Die Einfuhrzunahme im September und insbesondere im Oktober läßt sich jedoch nur zum Teil durch die jahreszeitlich bedingte Mehreinfuhr von Nahrungsmitteln bzw. durch die Auswirkungen der englischen Transit-Aktion erklären. Verhältnismäßig am stärksten ist nämlich im September und Oktober die Einfuhr von Fertigwaren gestiegen, und zwar von 161 Mill. DM im August auf 198 Mill. DM im September und 249 Mill. DM im Oktober; volumemäßig, d. h. nach Ausschaltung der Preisbewegungen, war sie im Oktober um nicht weniger als 36 vH höher als im August und mehr als doppelt so hoch wie im Oktober 1951.

Diese außerordentliche Zunahme beruhte zu einem erheblichen Teil auf der seit August, d. h. seit der Aufhebung der westdeutschen Eisen- und Stahlzölle und der Annäherung der ausländischen

Stahlexportpreise an die deutschen Inlandspreise, sprunghaft zunehmenden Einfuhr von Eisen und Stahl. Allein die Einfuhr von Walzstahlfertigerzeugnissen erhöhte sich von 19 000 t im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahrs auf 45 000 t im August, 81 000 t im September und 122 000 t im Oktober. Daneben nahm auch die Einfuhr von Halbzeug und von Rohstoffen für die Eisen schaffende Industrie fast ohne Unterbrechung zu, wobei bei der Erzeinfuhr allerdings auch Saisongründe eine Rolle spielen dürften. Von der Erhöhung der Gesamteinfuhr im September um 80 Mill. DM entfielen 20 Mill. oder ein Viertel allein auf die vermehrten Einfuhren von Eisen und Stahl sowie von Rohstoffen für die Eisen schaffende Industrie. Im Oktober erhöhte sich dieser Einfuhrposten um weitere 26 Mill. DM auf insgesamt 164 Mill. DM. Die Ein- und Ausfuhrbilanz der Eisenwirtschaft Westdeutschlands, die bisher einen erheblichen Devisenüberschuß erbrachte, ist damit neuerdings defizitär geworden (vgl. Tabelle). Wie lange diese

Einfuhr und Ausfuhr von Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren der Eisen schaffenden Industrie
in Mill. DM

	1952					
	1. Vj. MD	2. Vj. MD	Juli	August	Sept.	Okt.
Ausfuhr	158,7	147,9	167,9	128,9	146,8	127,1
Einfuhr	58,8	83,0	115,8	118,6	138,4	164,0
davon:						
Rohstoffe ¹⁾	38,6	55,5	69,9	69,1	63,1	71,2
Halbwaren ²⁾	7,9	11,4	19,9	17,8	22,4	17,5
Fertigerzeugnisse ³⁾	12,3	16,1	26,0	31,7	52,9	75,3
Saldo	+ 99,9	+ 64,9	+ 52,1	+ 10,3	+ 8,4	- 36,9

¹⁾ Eisenerze und Abbrände. — ²⁾ Roheisen, Schrott, Halbzeug. — ³⁾ Walzwerks- und Gießereifertigerzeugnisse.

Entwicklung andauern wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht eindeutig übersehen. Man kann zwar annehmen, daß mit der Wiederauffüllung der Walzstahlläger und dem weiteren Anstieg der inländischen Stahlerzeugung die Walzstahleinfuhr wieder zurückgehen wird. Doch wird man wohl auch auf längere Sicht mit einem im Vergleich zu den Vorjahren höheren Einfuhrvolumen sowohl für Rohstoffe als auch für Erzeugnisse der Eisen schaffenden Industrie rechnen müssen, insbesondere da mit der Schaffung des „gemeinsamen Marktes“ die Bezugsbedingungen für Walzeisen aus den anderen Schumanplan-Ländern sich weiter verbessern dürften.

Daneben ist freilich auch die übrige Fertigwareneinfuhr in den letzten zwei Monaten gestiegen. Sie betrug — ohne Fertigerzeugnisse der Eisen schaffenden Industrie — im Oktober 173 Mill. DM gegen 127 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des ersten und 141 Mill. DM im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahres. Man wird

*Einfuhr von gewerblichen Fertigwaren
in Mill. DM*

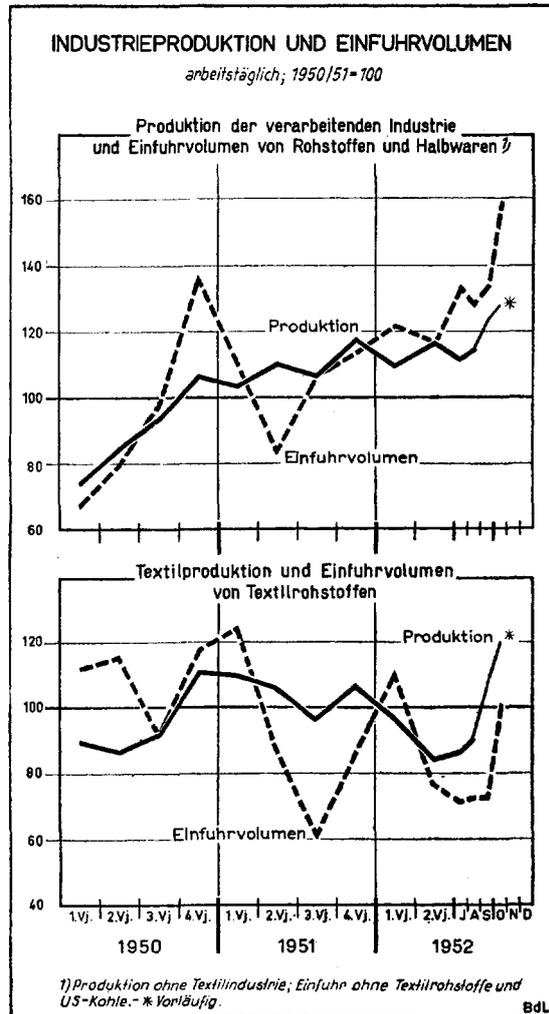
Zeit	Fertigwaren insgesamt	Fertigwaren ohne Erzeugnisse der Eisen schaffenden und Gießerei-Industrie
1951 1. Vierteljahr, MD	156,4	150,5
2. " "	93,5	89,5
3. " "	152,6	145,8
4. " "	127,0	119,3
1952 1. Vierteljahr, MD	139,3	127,0
2. " "	157,0	140,9
Juli	149,4	123,4
August	161,0	129,3
September	197,8	144,9
Oktober	248,5	173,2

diese Zunahme vor allem in Verbindung mit den deutschen Liberalisierungsmaßnahmen vom Januar, April und August d. J. bringen dürfen, die sich allerdings erst mit der Überwindung der innerdeutschen Konsumgüterflaute voll auswirken konnten.

Einfluß der Verbrauchsgüterkonjunktur

Wenn sich bei der Fertigwareneinfuhr nach der starken Zurückhaltung des Einfuhrhandels in der ersten Hälfte des Jahres nunmehr offenbar eine Anpassung an die innerdeutsche Produktions- und Absatzentwicklung im Verbrauchsgüterbereich vollzieht, so gilt dies in gewissem Umfang auch für die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren. Allerdings ist hier die Einfuhrzunahme im September und Oktober, wenigstens relativ gesehen, erheblich geringer gewesen als bei Fertigwaren und Ernährungsgütern. Wertmäßig stieg die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren im September nur wenig, im Oktober um 16 vH, verglichen mit einer Zunahme der übrigen Einfuhr um 19 vH. Der Menge nach nahm sie allerdings etwas stärker zu, da die Einfuhrpreise für Rohstoffe und Halbwaren — abweichend von den Durchschnittspreisen für die Gesamteinfuhr — im September und Oktober noch etwas fielen. Ein Vergleich der Rohstoffeinfuhr

mit der Produktionskurve der verarbeitenden Industrie (vgl. Schaubild) ergibt, daß vor allem die Einfuhr von Textilrohstoffen, die normalerweise zwischen 40 und 45 vH der gesamten Rohstoffeinfuhr der gewerblichen Wirtschaft ausmacht, sich gegenwärtig noch keineswegs voll dem inzwischen erreichten Stand der Verarbeitung angepaßt hat¹⁾. Bei den übrigen Rohstoffen ist



die Einfuhrrate im Vergleich zur Industrieproduktion im Durchschnitt offenbar günstiger. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß auf einer Reihe von Gebieten der Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Halbwaren seit längerer Zeit stärker wächst als die inländische Verarbeitung, weil bei den betreffenden Rohstoffen die inländische Bereitstellung entweder nicht im gleichen

¹⁾ Die Gegenüberstellung von Rohstoffeinfuhr und Produktion im obenstehenden Schaubild auf der Basis 1950/51 = 100 dürfte die Relationen einigermaßen richtig wiedergeben, da nach Sonderuntersuchungen des Statistischen Bundesamtes in beiden Jahren zusammengekommen ein Gleichgewicht zwischen Einfuhr und Verbrauch von Textilrohstoffen herrschte (die Lageraufstockungen des Jahres 1950 wurden durch den Lagerabbau des Jahres 1951 ausgeglichen).

Tempo wie der zunehmende Bedarf, oder überhaupt nicht ausgedehnt werden kann bzw. sogar eingeschränkt werden muß. Holz, Eisenerz, NE-Metallerze und Mineralöl sind typische Beispiele für einen solchen überproportional steigenden Einfuhrbedarf in den letzten drei Jahren. Insgesamt ergibt sich somit der Eindruck, daß die Rohstoffeinfuhr als ganzes gesehen bis Oktober kaum über den laufenden Rohstoff-Verbrauch hinaus gestiegen ist, zumal sich der Bedarf an Einfuhrrohstoffen durch den überraschend starken Anstieg der Verbrauchsgüterproduktion — deren Rohstoffversorgung ungleich stärker von der Einfuhr abhängt, als die der Investitionsgütererzeugung — beträchtlich gehoben hat. In der Tat bot die allgemeine Preistendenz auf den Weltmärkten bis Oktober — wenn man von Sonderbewegungen einzelner Rohstoffpreise absieht — wohl kaum Anlaß zu einer allgemeinen Welle von Voreindeckungskäufen auf den Rohstoffmärkten.

Hohes Einfuhrvolumen auch für die nächsten Monate zu erwarten

Zieht man das Fazit aus dieser Analyse der verschiedenen, die Einfuhr gegenwärtig beeinflussenden Faktoren, so ergibt sich, daß die sprunghafte Einfuhrsteigerung der Monate September und Oktober teils das Ergebnis von jahreszeitlichen und anderen Sonderfaktoren ist, teils aber auch die Wiederanpassung des Einfuhrvolumens an den augenblicklichen hohen Stand der Wirtschaftstätigkeit in Westdeutschland darstellt. Aber auch die Sonderfaktoren dürften mindestens für die nächste Zukunft eher auf die Fortdauer oder sogar Erhöhung der gegenwärtigen Einfuhr rate hinwirken. Man wird also frühestens für die Zeit nach der Jahreswende mit einem Rückgang der Gesamteinfuhr rechnen können, wobei es allerdings wenig wahrscheinlich ist, daß dem Volumen nach die niedrigen Einfuhr rates des vergangenen Frühjahrs und Sommers wieder erreicht werden.

Die Schlußfolgerung, daß aus den aufgezählten Gründen wenigstens für die nächste Zukunft mit weiterhin recht umfangreichen Einfuhren gerechnet werden muß, wird auch durch die Entwicklung der Lizenzausgabe für die Einfuhr bekräftigt: Aus der nachstehenden Übersicht ergibt sich, daß sowohl bei den ausgegebenen Einkaufsermächtig-

ungen als auch bei den Einfuhr- und Zahlungsbewilligungen im Oktober der an sich schon recht hohe Stand vom September noch übertroffen worden ist. Die Erhöhung im Vergleich zum August

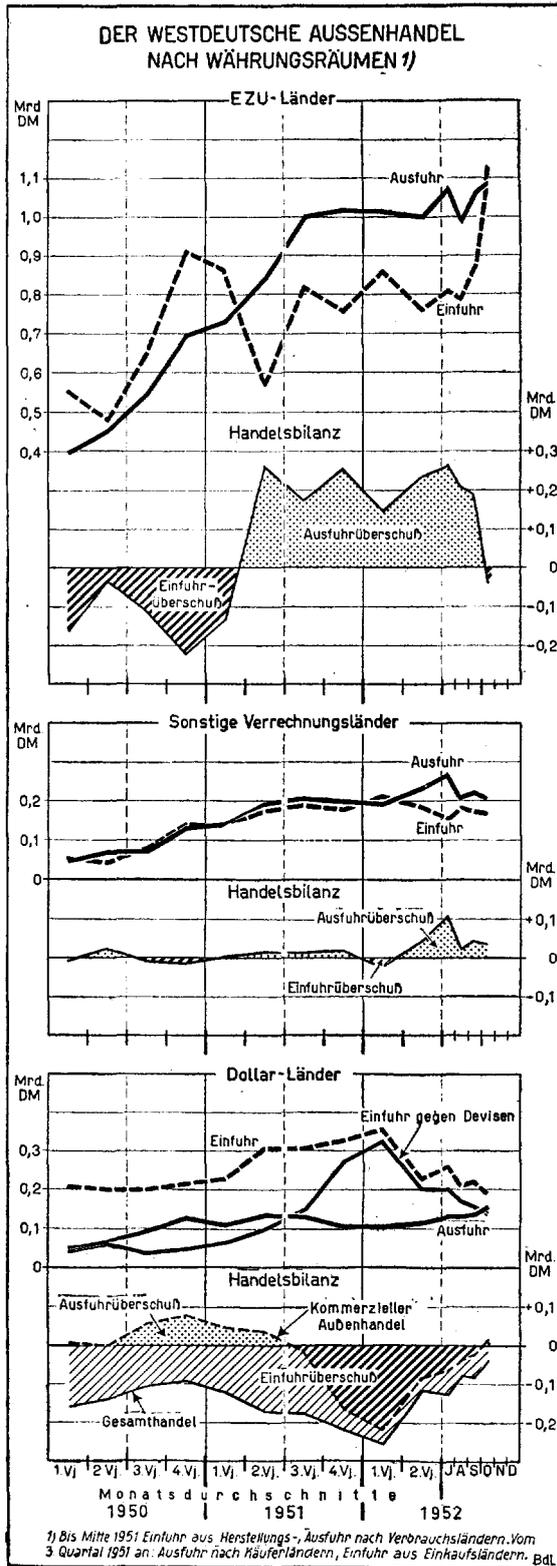
Ausgegebene Einkaufsermächtigungen
und Einfuhrlizenzen
in Mill. \$

	1951		1952					
	4. Vj. MD.	1. Vj. MD.	2. Vj. MD.	3. Vj. MD.	Aug.	Sept.	Okt.	1.-20. ²⁾ Nov.
Erteilte Einkaufsermächtigungen								
Alle Länder	—	353	309	436	417	503	530	258
Ausgegebene Einfuhr- und Zahlungsbewilligungen:								
EZU-Länder								
liberalisiert	—	113	99	158	121	189	190	118
kontingentierte	245	93	75	87	59	116	111	72
insgesamt	245	206	174	245	180	305	301	190
Sonstige Verrechnungsländer	67	50	37	44	42	44	45	28
Dollar-Länder	62	46	27	36	42	30	56	29
Alle Länder	374	302	238	325	264	379	402	247
Zum Vergleich: Gesamteinfuhr gegen Devisen ¹⁾	291	335	276	280	274	287	344	.

¹⁾ Ohne die durch Auslandshilfe finanzierte Einfuhr. — ²⁾ Vorläufig.

und den vorangehenden Monaten entfällt fast ausschließlich auf Einfuhren aus EZU-Ländern, während die Ausgabe von Einfuhrlizenzen für Dollarländer durch die Ausschreibungen begrenzt wird und eine Erhöhung der Einfuhr aus bilateralen Verrechnungsländern — trotz weitgehend „liberalisierter“ Lizenzausgabe — offenbar immer noch an den Preis- und Lieferschwierigkeiten der betreffenden Länder scheitert. Trotz der starken Einfuhrzunahme im Oktober lag der Gesamtwert der in diesem Monat ausgegebenen Lizenzen immer noch beträchtlich höher als die gleichzeitige Einfuhr, was auf eine weitere Einfuhrsteigerung in nächster Zukunft schließen läßt. In den ersten beiden November-Dekaden blieb die Ausgaberate für Einfuhrlizenzen unverändert hoch. Doch zeigt die gleichzeitige Bewegung der ausgegebenen Einkaufsermächtigungen an, daß in den Vorausdispositionen der Importeure vorläufig wohl ein gewisser Höhepunkt erreicht und vielleicht auch überschritten ist.

Mehreinfuhr ausschließlich
aus dem EZU-Raum
Entsprechend der Natur der vorstehend ge-
schilderten Einfuhrfaktoren haben sich diese bis



jetzt ausschließlich in der Einfuhr aus dem EZU-Raum bemerkbar gemacht. Selbst die im Herbst übliche Steigerung der Einfuhr von Grundnahrungsmitteln und Rohstoffen hat die Einfuhr aus dem Dollar-Raum vorläufig nicht ansteigen lassen. Diese ging vielmehr im Oktober erneut zurück, da gegenwärtig die Transiteinfuhr von Dollarwaren über Großbritannien noch entlastend wirkt und da außerdem die Kohleinfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika im Oktober etwas eingeschränkt werden konnte. Auch die Einfuhr aus bilateralen Verrechnungsländern ist entgegen dem allgemeinen Trend der westdeutschen Einfuhr im September und Oktober wieder zurückgegangen, ein Indiz für die unverändert geringe Liefer- und Wettbewerbsfähigkeit der meisten dieser Länder.

*Entwicklung der Einfuhr nach Währungsräumen
und wichtigen Ländern¹⁾*
in Mill. DM

	1952						
	1. Vj. MD	2. Vj. MD	3. Vj. MD	Juli	Aug.	Sept.	Oktober
EZU-Raum	864	768	826	813	792	874	1131
davon:							
Sterling-Länder	228	191	177	177	177	177	297
Frankreich (m. Saargeb.)	103	100	100	94	97	108	133
Belgien- Luxemburg	77	66	96	82	83	123	166
Übrige EZU-Länder	456	411	453	460	435	466	535
Sonstige Ver- rechnungsländer	217	189	175	160	188	178	171
Dollar-Länder	360	233	232	262	213	221	194
Insgesamt	1 441	1 190	1 233	1 235	1 193	1 273	1 496

¹⁾ Gesamthandel nach Einkaufsländern.

Um so stärker ist die Einfuhr aus dem EZU-Raum gewachsen. Von monatlich 768 Mill. DM im zweiten Vierteljahr 1952 stieg sie sprunghaft auf 874 Mill. DM im September und 1 131 Mill. DM im Oktober an. Vor allem Belgien-Luxemburg, der Hauptlieferant für die westdeutschen Stahlimporte (im September 61 000 t von insgesamt 81 000 t Walzstahlimporten), konnte die Ausfuhr nach Deutschland außerordentlich steigern, wobei die Stahllieferungen allerdings nur einen Teil der belgischen Mehrausfuhr ausgemacht haben. Auch Frankreich bzw. die Saarpartizipierten an dem raschen Ansteigen der deutschen Walzeisenbezüge. Die Transiteinfuhren

von Dollarwaren über Großbritannien wirkten sich erst im Oktober sichtbar auf die deutsche Einfuhr aus dem Sterlingraum aus und waren in diesem Monat auch von erheblichen Mehrlieferungen von Sterlinggütern begleitet. Die starke Zunahme des allgemeinen Einfuhrbedarfs der Bundesrepublik, insbesondere an tierischen Nahrungsmitteln und Fertigwaren aller Art, kam aber auch dem Export fast aller anderen EZU-Länder zugute, so daß von der deutschen Einfuhrentwicklung — ähnlich wie seinerzeit im Herbst 1949 — eine fühlbare Belebung auf die Wirtschaft der Nachbarländer Deutschlands ausgehen dürfte. Dank ihres hohen EZU-Guthabens ist die Bundesrepublik allerdings gegenwärtig weit eher als im Jahre 1949 in der Lage, die damit verbundene, vermutlich zum großen Teil nur vorübergehende, Belastung ihrer Devisenposition durchzuhalten. Infolge der einseitigen Zunahme der deutschen Bezüge aus dem EZU-Raum ist der Anteil der EZU-Länder an der deutschen Gesamteinfuhr im Oktober auf 76 vH gestiegen, verglichen mit 62 vH im ersten Halbjahr 1952 und 63 vH im Jahre 1951.

Ausfuhrsituation labil

Die jüngste Entwicklung der Einfuhr rückt die Bedeutung der *Ausfuhr* für das wirtschaftliche Gleichgewicht der Bundesrepublik erneut in den Vordergrund. Während die Ausfuhr noch vor kurzem — mindestens im Verhältnis der Bundesrepublik zum Nicht-Dollarraum — überwiegend unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung und Steigerung der Beschäftigung einer immer mehr über die Grenzen ihres engen nationalen Absatzmarktes hinauswachsenden Wirtschaft betrachtet wurde, tritt nun ihre ursprüngliche Funktion als das Hauptmittel zum Ausgleich der Zahlungsbilanz, d. h. zur Bezahlung der notwendigen Einfuhren, wieder stärker in den Vordergrund. Schon aus Gründen der Zahlungsbilanz aber dürfte es unerlässlich sein — selbst wenn man einen späteren Rückgang der gegenwärtig durch die geschilderten Sonderfaktoren überhöhten Einfuhr unterstellt — mindestens den gegenwärtigen Ausfuhrstand aufrechtzuerhalten, zumal vom nächsten Jahre ab neue Verpflichtungen die Außenbilanz belasten werden.

Die jüngsten Tendenzen in der Ausfuhrwirtschaft lassen erkennen, daß der gegenwärtige Ausfuhrstand von verschiedenen Seiten her bedroht ist. Hier ist zunächst die *wachsende Konkurrenz* der übrigen Industrieländer zu nennen, die sich aus dem ständig zunehmenden Angebot an industriellen Erzeugnissen bei gleichzeitiger Schrumpfung mindestens vieler überseeischer Absatzmärkte ergibt. Zwar scheint sich die Bundesrepublik — nach den Ziffern der Handelsstatistik zu urteilen — in diesem verschärften Konkurrenzkampf bisher recht gut gehalten zu haben, hat sie doch ihre Fertigwarenausfuhr in diesem Jahr noch etwas erhöhen können, was keinem der anderen größeren Industrieländer gelang. Doch ist dieses relativ günstige Ergebnis mindestens zum Teil nur der besonderen Struktur des westdeutschen Außenhandels zuzuschreiben, der zu einem besonders hohen Anteil aus Maschinen und anderen Investitionsgütern mit langer Fertigungszeit besteht, so daß den Exportlieferungen der letzten Monate vielfach Aufträge aus einer weit zurückliegenden Zeit zugrunde liegen. Jedenfalls müssen die Exporteure seit einiger Zeit ihre Preise senken, um im Geschäft bleiben zu können. Seit einigen Monaten spiegelt sich diese Entwicklung auch bereits in den Preisen der ausgeführten Güter wider, die von ihrem bisherigen Höchststand von 133,7 im Mai d. Js. bis Oktober auf 129,8 (1950 = 100) zurückgegangen sind und voraussichtlich weiter sinken werden. Daß jedoch die deutsche Ausfuhrindustrie im Preiswettbewerb mit einem Teil des Auslands nicht mehr so günstig liegt wie früher, und zwar hauptsächlich wegen der starken Preissteigerungen ihrer wichtigsten Rohstoffe Kohle und Stahl, wird im Abschnitt über „Preise und Löhne“ (S. 45) näher dargelegt. Der besondere Konkurrenzvorsprung der deutschen Industrie, der bisher durch die kürzeren Lieferfristen für Maschinen und andere Investitionsgüter gegeben war, wird von den Industrien anderer Länder zusehends eingeholt.

Im Augenblick bedrohlicher für die deutsche Ausfuhr dürften allerdings die *Einfuhrrestriktionen* sein, die zahlreiche Länder wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten verhängt haben. Hier sind vor allem Frankreich und Großbritannien, ferner der größere Teil derjenigen Länder zu nennen, mit denen die Bundesrepublik

außerhalb der EZU bilaterale Verrechnungsabkommen abgeschlossen hat, dazu einige überseeische Länder, mit denen über die EZU abgerechnet wird. Der Anteil der deutschen Ausfuhr, der von diesen Restriktionstendenzen betroffen wird, ist beachtlich: 1951 gingen nach Großbritannien und Frankreich 18 vH, in die Gruppe der bilateralen Verrechnungsländer 16 vH der deutschen Gesamtausfuhr. Wie sich diese Restriktionen bereits jetzt auf die deutsche Ausfuhr nach Großbritannien und Frankreich ausgewirkt haben, wurde im Monatsbericht für Oktober (S. 35) ausführlich dargestellt.

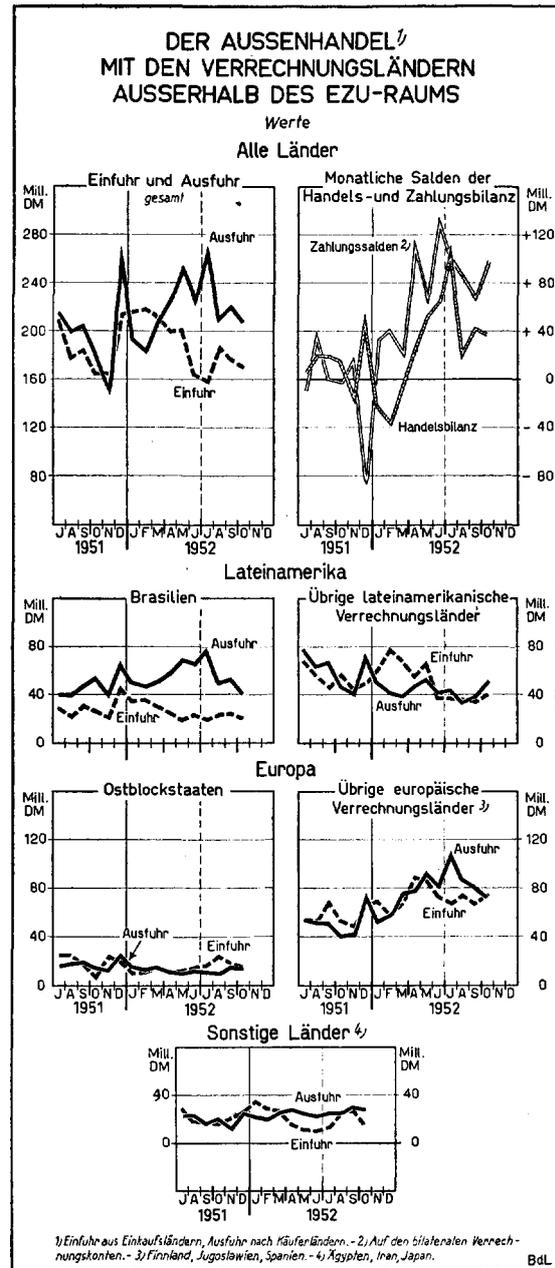
Entwicklung der Ausfuhr nach Währungsräumen und wichtigen Ländergruppen¹⁾
in Mill. DM

	1951	1952		
	3. Vj. MD	2. Vj. MD	3. Vj. MD	Oktober
Gesamt	1 347	1 364	1 421	1 458
darunter:				
Dollar-Länder	135	119	137	158
Sonstige Verrechnungsländer	208	237	235	209
EZU-Raum	1 002	1 005	1 047	1 089
darunter:				
Sterling-Länder	220	178	165	172
Frankreich (m. Saargebiet)	117	109	113	116
Niederlande	161	137	148	160
Übrige EZU-Länder	504	581	621	641

¹⁾ Nach Käuferländern.

Die deutsche Ausfuhr in die bilateralen Verrechnungsländer lag zwar in den letzten Monaten — im Gegensatz zur Ausfuhr in die überseeischen Sterlingländer — immer noch über dem Stand vom Vorjahr. Doch hat hier seit einigen Monaten eine rückläufige Tendenz eingesetzt, die vor allem damit zusammenhängt, daß die deutsche Einfuhr aus den meisten dieser Länder aus Gründen, die in der Lieferfähigkeit dieser Länder selbst liegen, nicht ausreichend erhöht werden kann oder sogar zurückgeht. Infolge der zwangsläufigen Parallelität, die hier zwischen Einfuhr und Ausfuhr auf längere Sicht — d. h. im Rahmen der beiderseitigen Kreditmargen und der Bereitschaft eines Partnerlandes, Dollarzahlungen zu leisten — besteht, ist die deutsche Ausfuhr in einige dieser Länder schon seit längerer Zeit rückläufig (vgl. Schaubild). Die obenstehende Tabelle läßt freilich erkennen, daß die festgestellten Schrumpfungstendenzen auf ausländischen Absatzmärkten keineswegs allgemein sind. Vielmehr konnte die

deutsche Ausfuhr nach einer Reihe von Ländern bis in die jüngste Zeit noch ausgedehnt werden. Dies trifft insbesondere für die Ausfuhr nach den meisten EZU-Ländern zu. Ferner hat sich die jüngste Verbesserung der Absatzlage in den Ver-



einigten Staaten und einigen anderen Dollarländern in den letzten Monaten bereits in einer Erhöhung der deutschen Ausfuhr in den Dollar-Raum bemerkbar gemacht.

Untersucht man die Ausfuhr der wichtigsten Warengruppen, so ergibt sich ebenfalls, daß die Tendenzen der Entwicklung alles andere als ein-

Ausfuhrentwicklung nach Warengruppen

Warengruppen	1951		1952		1951		1952	
	3. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Sep-	3. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Sep-
	MD	MD	MD	tember	MD	MD	MD	tember
	Mill. DM				Volumen, zu Preisen von 1950 1950 = 100			
Fertigwaren insgesamt	1 004	1 035	1 064	1 070	176	174	180	183
darunter:								
Maschinen	208	290	295	273	187	243	235	217
Enderzeugnisse aus Eisen und anderen Metallen	151	120	121	122	174	134	134	137
Chemische Erzeugnisse								
a) Vorerzeugnisse	102	62	59	62	158	101	107	120
b) Enderzeugnisse	29	23	27	29	184	185	222	234
Fahrzeuge	76	100	101	101	148	169	167	172
Textilerzeugnisse								
a) Vorerzeugnisse ¹⁾	67	64	49	51	217	224	187	202
b) Enderzeugnisse ²⁾	7	8	11	11	229	234	343	395
Elektrotechnische Erzeugnisse	59	84	96	93	213	261	302	289

¹⁾ Gewebe, Gewirke u. dgl. — ²⁾ Strick- und Wirkwaren und sonstige Textilerzeugnisse.

heitlich gewesen sind und noch sind. So sind bereits seit dem Sommer des vorigen Jahres die Ausfuhren von Chemikalien, Textilwaren sowie Eisen-, Stahl- und Blechwaren beträchtlich gesunken. Allerdings ist der Rückgang der Ausfuhrwerte bei den beiden ersten Gruppen sehr stark durch Preisrückgänge bedingt, und außerdem hat sich sowohl bei der Textil- wie bei der Chemieausfuhr der Export von Endprodukten entgegen der allgemeinen Tendenz in diesen Zweigen auch nach 1951 noch recht beachtlich ausdehnen können. Die Hauptstütze für die Expansion der deutschen Ausfuhr war bis vor kurzem der stark zunehmende Maschinenexport, der im dritten Vierteljahr 1952 21 vH der deutschen Gesamtausfuhr und 28 vH der deutschen Fertigwarenausfuhr stellte. Es ist daher ein bedenkliches Symptom, daß die Exportaufträge dieses Industriezweigs schon seit einiger Zeit tendenziell zurückgehen, was sich in den letzten Monaten auch bereits in einer Stagnation oder einem zeitweisen Rückgang der Ausfuhrlieferungen ausgewirkt hat. Ob etwaige Ausfälle auf diesem Gebiet durch die neuerliche Belebung der internationalen Absatzmärkte für Textilwaren und chemische Erzeugnisse wettgemacht werden können, muß abgewartet werden.

**Passivierungstendenz
auch im Zahlungsverkehr**

Während die Bilanz des kommerziellen Warenverkehrs im Oktober nur noch eben ausge-

glichen war, ergab der Zahlungsverkehr auf allen Devisenkonten im gleichen Monat noch einen Netto-Überschuß, der allerdings erheblich geringer als in den vorangegangenen Monaten war. Die Gründe für dieses im Vergleich zur Handelsbilanz günstigere Ergebnis der Devisenbilanz liegen einerseits darin, daß die „unsichtbaren Posten“ (außer den bereits in den Einfuhrwerten enthaltenen Frachtkosten) einen Überschuß erbrachten, wobei im Oktober vor allem die Einnahmen aus dem DM-Umtausch der Besatzungsdienststellen eine besondere Rolle spielten, andererseits aber wohl auch darin, daß sich im Verkehr mit verschiedenen überseeischen Ländern, denen gegenüber die deutsche Ausfuhr bereits rückläufig ist, nunmehr noch teilweise die Guthabenschriften aus dem höheren Export der Vergangenheit niederschlagen. Im November dürfte — nach den bisher vorliegenden Teilergebnissen des Zahlungsverkehrs — die Tendenz zur Passivierung weiter angehalten haben.

Wieder Defizite im EZU-Raum

Allerdings ist diese Passivierungstendenz gegenwärtig noch ausschließlich auf den EZU-Raum beschränkt, was durchaus im Einklang mit der oben geschilderten Entwicklung der Einfuhr aus den verschiedenen Bezugsräumen steht. Der Zahlungsverkehr mit dem EZU-Raum ist im Oktober zum ersten Mal seit dem Februar 1951 wieder

defizitär geworden. Während der August noch mit einem Gesamtüberschuß auf allen Konten von fast 42 Mill. \$ abgeschlossen hatte, ergab sich im Oktober ein Defizit von insgesamt 12 Mill. \$. Da ein größerer Teil dieses Defizits zu Lasten der nicht in die EZU-Abrechnung einbezogenen Devisenkonto beglichen wurde, betrug das über die EZU ausgeglichene Defizit im Oktober nur 6,6 Mill. \$, gegenüber einem Rechnungsüberschuß der Bundesrepublik von 37,4 Mill. \$ im September. Entsprechend den EZU-Regeln mußte die Hälfte dieses Defizits durch Überweisung von Dollar bzw. Gold an die EZU abgedeckt werden, während die andere Hälfte das deutsche Guthaben gegenüber der EZU verminderte. Die hauptsächlichen Defizite ergaben sich im Oktober im Verkehr mit Großbritannien und Belgien, worin sich die oben bei der Analyse der Einfuhr dargestellten Sonderfaktoren deutlich widerspiegeln. Aber auch gegenüber anderen EZU-Ländern verschlechterten sich die Zahlungssalden. So hatte die Bundesrepublik im Oktober in der EZU-Abrechnung Defizite gegenüber fünf Ländern in Höhe von 40,1 Mill. \$ aufzuweisen,

denen Überschüsse gegenüber acht Ländern in Höhe von insgesamt 33,5 Mill. \$ gegenüberstanden. Für den November muß mit einer erheblichen Zunahme des deutschen EZU-Defizits gerechnet werden, und zwar werden sich voraussichtlich Defizite gegenüber der Mehrzahl aller EZU-Länder ergeben, was im Einklang mit dem oben geschilderten allgemeinen Anstieg der Einfuhren aus dem europäischen Raum steht.

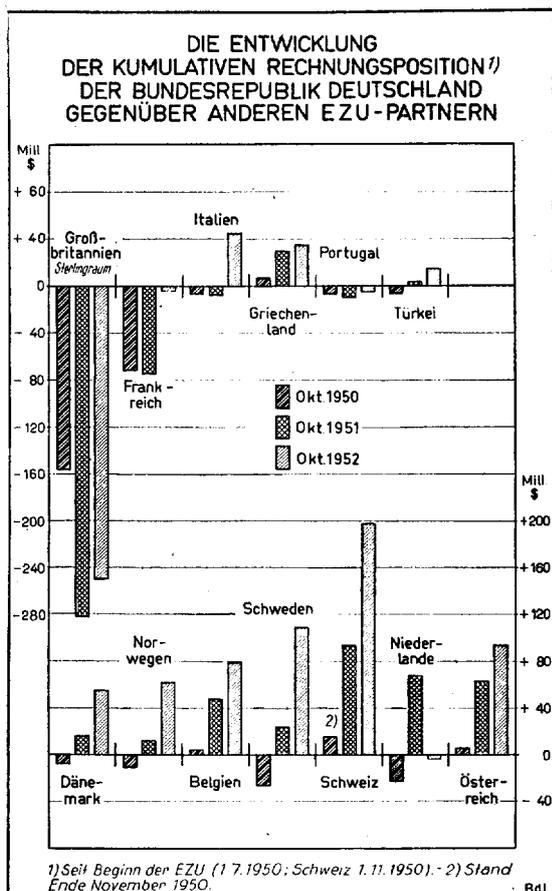
Der kumulative Rechnungsüberschuß gegenüber der EZU ging von seinem bisherigen Höhepunkt von 443,2 Mill. \$ Ende September in der Abrechnung für Oktober auf 436,7 Mill. \$ zurück. Damit stand die Bundesrepublik unter den Gläubigerländern der EZU immer noch an erster Stelle. Betrachtet man die bisherige Entwicklung der deutschen Zahlungsposition nach einzelnen EZU-Ländern getrennt, so war und ist die Bundesrepublik allerdings — auch kumulativ gesehen — keineswegs gegenüber allen Ländern in einer Gläubigerposition. Vielmehr wies die Abrechnung per Ende Oktober kumulative deutsche Überschüsse gegenüber einer Reihe von EZU-Ländern in Höhe von 692 Mill. \$ und gleichzeitig kumu-

*Zur Entwicklung der Devisenposition der Bundesrepublik Deutschland
gegenüber dem EZU-Raum seit Juli 1950
in Mill. \$*

Zahlungssalden und ihre Abdeckung	1950	1951		1952				Juli 1950 bis Okt. 1952
	Juli/Dez.	Jan./Juni	Juli/Dez.	Jan./Juni	Juli/Sept.	September	Oktober	
Die Entwicklung der Zahlungssalden								
1) Rechnungsposition gegenüber der EZU	— 356,7	+ 83,9	+ 316,1	+ 267,8	+ 132,1	+ 37,4	— 6,6	+ 436,6
2) Veränderung der bei der EZU-Abrechnung nicht berücksichtigten Konten der Bank deutscher Länder und der Außenhandelsbanken	+ 35,3	— 6,9	+ 3,1	— 41,2	+ 5,0	+ 4,4	— 5,7	— 10,4
3) Veränderung der gesamten Zahlungsposition gegenüber dem EZU-Raum (1+2)	— 321,4	+ 77,0	+ 319,2	+ 226,6	+ 137,1	+ 41,8	— 12,3	+ 426,2
darunter:								
Zahlungssalden aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr	— 323,6	+ 97,6	+ 339,4	+ 312,2	+ 135,9	+ 41,4	— 12,7	+ 548,8
4) (zum Vergleich) Saldo des kommerziellen Außenhandels mit dem EZU-Raum ¹⁾	(— 265,7)	(+ 70,4)	(+ 312,3)	(+ 283,3)	(+ 161,3)	(+ 47,4)	(— 9,4)	(+ 552,2)
Die Abdeckung der Rechnungsposition gegenüber der EZU								
1) Kumulative Rechnungsposition seit Anfang Juli 1950 ²⁾	— 356,7	— 272,8	+ 43,3	+ 311,1	+ 443,2	+ 443,2	+ 436,6	—
2) Deckung kumulativ ³⁾								
a) Kreditinanspruchnahme (—) bzw. -gewährung (+) ³⁾	— 216,5	— 182,6	+ 43,3	+ 205,6	+ 271,6	+ 271,6	+ 268,3	—
b) Gold- bzw. Dollarzahlungen; geleistet (—), empfangen (+)	— 140,2	— 90,2	—	+ 105,5	+ 171,6	+ 171,6	+ 168,3	—

¹⁾ Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern, ab Juli 1951 nach Käuferländern. — ²⁾ Stand jeweils am Ende des angegebenen Zeitraums. — ³⁾ Einschl. Inanspruchnahme des Sonderkredits der EZU in den Monaten Dezember 1950 bis April 1951.

lative Defizite in Höhe von 264 Mill. \$ auf. Die Tatsache, daß bilaterale Defizite und Überschüsse in einer solchen Höhe im Rahmen des EZU-Systems ausgeglichen werden konnten, zeigt den besonderen Wert eines solchen multilateralen Abrechnungsverkehrs. Ohne diese Einrichtung



hätte sowohl der Ausgleich des einseitig gegenüber dem Sterling-Raum bestehenden hohen deutschen Defizits, als auch das Hereinholen der zum Teil recht beträchtlichen bilateralen Überschüsse mit Sicherheit große Schwierigkeiten verursacht und es wären wohl kaum Einschränkungen, sei es auf der Einfuhr- sei es auf der Ausfuhrseite, zu vermeiden gewesen.

Überschüsse im bilateralen Verrechnungsverkehr und im Dollar-Raum

Dem im Oktober noch verhältnismäßig kleinen deutschen Defizit gegenüber dem EZU-Raum standen auf der anderen Seite Zahlungsüberschüsse sowohl im Verkehr mit sonstigen Verrechnungsländern wie auch mit dem Dollar-Raum gegenüber. Die Überschüsse gegenüber den

Ländern mit bilateraler Verrechnung waren im Oktober mit 23,5 Mill. \$ sogar wieder höher als im Vormonat, als sie 16,9 Mill. \$ betragen hatten. Eine Gegenüberstellung von Handels- und Zahlungsbilanz mit der Gesamtgruppe dieser Länder zeigt, daß in diesem Jahr die Zahlungssalden regelmäßig höher gewesen sind als die Bilanz des Warenverkehrs. Teilweise

Handels- und Zahlungssalden der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den bilateralen Verrechnungsländern in Mill. \$

Zeit	Bilaterale Verrechnungsländer insgesamt		darunter: Brasilien	
	Handels- und Dienstleistungsbilanz ¹⁾	Zahlungssaldo	Handelsbilanz ¹⁾	Zahlungssaldo
1951 2. Halbjahr	+ 34	- 7	+ 27	+ 5
1952 1. Vierteljahr	- 7	+ 24	+ 11	+ 9
2. „	+ 41	+ 77	+ 29	+ 37
3. „	+ 49	+ 62	+ 27	+ 34
Juli	+ 30	+ 24	+ 14	+ 12
August	+ 7	+ 21	+ 6	+ 13
September ²⁾	+ 12	+ 17	+ 7	+ 9
Oktober ³⁾	+ 11	+ 24	+ 5	+ 8

1) Regionale Aufgliederung auf Grund der statistischen Erfassung des Außenhandels nach Einkaufs- und Käuferländern. — 2) Dienstleistungen teilweise geschätzt. — 3) Dienstleistungen geschätzt.

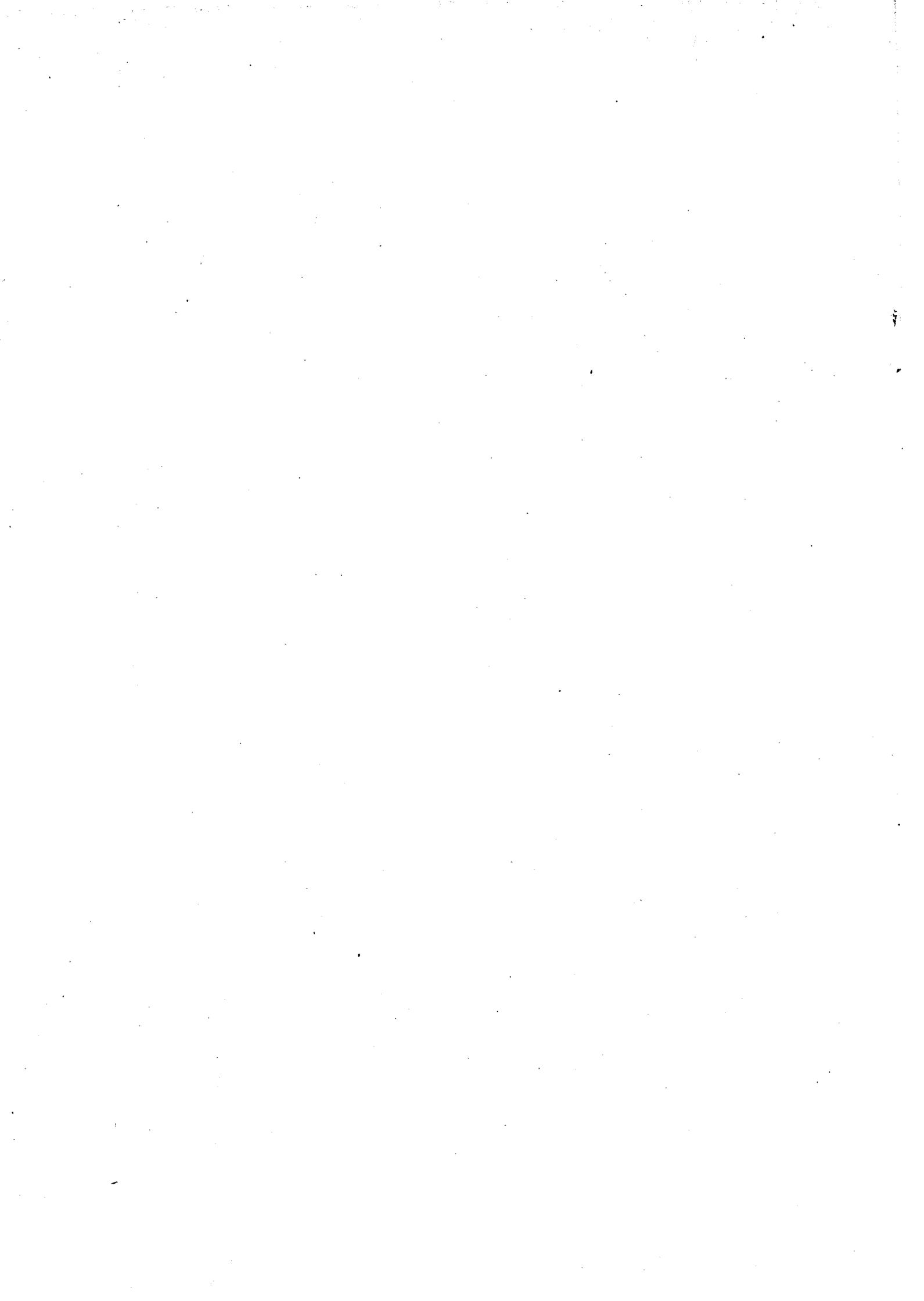
dürfte dies damit zusammenhängen, daß die in den Einfuhrwerten steckenden Frachtkosten zum Teil nicht gegenüber diesen Ländern selbst, sondern in EZU-Währung entstanden sind oder — da die Waren auf deutschen Schiffen transportiert wurden — überhaupt keine Veranlassung zu einer Devisenzahlung an das Ausland gaben. Teilweise dürfte aber gerade im Verkehr mit den überseeischen Ländern dieser Gruppe der oben erwähnte Umstand eine Rolle gespielt haben, daß sich Exporterlöse aus der Vergangenheit erst jetzt auf den Konten niedergeschlagen haben.

Der deutsche Aktivsaldo auf den bilateralen Verrechnungskonten ist bis Ende Oktober auf 161 Mill. \$ angewachsen. Dieser Nettosaldo setzte sich aus bilateralen Verrechnungsüberschüssen von insgesamt 182 Mill. \$ und bilateralen deutschen Defiziten von 21 Mill. \$ zusammen. In Höhe von 182 Mill. \$ bestand der ausgewiesene Devisenbestand der Bank deutscher Länder also aus Guthaben, die praktisch nur durch Einfuhren aus dem betreffenden Partnerland, also

je nach den Umständen nur innerhalb langer Zeiträume und unter Inkaufnahme von Verlusten zu realisieren sind. Das Verrechnungsguthaben gegenüber Brasilien betrug Ende Oktober fast die Hälfte dieser Gesamtsumme, nämlich 84 Mill. \$. Es ist bis 26. November inzwischen weiter auf 89 Mill. \$ gestiegen. Die obenstehende Tabelle zeigt, in welchem Ausmaß die Entwicklung der Zahlungssalden gegenüber Brasilien die Gesamtzahlen für den bilateralen Verrechnungsraum beeinflusst hat. Die jüngste Entwicklung der Einfuhren sowohl aus Brasilien als auch aus den meisten übrigen Ländern dieser Gruppe gibt wenig Hoffnung, daß die Realisierung der zugunsten der Bundesrepublik ausstehenden Forderungen auf bilateralen Verrechnungskonten schon bald in rascherem Tempo erfolgen wird.

Auch gegenüber dem Dollar-Raum erbrachte der Zahlungsverkehr im Oktober noch Überschüsse. Dies erklärt sich aus dem oben erwähnten Rückgang der Einfuhren aus den Dollar-

Ländern, zum anderen aus einem besonders hohen Dollar-Eingang aus dem DM-Umtausch der amerikanischen Besatzungsdienststellen. Für die nächsten Monate kann allerdings nicht damit gerechnet werden, daß sich diese günstige Entwicklung der Dollarposition fortsetzt. Zunächst führt ein besonders hoher Dollar-Eingang aus dem DM-Ankauf der Besatzungstruppen in einem Monat erfahrungsgemäß zu entsprechend niedrigeren Eingängen in der darauffolgenden Periode. Hierzu kommt, daß im November zum ersten Mal wieder eine Goldrückzahlung an die EZU, wenn auch nur in der Höhe von 3,3 Mill. \$, zu leisten ist und daß schon jetzt mit Sicherheit vorzusehen ist, daß im Dezember ein erheblich höherer Betrag zum teilweisen Ausgleich des November-Defizits an die EZU abgeführt werden muß. Schließlich muß auch mit der Belastung der Dollarbilanz durch höhere Einfuhren an Grundnahrungsmitteln und Rohstoffen in der nächsten Zeit gerechnet werden.



Statistischer Teil

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	62
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	64
3. Monatsausweise der Landeszentralbanken	65
4. Zahlungsmittelumlauf	65
5. Stückelung des Zahlungsmittelumlaufs	65
II. Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze	66
III. Mindestreservenstatistik	
Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebiets, aufgegliedert nach Bankengruppen	66
IV. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	67
V. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	
a) Zwischenausweise:	
Bundesgebiet	68
Bankengruppen	70
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	78
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	78
2. Postscheckämter und Postsparkasse	
a) Einlagen und Vermögenswerte	79
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern	79
3. Bausparkassen im Bundesgebiet und in Berlin	79
4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	80
VI. Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Geldinstitute einschl. des Zentralbanksystems	81
VII. Kreditvolumen	
1. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken	82
2. Kredite des Zentralbanksystems an Geldinstitute	82
3. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken:	
a) Bundesgebiet	83
b) Länder	84
c) Bankengruppen	88
4. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG.	92
5. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen	92
6. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	93
VIII. Geldvolumen	
Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	94
IX. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	95
2. Aktien	95
3. Zinskonditionen	96
4. Girale Verfügungen von Nichtbanken bei den Geschäftsbanken und den Postscheckämtern	100
5. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	100
6. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen	
a) nach Gläubigergruppen und Typen	101
b) nach Schuldnern	101
X. Öffentliche Finanzen	
1. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes	102
2. Die Neuverschuldung des Bundes seit der Währungsreform	103
3. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern	103
4. Umlauf von unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet	104
5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet	104
XI. Außenhandel	
1. Außenhandel des Bundesgebiets nach Warengruppen	105
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	106
XII. Produktion, Beschäftigung und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	108
2. Steinkohlenförderung, -einfuhr und -ausfuhr	109
3. Eisen- und Stahlerzeugung	109
4. Arbeitsmarkt	109
5. Preisindexziffern	110
XIII. Die Währungen der Welt, ihre Relationen zum US-\$ und hieraus errechnete DM-Werte	111

I. Zentralbank-

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

in

Stand	Aktiva									
	Gold ¹⁾	Guthaben in ausländischer Währung ¹⁾	Sorten. ausländ. Wechsel und Schecks ¹⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Inlandswechsel ²⁾	Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen			Lombardforderungen	
						insgesamt	darunter		insgesamt	darunter gegen Ausleihforderungen
							Bund und Bundesverwaltungen	Länder		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1951										
31. März	—	1 087,7	78,7	18,5	4 024,8	238,7	155,3	83,4	435,2	421,9
30. Juni	—	1 614,0	185,0	23,1	3 698,6	398,0	337,5	60,5	349,6	334,2
30. September	—	2 266,7	217,5	40,1	4 018,1	364,8	341,7	23,1	239,0	213,2
31. Dezember	116,0	1 696,0	302,1	35,4	4 615,5	573,5	553,3	20,2	312,0	259,6
1952										
31. Januar	115,9	1 763,5	282,4	34,2	4 097,3	200,3	181,1	19,2	152,9	123,8
29. Februar	115,9	1 784,9	308,7	29,9	3 791,8	296,2	277,2	19,0	239,9	213,3
31. März	115,9	1 947,1	282,5	23,7	3 810,8	122,9	103,8	19,1	183,9	151,5
30. April	189,7	2 212,5	285,5	25,4	3 115,8	174,4	155,7	18,7	149,3	130,0
31. Mai	259,1	2 426,6	286,6	32,5	2 830,6	166,8	144,5	22,3	131,8	118,9
30. Juni	387,7	2 826,1	286,4	18,8	3 132,6	248,5	230,2	18,3	188,2	175,4
31. Juli	492,3	3 155,7	291,6	30,4	2 655,2	67,1	50,1	17,0	146,0	132,4
31. August	458,9	3 374,4	294,3	26,1	2 587,2	128,3	113,8	14,5	121,9	109,0
30. September	496,6	3 692,0	292,5	19,0	2 612,1	131,8	120,5	11,3	207,0	189,8
7. Oktober	496,6	3 760,1	290,7	20,7	2 613,7	132,5	121,2	11,3	204,5	173,7
15. Oktober	503,9	3 871,2	260,3	34,2	2 446,9	138,7	127,4	11,3	167,1	156,4
23. Oktober	511,1	3 907,9	288,4	43,9	2 428,6	36,2	25,0	11,2	182,8	173,3
31. Oktober	518,2	3 976,5	307,0	33,6	2 332,9	12,1	0,9	11,2	121,5	104,4
7. November	518,2	4 009,7	298,1	43,5	2 332,1	60,0	48,8	11,2	138,0	127,2
15. November	523,0	3 840,9	310,0	57,6	2 246,3	19,4	8,2	11,2	120,5	110,4

Stand	Passiva										
	Banknoten- umlauf	Einlagen								von Spalte 25 entfallen	
		insgesamt (Spalte 26, 28, 30, 37, und 38)	Kreditinstitute (einschl. Postscheck- und Post- sparkassenämter)		Berliner Zentralbank		öffentlich-rechtlichen				
			insgesamt	darunter ERP- Sonder- konten der KfW	insgesamt	darunter ERP- Sonder- konto	insgesamt	Bund und Bundes- verwal- tungen	davon		
									Gegen- wert- konten des Bundes	Länder	
24	25	26	27	28	29	30	31	32	33		
1951											
31. März	7 781,0	4 959,6	1 905,3	230,5	49,2	45,6	2 380,9	55,7	901,6	158,5	
30. Juni	8 188,6	5 475,0	2 001,9	225,4	76,8	14,0	2 292,1	103,3	824,7	103,2	
30. September	9 054,4	5 824,7	2 007,9	175,4	72,5	15,4	2 508,7	184,4	1 055,4	130,2	
31. Dezember	9 243,1	5 446,4	2 627,9	— ³⁾	105,4	52,6	2 444,9	17,9	1 086,4	137,4	
1952											
31. Januar	9 162,9	4 598,5	1 941,2	—	77,7	49,1	2 307,1	21,6	1 025,9	117,2	
29. Februar	9 415,6	4 682,2	1 891,7	—	51,4	46,5	2 469,0	82,4	1 121,2	145,3	
31. März	9 543,7	4 767,3	2 027,4	—	54,3	43,3	2 436,0	92,8	1 089,1	154,9	
30. April	9 643,5	4 535,2	2 086,1	—	56,9	40,6	2 112,7	74,6	1 040,3	110,2	
31. Mai	9 748,0	4 123,1	1 672,1	—	67,3	38,4	2 119,6	75,4	964,0	92,8	
30. Juni	9 804,6	4 456,6	2 093,1	—	64,2	28,9	2 020,4	41,1	909,2	144,7	
31. Juli	9 843,0	4 115,7	1 960,5	—	132,7	25,9	1 781,1	11,1	752,4	109,5	
31. August	10 039,1	4 168,3	2 059,8	—	118,6	23,4	1 750,1	23,7	731,6	147,7	
30. September	10 122,4	4 053,6	1 867,6	—	115,7	20,8	1 820,3	30,1	727,1	86,2	
7. Oktober	9 716,8	4 294,5	2 282,2	—	128,2	20,4	1 636,6	23,2	702,6	98,1	
15. Oktober	9 412,5	4 268,9	2 107,5	—	144,3	20,1	1 766,7	37,7	688,2	157,5	
23. Oktober	9 023,9	4 450,7	2 379,7	—	142,6	19,8	1 669,3	23,3	721,0	90,7	
31. Oktober	10 256,9	3 697,6	1 651,7	—	106,3	19,2	1 671,3	27,3	718,3	92,4	
7. November	9 838,3	4 054,2	2 066,7	—	122,3	17,0	1 610,6	23,2	714,9	73,8	
15. November	9 490,3	4 026,8	1 945,1	—	109,9	16,9	1 728,0	35,9	733,4	147,3	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen beruhen auf Abrundungen. — ¹⁾ Unter Kon-
Zeitpunkt in der Position „Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems“ enthalten sind. — ³⁾ Abgesetzt sind hier
1952 einschließlich des „Asservatenkontos Einfuhrbewilligungen“ bei den Landeszentralbanken. — ⁵⁾ Die ERP-Sonderkonten der KfW

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *)

Mill. DM

Aktiva												
Vorschüsse und kurzfristige Kredite				Wert- papiere	Ausgleichsforderungen und un- verzinsl. Schuldverschreibungen			Kredit an Bund wegen Wäh- rungs- fonds und Welt- bank	Deutsche Scheide- münzen	Post- scheck- gut- haben	Schwe- bende Verrech- nungen im Zentral- bank- system	sonstige Ver- mögens- werte
insgesamt	davon an				insgesamt	darunter Ausgleichsforderungen						
	Bund und Bundes- verwal- tungen	Länder	sonstige öffent- liche Stellen			aus der eig. Umstel- lung ³⁾	ange- kaufte ³⁾					
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
798,0	282,1	124,6	391,3	354,2	8 866,3	7 711,0	516,1	—	85,0	135,7	—	227,4
1 142,5	606,1	127,4	409,0	373,1	8 650,0	7 481,1	541,3	—	98,1	28,3	40,0	257,3
818,6	249,0	106,3	463,3	372,6	8 748,9	7 615,7	505,6	—	85,4	25,9	147,5	308,2
622,0	—	168,0	454,0	321,8	8 158,0	7 062,9	467,5	—	69,5	74,3	—	314,8
195,9	—	114,5	81,4	84,4	8 556,8	7 486,6	442,6	—	95,7	34,1	73,0	268,1
383,1	88,0	86,9	208,2	40,0	8 625,6	7 579,9	423,3	—	111,2	33,8	125,0	293,1
772,5	184,1	74,3	514,1	35,0	8 455,5	7 433,8	399,3	—	139,9	36,4	88,7	252,9
860,7	270,7	80,0	510,0	35,3	8 500,3	7 510,0	367,9	—	164,8	97,3	38,4	278,3
557,6	122,9	41,2	393,5	34,4	8 405,4	7 419,7	363,3	—	120,7	39,5	87,9	294,9
423,3	—	24,3	399,0	50,9	7 998,6	7 026,3	349,9	—	108,7	34,7	64,9	297,8
435,7	—	27,8	407,9	35,9	7 961,9	7 011,5	328,0	—	98,9	37,6	66,5	303,6
465,1	—	40,8	424,3	36,9	7 915,6	6 965,4	327,8	182,8	99,9	36,9	3,8	322,3
439,9	—	15,6	424,3	37,4	7 384,4	6 439,0	323,0	182,8	96,3	45,5	114,1	338,2
439,9	—	13,5	426,4	37,4	7 400,1	6 470,1	307,6	182,8	98,8	55,6	—	337,6
457,7	—	14,0	443,7	38,2	7 093,5	6 180,6	290,5	182,8	106,7	76,2	—	339,6
458,8	—	10,1	448,7	38,2	6 922,3	6 012,2	287,7	182,8	114,4	48,0	—	343,5
460,0	—	36,7	423,3	38,3	7 422,2	6 496,8	303,0	182,8	97,9	47,2	49,2	353,3
461,2	—	30,6	430,6	38,3	7 442,2	6 520,7	299,1	182,8	103,9	51,6	—	350,0
461,4	—	20,6	440,8	38,3	7 186,8	6 296,1	268,3	182,8	108,8	80,3	—	353,4

Passiva										
Einlagen					Verbind- lichkeiten aus der Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grundkapital der Bank deutscher Länder und der Landes- zentral- banken (abzüglich Beteiligung der LZB'en an der BdL = 100,0 Mill. DM)	Rücklagen und Rück- stellungen	Schwe- bende Verrech- nungen im Zentral- bank- system	sonstige Verbind- lichkeiten	Bilanz- summe
auf Einlagen der Körperschaften			sonstigen inlän- dischen Einleger ⁴⁾	auslän- dischen Einleger						
Ge- meinden und Ge- meinde- verbände	sonstige öffent- liche Körper- schaften	alliierte Dienst- stellen								
34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
14,1	242,2	1 008,8	619,8	4,4	2 311,7	285,0	347,7	74,2	591,0	16 350,2
9,5	159,4	1 092,0	1 096,5	7,7	1 808,4	285,0	493,2	—	607,4	16 857,6
8,9	200,8	929,0	1 225,0	10,6	1 459,0	285,0	548,8	—	481,4	17 653,3
10,2	198,1	994,9	260,0	8,2	912,8	285,0	534,8	114,6	674,2	17 210,9
8,8	122,1	1 011,5	262,7	9,8	749,1	285,0	534,0	—	625,0	15 954,5
10,3	177,0	932,8	257,0	13,1	631,9	285,0	529,7	—	634,7	16 179,1
13,5	192,0	893,7	238,2	11,4	523,8	285,0	545,8	—	602,1	16 267,7
8,7	55,9	823,0	263,4	16,1	533,3	285,0	563,4	—	567,3	16 127,7
12,9	160,8	813,7	259,4	4,7	396,2	285,0	605,2	—	516,9	15 674,4
8,3	117,4	799,7	248,5	30,4	394,1	285,0	699,7	—	427,2	16 067,2
9,4	114,5	784,2	230,6	10,8	395,0	285,0	699,7	—	440,0	15 778,4
8,5	68,4	770,2	223,2	16,6	408,5	285,0	699,5	—	454,0	16 054,4
9,4	190,0	777,5	233,2	16,8	462,0	285,0	699,5	—	467,1	16 089,6
4,4	33,6	774,7	239,7	7,8	468,2	285,0	699,5	144,2	462,8	16 071,0
8,5	91,7	783,1	235,5	14,9	477,4	285,0	699,5	102,3	471,4	15 717,0
6,0	49,6	778,7	220,1	39,0	489,0	285,0	699,5	93,0	465,8	15 506,9
6,6	55,4	771,3	223,7	44,6	540,9	285,0	699,5	—	472,8	15 952,7
4,7	26,4	767,6	229,0	25,6	584,8	285,0	699,5	97,6	470,2	16 029,6
11,6	21,3	778,5	231,7	12,1	421,2	285,0	699,5	134,9	471,8	15 529,5

trolle der Hohen Kommission. — ²⁾ Bis Sept. 1951 einschließlich der „Schwebenden Verrechnungen im Scheckeinzug“, die nach diesem die vom Zentralbanksystem an öffentliche Stellen mit Rücknahmeverpflichtung abgegebenen Ausgleichsforderungen. — ⁴⁾ Bis Januar werden ab 31. 12. 1951 in Spalte 32 (Gegenwertkonten des Bundes) erfasst.

in Mill. DM

Stand	Aktiva														
	Gold ²⁾	Guthaben in ausländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks ²⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Post-scheckgut-haben	Inlandswechsel	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen der Bundesverwaltungen	Deutsche Scheidemünzen	Lombardforderungen gegen Ausgleichs-forderungen	Vorschüsse und kurzfristige Kredite	Wert-papiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		Kredit an Bund wegen Währungs-fonds und Weltbank	sonstige Aktiva
												Ausgleichs-forderungen	unverzinsl. Schuld-verschreibungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1951															
31. 3.	—	1 087,7	78,7	18,5	133,4	3 782,6	78,4	85,0	1 010,8	670,2	335,0	5 289,2	639,2	—	91,3
30. 6.	—	1 614,0	185,0	23,1	27,9	3 257,3	241,8	98,1	799,9	1 014,6	335,0	5 016,5	627,6	—	122,0
30. 9.	—	2 266,7	217,5	40,1	25,6	3 296,3	224,6	85,4	745,0	712,2	335,0	5 148,3	627,6	—	125,4
31. 10.	2,5	2 108,7	286,7	20,7	37,3	3 311,1	158,3	80,9	774,4	498,1	335,0	4 975,9	627,6	—	142,0
30. 11.	53,0	1 810,6	308,1	39,3	41,2	3 510,8	155,3	77,3	1 026,8	523,8	335,0	4 741,1	627,6	—	144,5
31. 12.	116,0	1 696,0	302,1	35,4	73,7	4 037,7	450,7	69,5	664,2	454,0	286,1	4 609,3	627,6	—	160,1 ³⁾
1952															
31. 1.	115,9	1 763,5	282,4	34,2	33,7	3 910,6	100,0	95,7	663,6	80,6	50,2	5 018,3	627,6	—	123,1
29. 2.	115,9	1 784,9	308,7	29,9	33,5	3 480,1	209,2	111,2	858,0	295,0	5,4	5 123,1	622,4	—	135,3
31. 3.	115,9	1 947,1	282,5	23,7	36,1	3 343,6	65,8	139,9	736,8	696,2	—	5 054,9	622,4	—	128,2
30. 4.	189,7	2 212,5	285,5	25,4	96,9	2 685,9	133,9	164,8	603,5	778,6	—	5 107,0	622,4	—	131,2
31. 5.	259,1	2 426,6	286,6	32,5	39,2	2 641,6	114,5	120,7	784,9	516,4	—	5 006,5	622,4	—	135,4
30. 6.	387,7	2 826,1	286,4	18,8	34,5	2 693,5	190,8	108,7	627,5	398,9	16,1	4 616,4	622,4	—	152,5
31. 7.	492,3	3 155,7	291,6	30,4	37,4	2 293,4	50,1	98,9	533,9	407,9	—	4 592,4	622,4	—	154,6
31. 8.	458,9	3 374,4	294,3	26,1	36,8	2 267,2	113,8	99,9	451,3	424,3	—	4 537,3	622,4	182,8	166,2
30. 9.	496,6	3 692,0	292,5	19,0	45,4	2 301,0	120,5	96,3	642,4	424,3	—	4 064,9	622,4	182,8	172,4
7. 10.	496,6	3 760,1	290,7	20,7	55,5	2 248,7	121,2	98,8	400,4	426,3	—	4 099,1	622,4	182,8	172,4
15. 10.	503,9	3 871,2	260,3	34,2	76,1	1 978,1	127,4	106,7	435,0	443,7	—	3 816,8	622,4	182,8	170,2
23. 10.	511,1	3 907,9	288,4	43,9	47,7	2 017,1	24,9	114,4	347,5	448,7	—	3 651,7	622,4	182,8	171,4
31. 10.	518,2	3 976,5	307,0	33,6	47,1	2 073,5	0,8	97,9	698,9	423,3	—	4 073,2	622,4	182,8	174,0
7. 11.	518,2	4 009,7	298,1	43,5	51,5	1 973,8	48,8	103,9	473,0	430,6	—	4 083,3	622,4	182,8	175,1
15. 11.	523,0	3 840,9	310,0	57,6	80,1	1 801,8	8,2	108,8	455,8	440,7	—	3 922,7	622,4	182,8	173,0

Stand	Passiva												Bilanz-summe	
	Bank-noten-umlauf	Einlagen						Verbind-lichkeiten aus der Abwick-lung des Auslands-geschäfts	sonstige Passiva	Grund-kapital	ge-setzliche und sonstige Rück-lagen			
		insgesamt (Spalte 18 bis 22)	aufgegliedert in Einlagen				alliierter Dienst-stellen					sonstige		
			der Landes-zentral-banken	Gegenwert-konten des Bundes	sonstige Gut-haben	sonstige								
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27			
1951														
31. 3.	7 781,0	2 610,2	360,5	901,6	142,5	844,8	360,8	2 311,7	427,1	100,0	70,0	13 300,0		
30. 6.	8 188,6	2 659,6	363,6	824,7	147,9	950,0	373,4	1 808,4	496,2	100,0	110,0	13 362,8		
30. 9.	9 054,4	2 731,4	251,8	1 055,4	319,6	786,7	317,9	1 459,0	394,9	100,0	110,0	13 849,7		
31. 10.	8 989,4	2 470,6	175,0	1 186,5	39,1	818,6	251,4	1 269,2	420,0	100,0	110,0	13 359,2		
30. 11.	9 197,9	2 565,7	167,3	1 223,8	107,2	814,3	253,1	977,3	443,5	100,0	110,0	13 394,4		
31. 12.	9 243,1	2 673,5	465,6	1 086,4	133,2	837,7	150,6	912,8	543,0 ³⁾	100,0	110,0	13 582,4		
1952														
31. 1.	9 162,9	2 267,4	235,9	1 025,9	87,1	804,6	113,9	749,1	510,0	100,0	110,0	12 899,4		
29. 2.	9 415,6	2 333,8	182,8	1 121,2	213,4	729,0	87,4	631,9	521,3	100,0	110,0	13 112,6		
31. 3.	9 543,7	2 384,6	269,8	1 089,1	226,4	708,4	90,9	523,8	531,0	100,0	110,0	13 193,1		
30. 4.	9 643,5	2 109,2	199,2	1 040,3	91,0	684,3	94,4	533,3	541,3	100,0	110,0	13 037,3		
31. 5.	9 748,0	2 071,1	109,2	964,0	213,5	680,8	103,6	396,2	561,1	100,0	110,0	12 986,4		
30. 6.	9 804,6	2 060,9	258,9	909,2	115,8	670,8	106,2	394,1	470,7	100,0	150,0	12 980,3		
31. 7.	9 841,0	1 795,3	134,8	752,4	101,2	624,3	182,6	395,0	477,7	100,0	150,0	12 761,0		
31. 8.	10 039,1	1 870,5	307,8	731,6	52,6	613,9	164,6	408,5	487,6	100,0	150,0	13 055,7		
30. 9.	10 122,4	1 845,7	153,5	727,1	187,6	620,5	157,0	462,0	492,4	100,0	150,0	13 172,5		
7. 10.	9 716,8	2 075,4	549,4	702,6	34,6	615,1	173,7	468,2	485,3	100,0	150,0	12 995,7		
15. 10.	9 412,5	2 016,6	419,6	688,2	92,1	620,8	195,9	477,4	492,3	100,0	150,0	12 648,8		
23. 10.	9 023,9	2 131,8	557,9	721,0	47,1	617,7	188,1	489,0	485,2	100,0	150,0	12 379,9		
31. 10.	10 256,9	1 687,4	149,5	718,3	55,3	614,9	149,4	540,9	494,0	100,0	150,0	13 229,2		
7. 11.	9 838,3	1 852,2	336,6	714,9	32,7	601,0	167,0	584,8	489,4	100,0	150,0	13 014,7		
15. 11.	9 490,3	1 876,2	361,5	733,4	21,2	602,9	157,2	421,2	490,1	100,0	150,0	12 527,8		

*) Differenzen in der Kommastrichstelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 3) Die Zugänge ergaben sich überwiegend aus den Buchungen der am 31. 12. 1951 fälligen Zinsen auf Ausgleichsforderungen und sonstiger Zinsverrechnungen.

3. Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 31. Oktober 1952*)

in Mill. DM

Ausweispositionen	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein	Württemberg-Baden	Württemberg-Hohenzollern	insgesamt
Aktiva												
Guthaben bei der BdL	0,1	35,4	8,7	22,0	—	20,1	23,7	5,5	6,3	25,6	6,3	153,7
Postscheckguthaben	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inlandswechsel	5,4	0,8	18,4	24,7	105,8	1,8	94,7	5,7	0,1	0,3	1,8	259,5
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	—	6,0	—	—	—	—	—	—	5,2	—	—	11,2
Wertpapiere	1,0	2,9	0,8	—	—	3,3	14,4	1,7	5,5	6,8	1,8	38,2
Ausgleichsforderungen	83,1	527,1	49,4	187,0	247,7	336,9	669,7	111,8	154,5	298,8	60,6	2 726,6
davon: aus der eigenen Umstellung angekaufte	(76,9)	(449,1)	(40,9)	(169,2)	(220,1)	(305,8)	(631,2)	(98,0)	(125,6)	(250,8)	(58,2)	(2 425,8)
Lombardforderungen	4,4	9,5	0,1	17,5	22,4	12,3	6,0	25,4	8,3	10,9	4,7	121,5
darunter: gegen Ausgleichsforderungen	(4,4)	(8,7)	(0,1)	(4,7)	(22,2)	(12,3)	(4,3)	(24,9)	(7,5)	(10,6)	(4,7)	(104,4)
Kassenkredite	14,3	1,3	—	—	—	10,6	—	0,0	10,5	—	—	36,7
davon: an Landesregierung	(14,3)	(1,3)	(—)	(—)	(—)	(10,6)	(—)	(—)	(10,5)	(—)	(—)	(36,7)
an sonstige öffentl. Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(0,0)	(—)	(—)	(—)	(0,0)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5	11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0
Schwebende Verrechnungen im Zentralbankensystem	1,0	16,9	1,4	7,1	3,6	14,3	—	—	2,6	2,1	0,7	49,7
Sonstige Vermögenswerte	6,2	13,6	2,4	6,3	32,3	20,6	66,5	12,7	6,6	8,8	3,4	179,4
Summe der Aktiva	118,0	631,0	84,2	272,6	420,3	431,4	903,0	168,3	204,1	362,3	81,3	3 676,5
Passiva												
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0	40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0
Rücklagen und Rückstellungen	10,9	60,4	9,9	42,4	34,3	37,7	91,5	20,2	23,5	33,6	7,0	371,4
Einlagen	84,1	294,9	45,6	181,0	295,3	167,5	663,8	116,1	52,7	212,7	45,9	2 159,6
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassennämter)	(37,9)	(271,1)	(25,7)	(133,5)	(182,2)	(144,1)	(506,8)	(62,2)	(42,1)	(186,0)	(36,0)	(1 627,6)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(0,1)	(0,5)	(3,4)	(2,0)	(0,3)	(0,9)	(0,4)	(1,6)	(3,2)	(5,4)	(3,9)	(21,7)
Öffentliche Verwaltungen	(1,6)	(6,8)	(11,4)	(5,1)	(10,2)	(6,5)	(62,9)	(8,8)	(4,0)	(6,8)	(2,3)	(126,4)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(40,5)	(0,2)	(0,0)	(21,5)	(45,7)	(0,5)	(11,6)	(35,4)	(0,0)	(0,0)	(1,0)	(156,4)
Sonstige inländische Einleger	(3,7)	(16,2)	(5,1)	(17,3)	(16,2)	(15,5)	(81,3)	(7,6)	(3,4)	(14,0)	(2,7)	(183,0)
Ausländische Einleger	(0,3)	(0,1)	(—)	(1,6)	(40,7)	(0,0)	(0,8)	(0,5)	(0,0)	(0,5)	(0,0)	(44,5)
Lombardverpflichtungen gegenüber der Bank deutscher Länder	8,2	212,0	12,0	17,3	37,5	165,8	41,1	—	110,0	79,7	15,4	699,0
Schwebende Verrechnungen im Zentralbankensystem	—	—	—	—	—	—	3,8	0,7	—	—	—	4,5
Sonstige Verbindlichkeiten	4,8	13,7	6,7	21,9	23,2	20,4	37,8	11,3	7,9	6,3	3,0	157,0
Summe der Passiva	118,0	631,0	84,2	272,6	420,3	431,4	903,0	168,3	204,1	362,3	81,3	3 676,5
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	45,5	452,2	53,8	300,8	148,6	189,2	401,3	170,4	113,1	248,9	50,0	2 173,8

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

4. Zahlungsmittelumlauf

in Mill. DM

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel		im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
	Banknoten und Kleingeldzeichen*)	Scheidemünzen	
1948			
31. 12.	6 319	—	6 641
1949			
31. 12.	7 290	40	7 738
1950			
31. 3.	7 334	86	7 828
30. 6.	7 596	132	8 160
30. 9.	7 781	143	8 356
31. 12.	7 797	182	8 414
1951			
31. 1.	7 325	214	7 975
28. 2.	7 298	246	7 991
31. 3.	7 320	277	8 058
30. 4.	7 479	300	8 260
31. 5.	7 407	348	8 215
30. 6.	7 720	382	8 570
31. 7.	7 915	413	8 797
31. 8.	8 233	428	9 141
30. 9.	8 557	444	9 498
31. 10.	8 497	453	9 442
30. 11.	8 679	460	9 658
31. 12.	8 721	470	9 713
1952			
31. 1.	8 631	457	9 620
29. 2.	8 868	458	9 873
31. 3.	8 986	461	10 005
30. 4.	9 080	467	10 111
31. 5.	9 201	553	10 301
30. 6.	9 259	601	10 406
31. 7.	9 282	648	10 491
7. 8.	8 901	649	10 076
15. 8.	8 741	647	9 916
23. 8.	8 319	641	9 465
31. 8.	9 481	670	10 709
7. 9.	9 175	673	10 382
15. 9.	8 865	676	10 078
23. 9.	8 379	672	9 571
30. 9.	9 559	700	10 822
7. 10.	9 165	702	10 418
15. 10.	8 865	699	10 112
23. 10.	8 496	695	9 717
31. 10.	9 674	719	10 976
7. 11.	9 282	719	10 557
15. 11.	8 926	717	10 207

*) Mit Ablauf des 31. 1. 1951 Anspruch aus allen Kleingeldzeichen erloschen.

5. Stückelung des Zahlungsmittelumlaufs nach dem Stand vom 31. Oktober 1952*)

Stückelung	in Mill. DM	in vH des Gesamtumlaufs	Stückelung	in Mill. DM	in vH des Gesamtumlaufs
Banknoten insgesamt	10 257	93,4	Scheidemünzen insgesamt	719	6,6
davon: 100,— DM	2 024	18,5	davon: 5,— DM	238	2,2
50,— "	4 883	44,5	2,— "	134	1,2
20,— "	2 318	21,1	1,— "	188	1,7
10,— "	751	6,8	—,50 "	72	0,7
5,— "	245	2,2	—,10 "	58	0,5
2,— "	13	0,1	—,05 "	19	0,2
1,— "	13	0,1	—,02 "	2	0,0
—,50*) "	10	0,1	—,01 "	8	0,1
			Banknoten und Scheidemünzen	10 976	100,0

*) Einschließlich Kleingeldzeichen.

II. Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze

Gültig ab:	Zentralbanksätze für den Verkehr mit Geschäftsbanken		Mindestreservesätze						Sonderzins bei Unterschreitung des Reservesolls — jeweils über Lombardsatz	
			für Geschäftsbanken							
	Diskont ¹⁾	Lombard	Geldinstitute mit einer Summe an mindestreservepflichtigen Einlagen (ohne Spareinlagen) von:	Reserveklasse	Sichteinlagen		Befristete Einlagen	Spar-einlagen		für Landes-zentral-banken Einheitssatz
					Bank-plätze	Nichtbank-plätze				
vH der reservepflichtigen Einlagen ²⁾										
1948 1. Juli	5	6			10	10	5	5	20	1
1. Dez.					15	10	5	5		3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2								
1. Juni			(Vor dem 1. Mai 1952 keine Staffelung nach Reserveklassen)							
14. Juli	4	5			12	9	5	5		
1. Sept.										
1950 1. Okt.					10	8	4	4	12	
27. Okt.	6	7			15	12	8	4		1
1951 1. Jan.										3
1952 1. Mai			100 Mill. DM und mehr	1	15	12	8	4		
			50 bis unter 100 Mill. DM	2	14	11	7,5	4		
			10 " " 50 " "	3	13	10	7	4		
			5 " " 10 " "	4	12	9	6,5	4		
			1 " " 5 " "	5	11	8	6	4		
			unter 1 Mill. DM	6	10	8	5,5	4		
29. Mai	5	6								
21. Aug.	4 1/2	5 1/2								
1. Sept.			100 Mill. DM und mehr	1	12	10	7	4		
			50 bis unter 100 Mill. DM	2	12	10	7	4		
			10 " " 50 " "	3	11	9	6	4		
			5 " " 10 " "	4	11	9	6	4		
			1 " " 5 " "	5	10	8	5	4		
			unter 1 Mill. DM	6	9	8	5	4		

¹⁾ Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand. Für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß Beschluß vom 3. August 1948 einheitlich ein Diskontsatz von 3/4 berechnet. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Die gleiche Vergünstigung gilt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (Beschluß vom 22./23. März 1950) und für Exporttratten (Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951). — ²⁾ Reservepflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landes-zentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

III. Mindestreservenstatistik

Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1950		1951		1952		1950		1951		1952	
	Okt.	Okt.	Okt.	Sept.	Okt.	Okt.	Okt.	Sept.	Okt.	Okt.	Sept.	Okt.
	Reservepflichtige Verbindlichkeiten in Mill. DM				Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll), in Mill. DM				Durchschnittl. Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepf. Verbindlichkeiten)			
1. Kreditbanken	6 320,9	8 215,3	10 420,4	10 589,8	759,2	947,7	943,0	956,2	12,0	11,5	9,0	9,0
a) Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken	(3 811,7)	(4 864,9)	(6 013,4)	(6 075,2)	(469,5)	(578,2)	(567,1)	(571,4)	(12,3)	(11,9)	(9,4)	(9,4)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(1 969,3)	(2 566,6)	(3 431,2)	(3 530,8)	(225,1)	(279,8)	(295,2)	(302,4)	(11,4)	(10,9)	(8,6)	(8,6)
c) Privatbankiers	(539,9)	(783,8)	(975,8)	(983,8)	(64,6)	(89,7)	(80,7)	(82,4)	(12,0)	(11,4)	(8,3)	(8,4)
2. Girozentralen	1 194,4	1 612,2	1 762,0	1 799,6	124,6	164,9	153,4	156,9	10,4	10,2	8,7	8,7
3. Sparkassen	5 895,1	6 782,9	8 937,7	9 052,8	506,0	580,4	583,8	588,3	8,6	8,6	6,5	6,5
4. Ländliche Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	1 239,0	1 387,2	1 691,0	1 741,8	97,7	114,8	101,9	105,1	7,9	8,3	6,0	6,0
5. Gewerbliche Zentralkassen	22,1	33,2	51,8	59,8	2,4	3,4	3,9	4,4	10,9	10,2	7,5	7,4
6. Gewerbliche Kreditgenossenschaften	920,7	1 084,1	1 366,1	1 381,2	93,1	109,3	96,6	97,4	10,1	10,1	7,1	7,1
7. Sonstige Geldinstitute	1 038,4	1 256,2	1 521,1	1 596,1	133,0	155,2	142,5	147,9	12,8	12,4	9,4	9,3
Bankengruppen insgesamt	16 630,6	20 371,1	25 750,1	26 221,1	1 716,0	2 075,7	2 025,1	2 056,2	10,3	10,2	7,9	(7,8)
	Überschußreserven netto ¹⁾ in Mill. DM				Überschußreserven (netto) in vH der gesetzlichen Mindest- reserven (Reserve-Soll)				Überschußreserven aller Bankengruppen in vH der Gesamtsumme der Überschußreserven (Reserve-Soll)			
1. Kreditbanken	23,7	64,7	24,7	39,5	3,1	6,8	2,6	4,1	47,9	60,2	46,7	56,7
a) Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken	(11,7)	(40,2)	(6,9)	(14,4)	(2,5)	(7,0)	(1,2)	(2,5)	(23,6)	(37,4)	(13,1)	(20,7)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(8,1)	(15,8)	(12,7)	(17,0)	(3,6)	(5,6)	(4,3)	(5,6)	(16,4)	(14,7)	(24,0)	(24,4)
c) Privatbankiers	(3,9)	(8,7)	(5,1)	(8,1)	(6,0)	(9,7)	(6,3)	(9,8)	(7,9)	(8,1)	(9,6)	(11,6)
2. Girozentralen	18,8	24,9	5,9	7,3	15,1	15,1	3,8	4,7	38,0	23,2	11,2	10,5
3. Sparkassen	6,1	7,0	9,1	8,4	1,2	1,2	1,6	1,4	12,3	6,5	17,2	12,1
4. Ländliche Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	— 0,5	1,8	3,2	3,6	— 0,5	1,6	3,1	3,4	— 1,0	1,7	6,0	5,2
5. Gewerbliche Zentralkassen	0,1	0,5	0,2	0,3	4,2	14,7	5,1	6,8	0,2	0,5	0,4	0,4
6. Gewerbliche Kreditgenossenschaften	— 2,4	3,8	4,7	4,3	— 2,6	3,5	4,9	4,4	— 4,9	3,5	8,9	6,2
7. Sonstige Geldinstitute	3,7	4,7	5,1	6,2	2,8	3,0	3,6	4,2	7,5	4,4	9,6	8,9
Bankengruppen insgesamt	49,5	107,4	52,9	69,6	2,9	5,2	2,6	3,4	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls belief sich im Oktober 1952 auf 2,3 Mill. DM (gegenüber 2,1 Mill. DM im September 1952).

IV. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Wirtschaft und Private	Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an							
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen		davon		Wechselobligo der Kundschaft	Öffentl. rechtl. Körperschaften	davon			
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren	Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen	Wechselobligo der Kundschaft	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1951													
31. 8.	10 162,0	5 727,5	1 143,6	4 434,5	9 484,3	5 535,9	1 143,5	3 948,4	677,7	191,6	465,6	20,5	1 600,2
30. 9.	10 560,6	6 129,9	1 188,1	4 430,7	10 031,9	5 961,1	1 188,0	4 070,8	528,7	168,8	337,1	22,8	1 565,2
31. 10.	10 721,8	5 671,3	1 200,6	5 050,5	9 682,6	5 449,5	1 200,3	4 233,1	1 039,2	221,8	785,0	32,4	1 461,0
30. 11.	10 909,9	5 930,5	1 237,0	4 979,4	10 041,0	5 704,6	1 236,7	4 336,4	868,9	225,9	592,1	50,9	1 518,9
31. 12.	11 305,9	6 013,8	1 337,4	5 292,1	10 595,8	5 854,8	1 337,3	4 741,0	710,1	159,0	491,3	59,8	1 596,5
1952													
31. 1.	11 807,6	6 316,0	1 317,3	5 491,6	10 852,9	6 156,7	1 317,3	4 696,2	954,7	159,3	733,7	61,7	1 583,3
29. 2.	12 084,4	6 572,8	1 310,4	5 511,6	11 250,0	6 397,6	1 310,4	4 852,4	834,4	175,2	619,1	40,1	1 700,8
31. 3.	12 355,3 ¹⁾	6 608,9 ¹⁾	1 254,2	5 746,4	11 444,2 ¹⁾	6 428,7 ¹⁾	1 254,2	5 015,5	911,1	180,2	691,4	39,5	1 812,2
30. 4.	12 221,4	6 483,4	1 128,8	5 738,0	11 270,9	6 303,6	1 128,8	4 967,3	950,5	179,8	726,7	44,0	1 737,4
31. 5.	12 292,6	6 378,4	1 031,7	5 914,2	11 181,3	6 221,3	1 031,7	4 960,0	1 111,3	157,1	932,1	22,1	1 741,8
30. 6.	12 146,5	6 431,5	918,3	5 715,0	11 220,1	6 270,4	918,3	4 949,7	926,4	161,1	740,1	25,2	1 770,5
31. 7.	12 306,2	6 367,7	916,2	5 938,5	11 177,1	6 211,3	916,2	4 965,8	1 129,1	156,4	943,8	28,9	1 757,3
31. 8.	12 569,4	6 535,5	949,3	6 033,9	11 371,9	6 390,6	949,3	4 981,3	1 197,5	144,9	1 023,5	29,1	1 755,0
30. 9.	12 817,3	6 794,9	961,9	6 022,4	11 785,9	6 649,8	961,9	5 136,1	1 031,4	145,1	857,8	28,5	1 840,3
7. 10.	12 718,2	6 749,4	960,8	5 968,8	11 735,5	6 605,9	960,8	5 129,6	982,7	143,5	811,1	28,1	1 853,4
15. 10.	12 884,8	6 961,0	970,4	5 923,8	11 928,1	6 813,2	970,4	5 114,9	956,7	147,8	781,7	27,2	1 859,5
23. 10.	12 895,3	6 950,5	978,5	5 944,8	11 976,9	6 803,5	978,5	5 173,4	918,4	147,0	745,0	26,4	1 873,1
31. 10.	12 994,9	6 885,9	983,6	6 109,0	11 984,3	6 740,4	983,6	5 243,9	1 010,6	145,5	839,6	25,5	1 834,2
7. 11.	12 937,8	6 898,0	982,5	6 039,8	11 981,2	6 754,0	982,5	5 227,2	956,6	144,0	787,7	24,9	1 838,4
15. 11.	13 070,6	7 109,7	984,6	5 960,9	12 141,5	6 964,1	984,6	5 177,4	929,1	145,6	759,8	23,7	1 856,2

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Enthält statistisch bedingte Zunahme (rd. 20 Mill. DM).

b) Einlagen

Stand	Einlagen von Nichtbanken insgesamt	davon			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- und Termineinlagen		Spar-einlagen	
		von Wirtschaft und Privaten	von Öffentl. rechtl. Körperschaften		
1	2	3	4	5	
1951					
31. 8.	13 090,8	8 041,6	2 823,7	2 225,5	1 986,3
30. 9.	12 946,4	7 831,9	2 849,8	2 264,7	2 009,9
31. 10.	13 612,6	8 441,7	2 855,9	2 315,0	2 188,7
30. 11.	13 846,8	8 581,5	2 897,8	2 367,5	2 180,3
31. 12.	14 310,5	8 646,2	3 093,8	2 570,5	2 323,6
1952					
31. 1.	14 456,6	8 650,5	3 123,2	2 682,9	2 545,0
29. 2.	14 680,9	8 728,7	3 169,9	2 782,3	2 663,6
31. 3.	14 962,3	8 763,6	3 327,2	2 871,5	2 943,8
30. 4.	15 289,0	9 101,5	3 225,4	2 962,1	3 078,4
31. 5.	15 413,8	9 009,1	3 366,9	3 037,8	3 178,5
30. 6.	15 397,4	8 875,1	3 402,8	3 119,5	3 173,5
31. 7.	15 817,7	9 228,4	3 398,3	3 191,0	3 317,3
31. 8.	16 212,0	9 483,8	3 458,6	3 269,6	3 539,0
30. 9.	16 497,9	9 495,7	3 651,1	3 351,1	3 454,9
7. 10.	16 649,4	9 619,9	3 640,8	3 388,7	3 248,2
15. 10.	16 920,2	9 747,0	3 762,7	3 410,5	3 285,1
23. 10.	17 204,1	9 819,6	3 949,7	3 434,8	3 307,5
31. 10.	16 903,6	9 826,6	3 594,1	3 482,9	3 468,4
7. 11.	17 066,7	9 922,2	3 625,6	3 518,9	3 369,2
15. 11.	17 163,0	9 781,1	3 840,4	3 541,5	3 478,0

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen.

V. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts- a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik *) 1); Gesamterhebung der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 4)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zins-liche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili- ins-gesamt
			ins-gesamt 3)	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Hand-els-wechsel	Bank-akzепte		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1951															
Aug.	3 560	35 172,5	1 988,5	1 660,5	54,8	2 725,1	2 335,6	149,9	0,9	246,4	3 137,7	2 899,3	77,1	508,2	496,1
Sept.	3 559	35 597,9	2 018,8	1 676,3	55,7	2 737,5	2 320,5	143,3	3,4	247,1	2 936,0	2 711,8	56,7	381,7	488,3
Okt. 15)	3 558	36 669,3	2 099,4	1 715,3	53,9	2 916,6	2 467,5	184,3	1,1	265,5	3 489,9	3 183,0	65,5	846,9	506,2
Okt. 15)	3 726	37 206,2	2 114,8	1 728,6	54,4	3 004,7	2 534,7	184,3	1,1	266,7	3 508,2	3 196,5	67,4	864,9	527,2
Nov.	3 725	37 895,0	2 162,0	1 803,9	55,8	2 922,5	2 443,9	203,2	2,2	270,3	3 620,4	3 308,2	82,0	665,2	527,7
Dez.	3 724	39 375,4	2 927,5	2 540,1	100,1	3 005,8	2 504,3	257,7	3,7	374,9	3 512,9	3 209,9	90,3	598,7	554,7
1952															
Jan.	3 721	39 799,3	2 190,6	1 790,6	58,8	3 218,2	2 629,9	224,9	1,4	221,1	3 824,9	3 493,6	78,3	844,2	607,3
Febr.	3 720	40 517,7	2 093,6	1 748,3	50,9	3 204,0	2 511,6	177,0	1,4	243,5	4 147,3	3 804,4	93,8	735,5	616,6
März	3 720	41 591,3	2 277,8	1 888,8	62,6	3 393,6	2 636,8	126,3	3,1	268,7	4 256,9	3 953,2	93,6	793,9	651,5
April	3 722	42 454,4	2 357,8	1 970,1	55,2	3 492,7	2 632,4	115,0	1,1	280,1	4 593,3	4 276,8	88,7	845,5	657,9
Mai	3 722	43 149,0	2 019,0	1 641,4	65,0	3 478,8	2 523,6	69,3	1,4	341,5	4 825,6	4 496,2	114,6	1 073,0	747,7
Juni	3 720	43 685,2	2 339,6	1 922,1	65,2	3 468,5	2 517,7	70,8	4,5	308,1	4 567,8	4 246,4	118,0	853,9	776,8
Juli	3 719	44 885,4	2 303,9	1 861,7	61,1	3 614,1	2 627,2	70,8	2,3	304,7	5 051,4	4 683,1	131,8	1 063,0	799,0
Aug.	3 720	46 103,8	2 266,5	1 885,8	59,3	3 818,5	2 825,7	116,3	2,0	313,9	5 125,6	4 759,1	131,5	1 146,0	821,3
Sept.	3 698 10)	46 947,5	2 123,8	1 705,9	60,5	3 759,8	2 712,3	95,3	5,0	321,5	5 303,0	4 979,4	63,9 10)	974,3	1 021,3 10)

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder 9)			
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:						Einlagen von Kredit-instituten	ins-gesamt	darunter	
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körper-schaften	Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereinge-nommene Gelder			seitens der Kundschaft bei aus-ländischen Banken benutzte Kredite 10)	
						insgesamt	darunter Anlage-konto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43		
1951														
Aug.	3 560	35 172,5	21 122,1	18 875,9	14 663,4	11 190,3	.	3 473,1	4 212,5	2 246,2	2 007,2	417,8	7,2	
Sept.	3 559	35 597,9	21 099,8	18 816,9	14 532,7	11 032,2	273,4	3 500,5	4 284,2	2 282,9	2 010,2	403,8	9,5	
Okt. 15)	3 558	36 669,3	22 135,7	19 653,6	15 272,4	11 789,1	.	3 483,3	4 381,2	2 482,1	1 882,1	425,8	7,7	
Okt. 15)	3 726	37 206,2	22 253,9	19 765,4	15 370,8	11 879,2	.	3 491,6	4 394,6	2 488,5	1 935,3	432,8	7,7	
Nov.	3 725	37 895,0	22 575,8	20 121,5	15 639,0	12 052,7	.	3 586,3	4 482,5	2 454,3	2 023,7	477,4	6,2	
Dez.	3 724	39 375,4	23 484,6	20 770,3	15 967,9	12 139,6	259,8	3 828,3	4 802,4	2 714,3	2 016,1	493,4	6,3	
1952														
Jan.	3 721	39 799,3	23 755,3	20 926,2	15 926,2	12 095,4	.	3 830,8	5 000,0	2 829,1	2 025,4	448,4	5,3	
Febr.	3 720	40 517,7	24 260,3	21 285,7	16 109,6	12 170,0	255,9	3 939,6	5 176,1	2 974,6	2 081,8	480,0	5,1	
März	3 720	41 591,3	25 001,9	21 706,6	16 377,6	12 263,8	.	4 113,8	5 329,0	3 295,3	2 051,4	488,6	3,2	
April	3 722	42 454,4	25 612,0	22 224,9	16 740,2	12 736,5	.	4 003,7	5 484,7	3 387,1	2 010,1	506,0	2,8	
Mai	3 722	43 149,0	25 966,2	22 435,7	16 825,4	12 659,7	250,7	4 165,7	5 610,3	3 530,5	1 920,1	528,2	2,8	
Juni	3 720	43 685,2	25 935,3	22 459,1	16 718,5	12 498,7	.	4 219,8	5 740,6	3 476,2	2 081,1	535,4	3,0	
Juli	3 719	44 885,4	26 738,5	23 042,4	17 175,8	12 987,5	.	4 188,3	5 866,6	3 696,1	2 027,8	560,0	3,9	
Aug.	3 720	46 103,8	27 503,9	23 660,6	17 652,1	13 356,6	243,1	4 295,5	6 008,5	3 843,3	1 989,4	550,4	9,1	
Sept.	3 698 10)	46 947,5	27 812,6	24 041,4	17 872,1	13 386,3	.	4 485,8	6 169,3	3 771,2	2 102,3	579,3	11,9	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind nicht einbezogen: 1. bis September 1951 einschließlich alle Institute (abgesehen von geringfügigen Ausnahmen), deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 summe am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Der Anteil der nicht einbezogenen Kreditinstitute an der in den Tabellen ausgewiesenen Gesamt-Zentrale. Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets tender Kreditinstitute. — 2) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 3) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — 4) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsrechnung nur noch zum Quartalsultimo an. — 5) Einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — 6) Ein-Landes. — 7) Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — 8) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 9) In der Neubildung ent-Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 10) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, in den „Einlagen“ enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 11) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfafter Kredit- per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — 12) Die Aufstellung der papiere sowie Grundstücke und Gebäude durch Neubewertung, sonstige Aktiva und Passiva, Bankakzепte, Eigenkapital, eigene Akzепte im Umlauf.

(Bilanzstatistik)

Banken
Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva (8)	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand (5)	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung(6)	ins- gesamt (7)	Wirt- schaft und Private	Öffent- lich- liche Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
124,8	52,2	5 444,8	5 942,6	10 299,8	8 957,0	389,7	953,1	6 807,6	4 104,1	1 255,5	1 420,0	113,8	521,6	1 205,1	1951
124,8	50,7	5 451,0	5 944,5	10 814,8	9 452,5	419,0	943,3	6 998,2	4 231,8	1 303,5	1 515,0	117,6	531,0	1 107,8	Aug.
128,3	49,2	5 480,4	5 957,5	10 227,7	8 919,3	454,4	854,0	7 209,4	4 367,4	1 337,8	1 556,3	118,6	542,0	1 121,9	Sept.
128,5	49,4	5 557,1	6 034,6	10 334,1	8 984,8	455,1	894,2	7 372,0	4 396,4	1 396,3	1 564,4	124,8	544,8	1 133,3	Okt. ¹⁵⁾
128,0	51,8	5 579,9	6 037,5	10 825,0	9 397,8	497,7	929,5	7 505,1	4 520,3	1 454,2	1 672,0	131,1	563,8	1 137,0	Nov.
140,2	48,1	5 582,6	6 036,2	11 017,0	9 589,2	482,5	945,3	7 769,9	4 606,0	1 534,8	1 766,3	158,2	584,2	1 113,1	Dez.
															1952
136,8	47,3	5 611,8	. ⁹⁾	11 380,8	10 039,4	411,4	930,0	8 026,3	4 750,9	1 583,9	1 756,9	164,4	607,3	1 013,1	Jan.
129,2	47,2	5 622,2	.	11 763,1	10 395,8	428,7	938,6	8 179,1	4 834,1	1 612,6	1 826,1	166,6	621,3	1 022,3	Febr.
128,8	51,5	5 626,2	6 035,5	11 887,4	10 443,8	443,1	1 000,5	8 395,2	4 931,3	1 647,4	1 891,2	170,2	630,0	1 105,2	März
134,0	51,8	5 648,8	.	11 850,8	10 357,2	467,9	1 025,7	8 570,2	5 024,2	1 695,2	1 975,5	193,1	639,5	1 126,1	April
204,0	57,6	5 604,5	.	11 752,5	10 313,3	467,2	972,0	8 773,0	5 143,8	1 740,6	2 298,0	194,0	646,3	1 141,8	Mai
214,9	54,2	5 665,5	6 005,9	12 068,7	10 464,0	486,4	1 118,3	8 963,7	5 274,4	1 786,7	2 430,8	201,7	656,7	1 188,7	Juni
214,4	57,8	5 675,7	.	12 011,6	10 444,5	489,9	1 077,2	9 267,2	5 424,5	1 851,1	2 549,0	198,5	666,4	1 188,9	Juli
228,0	61,6	5 690,3	.	12 230,6	10 718,2	472,4	1 040,0	9 545,4	5 575,4	1 925,3	2 695,9	204,8	674,1	1 311,7	Aug.
231,7	60,4	5 661,8	6 009,4	12 694,2	11 073,3	529,3	1 091,6	9 856,1	5 747,9	1 987,3	2 813,6	214,5	732,8 ¹⁰⁾	1 249,6 ¹⁰⁾	Sept.

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für Treuh- hand- ge- schäfte)	durch- laufende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva (13)	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47 z. T. Sp. 33) ¹⁴⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Ver- bind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zie- hungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende
				ins- gesamt	darunter	darunt.		Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 52)	Öffent- lich- rechtliche Körper- schaften	sonstige				
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
836,8	1 764,6	3 788,6	1 420,0	1 345,7	585,0	247,9	2 887,5	1 888,3	1 214,9	2 381,0	224,0	1 613,0	84,7	3 307,2	1951
973,4	1 826,7	3 889,8	1 515,0	1 367,9	602,6	257,1	2 915,1	1 939,9	1 249,9	2 487,0	237,3	1 668,0	75,5	3 791,4	Aug.
812,6	1 916,2	4 004,8	1 556,3	1 371,7	600,0	257,3	2 989,9	1 967,3	1 270,1	2 606,3	235,1	1 666,5	72,5	3 566,6	Okt. ¹⁵⁾
813,9	2 050,4	4 149,8	1 564,4	1 394,2	610,4	263,5	3 044,3	2 008,3	1 287,3	2 699,1	244,2	1 706,5	76,5	3 588,5	Okt. ¹⁵⁾
876,3	2 102,3	4 174,3	1 672,0	1 413,3	625,1	263,6	3 057,3	2 028,2	1 279,9	2 853,3	242,9	1 785,8	74,6	3 785,8	Nov.
1 079,9	2 171,9	4 308,8	1 766,3	1 453,6	662,4	270,6	3 094,2	2 088,5	1 305,2	2 979,1	333,6	1 878,3	73,1	4 681,7	Dez.
															1952
979,9	2 234,0	4 531,7	1 756,9	1 484,5	676,1	271,5	3 031,6	2 071,2	1 301,2	3 105,4	370,1	1 961,6	74,8	4 389,6	Jan.
936,6	2 207,3	4 600,5	1 826,1	1 495,4	700,3	271,5	3 043,7	2 086,2	1 336,2	3 278,4	380,5	2 067,4	79,3	4 411,9	Febr.
894,2	2 349,8	4 744,0	1 891,2	1 527,6	728,5	273,1	3 131,2	2 130,6	1 376,1	3 355,6	384,8	2 189,3	83,3	4 595,4	März
725,5	2 435,1	4 919,1	1 975,5	1 571,4	763,6	294,8	3 205,7	2 149,6	1 419,4	3 550,8	390,6	2 222,6	79,2	4 112,6	April
635,1	2 488,0	5 037,9	2 298,0	1 595,0	782,0	295,4	3 208,7	2 167,2	1 467,5	.	404,5	2 205,1	74,1	3 966,2	Mai
631,3	2 526,6	5 137,9	2 430,8	1 618,6	804,8	303,7	3 323,6	2 176,9	1 579,9	.	412,6	2 192,8	74,5	4 322,6	Juni
599,1	2 566,0	5 275,1	2 549,0	1 665,5	815,8	303,7	3 464,4	2 215,9	1 823,0	4 021,9	413,8	2 247,5	75,7	4 060,4	Juli
587,6	2 609,3	5 412,1	2 695,9	1 674,4	830,1	303,8	3 631,2	2 241,0	1 869,4	4 219,1	426,2	2 311,8	70,2	3 998,3	Aug.
573,6 ¹⁶⁾	2 665,9	5 590,6	2 813,6	1 881,0 ¹⁶⁾	1 038,0 ¹⁶⁾	303,8	3 501,9 ¹⁶⁾	2 301,1	1 922,7	4 362,4	548,9	2 391,3	61,4	4 106,6	Sept.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter weniger als 2 Mill. RM betrug; 2. ab Oktober 1951 nur noch ländliche Kreditgenossenschaften (auch hier mit geringfügigen Ausnahmen), deren Bilanz-Bilanzsumme ist sehr gering. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten. Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berich- und getigter Ausgleichsforderungen. — ⁸⁾ Infolge Änderung der Erhebungsweise der monatlichen Bilanzstatistik fällt ab Januar 1952 der Bestand an schließlich Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des halten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ¹²⁾ Es handelt sich um Rückstellungen und Wertberichtigungen und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁴⁾ Einbezogen sind etwaige institute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse Ausgründungsbilanzen der Großbanken am 25. 9. 1952 hat Veränderungen verschiedener Zwischenbilanz-Positionen zur Folge gehabt: Stückzahl, Wert-

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 4)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BDL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-teili- insgesamt
			ins-gesamt 3)	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Hand-els-wechsel	Bank-akzепte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1952															
Alle Banken															
Mai	3 722	43 149,0	2 019,0	1 641,4	65,0	3 478,8	2 523,6	69,3	1,4	341,5	4 825,6	4 496,2	114,6	1 073,0	747,7
Juni	3 720	43 685,2	2 339,6	1 922,1	65,2	3 468,5	2 517,7	70,8	4,5	308,1	4 567,8	4 246,4	118,0	853,9	776,8
Juli	3 719	44 885,4	2 303,9	1 861,7	61,1	3 614,1	2 627,2	70,8	2,3	304,7	5 051,4	4 683,1	131,8	1 063,0	799,0
Aug.	3 720	46 103,8	2 266,5	1 885,8	59,3	3 838,5	2 825,7	116,3	2,0	313,9	5 125,6	4 759,1	131,5	1 146,0	821,3
Sept.	3 698 ⁹⁾	46 947,5	2 123,8	1 705,9	60,5	3 759,8	2 712,3	95,3	5,0	321,5	5 303,0	4 979,4	63,9 ⁹⁾	974,3	1 021,3 ⁹⁾
Kreditbanken +)															
Mai	330	15 154,0	975,2	850,3	27,9	844,9	834,9	56,0	1,1	218,1	2 841,9	2 688,1	60,8	235,5	353,8
Juni	331	15 194,6	1 083,8	943,6	27,6	895,9	882,0	60,9	3,0	197,5	2 709,6	2 537,0	78,3	112,5	360,3
Juli	331	15 850,0	1 087,5	926,4	27,1	1 026,8	1 005,7	60,6	1,8	199,7	3 085,8	2 894,4	91,7	227,0	364,1
Aug.	332	16 138,2	1 090,5	961,0	24,7	1 043,4	1 024,2	103,1	1,9	206,4	3 136,9	2 932,6	90,7	213,0	369,0
Sept.	310 ⁹⁾	16 276,2	851,9	710,0	25,7	977,1	969,4	90,5	3,7	207,4	3 187,8	3 017,1	24,6 ⁹⁾	136,8	557,8 ⁹⁾
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Mai	38	3 733,8	4,3	3,7	0,7	424,8	312,7	—	0,0	0,2	—	2,3	—	64,2	18,4
Juni	38	3 813,2	7,3	6,6	1,1	405,3	297,1	—	0,0	0,1	3,9	2,8	—	58,9	25,5
Juli	38	3 882,6	4,7	4,1	0,7	386,3	290,8	—	0,0	0,0	4,7	3,6	—	58,4	24,4
Aug.	38	3 971,8	5,6	5,0	0,8	377,4	295,1	—	0,0	0,1	4,2	3,1	—	63,0	28,7
Sept.	38	4 071,5	4,0	3,3	0,9	383,3	289,6	—	0,0	0,0	3,7	3,6	—	55,3	31,7
Girozentralen															
Mai	17	6 425,5	117,1	108,4	7,9	478,8	257,1	4,4	0,2	29,2	987,7	941,3	25,6	634,6	97,1
Juni	17	6 427,3	173,3	164,0	4,9	500,0	299,0	5,9	0,4	24,2	867,0	833,6	24,1	546,7	95,9
Juli	17	6 498,4	126,2	116,3	4,3	433,3	239,1	3,1	0,1	19,9	943,6	891,8	18,6	642,3	109,1
Aug.	17	6 774,1	112,7	103,9	4,7	479,0	286,1	3,1	0,1	22,0	934,6	901,5	14,0	720,1	110,0
Sept.	17	6 973,5	188,0	178,7	4,4	450,5	282,2	1,9	0,3	24,8	1 055,9	1 018,9	22,7	617,4	109,8
Sparkassen															
Mai	878	10 585,6	669,3	492,4	14,3	1 189,8	654,3	0,0	0,1	49,5	487,6	460,9	5,0	98,5	193,5
Juni	877	10 806,8	769,8	574,3	15,4	1 129,5	579,6	0,0	0,5	44,9	505,7	480,3	4,0	96,8	207,0
Juli	876	10 988,0	757,8	561,9	14,0	1 224,4	618,1	0,0	0,0	43,3	514,5	492,7	2,6	94,6	211,0
Aug.	876	11 289,2	746,3	571,4	14,4	1 351,2	706,5	—	0,1	42,4	536,3	512,3	3,4	110,9	215,9
Sept.	876	11 459,0	754,9	562,5	15,3	1 300,0	596,8	0,0	0,4	42,8	554,6	529,9	3,4	120,1	222,9
Zentralkassen °)															
Mai	29	962,2	55,3	50,9	2,5	27,4	26,3	0,0	0,0	12,1	142,2	107,3	9,5	—	10,3
Juni	28	972,9	71,6	67,0	2,1	30,2	29,3	0,0	0,1	12,4	126,8	90,4	8,2	—	10,2
Juli	28	1 009,7	70,6	65,5	2,1	33,0	32,1	0,0	0,0	13,2	150,7	110,1	11,4	—	9,4
Aug.	28	1 087,9	71,0	66,1	1,8	36,1	35,1	0,0	0,0	12,9	150,6	108,4	11,2	—	8,8
Sept.	28	1 145,6	71,7	66,5	1,7	52,1	50,1	0,1	0,0	14,6	152,6	116,0	10,3	—	9,3
Kreditgenossenschaften °)															
Mai	2 367	2 945,2	158,7	98,8	10,8	233,0	219,7	0,0	0,0	29,3	164,4	136,7	0,1	2,3	18,2
Juni	2 366	3 009,3	188,4	123,7	12,3	214,0	201,0	0,0	0,0	26,6	158,7	131,9	0,2	2,2	19,5
Juli	2 366	3 077,1	197,4	130,5	11,8	240,7	225,9	0,0	0,1	26,2	165,0	138,3	0,2	2,5	20,0
Aug.	2 366	3 143,9	190,8	131,3	11,6	256,8	243,2	0,0	0,0	27,9	173,3	146,9	0,1	2,3	20,4
Sept.	2 366	3 205,8	197,3	131,3	11,8	249,5	235,3	0,0	0,0	29,4	175,9	149,3	0,1	2,2	20,8
Sonstige Kreditinstitute															
Mai	36	461,6	16,3	15,1	0,4	56,4	53,3	4,2	0,0	0,9	33,1	32,6	0,2	8,3	12,1
Juni	36	459,3	16,3	15,0	0,4	54,2	49,7	3,1	0,0	1,2	37,7	35,9	1,5	8,6	13,4
Juli	36	511,4	22,2	20,9	0,5	53,7	49,1	2,8	0,0	1,2	39,1	36,5	2,1	9,7	14,3
Aug.	36	516,3	15,7	14,4	0,4	55,0	50,4	2,0	0,0	0,8	40,2	37,7	2,1	8,6	24,5
Sept.	36	521,5	16,8	15,5	0,4	60,7	56,1	1,8	—	0,7	43,6	42,6	—	7,2	24,2
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Mai	27	2 881,0	22,8	21,8	0,5	223,7	165,1	4,6	0,1	2,2	165,2	126,9	13,3	29,7	44,3
Juni	27	3 001,9	29,1	27,9	1,3	239,4	179,9	0,8	0,6	1,2	158,4	134,4	1,8	28,2	45,1
Juli	27	3 068,2	37,5	36,0	0,5	215,9	166,5	4,2	0,4	1,2	148,1	115,6	5,3	28,5	46,4
Aug.	27	3 182,4	33,9	32,6	0,9	239,5	185,1	8,0	0,0	1,3	149,6	116,7	10,1	28,1	43,8
Sept.	27	3 294,4	39,3	38,0	0,4	286,6	232,6	1,1	0,5	1,7	128,9	102,0	2,8	35,4	44,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als trale. Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets tender Kreditinstitute. — 2) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 3) Einschließlich mittel- und langfristige Guthaben. — 4) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsrechnung nur noch zum Quartalsultimo an. — 5) Kurz- und mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — halb des Landes. — 6) Die Aufstellung der Gründungsbilanzen der Großbanken am 25. 9. 1952 hat Veränderungen verschiedener Zwischenbilanz-Eigenkapital, eigene Akzепte im Umlauf. — 7) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken“, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva 8)	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wär- tiger Be- stand 5)	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁶⁾	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Alle Banken															1952
204,0	57,6	5 664,5	.	11 752,5	10 313,3	467,2	972,0	8 773,0	5 143,8	1 740,6	2 298,0	194,0	646,3	1 141,8	Mai
214,9	54,2	5 665,5	6 005,9	12 068,7	10 464,0	486,4	1 118,3	8 963,7	5 274,4	1 786,7	2 430,8	201,7	656,7	1 188,7	Juni
214,4	57,8	5 675,7	.	12 011,6	10 444,5	489,9	1 077,2	9 267,2	5 424,5	1 851,1	2 549,0	198,5	666,4	1 188,9	Juli
228,0	61,6	5 690,3	.	12 230,6	10 718,2	472,4	1 040,0	9 545,4	5 575,4	1 925,3	2 695,9	204,8	674,1	1 311,7	Aug.
231,7	60,4	5 661,8	6 009,4	12 694,2	11 073,3	529,3	1 091,6	9 856,1	5 747,9	1 987,3	2 813,6	214,5	732,8 ⁹⁾	1 249,6 ⁹⁾	Sept.
Kreditbanken +)															
57,2	12,0	1 411,4	.	6 202,9	5 931,2	86,9	184,8	1 165,1	391,1	30,6	171,9	102,5	252,3	281,5	Mai
55,8	10,9	1 411,6	1 452,0	6 261,0	5 972,0	82,3	206,7	1 192,0	389,7	34,8	180,6	107,6	254,2	325,6	Juni
52,8	11,5	1 411,8	.	6 204,5	5 913,2	83,3	208,0	1 230,5	398,5	40,2	191,0	109,5	256,7	354,1	Juli
56,2	17,9	1 415,3	.	6 284,2	5 989,9	83,2	211,1	1 248,3	407,6	39,8	187,1	110,1	259,9	426,5	Aug.
53,4	16,9	1 388,7	1 464,0	6 549,4	6 250,8	81,8	216,8	1 298,4	419,7	42,1	194,7	120,7	308,7 ⁹⁾	360,0 ⁹⁾	Sept.
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
15,6	23,6	303,4	.	57,7	23,1	12,6	22,0	2 520,3	2 072,9	291,3	242,3	2,8	25,9	41,8	Mai
19,9	24,5	303,9	423,5	72,4	22,2	15,3	34,9	2 576,3	2 121,4	300,5	257,1	2,8	26,1	48,0	Juni
22,0	27,1	302,8	.	71,8	22,3	13,4	36,1	2 662,4	2 192,3	311,2	263,9	2,8	26,7	45,9	Juli
26,2	25,7	303,2	.	66,8	22,2	8,8	35,8	2 736,1	2 249,8	325,8	280,2	2,9	27,2	49,9	Aug.
27,8	26,8	300,5	417,8	69,5	22,7	11,0	35,8	2 823,1	2 326,8	335,1	288,4	2,9	26,8	54,6	Sept.
Girozentralen															
57,8	16,8	222,1	.	1 073,4	603,5	207,4	262,5	1 672,9	483,2	948,7	863,9	8,6	25,5	185,3	Mai
59,9	15,3	221,3	239,1	1 157,4	612,5	213,0	331,9	1 701,8	527,1	966,8	894,5	10,1	25,8	182,8	Juni
57,6	15,5	222,9	.	1 090,3	594,4	211,4	284,5	1 773,2	542,4	1 037,0	934,6	10,2	26,0	143,8	Juli
58,9	14,2	223,3	.	1 093,2	611,9	205,0	276,3	1 846,0	561,0	1 055,4	1 012,8	10,2	26,4	161,7	Aug.
58,2	12,7	223,8	239,2	1 119,5	599,5	234,9	285,1	1 907,3	582,8	1 088,6	1 050,5	10,2	27,2	169,3	Sept.
Sparkassen															
43,8	—	2 640,7	.	2 203,7	2 098,5	81,7	23,5	2 143,6	1 546,6	289,3	319,8	22,9	229,1	323,2	Mai
48,0	—	2 640,7	2 768,0	2 276,9	2 162,4	91,9	22,6	2 203,7	1 581,6	303,7	331,2	23,2	234,6	326,9	Juni
49,7	—	2 650,1	.	2 283,1	2 166,3	95,6	21,2	2 263,3	1 621,1	311,7	344,6	23,4	238,2	325,7	Juli
51,9	—	2 658,1	.	2 328,4	2 212,7	93,4	22,3	2 337,4	1 670,6	323,2	357,4	25,3	239,9	325,2	Aug.
56,4	—	2 657,2	2 764,2	2 403,0	2 278,9	103,0	21,1	2 416,7	1 716,0	343,0	368,7	23,6	247,4	331,4	Sept.
Zentralkassen °)															
0,5	—	59,1	.	445,2	163,5	0,3	281,4	112,5	32,8	1,0	3,6	5,9	16,4	69,7	Mai
0,6	—	59,1	57,5	454,3	155,1	0,8	298,4	117,4	35,5	1,1	5,3	5,8	17,0	60,6	Juni
0,7	—	62,4	.	459,9	169,1	1,6	289,2	122,4	37,5	1,1	5,4	5,9	16,9	57,8	Juli
0,5	—	62,7	.	525,4	248,7	2,1	274,6	127,6	38,7	1,2	5,6	5,9	17,1	62,4	Aug.
0,8	—	62,7	57,6	554,4	269,7	2,7	282,0	131,3	40,2	1,3	5,7	6,0	17,2	66,2	Sept.
Kreditgenossenschaften °)															
3,0	—	736,9	.	1 185,6	1 175,2	3,2	7,2	134,7	44,1	4,6	78,6	19,5	80,5	92,7	Mai
4,0	—	736,1	762,5	1 230,8	1 219,6	3,4	7,8	139,2	46,0	4,7	82,1	19,7	82,2	97,5	Juni
4,2	—	733,8	.	1 247,5	1 236,9	3,4	7,2	143,8	47,1	4,8	85,9	19,9	84,3	98,2	Juli
4,4	—	734,5	.	1 276,1	1 265,5	3,5	7,1	149,2	49,2	5,0	88,8	22,8	86,0	103,4	Aug.
4,6	—	735,2	763,1	1 313,7	1 302,5	3,4	7,8	155,7	51,2	5,2	92,5	23,2	87,9	110,7	Sept.
Sonstige Kreditinstitute															
1,5	—	29,0	.	212,6	176,8	0,1	35,7	34,0	7,4	0,0	2,9	21,3	6,0	24,1	Mai
1,5	—	29,1	31,6	209,7	174,2	0,1	35,4	34,9	7,5	—	3,0	21,3	6,0	20,4	Juni
1,5	—	28,2	.	226,2	188,4	0,1	37,7	50,1	7,5	—	3,6	15,6	6,6	37,6	Juli
6,7	—	29,4	.	228,6	191,3	0,2	37,1	51,4	7,5	—	3,8	16,3	6,6	33,0	Aug.
6,6	—	29,4	31,9	224,9	187,0	0,8	37,1	52,2	7,9	—	3,8	16,6	6,6	32,6	Sept.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
24,6	5,2	261,8	.	371,3	141,6	75,0	154,7	989,8	565,7	175,1	614,9	10,6	10,7	123,6	Mai
25,2	3,6	263,7	271,7	406,3	146,0	79,6	180,7	998,4	565,7	175,0	677,1	11,0	10,8	126,9	Juni
25,9	3,7	263,8	.	428,4	153,9	81,1	193,4	1 021,6	578,0	175,1	719,9	11,2	10,9	126,0	Juli
23,2	3,8	264,0	.	428,0	176,0	76,3	175,7	1 049,4	591,0	175,0	760,3	11,2	11,0	149,6	Aug.
23,7	3,9	264,3	271,5	459,6	162,3	91,5	205,8	1 071,3	603,3	172,0	809,4	11,3	11,2	124,9	Sept.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postcheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mill. RM betrug. — °) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zen-
nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berich-
tetigter Ausgleichsforderungen. — °) Infolge Änderung der Erhebungsweise der monatlichen Bilanzstatistik fällt ab Januar 1952 der Bestand an
8) Einschließlich Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außer-
Positionen zur Folge gehabt: Stückzahl, Wertpapiere sowie Grundstücke und Gebäude durch Neubewertung, sonstige Aktiva und Passiva, Bankakzepte,
und „Privatbankiers“ umseitig. — °) Aufgliederung umseitig.

Aktiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 4)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili- ins-gesamt
			ins-gesamt 3)	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	darunter			
												Hand-els-wechsel	Bank-akzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken															
1952															
Mai	30	8 127,9	497,6	435,1	14,2	404,5	401,1	33,5	0,7	148,6	1 765,6	1 687,6	33,7	159,7	115,6
Juni	30	8 172,8	631,9	557,6	11,9	428,3	419,5	32,8	2,4	133,5	1 701,2	1 596,9	60,2	62,8	119,8
Juli	30	8 563,2	584,2	495,6	11,2	485,3	481,8	32,8	1,1	145,9	1 976,5	1 863,9	63,7	157,5	122,2
Aug.	30	8 797,0	670,2	604,1	11,7	462,1	454,9	66,9	0,9	149,1	1 982,6	1 852,7	69,1	145,9	123,4
Sept.	9 ^{b)}	8 725,2	458,5	385,3	12,0	417,9	415,5	62,1	1,7	140,6	2 013,3	1 916,7	4,0 ^{b)}	64,2	309,0 ^{b)}
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
Mai	82	5 350,2	376,3	325,4	11,0	336,6	332,1	11,3	0,3	55,9	781,9	718,6	24,1	71,5	163,1
Juni	83	5 356,8	343,5	289,9	13,3	361,9	358,9	11,2	0,5	50,3	743,4	688,6	14,8	46,8	164,4
Juli	83	5 547,6	382,6	323,8	13,6	398,1	382,5	11,6	0,5	42,5	830,1	763,8	25,1	64,4	166,6
Aug.	84	5 600,6	313,9	262,5	10,5	441,5	431,6	17,7	0,9	45,0	855,6	792,5	20,0	61,9	165,6
Sept.	84	5 750,7	294,8	238,6	11,2	425,6	422,6	13,6	1,9	52,7	864,6	804,1	17,9	68,6	166,1
Privatbankiers															
Mai	218	1 675,9	101,3	89,8	2,7	103,8	101,7	11,2	0,1	13,6	294,4	281,9	3,0	4,3	75,1
Juni	218	1 665,0	108,4	96,1	2,5	105,7	103,6	16,9	0,1	13,7	265,0	251,5	3,3	2,9	76,1
Juli	218	1 739,2	120,7	107,0	2,3	143,4	141,4	16,2	0,2	11,3	279,2	266,7	2,9	5,1	75,3
Aug.	218	1 740,6	106,4	94,4	2,5	139,8	137,7	18,5	0,1	12,3	298,7	287,4	1,6	5,2	80,0
Sept.	217	1 800,3	98,6	86,1	2,5	133,6	131,3	14,8	0,1	14,1	309,9	296,3	2,7	4,0	82,7
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
Mai	10	296,8	3,3	2,7	1,3	19,0	17,9	0,0	0,0	8,6	69,7	38,3	6,6	—	3,5
Juni	9	295,6	7,6	7,0	0,8	19,3	18,4	0,0	0,1	8,7	60,6	26,3	6,6	—	3,5
Juli	9	304,1	7,8	7,0	0,7	22,8	21,9	0,0	0,0	9,6	69,2	31,8	8,7	—	3,5
Aug.	9	315,3	5,3	4,7	0,7	24,8	23,8	0,0	0,0	9,1	78,2	38,7	9,0	—	3,4
Sept.	9	323,7	6,2	5,7	0,6	21,2	19,2	0,1	0,0	11,0	71,7	37,8	8,2	—	3,8
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
Mai	738	1 831,5	114,8	77,3	6,3	137,7	124,4	0,0	0,0	19,5	132,3	107,7	0,0	2,3	13,9
Juni	737	1 873,9	137,1	97,7	7,7	124,0	111,0	0,0	0,0	17,8	126,5	102,8	0,1	2,2	14,8
Juli	737	1 917,4	145,1	104,5	7,0	140,5	125,7	0,0	0,1	17,6	131,2	108,1	0,1	2,5	15,1
Aug.	737	1 954,7	141,0	105,6	6,7	143,9	130,3	0,0	0,0	19,4	138,1	115,0	—	2,3	15,4
Sept.	737	1 990,5	143,0	104,3	6,6	132,9	118,7	0,0	0,0	20,1	139,0	115,8	0,0	2,2	15,6
Ländliche Zentralkassen															
Mai	19	665,4	52,0	48,2	1,2	8,4	8,4	—	—	3,5	72,5	69,0	2,9	—	6,8
Juni	19	677,3	64,0	60,0	1,3	10,9	10,9	0,0	0,0	3,7	66,2	64,1	1,6	—	6,7
Juli	19	705,6	62,8	58,5	1,4	10,2	10,2	—	0,0	3,6	81,5	78,3	2,7	—	5,9
Aug.	19	772,6	65,7	61,4	1,1	11,3	11,3	—	0,0	3,8	72,4	69,7	2,2	—	5,4
Sept.	19	821,9	65,5	60,8	1,1	30,9	30,9	—	0,0	3,6	81,0	78,3	2,1	—	5,5
Ländliche Kreditgenossenschaften ¹⁰⁾															
Mai	1 629	1 113,7	43,9	21,5	4,5	95,3	95,3	—	—	9,8	32,1	29,0	0,1	—	4,3
Juni	1 629	1 135,4	51,3	26,0	4,6	90,0	90,0	—	—	8,8	32,2	29,1	0,1	—	4,7
Juli	1 629	1 159,7	52,3	26,0	4,8	100,2	100,2	—	—	8,6	33,8	30,2	0,1	—	4,9
Aug.	1 629	1 189,2	49,8	25,7	4,9	112,9	112,9	—	—	8,5	35,2	31,9	0,1	—	5,0
Sept.	1 629	1 215,3	54,3	27,0	5,2	116,6	116,6	—	—	9,3	36,9	33,5	0,1	—	5,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — forderungen. — ^{b)} Infolge Änderung der Erhebungsweise der monatlichen Bilanzstatistik fällt ab Januar 1952 der Bestand an Ausgleichsforderungen entwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — habt: Stückzahl, Wertpapiere sowie Grundstücke und Gebäude durch Neubewertung, sonstige Aktiva und Passiva, Bankakzepten, Eigenkapital, eigene Ak- 42 vH der Einlagen und etwa 40 vH der Kredite nicht erfaßt.

Banken
Bankengruppen
einzelner Bankengruppen

V. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁵⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁶⁾	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder		18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken															
6,2	—	799,4	.	3 419,6	3 287,5	22,7	109,4	426,8	16,2	0,8	70,7	30,0	114,3	127,1	Mai
5,6	—	802,4	804,4	3 431,1	3 288,0	20,0	123,1	439,5	3,3	4,3	72,4	31,7	114,7	156,4	Juni
5,6	—	802,1	.	3 370,6	3 225,2	21,3	124,1	461,3	2,8	5,3	74,7	32,7	115,8	189,3	Juli
5,4	—	805,0	.	3 435,4	3 284,2	22,6	128,6	463,4	2,9	4,4	78,6	32,8	116,4	252,6	Aug.
6,6	—	778,3	815,8	3 515,1	3 361,1	20,7	133,3	485,6	3,0	6,0	81,0	41,6	160,2 ⁹⁾	184,1 ⁹⁾	Sept.
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
49,6	12,0	539,8	.	1 993,0	1 869,1	63,7	60,2	667,5	363,7	27,9	48,8	44,8	112,3	124,1	Mai
47,9	10,9	537,0	573,2	2 046,8	1 918,6	61,7	66,5	680,2	374,8	28,6	50,5	45,6	113,5	137,0	Juni
45,0	11,5	537,2	.	2 048,2	1 916,8	61,5	69,9	693,2	384,3	33,0	53,2	46,5	115,4	132,4	Juli
46,3	17,9	537,6	.	2 064,0	1 936,7	60,1	67,2	707,4	393,2	33,5	55,2	47,3	117,3	141,3	Aug.
42,6	16,9	537,7	573,3	2 194,0	2 066,3	60,6	67,1	733,1	404,6	34,2	58,5	48,5	122,2	140,7	Sept.
Privatbankiers															
1,4	—	72,2	.	790,3	774,6	0,5	15,2	70,8	11,2	1,9	52,4	27,7	25,7	30,3	Mai
2,3	—	72,1	74,3	783,1	765,4	0,6	17,1	72,3	11,6	1,9	57,7	30,3	26,0	32,2	Juni
2,2	—	72,5	.	785,7	771,2	0,5	14,0	76,0	11,4	1,9	63,1	30,3	25,5	32,4	Juli
4,5	—	72,7	.	784,8	769,0	0,5	15,3	77,5	11,5	1,9	53,3	30,0	26,2	32,6	Aug.
4,2	—	72,7	74,9	840,3	823,4	0,5	16,4	79,7	12,1	1,9	55,2	30,6	26,3	35,2	Sept.
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
0,2	—	7,9	.	101,5	10,9	—	90,6	37,7	5,8	0,4	2,1	1,9	1,9	38,4	Mai
0,3	—	7,9	7,9	115,1	11,7	—	103,4	38,4	5,9	0,5	2,2	1,9	2,4	27,1	Juni
0,4	—	7,9	.	104,6	11,1	—	93,5	39,7	5,9	0,5	2,3	1,9	2,4	31,7	Juli
0,2	—	7,9	.	103,9	14,0	—	89,9	41,3	6,0	0,5	2,5	2,0	2,4	33,8	Aug.
0,5	—	7,9	7,9	117,6	14,8	—	102,8	42,3	6,3	0,5	2,6	2,0	2,3	34,4	Sept.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
1,7	—	373,1	.	782,0	771,9	3,2	6,9	78,0	44,1	4,6	58,6	8,2	48,9	55,9	Mai
2,3	—	371,9	384,9	811,2	800,4	3,4	7,4	80,5	46,0	4,7	61,3	8,2	49,9	60,8	Juni
2,3	—	371,3	.	819,4	809,0	3,4	7,0	82,8	47,1	4,8	64,1	8,3	51,2	61,2	Juli
2,5	—	371,7	.	841,2	830,8	3,5	6,9	86,4	49,2	5,0	66,0	8,5	52,4	61,7	Aug.
2,4	—	371,9	384,9	872,1	861,2	3,4	7,5	90,2	51,2	5,2	68,5	8,5	53,7	66,2	Sept.
Ländliche Zentralkassen															
0,3	—	51,2	.	343,7	152,6	0,3	190,8	74,8	27,0	0,6	1,5	4,0	14,5	31,3	Mai
0,3	—	51,2	49,6	339,2	143,4	0,8	195,0	79,0	29,6	0,6	3,1	3,9	14,6	33,5	Juni
0,3	—	54,5	.	355,3	158,0	1,6	195,7	82,7	31,6	0,6	3,1	4,0	14,5	26,1	Juli
0,3	—	54,8	.	421,5	234,7	2,1	184,7	86,3	32,7	0,7	3,1	3,9	14,7	28,6	Aug.
0,3	—	54,8	49,7	436,8	254,9	2,7	179,2	89,0	33,9	0,8	3,1	4,0	14,8	31,8	Sept.
Ländliche Kreditgenossenschaften ¹⁰⁾															
1,3	—	363,8	.	403,6	403,3	—	0,3	56,7	—	—	20,0	11,3	31,6	36,8	Mai
1,7	—	364,2	377,6	419,6	419,2	—	0,4	58,7	—	—	20,8	11,5	32,3	36,7	Juni
1,9	—	362,5	.	428,1	427,9	—	0,2	61,0	—	—	21,8	11,6	33,1	37,0	Juli
1,9	—	362,8	.	434,9	434,7	—	0,2	62,8	—	—	22,8	14,3	33,6	41,7	Aug.
2,2	—	363,3	378,2	441,6	441,3	—	0,3	65,5	—	—	24,0	14,7	34,2	44,5	Sept.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige ³⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁴⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁵⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichs- lt. Umstellungsrechnung nur noch zum Quartalsultimo an. — ⁷⁾ Kurz- und mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — ⁸⁾ Einschließlich Kapital- ⁹⁾ Die Aufstellung der Ausgründungsbilanzen der Großbanken am 25. 9. 1952 hat Veränderungen verschiedener Zwischenbilanz-Positionen zur Folge ge- zepte im Umlauf. — ¹⁰⁾ Erfasst sind 1629 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossenschaften (Stand 31. 12. 1950). Volumenmäßig sind etwa

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto 3))							aufgenommene Gelder 4)			
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 5)
						insgesamt	darunter Anlagekonto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Alle Banken													
Mai	3 722	43 149,0	25 966,2	22 435,7	16 825,4	12 659,7	250,7	4 165,7	5 610,3	3 530,5	1 920,1	528,2	2,8
Juni	3 720	43 685,2	25 935,3	22 459,1	16 718,5	12 498,7	.	4 219,8	5 740,6	3 476,2	2 081,1	535,4	3,0
Juli	3 719	44 885,4	26 738,5	23 042,4	17 175,8	12 987,5	.	4 188,3	5 806,6	3 696,1	2 027,8	560,0	3,9
Aug.	3 720	46 103,8	27 503,9	23 660,6	17 652,1	13 356,6	243,1	4 255,5	6 008,5	3 843,3	1 989,4	550,4	9,1
Sept.	3 698 ⁶⁾	46 947,5	27 812,6	24 041,4	17 872,1	13 386,3	.	4 485,8	6 169,3	3 771,2	2 102,3	579,3	11,9
Kreditbanken +)													
Mai	330	15 154,0	11 144,7	9 681,0	8 889,1	7 652,5	27,0	1 236,6	791,9	1 463,7	594,3	82,3	2,7
Juni	331	15 194,6	11 078,7	9 570,7	8 753,2	7 466,5	.	1 286,7	817,5	1 508,0	608,0	87,7	2,7
Juli	331	15 850,0	11 625,3	10 020,1	9 192,7	7 825,9	.	1 366,8	827,4	1 605,7	592,5	91,2	3,4
Aug.	332	16 138,2	11 870,9	10 234,8	9 391,2	8 034,0	23,6	1 357,2	843,6	1 636,1	613,7	90,7	8,6
Sept.	310 ⁶⁾	16 276,2	11 932,3	10 331,8	9 465,5	8 085,2	.	1 380,3	866,3	1 600,5	625,2	89,0	11,4
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
Mai	38	3 733,8	70,7	33,6	33,1	9,0	0,0	24,1	0,5	37,1	85,9	12,3	—
Juni	38	3 813,2	64,3	30,6	30,2	10,1	.	20,1	0,4	33,7	88,9	12,3	—
Juli	38	3 882,6	59,2	27,8	27,3	9,5	.	17,8	0,5	31,4	90,4	13,6	—
Aug.	38	3 971,8	58,2	28,0	27,5	11,2	0,0	16,3	0,5	30,2	87,9	12,9	—
Sept.	38	4 071,5	55,4	29,3	28,8	12,4	.	16,4	0,5	26,1	86,0	10,9	—
Girozentralen													
Mai	17	6 425,5	3 017,5	1 587,3	1 576,5	487,5	3,2	1 089,0	10,8	1 430,2	446,3	232,8	0,1
Juni	17	6 427,3	2 937,2	1 574,3	1 563,3	481,9	.	1 081,4	11,0	1 362,9	478,3	237,7	0,3
Juli	17	6 498,4	2 948,6	1 531,5	1 520,3	473,1	.	1 047,2	11,2	1 417,1	484,2	257,0	0,6
Aug.	17	6 774,1	3 099,5	1 567,8	1 556,2	511,1	2,9	1 045,1	11,6	1 531,7	491,6	248,0	0,5
Sept.	17	6 973,5	3 191,6	1 739,2	1 727,4	500,3	.	1 227,1	11,8	1 452,4	513,6	279,5	0,5
Sparkassen													
Mai	878	10 585,6	8 597,0	8 479,4	4 588,2	2 918,9	166,5	1 669,3	3 891,2	117,6	226,2	62,3	—
Juni	877	10 806,8	8 718,3	8 600,7	4 622,4	2 948,2	.	1 674,2	3 978,3	117,6	258,6	63,4	—
Juli	876	10 988,0	8 843,6	8 714,7	4 639,2	3 029,0	.	1 610,2	4 075,5	128,9	232,5	63,6	—
Aug.	876	11 289,2	9 143,4	8 991,5	4 814,0	3 102,9	163,1	1 711,7	4 176,9	151,9	194,6	62,6	—
Sept.	876	11 459,0	9 236,5	9 086,9	4 800,4	3 099,5	.	1 700,9	4 286,5	149,6	227,5	62,9	—
Zentralkassen 6)													
Mai	29	962,2	517,3	160,2	145,5	120,3	1,8	25,2	14,7	357,1	115,8	17,2	—
Juni	28	972,9	509,4	165,8	151,2	125,7	.	25,5	14,6	343,6	154,8	18,8	—
Juli	28	1 009,7	538,2	164,9	150,2	123,4	.	26,8	14,7	373,3	149,7	20,7	—
Aug.	28	1 087,9	573,0	166,3	151,4	124,5	1,8	26,9	14,9	406,7	133,4	20,0	—
Sept.	28	1 145,6	583,1	168,8	153,5	127,3	.	26,2	15,3	414,3	156,8	20,2	—
Kreditgenossenschaften 6)													
Mai	2 367	2 945,2	2 171,1	2 150,0	1 253,4	1 201,0	50,2	52,4	896,6	21,1	231,4	17,8	—
Juni	2 366	3 009,3	2 191,7	2 171,3	1 257,5	1 206,1	.	51,4	913,8	20,4	255,4	17,7	—
Juli	2 366	3 077,1	2 252,7	2 231,1	1 298,1	1 246,1	.	52,0	933,0	21,6	230,0	17,6	—
Aug.	2 366	3 143,9	2 318,1	2 294,7	1 377,7	1 280,2	49,8	57,5	957,0	23,4	220,9	18,9	—
Sept.	2 366	3 205,8	2 355,5	2 331,1	1 346,1	1 291,4	.	54,2	985,0	24,4	232,6	19,1	—
Sonstige Kreditinstitute													
Mai	36	461,6	156,9	149,3	145,0	143,3	1,3	1,7	4,3	7,6	42,0	8,3	—
Juni	36	459,3	153,0	143,5	139,2	137,5	.	1,7	-4,3	9,5	46,7	7,6	—
Juli	36	511,4	173,2	153,0	149,3	147,6	.	1,7	3,7	20,2	51,2	7,8	—
Aug.	36	516,3	162,6	152,2	148,7	147,0	1,4	1,7	3,5	10,4	49,1	4,8	—
Sept.	36	521,5	164,8	151,3	147,8	145,1	.	2,7	3,5	13,5	55,7	4,0	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Mai	27	2 881,0	291,0	195,0	194,6	127,1	0,6	67,5	0,4	96,0	178,3	95,3	—
Juni	27	3 001,9	282,7	202,1	201,5	122,7	.	78,8	0,6	80,6	190,5	90,3	—
Juli	27	3 068,2	297,2	199,3	198,7	132,9	.	65,8	0,6	97,9	197,2	88,6	—
Aug.	27	3 182,4	278,3	225,4	224,9	145,6	0,5	79,3	0,5	52,9	198,2	92,5	—
Sept.	27	3 294,4	293,4	202,9	202,5	124,5	.	78,0	0,4	90,5	204,8	93,8	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Institute stets nur Kreditinstitute. — 2) Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit ent- die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 3) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückden „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 4) Die Aufstellung der Ausgründungsbilanzen der Großbanken am durch Neubewertung, sonstige Aktiva und Passiva, Bankakzepte, Eigenkapital, eigene Akzepte im Umlauf. — 5) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

V. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverschreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁷⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z.T. Sp. 33) ⁸⁾ ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentl.-rechtl. Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948	darunt. Eigenkapital von neu gegründeten Instituten ⁹⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Alle Banken															
635,1	2 488,0	5 037,9	2 298,0	1 595,0	782,0	295,4	3 208,7	2 167,2	1 467,5	.	404,5	2 205,1	74,1	3 966,2	Mai
631,3	2 526,6	5 137,9	2 430,8	1 618,6	804,8	303,7	3 323,6	2 176,9	1 579,9	.	412,6	2 192,8	74,5	4 322,6	Juni
599,1	2 566,0	5 275,1	2 549,0	1 665,5	815,8	303,7	3 464,4	2 215,9	1 823,0	4 021,9	413,8	2 247,5	75,7	4 060,4	Juli
587,6	2 609,3	5 412,1	2 695,9	1 674,4	830,1	303,8	3 631,2	2 241,0	1 869,4	4 219,1	426,2	2 311,8	70,2	3 998,3	Aug.
573,6 ⁹⁾	2 665,9	5 596,6	2 813,6	1 881,0 ⁹⁾	1 038,0 ⁹⁾	303,8	3 501,9 ⁹⁾	2 301,1	1 922,7	4 362,4	548,9	2 391,3	61,4	4 106,6	Sept.
Kreditbanken +)															
465,8	307,2	778,3	171,9	377,0	159,7	19,4	1 314,8	557,9	232,8	163,2	88,7	1 468,0	9,3	1 874,4	Mai
488,2	309,2	795,9	180,6	382,7	164,1	19,4	1 351,3	566,5	262,4	161,9	85,6	1 472,3	9,5	2 064,8	Juni
455,3	315,3	819,1	191,0	384,5	164,5	19,4	1 466,5	574,2	309,8	136,3	92,4	1 511,6	8,9	1 837,7	Juli
401,9	324,4	830,5	187,1	385,6	165,2	19,4	1 524,1	574,7	315,4	138,3	90,7	1 549,0	6,8	1 857,5	Aug.
367,0 ⁹⁾	336,1	847,5	194,7	568,6 ⁹⁾	348,3 ⁹⁾	19,4	1 404,8 ⁹⁾	587,5	321,8	134,6	95,5	1 588,7	6,7	1 792,8	Sept.
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
—	1 164,5	1 449,9	242,3	245,7	136,1	7,2	474,8	357,5	167,0	1 158,6	37,6	5,4	—	2,5	Mai
—	1 190,6	1 475,9	257,1	250,5	140,8	8,8	485,9	358,4	173,1	1 183,9	40,3	5,6	—	0,8	Juni
—	1 215,8	1 518,4	263,9	257,4	146,9	8,8	477,5	363,4	163,1	1 236,3	42,5	6,0	—	—	Juli
—	1 244,0	1 558,0	280,2	257,7	150,8	8,8	485,8	365,7	164,7	1 284,9	45,3	6,1	—	0,1	Aug.
—	1 278,7	1 590,7	288,4	278,6	171,8	8,8	493,7	370,1	167,2	1 316,1	46,2	6,1	—	0,1	Sept.
Girozentralen															
5,7	640,3	1 051,4	863,9	99,3	57,1	—	301,1	580,7	303,2	1 212,9	75,6	147,7	0,3	171,7	Mai
4,3	646,5	1 054,3	894,5	99,3	57,1	—	312,9	578,5	307,3	1 254,6	76,1	145,6	0,4	242,5	Juni
2,1	653,5	1 084,8	934,6	99,3	57,1	—	291,3	600,1	322,7	1 308,6	68,8	144,7	0,4	174,8	Juli
2,4	657,4	1 114,7	1 012,8	99,2	57,1	—	296,5	610,9	328,6	1 391,9	68,7	145,2	0,3	153,0	Aug.
4,1	664,6	1 148,6	1 050,5	99,3	57,1	—	301,2	640,8	350,2	1 439,8	68,8	159,1	0,2	146,2	Sept.
Sparkassen															
12,5	—	588,7	319,8	242,3	12,0	—	599,1	8,5	486,5	470,3	26,8	89,6	3,2	148,7	Mai
9,8	—	604,7	331,2	242,8	12,6	—	641,4	8,9	531,7	451,0	27,4	95,1	2,4	153,1	Juni
9,2	—	622,7	344,6	243,8	13,3	—	691,6	8,7	688,0	332,4	24,6	96,1	2,5	164,9	Juli
12,8	—	639,9	357,4	244,3	14,5	—	696,8	9,2	706,8	339,7	24,6	101,2	2,6	155,4	Aug.
12,5	—	651,6	368,7	243,5	14,5	—	718,7	8,8	716,8	351,8	26,7	103,1	2,2	151,0	Sept.
Zentralkassen ⁹⁾															
67,8	0,5	104,5	3,6	61,2	44,8	—	91,5	8,3	102,8	9,2	5,9	135,9	8,5	264,8	Mai
55,7	0,5	107,1	5,3	61,5	45,2	—	78,6	8,2	108,1	9,5	6,6	132,5	7,9	296,7	Juni
57,7	0,5	111,9	5,4	62,2	46,0	—	84,1	8,2	114,4	9,3	6,8	131,9	8,1	280,5	Juli
102,2	0,5	117,9	5,6	67,9	51,6	—	87,4	8,2	119,6	9,4	7,1	140,6	8,1	263,0	Aug.
121,2	0,5	121,6	5,7	67,8	51,5	—	88,9	8,4	122,7	9,2	7,7	140,5	7,6	251,1	Sept.
Kreditgenossenschaften ⁹⁾															
42,0	1,2	70,2	78,6	195,5	101,0	0,9	155,2	5,4	53,5	51,1	12,3	77,3	42,7	214,0	Mai
41,4	1,2	72,7	82,1	199,1	104,6	0,9	165,7	5,4	71,9	37,6	11,5	77,6	42,6	225,8	Juni
40,8	1,2	75,5	85,9	202,2	107,5	0,9	188,8	5,0	95,8	16,9	13,2	80,0	41,6	232,6	Juli
39,2	1,3	78,9	88,8	205,2	110,2	1,0	191,5	5,0	101,6	16,5	12,3	80,1	38,9	222,3	Aug.
37,5	1,4	82,0	92,5	209,8	114,3	1,0	194,5	4,9	105,9	16,4	12,5	79,7	32,0	232,8	Sept.
Sonstige Kreditinstitute															
36,4	0,1	49,2	2,9	88,7	55,6	52,2	85,4	5,0	26,5	24,6	4,5	54,3	10,0	104,4	Mai
29,0	0,0	50,0	3,0	91,0	57,9	52,3	86,6	5,0	27,2	24,9	3,7	54,4	11,9	100,7	Juni
29,1	0,1	50,1	3,6	124,4	58,0	52,3	79,7	5,0	27,8	24,8	4,1	60,5	14,3	101,6	Juli
24,5	0,0	64,4	3,8	122,8	58,0	52,3	89,1	5,0	29,2	34,8	4,1	61,2	13,4	105,0	Aug.
24,5	0,0	67,1	3,8	121,9	58,1	52,3	83,7	5,0	28,5	37,4	4,1	61,0	12,7	109,3	Sept.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
5,0	374,3	945,6	614,9	285,3	215,7	215,7	186,6	644,0	95,3	.	153,1	226,8	0,0	1 185,7	Mai
2,9	378,6	977,2	677,1	291,6	222,5	222,3	201,3	646,1	98,3	.	161,1	209,7	0,0	1 238,2	Juni
4,8	379,6	992,6	719,9	291,7	222,5	222,3	185,2	651,5	101,7	957,1	161,3	216,6	0,0	1 268,4	Juli
4,6	381,6	1 007,7	760,3	291,7	222,5	222,3	260,0	662,2	103,5	1 003,6	173,4	228,5	0,0	1 241,9	Aug.
6,9	384,6	1 087,4	809,4	291,5	222,3	222,3	216,4	675,5	109,5	1 057,2	287,6	253,0	0,0	1 423,3	Sept.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender halten. — ⁴⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁶⁾ Es handelt sich um Institute, stellungen und Wertberichtigungen⁷⁾ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁸⁾ Einbezogen sind etwaige in 25. 9. 1952 hat Veränderungen verschiedener Zwischenbilanz-Positionen zur Folge gehabt: Stückzahl, Wertpapiere sowie Grundstücke und Gebäude der früheren Großbanken, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — ⁹⁾ Aufgliederung umseitig.

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 3)							aufgenommene Gelder 4)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 5)
						insgesamt	darunter Anlagekonto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Kreditbanken, Aufgliederung:													
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken													
1952													
Mai	30	8 127,9	6 384,9	5 592,4	5 171,6	4 833,2	7,7	338,4	420,8	792,5	320,7	11,3	1,2
Juni	30	8 172,8	6 336,0	5 471,8	5 033,9	4 680,1	.	353,8	437,9	864,2	307,1	11,0	1,2
Juli	30	8 563,2	6 604,5	5 741,4	5 299,4	4 924,9	.	374,5	442,0	923,1	288,0	10,5	1,6
Aug.	30	8 797,0	6 839,3	5 903,8	5 453,8	5 056,0	6,7	397,8	450,0	935,5	320,4	11,3	6,3
Sept.	9 ⁹⁾	8 725,2	6 770,1	5 901,6	5 443,3	5 032,9	.	410,4	458,3	868,5	316,9	9,8	7,3
Staats-, Regional- und Lokalbanken													
Mai	82	5 350,2	3 709,9	3 168,2	2 858,9	1 982,3	13,6	876,6	309,3	541,7	150,6	62,6	—
Juni	83	5 356,8	3 680,3	3 171,9	2 855,5	1 945,7	.	909,8	316,4	508,4	181,4	68,0	—
Juli	83	5 547,6	3 859,0	3 317,8	2 996,4	2 029,7	.	966,7	321,4	541,2	179,0	72,2	—
Aug.	84	5 600,6	3 913,4	3 350,2	3 021,5	2 086,8	13,5	934,7	328,7	563,2	167,7	70,4	—
Sept.	84	5 750,7	4 008,6	3 432,9	3 091,4	2 147,6	.	943,8	341,5	575,7	182,5	69,9	0,3
Privatbankiers													
Mai	218	1 675,9	1 049,9	920,4	858,6	837,0	5,7	21,6	61,8	129,5	123,0	8,4	1,5
Juni	218	1 665,0	1 062,4	927,0	863,8	840,7	.	23,1	63,2	135,4	119,5	8,7	1,5
Juli	218	1 739,2	1 102,3	960,9	896,9	871,3	.	25,6	64,0	141,4	125,5	8,5	1,8
Aug.	218	1 740,6	1 118,2	980,9	915,9	891,2	3,4	24,7	65,0	137,3	125,6	9,0	2,3
Sept.	217	1 800,3	1 153,5	997,2	930,8	904,7	.	26,1	66,4	156,3	125,8	9,3	3,8
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:													
Gewerbliche Zentralkassen													
Mai	10	296,8	191,4	41,1	41,0	33,4	0,3	7,6	0,1	150,3	15,3	0,8	—
Juni	9	295,6	187,3	43,2	43,1	35,1	.	8,0	0,1	144,1	30,3	1,3	—
Juli	9	304,1	207,6	44,1	44,0	35,9	.	8,1	0,1	163,5	10,3	1,1	—
Aug.	9	315,3	215,9	46,4	46,3	38,2	0,3	8,1	0,1	169,5	11,7	0,8	—
Sept.	9	323,7	207,8	48,4	48,3	40,9	.	7,4	0,1	159,4	28,0	0,7	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
Mai	738	1 831,5	1 313,6	1 294,7	819,0	766,6	24,1	52,4	475,7	18,9	132,2	17,8	—
Juni	737	1 873,9	1 325,7	1 307,6	823,3	771,9	.	51,4	484,3	18,1	150,4	17,7	—
Juli	737	1 917,4	1 366,5	1 347,5	853,3	801,3	.	52,0	494,2	19,0	130,3	17,6	—
Aug.	737	1 954,7	1 396,7	1 375,7	869,0	811,5	23,8	57,5	506,7	21,0	130,6	18,9	—
Sept.	737	1 990,5	1 409,9	1 388,1	866,4	812,2	.	54,2	521,7	21,8	142,9	19,1	—
Ländliche Zentralkassen													
Mai	19	665,4	325,9	119,1	104,5	86,9	1,5	17,6	14,6	206,8	100,5	16,4	—
Juni	19	677,3	322,1	122,6	108,1	90,6	.	17,5	14,5	199,5	124,5	17,5	—
Juli	19	705,6	330,6	120,8	106,2	87,5	.	18,7	14,6	203,8	139,4	19,6	—
Aug.	19	772,6	357,1	119,9	105,2	86,3	1,5	18,9	14,7	237,2	121,7	19,2	—
Sept.	19	821,9	375,3	120,4	105,2	86,4	.	18,8	15,2	254,9	128,8	19,5	—
Ländliche Kreditgenossenschaften ¹⁰⁾													
Mai	1 629	1 113,7	857,5	855,3	434,4	434,4	26,1	—	420,9	2,2	99,2	—	—
Juni	1 629	1 135,4	866,0	863,7	434,2	434,2	.	—	429,5	2,3	105,0	—	—
Juli	1 629	1 159,7	886,2	883,6	444,8	444,8	.	—	438,8	2,6	99,7	—	—
Aug.	1 629	1 189,2	921,4	919,0	468,7	468,7	26,0	—	450,3	2,4	90,3	—	—
Sept.	1 629	1 215,3	945,6	943,0	479,7	479,7	.	—	463,3	2,6	89,7	—	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — schließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — 5) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 6) Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsberichtigungen" und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 8) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltenen verschiedenen Zwischenbilanz-Positionen zur Folge gehabt: Stückzahl, Wertpapiere sowie Grundstücke und Gebäude durch Neubewertung, sonstige genossenschaften (Stand 31. 12. 1950). Volumenmäßig sind etwa 42 vH der Einlagen und etwa 40 vH der Kredite nicht erfaßt.

banken

Bankengruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁷⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z.T. Sp. 33) ⁸⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948	darunt. Eigenkapital von neugegründeten Instituten ⁹⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken															
118,7	—	353,7	70,7	124,5	47,9	—	754,7	292,0	101,8	34,5	9,3	989,1	2,0	1 017,9	Mai
178,1	—	364,6	72,4	128,7	52,0	—	785,9	300,2	112,3	29,8	9,1	994,3	2,2	1 156,1	Juni
144,6	—	374,0	74,7	128,8	52,3	—	888,6	305,8	124,4	23,6	8,5	1 007,8	2,2	990,3	Juli
129,6	—	377,8	78,6	128,8	52,3	—	922,5	307,1	131,7	23,7	7,9	1 026,7	0,3	1 039,9	Aug.
57,0 ⁹⁾	—	386,1	81,0	311,0 ⁹⁾	234,4 ⁹⁾	—	803,1 ⁹⁾	317,2	133,0	22,5	8,3	1 043,3	0,2	910,5	Sept.
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
185,4	307,2	368,7	48,8	168,7	74,1	18,5	410,9	225,6	85,2	119,9	56,9	303,9	5,1	491,4	Mai
173,3	309,2	374,6	50,5	169,8	74,2	18,5	417,7	226,3	97,4	123,0	54,4	300,8	5,0	535,2	Juni
170,6	315,3	385,1	53,2	169,7	74,3	18,5	415,7	228,2	119,2	107,7	62,8	306,9	4,6	488,9	Juli
142,9	324,4	391,1	55,2	169,9	74,5	18,5	436,0	227,7	125,8	109,3	61,5	313,7	4,5	469,6	Aug.
164,4	336,1	398,1	58,5	170,0	74,4	18,5	432,5	229,2	128,5	106,7	65,8	320,7	4,4	524,8	Sept.
Privatbankiers															
161,7	—	55,9	52,4	83,8	37,7	0,9	149,2	40,3	45,8	8,8	22,5	175,0	2,2	365,1	Mai
136,8	—	56,7	57,7	84,2	37,9	0,9	147,7	40,0	52,7	9,1	22,1	177,2	2,3	373,5	Juni
140,1	—	60,0	63,1	86,0	37,9	0,9	162,2	40,2	66,2	4,9	21,2	196,9	2,1	358,5	Juli
129,4	—	61,6	53,3	86,9	41,4	0,9	165,6	39,9	57,9	5,3	21,3	208,6	2,0	348,0	Aug.
145,6	—	63,3	55,2	87,6	39,5	0,9	169,3	41,1	60,3	5,4	21,4	224,7	2,1	357,5	Sept.
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
2,2	—	38,6	2,1	11,1	7,8	—	36,1	6,3	35,2	0,1	0,3	38,6	0,8	83,7	Mai
1,3	—	39,7	2,2	11,2	7,8	—	23,6	6,2	37,0	0,4	0,3	40,1	1,0	104,4	Juni
2,0	—	41,7	2,3	11,2	7,9	—	29,0	6,2	38,7	0,2	0,3	40,2	1,3	100,5	Juli
2,2	—	42,4	2,5	11,5	8,0	—	29,1	6,2	39,2	0,3	0,3	41,6	1,4	83,0	Aug.
1,8	—	43,1	2,6	11,5	8,1	—	28,9	6,3	39,8	0,2	0,4	43,4	0,9	90,1	Sept.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
28,7	1,2	44,7	58,6	134,3	81,5	0,9	118,2	5,4	53,5	51,1	12,3	67,2	38,5	181,2	Mai
28,2	1,2	46,0	61,3	136,6	84,5	0,9	124,5	5,4	71,9	37,6	11,5	68,0	38,9	191,2	Juni
27,6	1,2	47,1	64,1	138,8	86,3	0,9	141,8	5,0	95,8	16,9	13,2	69,9	38,2	196,3	Juli
26,6	1,3	49,2	66,0	140,5	88,1	1,0	143,8	5,0	101,6	16,5	12,3	69,4	35,6	188,2	Aug.
27,2	1,4	51,1	68,5	143,6	91,0	1,0	145,9	4,9	105,9	16,4	12,5	69,5	29,1	200,8	Sept.
Ländliche Zentralkassen															
65,6	0,5	65,9	1,5	50,1	37,0	—	55,4	2,0	67,6	9,1	5,6	97,3	7,7	181,1	Mai
54,4	0,5	67,4	3,1	50,3	37,4	—	55,0	2,0	71,1	9,1	6,3	92,4	6,9	192,3	Juni
55,7	0,5	70,2	3,1	51,0	38,1	—	55,1	2,0	75,7	9,1	6,5	91,7	6,8	180,0	Juli
100,0	0,5	75,5	3,1	56,4	43,6	—	58,3	2,0	80,4	9,1	6,8	99,0	6,7	180,0	Aug.
119,4	0,5	78,5	3,1	56,3	43,4	—	60,0	2,1	82,9	9,0	7,3	97,1	6,7	161,0	Sept.
Ländliche Kreditgenossenschaften ¹⁰⁾															
13,3	—	25,5	20,0	61,2	19,5	0,0	37,0	10,1	4,2	32,8	Mai
13,2	—	26,7	20,8	62,5	20,1	0,0	41,2	9,6	3,7	34,6	Juni
13,2	—	28,4	21,8	63,4	21,2	0,0	47,0	10,1	3,4	36,3	Juli
12,6	—	29,7	22,8	64,7	22,1	0,0	47,7	10,7	3,3	34,1	Aug.
10,3	—	30,9	24,0	66,2	23,3	0,0	48,6	10,2	2,9	32,0	Sept.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige ³⁾ Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁴⁾ Einarbeitungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁷⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ⁹⁾ Die Aufstellung der Ausgründungsbilanzen der Großbanken am 25. 9. 1952 hat Veränderte Aktiva und Passiva, Bankakzepte, Eigenkapital, eigene Akzepte im Umlauf. — ¹⁰⁾ Erfasst sind 1629 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kredit-

noch: 1. Geschäftsbanken
 Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung der Bank deutscher Länder
 und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
 in Mill. DM

**b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet
(ohne Spareinlagen)**

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)						die Spalten 4 und 6 ⁴⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von: ⁵⁾							
	insgesamt	davon					30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)	
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen			Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	insgesamt	darunter Anlagekonten	Öffentlich-rechtliche Körperschaften								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1951														
Juni	13 975,7	7 579,9	1 272,6	2 953,3	279,7	2 169,9	958,2	850,3	847,7	558,5	469,7	498,9	666,6	262,2
Juli	14 236,1	7 752,7	1 187,5	3 056,5	.	2 239,4
Aug.	14 663,4	8 048,0	1 202,9	3 142,3	.	2 270,2
Sept.	14 532,7	7 919,7	1 224,0	3 112,5	273,4	2 276,5	976,9	927,3	925,8	608,2	511,0	457,0	686,7	284,0
Okt. ⁴⁾	15 272,4	8 509,3	1 228,4	3 279,8	.	2 254,9
Okt. ⁴⁾	15 370,8	8 552,7	1 233,0	3 326,5	.	2 258,6
Nov.	15 639,0	8 678,1	1 317,2	3 374,6	.	2 269,1
Dez.	15 967,9	8 804,9	1 481,5	3 334,7	259,8	2 346,8	1 020,8	849,1	1 035,6	644,8	574,3	463,3	693,2	389,6
1952														
Jan.	15 926,2	8 433,6	1 326,9	3 661,8	.	2 503,9
Febr.	16 109,6	8 344,4	1 357,9	3 825,6	255,9	2 581,7	1 226,2	988,8	1 201,2	620,2	628,1	544,8	759,5	427,9
März	16 377,6	8 408,0	1 460,6	3 855,8	.	2 653,2
April	16 740,2	8 683,7	1 410,5	4 052,8	.	2 593,2
Mai	16 825,4	8 499,8	1 371,5	4 159,9	250,7	2 794,2	1 437,0	1 015,8	1 245,2	795,6	711,3	525,9	753,2	456,9
Juni	16 718,5	8 490,8	1 458,7	4 007,9	.	2 761,1
Juli	17 175,8	8 774,7	1 380,6	4 212,8	.	2 807,7
Aug.	17 652,1	8 988,7	1 470,8	4 367,9	243,1	2 824,7	1 533,5	1 016,4	1 315,3	727,8	757,6	586,2	746,8	494,3
Sept.	17 872,1	8 977,6	1 504,1	4 408,7	.	2 981,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ⁴⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter sind nicht einbezogen: 1. bis September 1951 einschließlich alle Institute (abgesehen von geringfügigen Ausnahmen), deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug; 2. ab Oktober 1951 nur noch ländliche Kreditgenossenschaften (auch hier mit geringfügigen Ausnahmen), deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Der Anteil der nicht einbezogenen Kreditinstitute an der in den Tabellen ausgewiesenen Gesamt-Bilanzsumme ist sehr gering. — ⁵⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — ⁶⁾ Die Aufgliederung der befristeten Einlagen (Sp. 7 bis 14) fällt für 1951 nur zum Quartalsultimo, ab Februar 1952 in Vierteljahresabständen an. — ⁷⁾ Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht.

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus		Sonstige Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung, Zu- bzw. Abgang von Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
					Ausgleichsschritten (Sparguthaben Vertrieber)	Zinsen		insgesamt	darunter steuerbegünstigte Spareinlagen
					5	6		8	9
1951									
Juni	3 993,8	275,5	225,2	+ 50,3	.	0,6	+ 9,7	4 054,4	360,3
Juli	4 054,4	291,4	218,1	+ 73,3	.	0,4	+ 1,8	4 129,9	371,2
Aug.	4 129,9	290,6	212,0	+ 78,6	.	0,5	+ 3,5	4 212,5	382,6
Sept.	4 212,5	287,7	216,6	+ 71,1	.	0,1	+ 0,5	4 284,2	393,8
Okt. ⁴⁾	4 284,2	337,6	242,7	+ 94,9	.	0,2	+ 1,9	4 381,2	407,3
Okt. ⁴⁾	4 284,2	338,5	243,3	+ 95,2	.	0,2	+ 15,0	4 394,6	408,1
Nov.	4 394,6	320,8	235,9	+ 84,9	.	0,5	+ 2,5	4 482,5	423,7
Dez.	4 482,5	553,6	324,8	+ 228,8	.	85,5	+ 5,6	4 802,4	609,8
1952									
Jan.	4 802,4	479,3	311,9	+ 167,4	.	29,4	+ 0,8	5 000,0	587,0
Febr.	5 000,0	400,7	233,5	+ 167,2	.	8,4	+ 0,5	5 176,1	594,1
März	5 176,1	410,7	263,0	+ 147,7	.	4,2	+ 1,0	5 329,0	604,3
April	5 329,0	434,8	281,2	+ 153,6	.	1,0	+ 1,1	5 484,7	611,0
Mai	5 484,7	413,2	290,5	+ 122,7	.	0,7	+ 2,2	5 610,3	617,9
Juni	5 610,3	411,6	282,2	+ 129,4	.	0,6	+ 0,3	5 740,6	637,7
Juli	5 740,6	456,9	332,6	+ 124,3	.	0,5	+ 1,2	5 866,6	627,2
Aug.	5 866,6	427,1	286,0	+ 141,1	.	0,1	+ 0,7	6 008,5	628,9
Sept.	6 008,5	456,2	297,2	+ 159,0	.	0,7	+ 0,9	6 169,3	637,4

*) ¹⁾ u. ⁴⁾ Siehe die entsprechenden Anmerkungen der vorstehenden Tabelle b).

2. Postscheckämter und Postsparkasse

V. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

a) Einlagen und Vermögenswerte in Mill. DM

Stand am Monatsende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾									Vermögenswerte ²⁾									
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt mit ohne Einlagen von Kreditinstituten (Sp. 3+7 + 8) (Sp. 3+8)		Spalte 1 gliedert sich in:							Kasse und Bankguthaben	Wechsel	Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen des Bundes und der Länder		verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordernungen	mittel- und langfristige Ausleihungen			sonstige Aktiva
			Einlagen auf Postscheckkonto			Einlagen auf Postsparkonto						dar.: Anlagekonto	insgesamt			dar.: der Bundesbahn und der Bundespost	insgesamt	davon	
	davon Einlagen von Nichtbanken		insgesamt (Spalte 4+6)	Wirtschaft und Private		Öffentl.-rechtl. Körperschaften	Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	dar.: Wechsel	insgesamt	dar.: Wirtschaft und Private			Öffentl.-rechtl. Körperschaften	Kreditinstitute				
insgesamt	dar. Anl.konto	insgesamt		dar. Anl.konto	insgesamt							dar.: Anl.konto	insgesamt			dar.: Anl.konto	insgesamt	dar.: Anl.konto	insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1951																			
Juni	999,5	879,5	726,5	611,2	3,8	115,3	120,0	153,0	6,8	118,7	—	269,0	187,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1	.
Juli	978,2	858,5	696,3	594,9	3,8	101,4	119,7	162,2	6,8	155,4	—	211,0	129,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1	.
Aug.	969,3	855,1	686,3	586,9	3,8	99,4	114,2	168,8	6,8	136,5	—	221,0	139,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1	.
Sept.	1 012,1	897,0	721,8	601,8	3,8	120,0	115,1	175,2	6,8	136,4	—	271,0	169,0	151,0	214,2	—	220,5	19,0	.
Okt.	1 026,9	906,8	727,4	625,5	3,7	101,9	120,1	179,4	6,9	118,2	—	299,0	152,0	151,0	214,2	—	225,5	19,0	.
Nov.	1 054,3	930,1	746,0	637,3	3,7	108,7	124,2	184,1	6,9	145,8	—	299,0	168,0	151,0	214,2	—	225,5	18,8	.
Dez.	1 187,8	1 031,4	843,0	699,6	3,8	143,4	156,4	188,4	6,8	251,4	—	328,0	148,0	151,0	214,2	—	225,5	17,7	.
1952																			
Jan.	1 048,6	929,3	726,3	617,1	3,7	109,2	119,3	203,0	6,8	154,6	—	248,0	129,0	151,8	213,3	—	263,4	17,5	.
Febr.	1 043,4	926,8	713,1	600,8	3,7	112,3	116,6	213,7	6,8	203,6	—	194,0	80,0	151,8	213,1	—	263,4	17,5	.
März	1 121,6	997,1	769,7	644,5	3,7	125,2	124,5	227,4	6,8	193,4	—	283,0	100,0	151,8	213,1	—	250,7	17,3	12,3
April	1 188,7	1 004,6	767,4	653,9	3,6	113,5	184,1	237,2	6,8	116,4	—	427,5	152,3	151,8	213,1	—	251,0	16,6	12,3
Mai	1 189,6	1 017,5	769,8	640,2	3,6	129,6	172,1	247,7	6,8	91,0	—	353,5	117,3	151,9	213,1	—	351,2	16,6	12,3
Juni	1 176,1	1 046,1	785,7	664,3	3,6	121,4	130,0	260,4	6,8	101,8	—	327,0	137,3	151,9	213,1	—	354,2	15,8	12,3
Juli	1 178,3	1 051,1	775,2	666,3	3,6	108,9	127,2	275,9	6,8	104,8	34,8	294,0	132,8	151,9	213,1	—	351,7	15,7	12,3
Aug.	1 164,1	1 041,3	755,5	646,1	3,6	109,4	122,8	285,8	6,8	126,7	37,0	255,0	93,8	152,0	213,4	—	352,0	15,7	12,3
Sept.	1 213,0	1 081,8	786,1	665,5	3,5	120,6	131,2	295,7	6,8	87,5	61,9	321,0	122,8	152,0	213,4	—	350,0	14,9	12,3

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern

in Mill. DM

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende
1950							
Oktober	131,5	14,4	12,1	+ 2,3	0,3	+ 0,2	134,3
November	134,3	13,2	11,9	+ 1,3	0,1	+ 0,3	136,0
Dezember	136,0	10,6	14,2	— 3,6	1,6	+ 0,1	134,1
1951							
Januar	134,1	13,0	13,9	— 0,9	0,1	+ 0,1	133,4
Februar	133,4	11,6	12,2	— 0,6	0,5	+ 0,1	133,4
März	133,4	12,9	13,6	— 0,7	0,7	+ 0,1	133,5
April	133,5	14,2	11,7	+ 2,5	0,0	+ 0,1	136,1
Mai	136,1	16,2	13,1	+ 3,1	0,0	+ 0,0	139,2
Juni	139,2	20,5	13,7	+ 6,8	0,0	+ 0,2	146,2
Juli	146,2	26,3	17,3	+ 9,0	0,0	+ 0,2	155,4
August	155,4	28,4	22,0	+ 6,4	0,0	+ 0,2	162,0
September	162,0	24,1	17,9	+ 6,2	0,0	+ 0,2	168,4
Oktober	168,4	22,7	18,8	+ 3,9	0,0	+ 0,2	172,5
November	172,5	20,3	15,8	+ 4,5	0,0	+ 0,2	177,2
Dezember	177,2	19,6	17,6	+ 2,0	2,3	+ 0,1	181,6
1952							
Januar	181,6	29,5	15,5	+ 14,0	0,5	+ 0,1	196,2
Februar	196,2	26,5	16,0	+ 10,5	0,1	+ 0,1	206,9
März	206,9	30,0	17,7	+ 12,3	1,3	+ 0,1	220,6
April	220,6	30,9	21,2	+ 9,7	0,0	+ 0,1	230,4
Mai	230,4	33,0	22,6	+ 10,4	0,0	+ 0,1	240,9
Juni	240,9	35,3	22,6	+ 12,7	0,0	+ 0,0	253,6
Juli	253,6	48,0	32,5	+ 15,5	0,0	+ 0,0	269,1
August	269,1	45,7	35,8	+ 9,9	0,0	+ 0,0	279,0
September	279,0	41,0	31,2	+ 9,8	0,0	+ 0,1	288,9

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet und in Berlin

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsfordernungen		Einlagen und aufgenommene Gelder	
	Hypotheken	Zwischenskredite	im Bestand	verkaufte	Spareinlagen	aufgen. Fremdmittel
	Bausparkassen insgesamt					
1952 Februar	466,0	138,8	62,4	1,6	691,7	70,6
März	480,1	135,8	62,5	1,3	709,4	63,7
April	493,3	133,1	62,7	1,1	717,2	65,1
Mai	504,1	134,1	62,7	1,0	723,8	64,9
Juni	514,7	126,8	62,7	0,7	730,3	68,6
Juli	526,1	128,3	62,3	0,5	743,0	69,3
August	537,9	125,2	62,3	0,3	756,3	72,9
September	551,9	119,2	62,3	0,3	777,7	73,5
Oktober	565,6	122,6	62,3	0,3	796,5	72,8
	Private Bausparkassen					
1952 Februar	275,4	23,5	45,9	1,6	411,0	10,1
März	282,8	23,1	46,0	1,3	430,3	10,0
April	288,0	22,7	46,2	1,1	435,8	9,7
Mai	293,6	23,9	46,3	1,0	438,4	9,6
Juni	297,8	25,1	46,4	0,7	445,5	11,3
Juli	303,7	25,9	46,0	0,5	452,0	11,5
August	308,4	28,0	46,0	0,3	463,0	14,8
September	315,4	28,5	46,0	0,3	486,5	14,9
Oktober	322,3	29,7	46,0	0,3	497,2	15,0
	Öffentl. Bausparkassen					
1952 Februar	190,6	115,3	16,5	—	280,7	60,5
März	197,3	112,7	16,5	—	279,1	53,7
April	205,3	110,4	16,5	—	281,4	55,4
Mai	210,5	110,2	16,4	—	285,4	55,3
Juni	216,9	101,7	16,3	—	284,8	57,3
Juli	222,4	102,4	16,3	—	291,0	57,8
August	229,5	97,2	16,3	—	293,3	58,1
September	236,5	90,7	16,3	—	291,2	58,6
Oktober	243,3	92,9	16,3	—	299,3	57,8

4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet *)

Beträge in Mill. DM

a) Aktiva und Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Bilanzsumme	Aktiva						Passiva										
			Barreserve	Post-scheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten	Wechsel	Debitoren	sonstige Aktiva ²⁾	Einlagen von		Verpflichtungen aus Anweisungen	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Eigenkapital § 11 KWG	sonstige Passiva ³⁾	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	
									Wirtschafts- und Privat	Kreditinstituten									9
1951																			
Febr.	72	187,9	1,2	0,5	2,5	66,2	108,3	9,2	16,2	0,2	10,2	109,6	5,4	11,6	34,7	0,0	13,7	79,4	
März	73	211,3	1,1	0,5	2,7	87,1	110,3	9,6	16,7	0,2	12,4	111,5	3,3	12,1	55,1	0,0	14,7	60,6	
April	73	216,3	1,2	0,5	3,5	92,9	108,3	9,9	17,6	0,1	13,3	111,6	2,6	13,6	57,5	0,0	15,3	63,7	
Mai	74	226,2	1,5	0,5	3,8	97,8	111,1	11,5	18,4	0,1	14,2	116,9	1,4	13,8	61,4	0,1	15,2	65,3	
Juni	76	226,6	1,6	0,5	2,9	102,3	106,9	12,4	17,4	1,4	11,6	119,0	0,6	14,8	61,8	0,1	15,3	67,1	
Juli	77	223,6	1,4	0,5	3,8	101,4	103,9	12,6	17,7	1,7	9,8	116,3	0,3	14,9	62,9	0,1	15,8	75,9	
Aug.	78	225,5	1,6	0,5	4,8	103,1	101,7	13,8	17,6	1,6	7,9	118,2	0,3	15,2	64,7	0,2	11,6	78,7	
Sept.	79	228,1	1,6	0,4	4,7	106,2	100,9	14,3	17,3	1,3	10,2	117,3	0,3	15,5	66,2	0,2	12,3	81,2	
Okt.	78	242,3	1,8	0,5	5,4	109,3	111,2	14,1	17,7	2,5	15,8	120,7	0,3	16,9	68,4	0,3	13,5	85,7	
Nov.	78	258,6	1,7	0,4	4,4	112,6	124,1	15,4	17,9	2,8	18,1	126,0	3,7	17,7	72,4	0,4	15,9	87,7	
Dez.	78	289,2	2,2	1,4	4,8	114,0	150,4	16,4	20,5	3,0	20,1	146,7	3,7	18,3	76,9	0,9	14,1	91,4	
1952																			
Jan.	79	285,9	1,7	0,6	5,4	117,4	147,3	13,5	22,8	2,9	9,2	155,4	4,3	19,2	72,1	0,9	15,4	90,7	
Febr.	80	284,4	1,6	0,6	3,6	124,1	141,1	13,4	22,6	2,8	7,5	156,1	1,2	19,1	75,1	0,9	16,4	88,3	
März	80	292,1	2,8	0,6	5,2	111,9	158,1	13,5	23,8	2,6	12,8	154,7	1,0	19,9	77,3	0,8	16,0	91,6	
April	80	308,5	1,8	0,7	3,4	121,8	166,7	14,1	25,0	2,7	17,1	162,9	0,8	20,3	79,7	2,0	15,2	94,9	
Mai	83	329,0	1,7	0,7	4,0	132,9	174,7	15,0	26,7	2,7	19,4	173,5	0,3	20,7	85,7	1,0	14,4	99,8	
Juni	84	340,5	1,6	0,7	3,6	141,4	177,3	15,9	28,6	2,7	14,0	184,1	0,3	21,4	89,4	1,0	14,7	104,6	
Juli	85	357,2	2,6	0,6	7,0	151,5	178,7	16,8	28,3	2,9	12,0	199,3	0,3	22,2	92,2	1,0	17,5	111,6	
Aug.	86	369,3	1,7	1,0	4,9	164,3	177,2	20,2	32,0	1,1	9,6	194,7	9,3	25,4	97,2	1,0	15,1	121,0	
Sept.	88	380,3	2,4	0,7	6,1	169,3	181,1	20,7	33,3	1,1	12,2	198,7	10,2	26,9	99,9	1,1	19,9	125,5	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten bzw. Zugang neu berichtender Institute. — ²⁾ Nicht identisch mit der gleichnamigen Bilanzposition. Einbezogen sind alle diejenigen Positionen des Ausweises, die in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt sind.

b) Kreditvolumen

Stand am Monatsende	Kreditvolumen insgesamt	davon				
		kurzfristige Kredite (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)			mittelfr. Kred. einschl. mittelfrist. durchlauf. Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	langfr. Kredite einschl. langfr. durchlaufender Kredite (Laufzeit 4 Jahre und mehr)
		insgesamt	davon			
			Debitoren	Wechsel-obligo der Kundschaft	5	6
1951						
Februar	267,9
März	273,0
April	280,9
Mai	288,6	238,3	61,5	176,8	50,2	0,1
Juni	292,4	242,1	57,3	184,8	50,0	0,3
Juli	297,8	247,1	53,9	193,2	50,4	0,3
August	295,9	244,4	50,9	193,5	51,2	0,3
September	301,0	249,0	49,2	199,8	51,9	0,1
Oktober	320,2	262,8	54,1	208,7	57,3	0,1
November	340,8	277,9	61,5	216,4	62,8	0,1
Dezember	370,3	293,9	74,3	219,6	76,3	0,1
1952						
Januar	371,4	294,7	71,0	223,7	76,5	0,2
Februar	370,4	294,1	65,2	228,9	76,1	0,2
März	378,1	296,9	77,3	219,6	80,9	0,3
April	399,1	313,4	81,4	232,0	85,4	0,3
Mai	422,3	330,1	82,9	247,2	91,9	0,3
Juni	438,5	342,9	82,2	260,7	95,3	0,3
Juli	459,9	360,9	80,2	280,7	98,7	0,3
August	479,6	378,4	76,5	301,9	100,9	0,3
September	497,7	391,7	75,6	316,1	105,7	0,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen.

VI. Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Geldinstitute einschließlich des Zentralbanksystems *)

in Mill. DM

Aktiva

Stand am Monatsende	Aktiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken				Münzgutschrift zu Gunsten des Bundes	Auslandsaktiva ²⁾	Ausgleichs-forderungen und unverzinsl. Schuldverschreibungen (gemäß den Gesetzen zur Neuordnung des Geldwesens)	Wertpapiere, Konsortialbeteiligungen und Beteiligungen	Grundstücke und Gebäude	Saldo aus Forderungen und Verpflichtungen zwischen Geldinstituten ³⁾	sonstige Aktiva
		insgesamt	davon									
			monatlich berichtende Geldinstitute	Zentralbanksystem (BdL und LZB) ⁴⁾	mittel- und langfristige Kredite einschließl. durchlaufender Kredite							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1951												
März	42 545	23 702	14 106	1 114	8 482	332	1 414	14 740	665	482	— 22	1 232
April	42 973	23 822	13 756	1 193	8 873	370	1 558	14 753	662	490	— 24	1 342
Mai	43 892	24 434	13 757	1 540	9 137	410	1 854	14 767	686	495	— 44	1 290
Juni	45 284	25 227	14 061	1 614	9 552	450	2 057	14 767	705	509	8	1 561
Juli	46 223	25 806	14 321	1 627	9 858	473	2 358	14 767	738	513	88	1 480
August	47 439	26 462	14 640	1 618	10 204	495	2 682	14 766	762	522	119	1 631
September	47 986	26 975	15 264	1 207	10 504	499	2 738	14 766	758	532	32	1 686
Oktober	47 936	27 196	15 538	853	10 805	504	2 650	14 782	777	543	— 87	1 571
(Oktober) ⁴⁾	(48 396)	(27 411)	(15 647)	(853)	(10 911)	(504)	(2 651)	(14 859)	(804)	(545)	(40)	(1 582)
November	49 381	28 368	16 033	1 059	11 276	507	2 452	14 862	811	565	— 25	1 841
Dezember	50 728	29 592	16 710	1 186	11 696	509	2 373	14 863	866	585	268	1 672
1952												
Januar	50 436	29 777	17 276	532	11 969	522	2 351	14 867	926	608	13	1 372
Februar	51 223	30 511	17 667	644	12 200	538	2 372	14 850	937	622	— 102	1 495
März	51 986	31 025	17 966	554	12 505	570	2 442	14 845	976	631	— 21	1 518
April	52 713	31 432	17 995	689	12 748	601	2 781	14 842	1 005	640	— 66	1 478
Mai		31 706	18 073	487	13 146	643	3 049	14 833	1 096	647		1 583
Juni		31 831	17 947	443	13 441	679	3 580	14 831	1 133	657		1 536
Juli	55 123	32 265	18 159	248	13 858	716	3 998	14 820	1 152	667	— 2	1 507
August	56 419	33 259	18 467	506	14 286	739	4 191	14 824	1 181	675	— 30	1 580
September	58 217	34 230	19 006	486	14 748	765	4 599	14 792	1 390	734	— 44	1 751

Passiva

Stand am Monatsende	Passiva insgesamt	Geldvolumen ⁵⁾				bei Geldinstituten aufgekommenes Geldkapital				Auslands-passiva ⁷⁾	Umlauf an in Westberlin ausgegebenen Banknoten	Kapital und Rücklagen gemäß § 11 KWG	sonstige Passiva ⁸⁾	
		insgesamt	davon			insgesamt	davon							
			Bargeldumlauf außerhalb der Geldinstitute und Sichteinlagen von Wirtschaft und Privaten	sonstige Einlagen			insgesamt	Spar-einlagen	Schuld-verschreibungen ⁶⁾					bei Nicht-banken längerfristig aufge-nommene Mittel
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24			
1951														
März	42 545	24 724	15 327	9 397	9 980	4 064	1 578	4 338	2 082	462	1 498	3 799		
April	42 973	24 883	15 631	9 252	10 212	4 091	1 646	4 475	1 975	481	1 508	3 914		
Mai	43 892	25 688	15 613	10 075	10 401	4 133	1 667	4 601	1 831	460	1 568	3 944		
Juni	45 284	26 705	16 311	10 394	10 651	4 201	1 694	4 756	1 641	468	1 596	4 223		
Juli	46 223	27 128	16 607	10 521	11 010	4 285	1 757	4 968	1 602	469	1 642	4 372		
August	47 439	27 987	17 311	10 676	11 394	4 375	1 808	5 211	1 546	480	1 663	4 369		
September	47 986	28 301	17 545	10 756	11 678	4 453	1 871	5 354	1 396	497	1 683	4 431		
Oktober	47 936	28 012	17 986	10 026	12 038	4 554	1 962	5 522	1 168	492	1 678	4 548		
(Oktober) ⁴⁾	(48 396)	(28 108)	(18 027)	(10 081)	(12 286)	(4 567)	(2 096)	(5 623)	(1 168)	(492)	(1 700)	(4 642)		
November	49 381	28 989	18 430	10 559	12 608	4 660	2 145	5 803	816	519	1 718	4 731		
Dezember	50 728	29 381	18 589	10 792	13 341	4 984	2 219	6 138	781	522	1 777	4 926		
1952														
Januar	50 436	28 951	18 027	10 924	13 836	5 196	2 282	6 358	576	532	1 798	4 743		
Februar	51 223	29 376	18 211	11 165	14 196	5 383	2 315	6 498	446	548	1 810	4 847		
März	51 986	29 588	18 377	11 211	14 587	5 550	2 393	6 644	379	558	1 844	5 030		
April	52 713	29 674	18 795	10 879	15 092	5 715	2 477	6 900	385	564	1 887	5 111		
Mai		30 037	18 792	11 245		5 851	2 524		275	547	1 919	5 131		
Juni		30 333	18 899	11 434		5 994	2 566		242	545	1 988	5 214		
Juli	55 123	30 556	19 191	11 365	16 318	6 136	2 601	7 581	302	561	2 038	5 348		
August	56 419	31 302	19 669	11 633	16 739	6 288	2 640	7 811	315	558	2 050	5 455		
September	58 217	32 230	19 761	12 469	17 268	6 458	2 697	8 113	384	563	2 258	5 514		

*) Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken, Geschäftsbanken, Teilzahlungsfinanzierungsinstitute, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-AG Speyer, Postscheck- und Postsparkassenämter. — ¹⁾ Einschließlich des Wertpapierverkaufs von Nichtbankenseite. — ²⁾ Zentralbanksystem: Gold, Guthaben in ausländischer Währung (einschließlich Guthaben bei der EZU), Sorten und Auslandsschecks; Geschäftsbanken: Guthaben bei ausländischen Banken. — ³⁾ Volumen der Interbankverschuldung (Aktiva) Ende September 1952: 16 250 Mill. DM. — ⁴⁾ Nach Einbeziehung einer Anzahl bisher nicht erfaßter Geschäftsbanken. — ⁵⁾ Vgl. Spalte 17 der Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet“. — ⁶⁾ Saldiert mit eigenen Schuldverschreibungen im Bestand der Geldinstitute. — ⁷⁾ Zentralbanksystem: Verbindlichkeiten gegenüber EZU, DM-Guthaben ausländischer Banken und Exportakkreditive; Geschäftsbanken: DM-Guthaben ausländischer Banken. — ⁸⁾ Einschließlich Sammelwertberichtigung gem. Verwaltungsanordnung des Bundesministers der Finanzen vom 15. 12. 1950 betr. die steuerliche Anerkennung von Sammelwertberichtigungen bei Kreditinstituten (Stand per Ende September 1952: rd. 500 Mill. DM).

VII. Kreditvolumen

1. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite und Wertpapierankäufe des Zentralbanksystems												
	insgesamt	Bund und Bundesverwaltungen					insgesamt	Länder			Sonstige ¹⁾		
		insgesamt	Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	Kassenvorschüsse	Kredit wegen Währungs-fonds und Weltbank	angekaufte Wertpapiere		insgesamt	Schatzwechsel	Kassenvorschüsse	Lombardkredite	insgesamt	darunter: von Versicher. u. Bausparkassen angekaufte Ausgleichsford.
1951 März	1 113,9	772,4	155,3	282,1	—	335,0	211,0	83,4	124,6	3,0	130,5	49,6	
Juni	1 614,4	1 278,6	337,5	606,1	—	335,0	187,9	60,5	127,4	—	147,9	49,6	
Juli	1 627,3	1 278,8	298,8	645,0	—	335,0	203,1	43,5	146,7	12,9	145,4	49,0	
Aug.	1 618,2	1 244,2	237,5	671,7	—	335,0	227,7	37,4	179,9	10,4	146,3	50,5	
Sept.	1 207,1	925,7	341,7	249,0	—	335,0	129,4	23,1	106,3	—	152,0	49,6	
Okt.	853,0	558,8	223,8	—	—	335,0	145,4	12,6	132,8	—	148,8	46,5	
Nov.	1 058,8	707,6	372,6	—	—	335,0	196,3	14,3	182,0	—	154,9	41,4	
Dez.	1 186,3	839,4	553,3	—	—	286,1	188,2	20,2	168,0	—	158,7	39,7	
1952 Jan.	531,5	231,3	181,1	—	—	50,2	133,7	19,2	114,5	—	166,5	43,6	
Febr.	644,3	370,6	277,2	88,0	—	5,4	105,9	19,0	86,9	—	167,8	44,1	
März	554,1	287,9	103,8	184,1	—	—	93,4	19,1	74,3	—	172,8	43,8	
April	689,2	426,4	155,7	270,7	—	—	98,7	18,7	80,0	—	164,1	43,0	
Mai	487,1	267,4	144,5	122,9	—	—	63,5	22,3	41,2	—	156,2	43,8	
Juni	442,9	246,3	230,2	—	—	16,1	42,6	18,3	24,3	—	154,0	44,6	
Juli	248,2	50,1	50,1	—	—	—	44,8	17,0	27,8	—	153,3	44,4	
Aug.	505,9	296,6	113,8	—	182,8	—	55,3	14,5	43,8	—	154,0	44,1	
Sept.	486,0	303,3	120,5	—	182,8	—	26,9	11,3	15,6	—	155,8	43,6	
Okt.	394,5	183,7	0,9	—	182,8	—	47,9	11,2	36,7	—	162,9	41,1	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Darin sind enthalten — außer Spalte 12 — Direktkredite an Wirtschaft und Private (nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone), Lombardkredite gegen Ausgleichsforderungen an Versicherungen und Bausparkassen, Kassenkredite an sonstige öffentliche Körperschaften und Wertpapiere, soweit diese nicht in Spalte 6 erfaßt sind.

2. Kredite des Zentralbanksystems an Geldinstitute *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken des Bundesgebietes (ohne KfW)				Kreditanstalt für Wiederaufbau	Berliner Zentralbank ²⁾
	insgesamt ¹⁾	davon				
		Wechselkredite ¹⁾	Lombardkredite	angekaufte fremde Ausgleichsforderungen		
1	2	3	4	5	6	
1951 März	4 740,4	3 835,6	419,8	485,0	388,1	130,0
Juni	4 411,1	3 570,3	325,1	515,7	408,5	112,8
Juli	4 205,0	3 438,9	262,1	504,0	445,7	112,7
August	4 103,4	3 354,4	258,8	490,2	464,8	94,0
September	4 617,5	3 907,0	225,5	485,0	463,2	90,4
Oktober	4 058,9	3 454,6	136,9	467,4	498,1	127,8
November	4 243,7	3 626,2	163,0	454,5	523,8	175,5
Dezember	5 306,0	4 570,0	290,0	446,0	454,0	97,8
1952 Januar	4 626,8	4 079,6	128,4	418,8	80,6	64,6
Februar	4 382,1	3 788,4	194,7	399,0	207,0	78,9
März	4 325,3	3 772,8	158,2	394,3	512,1	90,3
April	3 575,0	3 086,3	130,2	358,5	507,9	74,2
Mai	3 277,9	2 825,8	112,9	339,2	393,5	40,2
Juni	3 662,8	3 153,7	173,6	335,5	398,9	14,6
Juli	3 122,4	2 679,3	131,9	311,2	407,9	15,4
August	3 025,1	2 614,8	107,0	303,3	424,3	16,3
September	3 125,2	2 633,9 ³⁾	192,4	298,9	424,3	14,9
Oktober	2 741,6	2 352,4	107,7	281,5	423,3	17,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Einschließlich angekaufte Auslandswechsel und Exporttratten. — ²⁾ Die Kredite an die BZB umfassen angekaufte Inlands- und Auslandswechsel sowie Exporttratten und lombardierte Ausgleichsforderungen. — ³⁾ Ab September 1952 einschließlich der Einfuhr- und Vorratsstellenwechsel im Bestand der BdL.

3. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken

VII. Kreditvolumen

a) Bundesgebiet

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite an Nichtbanken														
	insgesamt						von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:								
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	Wirtschaft und Private								
		insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen			kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾		
insgesamt	darunter Akzeptkredite				insgesamt	darunter Akzeptkredite		Debitoren	durchlaufende Kredite						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
1951															
Juli	13 862,1	7 928,0	1 422,6	5 934,1	1 370,0	6 859,3	13 090,3	7 715,6	1 422,5	5 374,7	1 245,1	1 136,7	108,4	5 949,0	
Aug.	14 173,9	8 065,3	1 395,0	6 108,6	1 396,9	7 158,8	13 279,9	7 800,8	1 394,9	5 479,1	1 260,2	1 156,5	103,7	6 180,6	
Sept.	14 743,2	8 557,9	1 443,9	6 185,3	1 439,4	7 391,4	13 957,3	8 269,4	1 443,8	5 687,9	1 297,1	1 183,5	113,6	6 369,2	
Okt. ⁴⁾	14 976,0	8 044,6	1 463,5	6 931,4	1 441,8	7 640,3	13 696,0	7 726,0	1 463,2	5 970,0	1 294,2	1 193,8	100,4	6 586,5	
Okt. ⁴⁾	15 085,1	8 101,0	1 466,2	6 984,1	1 457,4	7 731,4	13 783,9	7 781,8	1 465,9	6 002,1	1 309,5	1 203,5	106,0	6 620,9	
Nov.	15 456,3	8 487,1	1 519,7	6 969,2	1 534,1	7 993,2	14 346,9	8 156,2	1 519,4	6 190,7	1 347,5	1 242,1	105,4	6 832,7	
Dez.	16 087,5	8 637,3	1 638,4	7 450,2	1 533,1	8 349,8	15 055,5	8 324,6	1 638,3	6 730,9	1 360,2	1 265,2	95,0	7 119,9	
1952															
Jan.	16 732,8	9 045,6	1 636,5	7 687,2	1 505,8	8 575,7	15 517,3	8 804,1	1 636,5	6 713,2	1 332,8	1 235,9	96,9	7 303,9	
Feb.	17 178,5	9 392,8	1 612,0	7 785,7	1 528,4	8 778,2	16 065,8	9 141,1	1 612,0	6 924,7	1 348,4	1 255,2	93,2	7 483,2	
März	17 385,9	9 408,2	1 531,6	7 977,7	1 578,9	9 022,0	16 261,9	9 158,9	1 531,6	7 103,0	1 381,4	1 285,4	96,0	7 691,7	
April	17 254,1	9 319,2	1 385,1	7 934,9	1 611,1	9 222,7	16 121,3	9 054,8	1 385,1	7 066,5	1 404,0	1 303,2	100,8	7 918,2 ⁵⁾	
Mai	17 388,7	9 240,1	1 255,8	8 148,6	1 645,4	9 473,6	16 036,8	8 988,3	1 265,8	7 048,5	1 426,0	1 325,3	100,7	8 133,6	
Juni	17 276,4	9 371,5	1 130,1	7 904,9	1 689,4	9 710,5	16 127,8	9 108,8	1 130,1	7 019,0	1 461,7	1 355,6	106,1	8 335,2	
Juli	17 503,6	9 334,6	1 127,6	8 169,0	1 716,5	10 073,5	16 142,7	9 073,3	1 127,6	7 069,4	1 483,0	1 371,4	111,6	8 634,9	
Aug.	17 832,8	9 544,7	1 153,8	8 288,1	1 750,5	10 446,7	16 410,8	9 306,6	1 153,8	7 104,2	1 511,3	1 411,8	99,5	8 934,6	
Sept.	18 292,8	9 894,8	1 170,7	8 398,0	1 847,4 ⁷⁾	10 775,8 ⁸⁾	17 022,2	9 635,6	1 170,7	7 386,6	1 571,9 ⁷⁾	1 438,0	133,9 ⁷⁾	9 200,1 ⁸⁾	
	noch: Kredite an Nichtbanken											Kredite an Kreditinstitute			
	von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:														
	Öffentlich-rechtliche Körperschaften														
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	
		Debitoren	Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft			insgesamt
	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29
1951															
Juli	771,8	212,4	434,7	124,7	124,9	113,5	11,4	910,3	1 191,5	930,0	20,3	989,5	103,7	95,2	933,3
Aug.	894,0	264,5	508,2	121,3	136,7	125,2	11,5	978,2	1 811,6	847,7	17,1	963,9	113,4	105,1	945,3
Sept.	785,9	288,5	381,7	115,7	142,3	130,5	11,8	1 022,2	1 765,9	835,2	15,8	930,7	120,3	107,7	983,8
Okt. ⁴⁾	1 280,0	318,6	846,9	114,5	147,6	135,8	11,8	1 053,8	1 620,7	745,1	17,6	875,6	120,7	108,4	1 000,9
Okt. ⁴⁾	1 301,2	319,2	864,9	117,1	147,9	135,9	12,0	1 110,5	1 631,5	746,4	17,5	885,1	159,6	147,3	1 074,7
Nov.	1 109,4	330,9	665,2	113,3	186,6	166,8	19,8	1 160,5	1 689,6	775,0	20,1	914,6	166,0	154,0	1 046,7
Dez.	1 032,0	312,7	598,7	120,6	172,9	169,8	3,1	1 229,9	1 792,1	780,7	15,2	1 011,4	176,3	164,0	1 076,0
1952															
Jan.	1 215,5	241,5	844,2	129,8	173,0	169,9	3,1	1 271,8	1 771,9	762,8	14,7	1 009,1	173,1	166,6	1 101,0
Feb.	1 112,7	251,7	735,5	125,5	180,0	177,0	3,0	1 295,0	1 899,4	763,2	13,6	1 136,2	186,5	174,9	1 119,2
März	1 124,0	249,3	793,9	80,8	197,5	193,8	3,7	1 330,3	2 010,5	753,8	13,8	1 256,7	253,0	246,2	1 157,9
April	1 132,8	264,4	845,5	22,9	207,1	203,5	3,6	1 304,5 ⁶⁾	1 972,2	775,7	12,0	1 196,5	256,3	249,2	1 211,5
Mai	1 351,9	251,8	1 073,0	27,1	219,4	215,4	4,0	1 340,0	1 982,9	716,3	9,3	1 266,6	262,2	255,4	1 485,9
Juni	1 148,6	262,7	853,9	32,0	227,7	223,7	4,0	1 375,3	2 068,0	810,7	10,4	1 257,3	314,3	307,2	1 566,8
Juli	1 360,9	261,3	1 063,0	36,6	233,5	228,6	4,9	1 438,6	2 345,5	750,7	9,1	1 594,8	332,3	326,3	1 620,2
Aug.	1 422,0	238,1	1 146,0	37,9	239,2	234,3	4,9	1 512,1	2 378,7	731,9	7,4	1 646,8	313,7	307,9	1 684,4
Sept.	1 270,6	259,2	974,3	37,1	275,5	270,1	5,4	1 575,7	2 325,2	752,6	7,6	1 572,6	344,6	338,7	1 748,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postcheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter sind nicht einbezogen: 1. bis September 1951 einschließlich alle Institute (abgesehen von geringfügigen Ausnahmen), deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug; 2. ab Oktober 1951 nur noch ländliche Kreditgenossenschaften (auch hier mit geringfügigen Ausnahmen), deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Der Anteil der nicht einbezogenen Kreditinstitute an der in den Tabellen ausgewiesenen Gesamt-Bilanzsumme ist sehr gering. — 2) Einschl. mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — 4) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — 5) Enthält statistisch bedingte Zunahme (rd. 60 Mill. DM. Umbuchung eines Instituts). — 6) Hierin enthalten statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 60 Mill. DM (Umbuchung eines Instituts). — 7) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 31 Mill. DM durch Umbuchung bei einer Girozentrale. — 8) Darin enthalten statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 31 Mill. DM (Umbuchung einer Girozentrale). —

Stand am Monatsende	Kredite an															
	insgesamt						von den Spalten 1									
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	Wirtschaft und Private								
		Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft				mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾
		insgesamt	darunter Akzeptkredite							insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
1952 Bundesgebiet																
Mai	17 388,7	9 240,1	1 265,8	8 148,6	1 645,4	9 473,6	16 036,8	8 988,3	1 265,8	7 048,5	1 426,0	1 325,3	100,7	8 133,6		
Juni	17 276,4	9 371,5	1 130,1	7 904,9	1 689,4	9 710,5	16 127,8	9 108,8	1 130,1	7 019,0	1 461,7	1 355,6	106,1	8 335,2		
Juli	17 503,6	9 334,6	1 127,6	8 169,0	1 716,5	10 073,5	16 142,7	9 073,3	1 127,6	7 069,4	1 483,0	1 371,4	111,6	8 634,9		
Aug.	17 832,8	9 544,7	1 153,8	8 288,1	1 750,5	10 446,7	16 410,8	9 306,6	1 153,8	7 104,2	1 511,3	1 411,8	99,5	8 934,6		
Sept.	18 292,8	9 894,8	1 170,7	8 398,0	1 847,4 ⁴⁾	10 775,8 ⁵⁾	17 022,2	9 635,6	1 170,7	7 386,6	1 571,9 ⁴⁾	1 438,0	133,9 ⁴⁾	9 200,1 ⁵⁾		
Baden																
Mai	400,1	276,1	19,3	124,0	36,5	95,8	357,9	255,2	19,3	102,7	30,1	26,6	3,5	84,7		
Juni	410,3	283,8	18,2	126,5	36,9	97,6	371,1	266,0	18,2	105,1	30,7	27,3	3,4	85,9		
Juli	413,2	285,7	16,5	127,5	37,1	102,4	373,4	267,3	16,5	106,1	31,0	28,4	2,6	90,5		
Aug.	421,1	289,5	17,2	131,6	36,9	105,7	380,3	270,3	17,2	110,0	30,8	28,5	2,3	93,5		
Sept.	427,8	295,7	17,9	132,1	37,3	108,4	394,9	279,3	17,9	115,6	31,2	28,8	2,4	96,0		
Bayern																
Mai	2 590,1	1 584,0	239,7	1 006,1	229,2	1 765,8	2 425,3	1 522,4	239,7	902,9	223,3	208,6	14,7	1 529,3		
Juni	2 555,5	1 603,5	222,8	952,0	231,2	1 817,8	2 416,6	1 540,8	222,8	875,8	225,5	211,2	14,7	1 572,1		
Juli	2 564,7	1 594,5	204,2	970,2	232,8	1 875,7	2 403,9	1 529,1	204,2	874,8	227,2	212,5	14,7	1 623,1		
Aug.	2 620,8	1 655,4	233,9	965,4	237,0	1 936,8	2 464,9	1 592,8	233,9	872,1	231,6	217,0	14,6	1 670,7		
Sept.	2 767,7	1 759,3	271,1	1 008,4	237,7	1 996,2	2 611,6	1 696,0	271,1	915,6	229,9	215,2	14,7	1 726,5		
Bremen																
Mai	415,0	226,4	38,7	188,6	10,2	380,2	403,9	226,3	38,7	177,6	10,2	8,5	1,7	372,0		
Juni	392,0	217,9	38,2	174,1	13,4	383,2	386,3	217,9	38,2	168,4	13,4	9,2	4,2	375,1		
Juli	395,8	222,5	39,9	173,3	17,3	391,9	388,3	222,5	39,9	165,8	17,3	9,3	8,0	383,5		
Aug.	416,7	235,7	39,2	181,0	10,9	399,2	405,6	235,6	39,2	170,0	10,9	9,3	1,6	390,7		
Sept.	434,7	237,5	47,1	197,2	11,5	404,0	424,0	237,5	47,1	186,5	11,5	9,6	1,9	395,6		
Hamburg																
Mai	1 875,7	1 065,7	295,6	810,0	154,2	345,7	1 845,5	1 059,2	295,6	786,3	154,1	149,2	4,9	344,0		
Juni	1 801,0	1 039,6	249,8	761,4	156,8	351,3	1 771,2	1 033,4	249,8	737,8	156,7	149,7	7,0	349,5		
Juli	1 769,5	1 028,5	262,2	741,0	149,2	356,8	1 741,9	1 023,5	262,2	718,4	149,1	143,6	5,5	355,0		
Aug.	1 765,4	1 035,3	246,9	730,1	152,1	365,6	1 737,0	1 029,5	246,9	707,5	152,0	145,2	6,8	363,8		
Sept.	1 754,0	1 048,6	246,8	705,4	137,5	388,2	1 727,7	1 044,9	246,8	682,8	137,3	131,8	5,5	380,5		
Hessen																
Mai	1 555,6	842,5	105,9	713,1	235,8	483,3	1 452,3	828,1	105,9	624,2	198,9	170,8	28,1	404,5		
Juni	1 575,0	857,7	84,1	717,3	243,3	499,7	1 480,2	845,6	84,1	634,6	203,3	173,8	29,5	415,6		
Juli	1 603,7	872,0	88,0	731,7	248,2	516,0	1 497,9	860,1	88,0	637,8	204,5	174,4	30,1	429,6		
Aug.	1 601,2	861,6	88,3	739,6	253,9	535,0	1 490,1	847,7	88,3	642,4	209,0	180,2	28,8	441,0		
Sept.	1 663,1	902,6	85,2	760,5	261,2	547,6	1 554,3	885,7	85,2	668,6	208,7	180,0	28,7	449,5		
Niedersachsen																
Mai	1 396,5	816,6	51,6	579,9	56,1	1 028,5	1 294,3	793,7	51,6	500,6	55,7	48,3	7,4	882,1		
Juni	1 429,6	853,2	51,0	576,4	59,8	1 053,7	1 325,9	827,6	51,0	498,3	59,4	51,8	7,6	905,6		
Juli	1 473,6	849,8	49,9	623,8	61,2	1 091,3	1 338,0	823,2	49,9	514,8	60,1	52,3	7,8	933,8		
Aug.	1 493,9	869,6	48,5	624,3	62,6	1 143,1	1 382,2	852,0	48,5	530,2	61,5	54,6	6,9	963,9		
Sept.	1 492,6	897,4	42,3	602,2	66,4	1 177,0	1 406,7	877,5	42,3	529,2	64,3	58,0	6,8	992,5		

*1) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — 4) Enthält statistisch bedingte Zunahme (rd. 31 Mill. DM Umbuchung eines Instituts). — 5) Hierin enthalten

Kredite der Geschäftsbanken

VII. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken								Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:																		
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	langfristige Kredite (einschließlich langlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	Wechselobligo der Kundschaft	langfristige Kredite (einschließlich langlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)			
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)		insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt				darunter Debitoren	insgesamt	darunter Debitoren	
	Debitoren	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite		insgesamt				darunter Debitoren						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
Bundesgebiet																1952		
1 351,9	251,8	1 073,0	27,1	219,4	215,4	4,0	1 340,0	1 982,9	716,3	9,3	1 266,6	262,2	255,4	1 485,9	Mai			
1 148,6	262,7	853,9	32,0	227,7	223,7	4,0	1 375,3	2 068,0	810,7	10,4	1 257,3	314,3	307,2	1 566,8	Juni			
1 360,9	261,3	1 063,0	36,6	233,5	228,6	4,9	1 438,6	2 345,5	750,7	9,1	1 594,8	332,3	326,3	1 620,2	Juli			
1 422,0	238,1	1 146,0	37,9	239,2	234,3	4,9	1 512,1	2 378,7	731,9	7,4	1 646,8	313,7	307,9	1 684,4	Aug.			
1 270,6	259,2	974,3	37,1	275,5	270,1	5,4	1 575,7	2 325,2	752,6	7,6	1 572,6	344,6	338,7	1 748,7	Sept.			
Baden																		
42,2	20,9	20,9	0,4	6,4	5,6	0,8	11,1	35,9	17,0	—	18,9	5,7	5,6	5,6	Mai			
39,2	17,8	20,9	0,5	6,2	5,4	0,8	11,7	40,2	19,9	—	20,3	5,2	5,1	5,9	Juni			
39,8	18,4	20,8	0,6	6,1	5,3	0,8	11,9	42,1	19,4	—	22,7	5,3	5,1	6,1	Juli			
40,8	19,2	20,8	0,8	6,1	5,3	0,8	12,2	40,5	17,9	—	22,6	4,9	4,7	6,2	Aug.			
32,9	16,4	15,5	1,0	6,1	5,3	0,8	12,4	42,4	20,4	—	22,0	4,7	4,6	6,4	Sept.			
Bayern																		
164,8	61,6	89,7	13,5	5,9	4,1	1,8	236,5	256,1	154,1	—	102,0	11,6	10,1	94,4	Mai			
138,9	62,7	60,2	16,0	5,7	3,9	1,8	245,7	283,8	176,7	—	107,1	16,1	14,6	98,9	Juni			
160,8	65,4	76,8	18,6	5,6	4,0	1,6	252,6	319,2	173,1	—	146,1	15,8	15,5	100,9	Juli			
155,9	62,6	75,2	18,1	5,4	3,9	1,5	266,1	310,9	159,9	—	151,0	16,4	16,1	98,5	Aug.			
156,1	63,3	76,2	16,6	7,8	6,3	1,5	269,7	323,0	169,0	—	154,0	16,9	16,7	105,8	Sept.			
Bremen																		
11,1	0,1	11,0	0,0	—	—	—	8,2	61,6	20,1	—	41,5	0,0	0,0	8,5	Mai			
5,7	0,0	5,7	0,0	—	—	—	8,1	61,2	20,8	—	40,4	0,0	0,0	8,6	Juni			
7,5	0,0	7,5	0,0	—	—	—	8,4	66,3	22,5	—	43,8	0,0	0,0	8,6	Juli			
11,1	0,1	11,0	0,0	—	—	—	8,5	64,1	20,5	—	43,6	0,0	0,0	8,6	Aug.			
10,7	0,0	10,7	0,0	—	—	—	8,4	62,5	18,5	—	44,0	0,0	0,0	8,7	Sept.			
Hamburg																		
30,2	6,5	23,6	0,1	0,1	0,1	—	1,7	70,9	42,0	1,3	28,9	9,5	7,2	13,5	Mai			
29,8	6,2	23,6	0,0	0,1	0,1	—	1,8	76,3	42,6	0,8	33,7	10,0	7,7	13,5	Juni			
27,6	5,0	22,6	0,0	0,1	0,1	—	1,8	127,2	40,9	0,6	86,3	9,9	7,6	13,0	Juli			
28,4	5,8	22,6	0,0	0,1	0,1	—	1,8	142,9	35,5	0,4	107,4	9,9	7,6	13,5	Aug.			
26,3	3,7	22,6	0,0	0,2	0,2	—	7,7	69,1	39,5	0,6	29,6	9,8	7,5	13,7	Sept.			
Hessen																		
103,3	14,4	87,7	1,2	36,9	35,8	1,1	78,8	207,6	76,0	2,6	131,6	14,7	14,7	35,2	Mai			
94,8	12,1	81,8	0,9	40,0	38,9	1,1	84,1	223,3	87,5	2,6	135,8	17,3	17,3	36,3	Juni			
105,8	11,9	93,0	0,9	43,7	41,3	2,4	86,4	369,9	79,1	2,6	290,8	21,2	21,2	36,3	Juli			
111,1	13,9	96,4	0,8	44,9	42,5	2,4	94,0	406,0	90,6	2,5	315,4	20,9	20,9	38,1	Aug.			
108,8	16,9	91,1	0,8	52,5	49,6	2,9	98,1	247,6	94,2	3,1	153,4	22,0	22,0	35,3	Sept.			
Niedersachsen																		
102,2	22,9	77,2	2,1	0,4	0,4	0,0	146,4	196,2	55,6	—	140,6	4,5	4,5	107,4	Mai			
103,7	25,6	75,8	2,3	0,4	0,4	0,0	148,1	162,4	56,1	—	106,3	4,9	4,9	109,6	Juni			
135,6	26,6	106,6	2,4	1,1	1,1	0,0	157,5	170,0	58,7	1,1	111,3	5,1	5,1	112,8	Juli			
111,7	17,6	91,7	2,4	1,1	1,1	0,0	179,2	162,9	48,6	—	114,3	5,5	5,5	115,3	Aug.			
92,9	19,9	70,7	2,3	1,6	1,6	0,0	184,5	181,8	53,8	—	128,0	4,5	4,5	123,1	Sept.			

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunalanleihen, sonstige langfristige Ausleihungen statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 31 Mill. DM (Umbuchung eines Instituts).

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt													von den Spalten 1
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	Wirtschaft und Private							
		Debitoren					kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾
insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt	darunter Akzeptkredite	Debitoren	durchlaufende Kredite									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1952														
Nordrhein-Westfalen														
Mai	5 262,3	2 416,8	238,1	2 845,5	463,2	2 324,4	4 573,5	2 402,9	238,1	2 170,6	371,4	349,7	21,7	1 836,5
Juni	5 192,6	2 467,4	217,1	2 725,2	468,5	2 394,6	4 668,5	2 449,8	217,1	2 218,7	377,1	355,4	21,7	1 898,7
Juli	5 337,4	2 424,8	216,3	2 912,6	476,4	2 534,3	4 659,0	2 405,1	216,3	2 252,9	384,0	359,7	24,3	2 005,0
Aug.	5 480,6	2 476,7	226,2	3 003,9	476,9	2 674,2	4 733,5	2 466,5	226,2	2 267,0	383,1	364,3	18,8	2 127,9
Sept.	5 558,8	2 577,7	196,9	2 981,1	557,8 ⁴⁾	2 779,0 ⁵⁾	4 966,1	2 564,8	196,9	2 401,3	444,9 ⁴⁾	392,4	52,5 ⁴⁾	2 190,5 ⁵⁾
Rheinland-Pfalz														
Mai	674,7	425,1	51,9	249,6	62,1	248,5	655,2	419,5	51,9	235,7	58,4	54,0	4,4	214,2
Juni	686,5	431,2	46,2	255,3	65,0	258,2	665,9	425,4	46,2	240,5	61,5	57,1	4,4	222,6
Juli	699,6	430,3	42,6	269,3	65,1	265,3	678,6	424,7	42,6	253,9	61,8	57,4	4,4	229,3
Aug.	715,0	442,8	41,3	272,2	67,6	274,0	693,5	436,7	41,3	256,8	64,2	59,6	4,6	237,0
Sept.	737,5	456,3	41,9	281,2	70,4	282,1	710,3	450,2	41,9	260,1	67,1	62,3	4,8	244,6
Schleswig-Holstein														
Mai	510,7	291,1	44,2	219,6	46,6	432,7	500,7	282,1	44,2	218,6	44,1	38,3	5,8	376,0
Juni	524,6	305,7	37,8	218,9	46,7	434,6	511,0	293,2	37,8	217,8	44,2	38,4	5,8	377,4
Juli	526,2	300,8	39,4	225,4	47,6	445,5	513,1	289,0	39,4	224,1	44,9	38,7	6,2	386,8
Aug.	526,8	305,9	39,5	220,9	48,9	452,7	515,8	296,2	39,5	219,6	46,1	39,2	6,9	393,0
Sept.	505,9	300,7	43,3	205,2	49,9	465,1	495,8	291,9	43,3	203,9	47,4	38,9	8,5	404,8
Württemberg-Baden														
Mai	1 656,6	944,7	166,8	711,9	226,3	1 397,9	1 588,0	928,5	166,8	659,5	167,6	159,9	7,7	1 216,6
Juni	1 653,2	946,5	152,1	706,7	238,0	1 435,5	1 587,5	927,4	152,1	660,1	176,6	169,0	7,6	1 246,8
Juli	1 658,9	956,4	151,4	702,5	245,1	1 485,5	1 602,5	944,0	151,4	658,5	182,3	174,7	7,6	1 288,7
Aug.	1 712,5	985,0	153,3	727,5	259,9	1 525,0	1 640,3	973,9	153,3	666,4	193,2	185,7	7,5	1 317,9
Sept.	1 776,2	1 017,6	155,2	758,6	272,8	1 571,6	1 698,3	1 005,1	155,2	693,2	200,0	192,2	7,8	1 361,8
Württemberg-Hohenzollern														
Mai	318,3	232,4	10,4	85,9	27,5	99,5	302,5	217,6	10,4	84,9	23,4	22,7	0,7	80,5
Juni	330,9	240,3	10,0	90,6	28,9	102,6	314,8	225,1	10,0	89,7	24,1	23,4	0,7	82,1
Juli	335,6	241,5	10,2	94,1	29,5	104,1	319,1	226,0	10,2	93,1	24,8	24,2	0,6	82,6
Aug.	342,6	248,3	9,9	94,3	30,1	106,6	325,6	232,3	9,9	93,3	25,5	24,9	0,6	84,1
Sept.	356,6	261,2	10,5	95,4	31,6	107,9	337,4	243,0	10,5	94,4	26,6	26,0	0,6	84,5
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Mai	733,3	118,7	3,5	614,6	97,9	871,2	637,7	52,8	3,5	584,9	88,8	88,8	—	793,3
Juni	725,5	124,8	2,8	600,7	100,8	881,7	629,1	56,6	2,8	572,5	89,4	89,4	—	801,8
Juli	725,4	127,6	6,9	597,8	107,4	904,6	627,1	57,8	6,9	569,3	96,1	96,1	—	826,7
Aug.	736,1	138,9	9,5	597,2	113,4	928,9	641,9	72,8	9,5	569,1	103,2	103,2	—	851,0
Sept.	811,3	140,2	12,5	671,1	113,6	948,7	695,3	59,6	12,5	635,7	102,7	102,7	—	873,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — 2) Enthält statistisch bedingte Zunahme (rd. 31 Mill. DM Umbuchung eines Instituts). — 3) Hierin enthalten

Kredite der Geschäftsbanken

VII. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken								Kredite an Kreditinstitute							Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:								kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	
Öffentlich-rechtliche Körperschaften				davon					Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft	insgesamt	darunter Debitoren		
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	insgesamt		darunter Akzeptkredite						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Nordrhein-Westfalen															1952
688,8	13,9	673,2	1,7	91,8	91,6	0,2	487,9	648,9	138,4	0,8	510,5	32,7	31,5	373,9	Mai
524,1	17,6	504,7	1,8	91,4	91,2	0,2	495,9	652,0	180,4	3,0	471,6	40,8	39,3	382,7	Juni
678,4	18,7	657,8	1,9	92,4	92,2	0,2	529,3	609,3	137,8	4,0	471,5	41,9	40,3	388,8	Juli
747,1	10,2	734,8	2,1	93,8	93,5	0,3	546,3	588,8	147,5	2,3	441,3	43,6	42,1	396,1	Aug.
592,7	12,9	577,5	2,3	112,9	112,7	0,2	588,5	737,8	147,5	1,7	590,3	44,0	42,4	393,7	Sept.
Rheinland-Pfalz															
19,5	5,6	10,5	3,4	3,7	3,7	—	34,3	128,3	65,0	0,0	63,3	4,7	4,7	25,8	Mai
20,6	5,8	10,5	4,3	3,5	3,5	—	35,6	128,9	64,7	—	64,2	4,9	4,9	28,0	Juni
21,0	5,6	10,9	4,5	3,3	3,3	—	36,0	124,9	59,9	—	65,0	5,2	5,2	28,9	Juli
21,5	6,1	10,8	4,6	3,4	3,4	—	37,0	117,9	54,8	—	63,1	5,4	5,4	29,6	Aug.
27,2	6,1	15,6	5,5	3,3	3,3	—	37,5	122,5	59,1	0,0	63,4	5,4	5,4	30,3	Sept.
Schleswig-Holstein															
10,0	9,0	0,2	0,8	2,5	2,5	—	56,7	62,5	28,9	0,8	33,6	2,6	1,3	28,8	Mai
13,6	12,5	0,2	0,9	2,5	2,5	—	57,2	71,4	35,0	0,4	36,4	2,7	1,5	29,0	Juni
13,1	11,8	0,3	1,0	2,7	2,7	—	58,7	76,0	36,1	0,5	39,9	2,5	1,3	26,3	Juli
11,0	9,7	0,3	1,0	2,8	2,8	—	59,7	74,6	37,5	0,6	37,1	2,6	1,4	30,1	Aug.
10,1	8,8	0,3	1,0	2,5	2,5	—	60,3	54,8	26,1	0,4	28,7	2,8	1,6	30,4	Sept.
Württemberg-Baden															
68,6	16,2	48,5	3,9	58,7	58,5	0,2	181,3	197,2	76,4	1,5	120,8	38,5	38,1	46,3	Mai
65,7	19,1	41,6	5,0	61,4	61,4	0,0	188,7	208,6	87,8	1,1	120,8	51,3	50,9	47,2	Juni
56,4	12,4	37,4	6,6	62,8	62,8	—	196,8	212,4	83,9	1,1	128,5	53,9	53,5	47,9	Juli
72,2	11,1	53,4	7,7	66,7	66,7	—	207,1	204,5	80,4	1,3	124,1	55,1	54,8	48,9	Aug.
77,9	12,5	58,1	7,3	72,8	72,8	—	209,8	201,4	84,8	1,4	116,6	57,9	57,5	50,1	Sept.
Württemberg-Hohenzollern															
15,8	14,8	0,9	0,1	4,1	4,1	—	19,0	30,6	20,4	0,6	10,2	5,1	5,1	13,2	Mai
16,1	15,2	0,9	0,0	4,8	4,8	—	20,5	18,0	14,4	0,5	3,6	5,2	5,2	13,4	Juni
16,5	15,5	0,9	0,1	4,7	4,7	—	21,5	16,9	13,2	0,4	3,7	4,4	4,4	13,5	Juli
17,0	16,0	0,9	0,1	4,6	4,6	—	22,5	16,4	12,6	0,4	3,8	0,0	0,0	18,6	Aug.
19,2	18,2	0,9	0,1	5,0	5,0	—	23,4	14,4	10,4	0,5	4,0	0,0	0,0	19,1	Sept.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
95,6	65,9	29,7	—	9,1	9,1	—	77,9	86,8	22,2	1,9	64,6	132,5	132,5	733,5	Mai
96,4	68,2	28,2	—	11,4	11,4	—	77,9	141,8	24,7	1,9	117,1	156,0	156,0	793,8	Juni
98,3	69,8	28,5	—	11,3	11,3	—	77,9	211,4	26,2	—	185,2	167,2	167,2	836,9	Juli
94,2	66,1	28,1	—	10,2	10,2	—	77,9	249,4	26,2	—	223,2	149,5	149,5	880,8	Aug.
116,0	80,6	35,4	—	10,9	10,9	—	75,1	267,8	29,4	—	238,4	176,4	176,4	932,0	Sept.

deutscher Länder und Landeszentralbanken ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 31 Mill. DM (Umbuchung eines Instituts).

Stand am Monatsende	Kredite an													von den Spalten 1	
	insgesamt						Wirtschaft und Private								
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon			langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		insgesamt	durchlaufende Kredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
1952															
Alle Banken															
Mai	17 388,7	9 240,1	1 265,8	8 148,6	1 645,4	9 473,6	16 036,8	8 988,3	1 265,8	7 048,5	1 426,0	1 325,3	100,7	8 133,6	
Juni	17 276,4	9 371,5	1 130,1	7 904,9	1 689,4	9 710,5	16 127,8	9 108,8	1 130,1	7 019,0	1 461,7	1 355,6	106,1	8 335,2	
Juli	17 503,6	9 334,6	1 127,6	8 169,0	1 716,5	10 073,5	16 142,7	9 073,3	1 127,6	7 069,4	1 483,0	1 371,4	111,6	8 634,9	
Aug.	17 832,8	9 544,7	1 153,8	8 288,1	1 750,5	10 446,7	16 410,8	9 306,6	1 153,8	7 104,2	1 511,3	1 411,8	99,5	8 934,6	
Sept.	18 292,8	9 894,8	1 170,7	8 398,0	1 847,4 ⁴⁾	10 775,8 ⁵⁾	17 022,2	9 635,6	1 170,7	7 386,6	1 571,9 ⁴⁾	1 438,0	133,9 ⁴⁾	9 200,1 ⁵⁾	
Kreditbanken +)															
Mai	10 324,8	5 588,7	1 070,2	4 736,1	490,2	1 232,5	10 018,8	5 522,9	1 070,2	4 495,9	466,9	408,3	58,6	1 201,3	
Juni	10 186,8	5 625,5	954,9	4 561,3	494,5	1 262,7	10 005,5	5 562,8	954,9	4 442,7	472,8	409,2	63,6	1 230,8	
Juli	10 278,4	5 572,9	945,9	4 705,5	493,4	1 308,8	9 982,3	5 510,5	945,9	4 471,8	470,4	402,7	67,7	1 272,3	
Aug.	10 360,4	5 638,1	919,1	4 722,3	493,5	1 333,4	10 078,6	5 576,4	919,1	4 502,2	469,8	413,5	56,3	1 296,4	
Sept.	10 715,6	5 898,2	917,5	4 817,4	494,3	1 389,7	10 510,1	5 837,5	917,5	4 672,6	471,1	413,3	57,8	1 351,8	
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Mai	91,2	21,2	—	70,0	24,1	2 727,7	20,2	14,4	—	5,8	18,2	8,7	9,5	2 480,9	
Juni	85,3	21,7	—	63,6	24,9	2 798,9	17,9	13,2	—	4,7	18,0	9,0	9,0	2 541,4	
Juli	81,4	18,5	—	62,9	27,5	2 891,7	16,4	11,9	—	4,5	20,6	10,4	10,2	2 622,5	
Aug.	81,5	14,3	—	67,2	26,0	2 983,1	16,5	12,3	—	4,2	19,1	9,9	9,2	2 699,4	
Sept.	73,7	14,7	—	59,0	28,1	3 077,6	16,5	12,8	—	3,7	18,9	9,9	9,0	2 783,3	
Girozentralen															
Mai	1 735,9	472,5	23,2	1 263,4	346,4	1 958,7	1 024,0	397,9	23,2	626,1	212,4	205,6	6,8	1 277,8	
Juni	1 664,9	483,1	23,5	1 181,8	350,6	2 003,7	1 036,0	403,7	23,5	632,3	215,9	208,8	7,1	1 312,2	
Juli	1 734,6	466,1	23,9	1 268,5	350,0	2 103,1	1 014,7	391,4	23,9	623,3	211,0	203,0	8,0	1 375,2	
Aug.	1 825,2	478,0	26,4	1 347,2	350,0	2 242,2	1 037,6	413,4	26,4	624,2	207,3	198,5	8,8	1 469,9	
Sept.	1 735,5	472,7	25,6	1 262,8	406,5 ⁴⁾	2 304,2 ⁵⁾	1 051,2	408,8	25,6	642,4	232,6 ⁴⁾	190,7	41,9 ⁴⁾	1 495,4 ⁵⁾	
Sparkassen															
Mai	2 470,5	1 739,9	19,9	730,6	457,6	2 418,9	2 331,3	1 702,4	19,9	628,9	412,9	396,1	16,8	2 116,9	
Juni	2 542,5	1 790,2	17,7	752,3	482,3	2 487,5	2 400,6	1 748,0	17,7	652,6	432,0	414,4	17,6	2 172,2	
Juli	2 550,9	1 779,7	16,8	771,2	498,8	2 561,7	2 407,8	1 734,2	16,8	673,6	448,4	432,1	16,3	2 236,0	
Aug.	2 595,0	1 799,7	18,3	795,3	522,2	2 648,9	2 440,3	1 758,8	18,3	681,5	469,4	453,9	15,5	2 308,9	
Sept.	2 664,4	1 846,5	19,6	817,9	551,2	2 733,8	2 493,5	1 798,5	19,6	695,0	495,9	480,4	15,5	2 375,7	
Zentralkassen °)															
Mai	337,3	156,5	73,8	180,8	7,3	37,1	337,0	156,2	73,8	180,8	7,3	7,3	0,0	37,1	
Juni	333,2	149,1	60,1	184,1	6,8	40,4	332,4	148,3	60,1	184,1	6,8	6,8	0,0	40,4	
Juli	348,2	164,3	63,5	183,9	6,4	44,9	346,6	162,7	63,5	183,9	6,4	6,4	0,0	44,9	
Aug.	422,4	243,6	113,1	178,8	7,2	43,1	420,3	241,5	113,1	178,8	7,2	7,2	0,0	43,1	
Sept.	442,1	264,7	132,6	177,4	7,7	43,9	439,4	262,0	132,6	177,4	7,7	7,7	0,0	43,9	
Kreditgenossenschaften °)															
Mai	1 427,7	1 006,1	34,7	421,6	180,0	205,9	1 424,3	1 005,2	34,7	419,1	177,7	170,3	7,4	204,6	
Juni	1 472,2	1 045,4	32,7	426,8	185,4	213,5	1 468,9	1 044,5	32,7	424,4	182,9	175,5	7,4	212,2	
Juli	1 498,7	1 060,7	32,5	438,0	187,0	222,0	1 495,3	1 060,0	32,5	435,3	184,3	177,1	7,2	220,7	
Aug.	1 520,6	1 086,1	32,5	434,5	190,6	230,0	1 517,4	1 085,4	32,5	432,0	187,8	180,3	7,5	228,7	
Sept.	1 559,1	1 118,5	32,5	440,6	195,2	240,2	1 555,9	1 117,8	32,5	438,1	192,5	185,0	7,5	238,8	
Sonstige Kreditinstitute															
Mai	268,1	136,5	40,6	131,6	42,0	21,7	243,5	136,5	40,6	107,0	41,9	40,3	1,6	21,7	
Juni	266,0	131,8	38,4	134,2	44,1	22,1	237,5	131,8	38,4	105,7	44,0	42,4	1,6	22,1	
Juli	286,1	145,0	37,9	141,1	45,8	36,7	252,5	145,0	37,9	107,5	45,7	43,4	2,3	36,7	
Aug.	291,5	146,0	34,9	145,5	47,8	37,2	258,1	146,0	34,9	112,1	47,6	45,3	2,3	37,2	
Sept.	291,3	139,3	30,4	152,0	50,8	37,8	260,4	138,6	30,4	121,8	50,7	48,4	2,3	37,8	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Mai	733,3	118,7	3,5	614,6	97,9	871,2	637,7	52,8	3,5	584,9	88,8	88,8	—	793,3	
Juni	725,5	124,8	2,8	600,7	100,8	881,7	629,1	56,6	2,8	572,5	89,4	89,4	—	803,8	
Juli	725,4	127,6	6,9	597,8	107,4	904,6	627,1	57,8	6,9	569,3	96,1	96,1	—	826,7	
Aug.	736,1	138,9	9,5	597,2	113,4	928,9	641,9	72,8	9,5	569,1	103,2	103,2	—	851,0	
Sept.	811,3	140,2	12,5	671,1	113,6	948,7	695,3	59,6	12,5	635,7	102,7	102,7	—	873,6	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — 4) Enthält statistisch bedingte Zunahme (rd. 31 Mill. DM, Umbuchung eines Instituts). — 5) Hierin enthalten banken, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — °) Aufgliederung umseitig.

Kredite der Geschäftsbanken

VII. Kreditvolumen

gruppen
und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken										Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:																				
Öffentlich-rechtliche Körperschaften																				
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon			langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)					
	Debitoren	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	insgesamt			darunter Akzeptkredite	insgesamt		darunter Debitoren							
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29						
Alle Banken																				
1 351,9	251,8	1 073,0	27,1	219,4	215,4	4,0	1 340,0	1 982,9	716,3	9,3	1 266,6	262,2	255,4	1 485,9	1952					
1 148,6	262,7	853,9	32,0	227,7	223,7	4,0	1 375,3	2 068,0	810,7	10,4	1 257,3	314,3	307,2	1 566,8	Mai					
1 360,9	261,3	1 063,0	36,6	233,5	228,6	4,9	1 438,6	2 345,5	750,7	9,1	1 594,8	332,3	326,3	1 620,2	Juni					
1 422,0	238,1	1 146,0	37,9	239,2	234,3	4,9	1 512,1	2 378,7	731,9	7,4	1 646,8	313,7	307,9	1 684,4	Juli					
1 270,6	259,2	974,3	37,1	275,5	270,1	5,4	1 575,7	2 325,2	752,6	7,6	1 572,6	344,6	338,7	1 748,7	Aug.					
Kreditbanken +)																				
306,0	65,8	235,5	4,7	23,3	21,1	2,2	31,2	473,0	155,3	4,6	317,7	34,4	29,5	38,8	Mai					
181,3	62,7	112,5	6,1	21,7	19,6	2,1	31,9	484,2	166,5	6,4	317,7	45,1	40,2	39,3	Juni					
296,1	62,4	227,0	6,7	23,0	20,9	2,1	36,5	744,1	166,6	7,1	577,5	45,1	41,4	39,2	Juli					
281,8	61,7	213,0	7,1	23,7	21,5	2,2	37,0	800,2	169,7	5,2	630,5	45,0	41,4	39,9	Aug.					
205,5	60,7	136,8	8,0	23,2	21,1	2,1	37,9	621,1	175,6	5,3	445,5	44,8	41,2	39,9	Sept.					
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																				
71,0	6,8	64,2	—	5,9	5,8	0,1	246,8	7,9	7,8	—	0,1	14,2	14,2	25,3	Mai					
67,4	8,5	58,9	—	6,9	6,8	0,1	257,5	8,3	8,3	—	0,0	26,6	26,6	25,4	Juni					
65,0	6,6	58,4	—	6,9	6,8	0,1	269,2	8,3	8,1	—	0,2	28,0	28,0	24,3	Juli					
65,0	2,0	63,0	—	6,9	6,8	0,1	283,7	7,6	7,5	—	0,1	28,3	28,3	23,9	Aug.					
57,2	1,9	55,3	—	9,2	9,1	0,1	294,3	6,6	6,5	—	0,1	29,3	29,3	24,8	Sept.					
Girozentralen																				
711,9	74,6	634,6	2,7	134,0	132,8	1,2	680,9	801,6	206,8	1,8	594,8	56,3	55,7	569,5	Mai					
628,9	79,4	546,7	2,8	134,7	133,6	1,1	691,5	797,2	272,2	1,7	525,0	60,2	59,7	583,9	Juni					
719,9	74,7	642,3	2,9	139,0	136,7	2,3	727,9	745,6	220,9	1,5	524,7	64,1	63,6	593,9	Juli					
787,6	64,6	720,1	2,9	142,7	140,4	2,3	772,3	711,9	215,7	1,6	496,2	61,1	60,6	605,0	Aug.					
684,3	63,9	617,4	3,0	173,9	171,0	2,9	808,8	823,0	222,4	1,9	600,6	63,2	62,7	608,3	Sept.					
Sparkassen																				
139,2	37,5	98,5	3,2	44,7	44,2	0,5	302,0	44,4	15,7	—	28,7	7,8	7,8	27,2	Mai					
141,9	42,2	96,8	2,9	50,3	49,7	0,6	315,3	38,7	14,9	—	23,8	7,7	7,7	29,2	Juni					
143,1	45,5	94,6	3,0	50,4	50,1	0,3	325,7	38,3	13,4	—	24,9	7,8	7,8	29,6	Juli					
154,7	40,9	110,9	2,9	52,8	52,5	0,3	340,0	44,4	14,7	—	29,7	7,6	7,6	30,1	Aug.					
170,9	48,0	120,1	2,8	55,3	55,0	0,3	358,1	44,1	13,9	—	30,2	7,2	7,2	35,8	Sept.					
Zentralkassen °)																				
0,3	0,3	—	—	—	—	—	—	506,7	270,1	0,7	236,6	11,3	11,3	79,0	Mai					
0,8	0,8	—	—	—	—	—	—	534,7	285,9	0,4	248,8	12,5	12,5	82,3	Juni					
1,6	1,6	—	—	—	—	—	—	533,0	275,3	0,5	257,7	13,9	13,9	82,9	Juli					
2,1	2,1	—	—	—	—	—	—	503,6	258,7	0,6	244,9	15,9	15,9	90,1	Aug.					
2,7	2,7	—	—	—	—	—	—	501,6	265,6	0,5	236,0	16,4	16,4	93,1	Sept.					
Kreditgenossenschaften °)																				
3,4	0,9	2,3	0,2	2,3	2,3	—	1,3	7,4	3,1	0,3	4,3	3,8	3,8	0,0	Mai					
3,3	0,9	2,2	0,2	2,5	2,5	—	1,3	8,4	3,5	0,0	4,9	4,3	3,9	0,0	Juni					
3,4	0,7	2,5	0,2	2,7	2,7	—	1,3	8,6	3,1	—	5,5	4,4	3,9	0,0	Juli					
3,2	0,7	2,3	0,2	2,8	2,8	—	1,3	8,1	2,9	—	5,2	4,5	4,0	0,0	Aug.					
3,2	0,7	2,2	0,3	2,7	2,7	—	1,4	8,1	2,6	—	5,5	5,4	4,9	0,0	Sept.					
Sonstige Kreditinstitute																				
24,6	0,0	8,3	16,3	0,1	0,1	—	0,0	55,0	35,3	—	19,7	1,6	0,4	12,4	Mai					
28,5	0,0	8,6	19,9	0,1	0,1	—	—	54,8	34,8	—	20,0	1,9	0,6	12,9	Juni					
33,6	0,0	9,7	23,9	0,1	0,1	—	—	56,3	37,1	—	19,2	1,8	0,6	13,5	Juli					
33,4	0,0	8,6	24,8	0,2	0,2	—	—	53,7	36,6	—	17,1	1,7	0,5	14,5	Aug.					
30,9	0,7	7,2	23,0	0,1	0,1	—	—	52,7	36,5	—	16,2	1,8	0,6	14,7	Sept.					
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																				
95,6	65,9	29,7	—	9,1	9,1	—	77,9	86,8	22,2	1,9	64,6	132,5	132,5	733,5	Mai					
96,4	68,2	28,2	—	11,4	11,4	—	77,9	141,8	24,7	1,9	117,1	156,0	156,0	793,8	Juni					
98,3	69,8	28,5	—	11,3	11,3	—	77,9	211,4	26,2	—	185,2	167,2	167,2	836,9	Juli					
94,2	66,1	28,1	—	10,2	10,2	—	77,9	249,4	26,2	—	223,2	149,5	149,5	880,8	Aug.					
116,0	80,6	35,4	—	10,9	10,9	—	75,1	267,8	29,4	—	238,4	176,4	176,4	932,0	Sept.					

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mill. RM betrug. — °) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — °) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 31 Mill. DM (Umbuchung eines Instituts). — +) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute der früheren Groß-

Stand am Mo- nats- ende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) 2)	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 3)	Wirtschaft und Private							
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite				kurz- fristige ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 3)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		11	12		13
Kreditbanken, Aufgliederung														
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken														
1952														
Mai	5 995,7	3 171,1	531,6	2 824,6	147,8	449,9	5 827,9	3 163,1	531,6	2 664,8	132,6	124,4	8,2	448,8
Juni	5 875,5	3 171,8	465,6	2 703,7	145,0	463,8	5 804,6	3 164,3	465,6	2 640,3	132,0	123,7	8,3	462,3
Juli	5 941,2	3 116,4	464,1	2 824,8	138,9	487,9	5 775,8	3 109,5	464,1	2 666,3	124,0	115,7	8,3	486,4
Aug.	5 997,1	3 169,1	464,3	2 828,0	146,3	493,7	5 842,1	3 161,3	464,3	2 680,8	131,0	122,9	8,1	491,8
Sept.	6 091,7	3 247,3	432,5	2 844,4	142,8	518,5	6 019,8	3 241,1	432,5	2 778,7	127,8	120,0	7,8	516,7
Staats-, Regional- und Lokalbanken														
Mai	2 956,0	1 680,4	323,0	1 275,6	265,4	700,9	2 822,4	1 622,8	323,0	1 199,6	259,3	246,3	13,0	670,8
Juni	2 968,4	1 725,7	298,7	1 242,7	267,7	715,2	2 861,3	1 670,8	298,7	1 190,5	260,9	247,8	13,1	684,9
Juli	2 984,4	1 722,3	288,2	1 262,1	268,7	732,5	2 859,2	1 667,1	288,2	1 192,1	262,4	249,7	12,7	697,5
Aug.	3 001,6	1 736,2	270,3	1 265,4	272,7	749,1	2 880,4	1 682,6	270,3	1 197,8	266,2	254,1	12,1	714,0
Sept.	3 189,0	1 863,9	285,7	1 325,1	275,6	777,7	3 059,7	1 809,7	285,7	1 250,0	269,2	256,6	12,6	741,6
Privatbankiers														
Mai	1 373,1	737,2	215,6	635,9	77,0	81,7	1 368,5	737,0	215,6	631,5	75,0	37,6	37,4	81,7
Juni	1 342,9	728,0	190,6	614,9	81,8	83,7	1 339,6	727,7	190,6	611,9	79,9	37,7	42,2	83,7
Juli	1 352,8	734,2	193,6	618,6	85,8	88,4	1 347,3	733,9	193,6	613,4	84,0	37,3	46,7	88,4
Aug.	1 361,7	732,8	184,5	628,9	74,5	90,6	1 356,1	732,5	184,5	623,6	72,6	36,5	36,1	90,6
Sept.	1 434,9	787,0	199,3	647,9	75,9	93,5	1 430,6	786,7	199,3	643,9	74,1	36,7	37,4	93,5
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:														
Gewerbliche Zentralkassen														
Mai	18,6	10,2	2,7	8,4	0,7	1,0	18,6	10,2	2,7	8,4	0,7	0,7	—	1,0
Juni	19,3	10,9	2,6	8,4	0,8	1,0	19,3	10,9	2,6	8,4	0,8	0,8	—	1,0
Juli	20,1	10,9	2,7	9,2	0,2	1,2	20,1	10,9	2,7	9,2	0,2	0,2	—	1,2
Aug.	22,8	13,8	4,0	9,0	0,2	1,2	22,8	13,8	4,0	9,0	0,2	0,2	—	1,2
Sept.	25,0	14,6	4,1	10,4	0,2	1,2	25,0	14,6	4,1	10,4	0,2	0,2	—	1,2
Gewerbliche Kreditgenossenschaften														
Mai	1 018,4	666,1	33,6	352,3	114,4	131,2	1 015,0	665,2	33,6	349,8	112,1	106,7	5,4	129,9
Juni	1 048,7	692,8	31,8	355,9	116,1	136,3	1 045,4	691,9	31,8	353,5	113,6	108,5	5,1	135,0
Juli	1 064,3	700,0	31,3	364,3	117,1	141,7	1 060,9	699,3	31,3	361,6	114,4	109,7	4,7	140,4
Aug.	1 080,7	719,1	31,2	361,6	120,1	147,0	1 077,5	718,4	31,2	359,1	117,3	112,4	4,9	145,7
Sept.	1 114,8	746,6	31,5	368,2	122,9	153,3	1 111,6	745,9	31,5	365,7	120,2	115,3	4,9	151,9
Ländliche Zentralkassen														
Mai	318,7	146,3	71,1	172,4	6,6	36,1	318,4	146,0	71,1	172,4	6,6	6,6	0,0	36,1
Juni	313,9	138,2	57,5	175,7	6,0	39,4	313,1	137,4	57,5	175,7	6,0	6,0	0,0	39,4
Juli	328,1	153,4	60,8	174,7	6,2	43,7	326,5	151,8	60,8	174,7	6,2	6,2	0,0	43,7
Aug.	399,6	229,8	109,1	169,8	7,0	41,9	397,5	227,7	109,1	169,8	7,0	7,0	0,0	41,9
Sept.	417,1	250,1	128,5	167,0	7,5	42,7	414,4	247,4	128,5	167,0	7,5	7,5	0,0	42,7
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁴⁾														
Mai	409,3	340,0	1,1	69,3	65,6	74,7	409,3	340,0	1,1	69,3	65,6	63,6	2,0	74,7
Juni	421,5	352,6	0,9	70,9	69,3	77,2	423,5	352,6	0,9	70,9	69,3	67,0	2,3	77,2
Juli	434,4	360,7	1,2	73,7	69,9	80,3	434,4	360,7	1,2	73,7	69,9	67,4	2,5	80,3
Aug.	439,9	367,0	1,3	72,9	70,5	83,0	439,9	367,0	1,3	72,9	70,5	67,9	2,6	83,0
Sept.	444,3	371,9	1,0	72,4	72,3	86,9	444,3	371,9	1,0	72,4	72,3	69,7	2,6	86,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — 4) Erfasst sind 1629 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossenschaften (Stand 31. 12. 1950).

Kredite der Geschäftsbanken

VII. Kreditvolumen

Gruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken								Kredite an Kreditinstitute							Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:								kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	
Öffentlich-rechtliche Körperschaften									Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft	ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite		
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ³⁾)	ins- gesamt		dar- unter Ak- zept- kredite	ins- gesamt					
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Kreditbanken, Aufgliederung															
Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken															
167,8	8,0	159,7	0,1	15,2	14,7	0,5	1,1	280,6	94,0	3,3	186,6	16,4	15,4	37,9	Mai
70,9	7,5	62,8	0,6	13,0	12,5	0,5	1,5	291,7	104,9	4,2	186,8	19,1	18,2	38,4	Juni
165,4	6,9	157,5	1,0	14,9	14,4	0,5	1,5	509,7	104,6	4,9	405,1	20,5	19,5	38,3	Juli
155,0	7,8	145,9	1,3	15,3	14,8	0,5	1,9	562,6	109,7	3,3	452,9	19,8	18,9	38,8	Aug.
71,9	6,2	64,2	1,5	15,0	14,5	0,5	1,8	375,3	114,5	2,9	260,8	19,8	18,8	38,8	Sept.
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
133,6	57,6	71,5	4,5	6,1	6,1	—	30,1	145,8	46,5	0,1	99,3	15,2	13,7	0,9	Mai
107,1	54,9	46,8	5,4	6,8	6,8	—	30,3	145,5	44,9	0,8	100,6	23,1	21,6	0,9	Juni
125,2	55,2	64,4	5,6	6,3	6,3	—	35,0	193,3	48,5	1,1	144,8	21,7	21,4	0,9	Juli
121,2	53,6	61,9	5,7	6,5	6,5	—	35,1	196,7	45,2	0,3	151,5	22,3	22,0	1,1	Aug.
129,3	54,2	68,6	6,5	6,4	6,4	—	36,1	203,5	45,2	0,5	158,3	22,1	21,9	1,1	Sept.
Privatbankiers															
4,6	0,2	4,3	0,1	2,0	0,3	1,7	0,0	46,6	14,8	1,2	31,8	2,8	0,4	—	Mai
3,3	0,3	2,9	0,1	1,9	0,3	1,6	0,0	47,0	16,7	1,4	30,3	2,9	0,4	—	Juni
5,5	0,3	5,1	0,1	1,8	0,2	1,6	0,0	41,1	13,5	1,1	27,6	2,9	0,5	—	Juli
5,6	0,3	5,2	0,1	1,9	0,2	1,7	0,0	40,9	14,8	1,6	26,1	2,9	0,5	—	Aug.
4,3	0,3	4,0	—	1,8	0,2	1,6	0,0	42,3	15,9	1,9	26,4	2,9	0,5	0,0	Sept.
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
—	—	—	—	—	—	—	—	237,3	89,9	—	147,4	0,7	0,7	38,8	Mai
—	—	—	—	—	—	—	—	261,5	102,8	—	158,7	0,6	0,6	39,6	Juni
—	—	—	—	—	—	—	—	256,1	92,3	—	163,8	1,2	1,2	40,8	Juli
—	—	—	—	—	—	—	—	244,0	88,7	—	155,3	1,2	1,2	42,6	Aug.
—	—	—	—	—	—	—	—	255,4	101,6	—	153,8	1,2	1,2	43,7	Sept.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
3,4	0,9	2,3	0,2	2,3	2,3	—	1,3	7,4	3,1	0,3	4,3	3,8	3,8	0,0	Mai
3,3	0,9	2,2	0,2	2,5	2,5	—	1,3	8,4	3,5	0,0	4,9	4,3	3,9	0,0	Juni
3,4	0,7	2,5	0,2	2,7	2,7	—	1,3	8,6	3,1	—	5,5	4,4	3,9	0,0	Juli
3,2	0,7	2,3	0,2	2,8	2,8	—	1,3	8,1	2,9	—	5,2	4,5	4,0	0,0	Aug.
3,2	0,7	2,2	0,3	2,7	2,7	—	1,4	8,1	2,6	—	5,5	5,4	4,9	0,0	Sept.
Ländliche Zentralkassen															
0,3	0,3	—	—	—	—	—	—	269,4	180,2	0,7	89,2	10,6	10,6	40,2	Mai
0,8	0,8	—	—	—	—	—	—	273,2	183,1	0,4	90,1	11,9	11,9	42,7	Juni
1,6	1,6	—	—	—	—	—	—	276,9	183,0	0,5	93,9	12,7	12,7	42,1	Juli
2,1	2,1	—	—	—	—	—	—	259,6	170,0	0,6	89,6	14,7	14,7	47,5	Aug.
2,7	2,7	—	—	—	—	—	—	246,2	164,0	0,5	82,2	15,2	15,2	49,4	Sept.
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁴⁾															
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Mai
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juni
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juli
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Aug.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Sept.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen volumemäßig sind etwa 42 vH der Einlagen und etwa 40 vH der Kredite nicht erfaßt.

4. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1950				
Oktober	953,0	910,5	42,5	1 283,4
November	1 002,2	959,7	42,5	1 394,7
Dezember	1 110,5	1 048,0	62,5	1 541,0
1951				
Januar	1 138,5	1 076,0	62,5	1 604,6
Februar	1 167,8	1 105,3	62,5	1 661,4
März	1 208,7	1 146,2	62,5	1 707,1
April	1 232,7	1 170,2	62,5	1 751,8
Mai	1 248,6	1 186,1	62,5	1 786,0
Juni	1 285,3	1 222,8	62,5	1 833,5
Juli	1 350,9	1 288,4	62,5	1 868,8
August	1 368,6	1 306,1	62,5	1 958,5
September	1 400,5	1 338,0	62,5	1 999,2
Oktober	1 439,5	1 376,9	62,6	2 030,5
November	1 460,7	1 398,2	62,5	2 052,3
Dezember	1 511,0	1 448,5	62,5	2 079,1
1952				
Januar	1 547,7	1 485,2	62,5	2 094,0
Februar	1 553,6	1 491,1	62,5	2 112,8
März	1 571,6	1 509,1	62,5	2 152,4
April	1 577,7	1 515,0	62,7	2 169,7
Mai	1 583,9	1 521,2	62,7	2 187,4
Juni	1 591,7	1 529,0	62,7	2 221,5
Juli	1 617,5	1 548,1	69,4	2 244,8
August	1 635,9	1 561,8	74,1	2 275,0
September	1 658,7	1 581,9	76,8	2 336,9

5. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen *)

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ²⁾					
	Repräsentativerhebung bei 780 Kreditinstituten im Bundesgebiet ¹⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
	1952			1952			1952		
	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 3.	30. 6.	30. 9.
1. Wohnungsbau	90,4	89,1	93,3	4 254,0	4 627,1	5 220,7	335,0	365,3	416,0
2. Industrie und Handwerk darunter Kredite an Handwerksbetriebe	7 652,2	7 615,8	7 848,1	4 187,1	4 356,3	4 644,3	2 359,8	2 404,2	2 496,8
3. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Jagd, Fischerei	(378,9)	(441,0)	(450,6)	(255,1)	(299,6)	(311,8)			
4. Handel	147,1	169,1	177,1	681,6	758,1	854,0	280,0	296,9	311,7
5. Fremdenverkehr	5 226,5	4 935,5	5 395,1	405,4	427,4	489,8	1,3	2,8	2,7
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	53,7	55,7	52,8	83,0	90,6	97,6	22,0	22,4	22,3
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	395,1	432,4	466,9	309,9	329,9	375,3	84,1	85,5	85,5
8. Sonst. öffentl. Kreditnehmer (Bund, Länder, Gemeinden, Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	9,4	7,4	6,3	45,9	46,0	46,8	16,0	16,0	16,1
9. Sonstige private Kreditnehmer	587,4	585,0	659,8	863,4	981,8	1 136,2	0,5	0,5	0,5
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9) darunter Kredite für Im- und Export	379,6	399,8	421,4	540,2	586,4	639,0	—	—	—
	14 541,4	14 289,8	15 120,8	11 370,5	12 203,6	13 503,7	3 098,7	3 193,6	3 351,6
	2 925,3	2 474,8	2 345,5						

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Die kurzfristigen Ausleihungen der 780 Kreditinstitute repräsentierten am 30. 9. 1952 = 82,7 vH des kurzfristigen Kreditvolumens. — ²⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

6. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds¹⁾

VII. Kreditvolumen

in Mill. DM

Freigaben	Stand						
	1949 31. Dez.	1950		1951		1952	
		30. Juni	31. Dez.	30. Juni	31. Dez.	30. Sept.	31. Okt.
Summe der Freigaben	470,0	1 580,0	2 640,5	3 146,9	3 654,2	3 951,4	3 999,3
davon in Anspruch genommen:							
insgesamt	452,5	1 411,4	2 412,7	2 847,5	3 349,9	3 792,1	3 843,8
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:							
Energie							
(Elektrizitätswirtschaft)	110,0	337,8	541,5	680,7	777,4	809,3	809,3
Kohlenbergbau	185,0	317,8	417,9	465,6	512,0	551,2	559,2
Sonstige Industrie	35,0	201,5	389,4	425,8	464,3	491,2	494,4
Landwirtschaft	5,0	93,2	182,7	222,0	255,8	311,7	317,8
Wohnungsbau	0,0	99,4	175,1	189,6	293,0	382,0	391,8
Seeschifffahrt	—	49,9	85,5	93,4	135,1	151,0	151,5
Gas und Wasser	—	32,3	65,5	70,5	71,0	83,4	83,4
Straßenbahnen	—	6,4	12,8	17,3	17,3	17,3	17,3
Fischdampfer	—	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	36,5	67,8	114,6	150,3	167,3	167,5
Fremdenverkehr	—	—	11,0	19,6	21,5	22,1	22,2
Kleininvestitionen.							
Flüchtlingsbetriebe	—	—	70,5	70,5	70,5	76,6	76,6
Binnenschifffahrt	—	—	4,7	9,2	9,4	9,4	9,4
Binnenhäfen	—	—	4,7	9,2	10,0	10,0	10,0
Privatbahnen	—	—	2,2	6,1	6,8	6,5	6,5
Seehäfen	—	—	2,9	4,1	4,7	4,6	4,7
Verkehrsgewerbe	—	—	0,3	0,4	0,6	0,7	0,7
Waggonbau	—	—	—	—	—	14,2	16,4
Bundespost	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	—	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Exportintensive Industrie	—	—	—	—	12,1	38,1	39,4
Forschung	—	—	—	—	0,2	0,4	0,4
Bewag (Berlin)	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Kredite über							
Vertriebenenbank AG	—	—	—	—	10,0	25,0	25,0
Finanzierungs-AG für:							
Südwestdeutsche Eisen- bahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie							
(Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	— ²⁾	— ²⁾	— ²⁾
Gaswirtschaft	0,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für:							
Zuschüsse für die							
Landwirtschaft	—	—	20,0	20,0	33,6	75,2	80,3
Forschung	—	—	11,6	11,6	16,0	24,7	25,6
Exportförderung	—	—	—	—	1,0	2,6	2,6
Wohnungsbau	—	—	—	—	0,3	0,3	0,3
Verschiedene Zwecke	—	—	—	—	9,2	11,7	11,7
Invest. zur Förderung des Absatzes im Dollarraum	—	—	—	—	—	1,7	2,1
Industriekreditbank AG	—	—	—	—	18,1	22,4	34,6
Industriebank AG Berlin für:							
Verschiedene Zwecke	—	86,3	175,4	246,1	292,5	324,3	325,9
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	168,6	227,8	299,4	304,3	159,3	155,5

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Berichtigung; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einfuhren erhalten hat, sowie ohne 100 Mill. DM, die Berlin im Mai 1951 aus GARIOA-Mitteln für Investitionskredite zur Verfügung gestellt wurden. — ²⁾ Ab August 1951 in den über die Kreditanstalt für Wiederaufbau weitergeleiteten Beträgen enthalten.

VIII. Geldvolumen

Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				sonstige Einlagen												Bargeld und Bank-einlagen (ohne Spar-einlagen) insgesamt (Sp. 1+5)	Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geld-volumen (Spalten 17+18)	Spar-einlagen
	davon				davon															
	insgesamt	Bargeld-umlauf außerhalb der Geld-institute ¹⁾	Sichteinlagen von Wirtschaft und Privaten		insgesamt	Termin-einlagen von Wirtschaft und Privaten (einschl. Anlage- und Fest-konten)	Einlagen deutscher öffentlicher Stellen						Hohe Kom-missare und sonstige alliierte Dienst-stellen	Gegenwert-mittel		„Asser-varianten-konto Einführ-bewilligungen“ bei den Landes-zentral-banken (Bar-depots)				
			bei den monatl. berich-tenden Geld-instituten	beim Zen-tral-bank-system ²⁾			insgesamt	Sichteinlagen				Ter-min-ein-lagen		Gegen-wert-konten des Bundes	Sonder-konten KfW, Ber-liner Industrie-bank					
								insgesamt	bei den monatl. berich-tenden Geld-instituten	beim Zentral-bank-system	durch das Zentral-bank-system angelegt									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
1948																				
Dezember	11 477	6 054	5 198	225	4 382	1 011	2 916	2 331	1 451	880	—	585	455	—	—	15 859	135	15 994	1 599	
1949																				
März	11 580	5 934	5 422	224	4 898	979	3 353	2 425	1 452	933	40	928	566	—	—	16 478	153	16 631	2 097	
Juni	12 512	6 287	5 950	275	5 054	991	3 385	2 543	1 701	701	141	842	592	86	—	17 566	170	17 736	2 469	
September	13 209	6 763	6 259 ³⁾	187	5 247	1 068	3 578	2 685	1 744	605	336	893	485	116	—	18 456	182	18 638	2 751	
Dezember	13 777	7 058	6 534	185	6 987	1 120	3 666	2 671	1 806	538	327	995	1 151 ⁴⁾	1 024	4	22	20 764	504 ⁵⁾	21 268	3 061
1950																				
Januar	13 182	6 902	6 102	178	6 721	1 189	3 994	2 916	1 775	676	465	1 078	1 018	157	363	—	19 903	504	20 407	3 240
Februar	13 187	7 000	5 998	189	7 328	1 246	4 176	2 913	1 682	825	406	1 263	1 034	629	243	—	20 515	508	21 023	3 377
März	13 413	7 148	6 080	185	7 358	1 333	4 162	2 911	1 659	702	550	1 251	1 025	683	155	—	20 771	513	21 284	3 498
April	13 740	7 279	6 284	177	7 639	1 446	4 149	2 799	1 624	752	423	1 350	1 070	736	238	—	21 379	522	21 901	3 611
Mai	13 934	7 168	6 561	205	8 046	1 518	4 349	2 856	1 657	724	475	1 493	1 090	831	258	—	21 980	532	22 512	3 702
Juni	14 261	7 440	6 609	212	8 129	1 757	3 912	2 507	1 493	563	451	1 405	1 194	1 098	168	—	22 390	535	22 925	3 826
Juli ⁶⁾	7 494	7 494	208	208	3 818	3 818	—	—	586	437	—	965	951	330	—	22 705	544	23 249	3 855	
August ⁶⁾	7 409	7 409	204	204	3 817	3 817	—	—	569	435	—	1 012	1 002	196	—	23 245	554	23 799	3 869	
September	15 428	7 627	7 583 ⁵⁾	218	8 315	2 091	4 010	2 474	1 452	585	437	1 536	1 036	759	419	—	23 743	559	24 302	3 894
Oktober ⁶⁾	7 512	7 512	188	188	3 888	3 888	—	—	569	369	—	1 040	955	295	131	24 231	569	24 800	3 968	
November	15 574	7 487	7 882	205	8 925	2 289	4 051	2 403	1 410	622	371	1 648	941	1 179	143	322	24 499	570	25 069	4 008
Dezember	15 792	7 682	7 805	305	9 111	2 434	4 190	2 456	1 535	701	220	1 734	904	988	174	421	24 903	576	25 479 ⁷⁾	4 065
1951																				
Januar	15 219	7 209	7 756	254	9 320	2 586	3 958	2 157	1 386	602	169	1 801	1 033	1 053	130	560	24 539	576	25 115	4 070
Februar	15 329	7 222	7 822	285	9 818	2 756	4 144	2 277	1 427	679	171	1 867	1 025	1 177	82	634	25 147	581	25 728	4 076
März	15 327	7 292	7 719	316	9 397	2 805	4 097	2 214	1 434	471	309	1 883	1 009	902	276	308	24 724	580	25 304	4 064
April	15 631	7 451	7 884	296	9 252	2 874	3 824	1 886	1 310	332	244	1 938	1 056	1 004	217	277	24 883	584	25 467	4 091
Mai	15 613	7 395	7 912	306	10 075	2 956	4 104	2 153	1 370	423	360	1 951	1 052	954	322	687	25 688	588	26 276	4 133
Juni	16 311	7 781	8 205	325	10 394	2 964	4 321	2 151	1 388	375	388	2 170	1 092	998	240	779	26 705	598	27 303	4 201
Juli	16 607	7 946	8 362	299	10 521	3 067	4 215	1 975	1 289	419	267	2 239	1 107	1 145	135	852	27 128	602	27 730	4 285
August	17 311	8 331	8 648	332	10 676	3 153	4 424	2 154	1 302	551 ⁸⁾	301	2 270	956 ⁹⁾	1 070	229	844	27 987	611	28 598	4 375
September	17 545	8 656	8 535	354	10 756	3 123	4 413	2 137	1 344	469 ¹⁰⁾	324	2 276	929	1 219 ¹⁰⁾	191	881	28 301	611	28 912	4 453
Oktober	17 986	8 564	9 149	273	10 026	3 290	4 307	2 052	1 331	156	565	2 255	970	1 252	141	66	28 012	623	28 635	4 554
(Oktober) ¹¹⁾	(18 027)	(8 562)	(9 192)	(273)	(10 081)	(3 337)	(4 315)	(2 056)	(1 335)	(156)	(565)	(2 259)	(970)	(1 252)	(141)	(66)	(28 108)	(527)	(28 635)	(4 567)
November	18 430	8 778	9 330	322	10 559	3 385	4 738	2 469	1 426	282	761	2 269	962	1 294	155	25	28 989	532	29 521	4 660
Dezember	18 589	8 801	9 521	267	10 792	3 345	5 265	2 918	1 625	363	930	2 347	995	1 133	53 ¹²⁾	1	29 381	543	29 924	4 984
1952																				
Januar	18 027	8 685	9 070	272	10 924	3 672	5 059	2 555	1 436	270	849	2 504	1 012	1 132	49	—	28 951	544	29 495	5 196
Februar	18 211	8 977	9 964	270	11 165	3 836	5 173	2 591	1 470	415	706	2 582	933	1 177	46	—	29 376	549	29 925	5 383
März	18 377	9 054	9 073	250	11 211	3 866	5 291	2 638	1 586	453	599	2 653	894	1 117	43	—	29 588	557	30 145	5 550
April	18 795	9 157	9 359	279	10 879	4 063	4 882	2 289	1 524	249	516	2 593	823	1 070	41	—	29 674	566	30 240	5 715
Mai	18 792	9 365	9 163	264	11 245	4 170	5 241	2 447	1 501	342	604	2 794	814	982	38	—	30 037	570	30 607	5 851
Juni	18 899	9 440	9 180	279	11 434	4 018	5 639	2 878	1 580	311	987	2 761	800	948	29	—	30 333	571	30 904	5 994
Juli	19 191	9 484	9 466	241	11 365	4 223	5 508	2 700	1 489	244	967	2 808	784	824	26	—	30 556	581	31 137	6 136
August	19 669	9 766	9 663	240	11 633	4 379	5 631	2 806	1 580	248	978	2 825	770	830	23	—	31 302	591	31 893	6 288
September	19 761	9 838	9 673	250	12 469	4 419	6 440	3 458	1 624	316	1 518	2 982	777	812	21	—	32 230	598	32 828	6 458
Oktober ¹³⁾	20 132	10 003	9 861	268	12 375	4 604	6 215	3 166	1 486	182	1 498	3 049	771	766	19	—	32 507	607	33 114	6 696

¹⁾ Ohne „B“-Noten; einschließlich Münzumsatz. — ²⁾ Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalten 15 und 16 der obigen Übersicht. — ³⁾ Ab September mit Währungsguthaben für durch die Bank deutscher Länder gestellte Akkreditive. — ⁴⁾ Die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit fiel vorübergehend nur zum Quartalsultimo an. Summe der Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten bei den monatlich berichtenden Geldinstituten Ende Juli 1950: 8 939 Mill. DM, Ende August 1950: 9 605 Mill. DM, Ende Oktober 1950: 10 222 Mill. DM. — ⁵⁾ Ab September einschließlich Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. — ⁶⁾ Hierin enthalten eine statistisch bedingte Zunahme von 689 Mill. DM. — ⁷⁾ Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — ⁸⁾ Am 6. 1. 1951 wurde das Ausweisschema der Bank deutscher Länder geändert: Von den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ wurden die Vorkonten der Gegenwertkonten auf die Sonderkonten des Bundes (seitdem „Gegenwertkonten des Bundes“) und einige andere Unterpositionen, die ihrem Wesen nach reine Inlandsverbindlichkeiten sind, auf „Sonstige Einlagen“ umgebucht. Die von der Änderung betroffenen Spalten der obigen Übersicht wurden bereits per Ende Dezember 1950 auf das neue Schema umgerechnet. Infolge dieser Umgruppierungen beträgt die tatsächliche Zunahme des gesamten Geldvolumens im Dezember nicht (wie aus den obigen Ziffern zu ersehen) 410 Mill. DM, sondern nur 255 Mill. DM. — ⁹⁾ Die bisher in Spalte 13 nachgewiesenen Guthaben der STEG-Verwaltung (133 Mill. DM) wurden auf den Bund (Spalte 10) übertragen. — ¹⁰⁾ Veränderung in Höhe von 56 Mill. DM bedingt durch Übertragung des ERP-Sonderkontos der Bundeshauptkasse bei der BfL von Spalte 10 nach Spalte 14. — ¹¹⁾ Nach Einbeziehung einer Anzahl in der monatlichen Bankenstatistik bisher nicht erfaßter Institute. — ¹²⁾ Ab Dezember nur noch Sonderkonto der Berliner Industriebank. Die Sonderkonten der KfW wurden auf die Gegenwertkonten des Bundes (Spalte 14) übertragen. — ¹³⁾ Vorläufig.

IX. Sonstige Geld- und Kreditstatistik

1. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet; Durchschnittskurse und Indexziffern, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamtindex	darunter 4%ige Schuldverschreibungen							
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen			
		Durchschnittskurse ¹⁾	Indexziffern	Durchschnittskurse ¹⁾	Indexziffern	Durchschnittskurse ¹⁾	Indexziffern		
1949									
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8		
2. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8		
3. Vj.- "	105,6	7,81	103,9	7,74	108,9	6,86	111,3		
4. Vj.- "	107,1	7,89	105,0	7,83	110,2	7,18	116,5		
1950									
1. Vj.-Durchschn.	107,0	7,85	104,5	7,78	109,4	7,28	118,1		
2. Vj.- "	106,0	7,74	102,9	7,71	108,5	7,37	119,7		
3. Vj.- "	106,1	7,77	103,4	7,68	108,2	7,27	118,1		
4. Vj.- "	106,4	7,77	103,4	7,61	107,2	6,96	113,0		
1951									
1. Vj.-Durchschn.	101,1	7,49	99,7	7,49	105,4	6,48	105,3		
2. Vj.- "	98,5	7,17	99,6	7,21	101,4	6,97	113,1		
3. Vj.- "	96,3	69,49	92,5	70,29	98,9	70,79	114,9		
4. Vj.- "	103,7	75,36	100,3	72,18	101,6	75,74	123,0		
1952									
Januar	110,6	80,41	107,0	76,49	107,7	80,91	131,4		
Februar	112,4	81,74	108,8	76,36	107,5	83,38	135,4		
März	111,8	81,51	108,5	76,15	107,2	81,76	132,7		
April	111,7	81,61	108,6	76,60	107,8	80,58	130,8		
Mai	113,6	83,13	110,6	77,93	109,7	81,30	132,0		
Juni	112,7	82,55	109,9	78,13	110,0	80,30	130,4		
Juli	112,3	82,21	109,4	78,16	110,0	79,78	129,5		
August	112,2	82,03	109,2	78,44	110,4	80,28	130,3		
September	112,2	82,01	109,1	78,54	110,5	79,83	129,6		
Oktober	113,4	83,42	111,0	79,21	111,5	78,27	127,1		

¹⁾ Bis Juni 1951 in DM für 100,— RM Nennwert, ab Juli 1951 in Prozenten des im Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellten Nennwertes.

2. Aktien

Bundesgebiet; Durchschnittskurse und vorläufige Indexziffern, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamtindex		davon							
			Grundstoff- Industrien		Eisen- und Metallbearbeitung		Sonstige verarbei- tende Industrien		Handel und Verkehr	
	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern
1948 MD ¹⁾	32,25	96,8	25,45	98,0	32,87	94,7	44,00	94,9	29,21	100,0
1949 MD	37,61	112,8	30,25	116,5	38,76	111,6	49,82	107,5	34,56	118,4
1950 MD	64,25	192,8	59,85	230,5	65,01	187,2	77,22	166,6	56,17	192,4
1951 MD	90,90	272,7	96,42	371,3	88,53	255,0	99,36	214,3	74,33	254,6
1951 Juni	81,54	244,6	80,20	308,8	82,34	237,2	94,87	204,6	68,00	232,9
Juli	86,77	260,3	91,88	353,8	82,75	238,3	95,12	205,2	72,09	246,9
August	90,16	270,5	96,98	373,4	85,30	245,7	96,40	207,9	75,78	259,5
September	103,54	310,7	118,21	455,2	95,73	275,7	104,32	225,0	85,05	291,3
Oktober	109,07	327,2	122,09	470,1	103,34	297,6	111,01	239,5	90,36	309,5
November	118,72	356,2	141,81	546,1	109,76	316,1	113,41	244,6	94,66	324,2
Dezember	120,66	362,0	148,92	573,4	109,41	315,1	112,40	242,5	93,42	319,9
1952 Januar	138,38	415,2	179,97	693,0	122,11	351,7	121,64	262,4	103,28	353,7
Februar	130,77	392,3	170,01	654,6	114,84	330,8	114,85	247,7	98,21	336,3
März	120,01	360,1	155,41	598,4	105,33	303,4	105,97	228,6	90,51	310,0
April	116,50	349,5	153,60	591,5	100,54	289,6	100,55	216,9	87,41	299,3
Mai	111,19	333,6	152,21	586,1	94,51	272,2	92,02	198,5	80,05	274,1
Juni	108,77	326,3	149,00	573,7	91,09	262,4	89,53	193,1	78,88	270,1
Juli	107,44	322,4	148,43	571,5	88,51	254,9	88,15	190,1	77,30	264,7
August	113,09	339,3	161,64	622,4	91,94	264,8	88,22	190,3	78,79	269,8
September	113,87	341,6	161,63	622,4	91,95	264,8	90,33	194,8	79,84	273,4
Oktober	108,67	326,0	151,72	584,2	89,39	257,5	88,15	190,1	77,05	263,9

¹⁾ Durchschnitt 2. Halbjahr 1948.

Sollzinsen	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ³⁾	Bremen ³⁾	Nordrhein-Westfalen ⁴⁾					
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 21. 8. 1952									
Diskontsatz	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2					
Lombardsatz	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2					
	Kreditkosten, gültig ab:									
	21. 8. 1952		21. 8. 1952		21. 8. 1952		21. 8. 1952		21. 8. 1952	
	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz
Zinsen	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0
Kreditprovision	1/6 0/0 p. M.	9	1/4 0/0 p. M.	9	1/6 0/0 p. M.	8 9/10	1/4 0/0 p. M.	9	1/4 0/0 p. M.	9
b) Kontoüberziehungen	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz	Lombardsatz
Zinsen	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0
Überziehungsprovision	1/8 0/00 p. T.	11 1/2	1/8 0/00 p. T.	10 1/2	1/8 0/00 p. T.	11	1/8 0/00 p. T.	10 1/2	1/8 0/00 p. T.	10 1/2
2. Akzeptkredite (Normal- konditionen)	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0
Akzeptprovision	1/6 0/0 p. M.	7 1/2	1/4 0/0 p. M.	8	1/4 0/0 p. M.	8	1/4 0/0 p. M.	8	1/4 0/0 p. M.	8
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 0/0	+ 1 1/2 0/0 - 1 0/0	+ 1 1/2 0/0 - 1 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0
Diskontprovision	1 0/00 p. M.	7 2/10	1/8 0/0 p. M.	6 1/2	1/12 0/0 p. M.	6 1/2	1/8 0/0 p. M.	6 1/2 - 7	1/24 0/0 p. M.	6 1/2
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 0/0	+ 1 1/2 0/0 - 1 0/0	+ 1 1/2 0/0 - 1 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0
Diskontprovision	1 0/00 p. M.	7 2/10	1/6 0/0 p. M.	7	1/12 0/0 p. M.	6 1/2	1/8 0/0 p. M.	6 1/2 - 7	1/12 0/0 p. M.	7
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 0/0	+ 1 1/2 0/0 - 1 0/0	+ 1 1/2 0/0 - 1 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0
Diskontprovision	1/8 0/0 p. M.	7 1/2	1/8 0/0 p. M.	7 1/2	1/8 0/0 p. M. ¹⁰⁾	7	1/6 0/0 p. M.	7 - 7 1/2	1/8 0/0 p. M.	7 1/2
d) Abschnitte unter DM 1 000	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz	Diskontsatz
Zinsen	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 0/0	+ 1 1/2 0/0 - 1 0/0	+ 1 1/2 0/0 - 1 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0	+ 1 1/2 0/0
Diskontprovision	1/6 0/0 p. M.	8	1/8 0/0 p. M.	7 1/2	1/6 0/0 p. M. ¹⁰⁾	7 1/2	1/4 0/0 p. M.	8 - 8 1/2	1/8 0/0 p. M.	7 1/2 ¹¹⁾
4. Ziehungen auf Kundschaft		Lombardsatz								
Zinsen	keine Festsetzung	+ 1 1/2 0/0			keine Festsetzung	keine Festsetzung	keine Festsetzung	keine Festsetzung	keine Festsetzung	keine Festsetzung
Kreditprovision		1/4 0/0 p. M.	9							
Umsatzprovision	1/8 0/0 pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst- Soll-Saldos	1/8 0/0 mindestens aus doppeltem Kredit- betrag pr. Quartal			keine Angabe	1/2 0/0 d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2 0/0 pro Semest. a. Kreditbetrag			1/8 0/0 pro Semester	
Mindestdiskontspesen	DM 2,—	DM 2,—			DM 2,—	DM 2,—	DM 2,—	DM 2,—	DM 2,—	DM 2,—
Domizilprovision	1/2 0/00 min. DM - ,50	1/2 0/00 min. DM - ,50			1/2 0/00	1/2 0/00	1/2 0/00	1/2 0/00	1/2 0/00 min. DM - ,50	

¹⁾ Zusammengestellt nach Angaben der Landeszentralbanken auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Zentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und verein-
²⁾ Richtsätze. — ³⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁴⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000,— ist unabhängig von den Diskontspesen je Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁵⁾ Kredite bis DM 5 000,— besondere Netto-Sätze. — ⁶⁾ Nicht einheitlich abhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12 0/0 p. M. festgesetzt werden.

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ³⁾		Schleswig-Holstein ³⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ³⁾		Württemberg ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 21. 8. 1952											
4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2	
Kreditkosten, gültig ab:											
21. 8. 1952		21. 8. 1952		21. 8. 1952		21. 8. 1952		21. 8. 1952		21. 8. 1952	
im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	9	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	9	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	9	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	9	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M. ⁷⁾	9	Lombardsatz 1/4 0/0 p. M.	8 1/2 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10 1/2	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/00 p. T.	10 1/2	Lombardsatz 1/8 0/00 p. T.	10
Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/6 0/0 p. M.	7
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/24 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 1/2 0/0 1/24 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz 1/8 0/0 p. M.	6
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/12 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 1/2 0/0 1/24-1/12 0/0 p. M.	6 1/2-7	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/12 0/0 p. M.	6 1/2
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/6 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 0/0 1/6 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/6 0/0 p. M.	7	Diskontsatz + 1 0/0 1/8 0/0 p. M. ⁴⁾	7
Lombardsatz + 1/2 0/0 1/6 0/0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 0/0 1/4 0/0 p. M.	8 1/2 ⁵⁾	Diskontsatz + 1 0/0 1/4 0/0 p. M.	8 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 0/0 1/8 0/0 p. M.	7 1/2 ⁶⁾	Diskontsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 0/0 1/6 0/0 p. M. ⁴⁾	7 1/2
keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M.	9	Lombardsatz + 1/2 0/0 1/4 0/0 p. M. ⁷⁾	9	nicht einheitlich geregelt	
keine Festsetzung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.		1/8 0/0 v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstsuld p. Quartal		1 0/0 a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 1/2 fachen Höchstsoll per Quartal		1 0/0 vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2,— 1/2 0/00 min. DM -50		DM 2,— nicht festgesetzt		DM 2,— nicht festgesetzt		DM 2,— 1/2 0/00 min. DM -50		DM 2,— 1/2 0/00 min. DM -50		DM 2,— 1/2 0/00 min. DM -50	

Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionssätzen. Diskont- und Lombardsatz sind aus den aufgeführten Zinssätzen der Landeszentralbank sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Normalsätze, Überschreitungen in begründeten Fällen zulässig. nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1,— bis DM 2,— in Ansatz zu bringen. — ⁷⁾ 1/8 0/0 per Monat für Kredite an und nicht verbindlich geregelt. — ¹⁰⁾ Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen gegenüber kann die Provision un-

Habenzinsen	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg- Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 11. 1950	1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
2) von 12 Monaten und darüber	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
gültig ab:	1. 9. 1952	1. 9. 1952	1. 9. 1952	1. 9. 1952	1. 9. 1952
3. für Kündigungsgelder	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	2 ³ / ₄ 3	3 3 ¹ / ₄	3 3 ¹ / ₄	3 3 ¹ / ₄	3 3 ¹ / ₄
b) 3 und weniger als 6 Monate	3 3 ¹ / ₄	3 ³ / ₈ 3 ⁵ / ₈	3 ³ / ₈ 3 ⁵ / ₈	3 ³ / ₈ 3 ⁵ / ₈	3 ³ / ₈ 3 ⁵ / ₈
c) 6 und weniger als 12 Monate	3 ³ / ₄ 4	3 ⁷ / ₈ ⁹⁾ 4 ¹ / ₈ ⁹⁾	3 ⁷ / ₈ ⁹⁾ 4 ¹ / ₈ ⁹⁾	3 ⁷ / ₈ ⁹⁾ 4 ¹ / ₈ ⁹⁾	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈
d) 12 Monate und darüber	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₄ ⁹⁾ 4 ¹ / ₂ ⁹⁾	4 ¹ / ₄ ⁹⁾ 4 ¹ / ₂ ⁹⁾	4 ¹ / ₄ ⁹⁾ 4 ¹ / ₂ ⁹⁾	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂
4. für Festgelder					
a) 30 bis 89 Tage	2 ³ / ₄ 3	3 3 ¹ / ₄	3 3 ¹ / ₄	3 3 ¹ / ₄	3 3 ¹ / ₄
b) 90 bis 179 Tage	3 3 ¹ / ₄	3 ³ / ₈ 3 ⁵ / ₈	3 ³ / ₈ 3 ⁵ / ₈	3 ³ / ₈ 3 ⁵ / ₈	3 ³ / ₈ 3 ⁵ / ₈
c) 180 bis 359 Tage	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ³ / ₄ 4	3 ³ / ₄ 4	3 ³ / ₄ 4	3 ³ / ₄ 4
d) 360 Tage und darüber	4 ¹ / ₈ 4 ³ / ₈	4 ¹ / ₈ 4 ³ / ₈	4 ¹ / ₈ 4 ³ / ₈	4 ¹ / ₈ 4 ³ / ₈	4 ¹ / ₈ 4 ³ / ₈
Zinsvoraus bei Genossen- schaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichs- aufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Ge- währung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	¹ / ₄ höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Ge- währung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichs- aufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Ge- währung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zins- voraus nicht vergütet werden.	¹ / ₄ höchstens	¹ / ₄

¹⁾ Zusammengestellt nach Angaben der Landeszentralbanken auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ²⁾ Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000,- und mehr sätze eintreten. — ³⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1¹/₄ 0/0. — ⁴⁾ Der Bankierkundschaft 1¹/₄ 0/0. zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes die Höchstsätze anwenden, die im Land des dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den Höchstsätzen des eigenen für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die

Niedersachsen ²⁾	Schleswig-Holstein ²⁾³⁾	Hamburg ²⁾⁴⁾	Rheinland-Pfalz ²⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
27. 10. 1950	1. 1. 1951	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1	1	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁷⁾	1 1/2	1 1/2
3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
1. 9. 1952	1. 9. 1952	1. 9. 1952	1. 9. 1952	1. 9. 1952	1. 9. 1952
ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4
3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8
3 7/8 ⁸⁾ 4 1/8 ⁹⁾	3 7/8 ⁸⁾ 4 1/8 ⁹⁾	3 7/8 ⁸⁾ 4 1/8 ⁹⁾	3 7/8 ⁸⁾ 4 1/8 ⁹⁾	3 7/8 ⁸⁾ 4 1/8 ⁹⁾	3 7/8 4 1/8
4 1/4 ⁹⁾ 4 1/2 ⁹⁾	4 1/4 ⁹⁾ 4 1/2 ⁹⁾	4 1/4 ⁹⁾ 4 1/2 ⁹⁾	4 1/4 ⁹⁾ 4 1/2 ⁹⁾	4 1/4 ⁹⁾ 4 1/2 ⁹⁾	4 1/4 4 1/2
3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4	3 3 1/4
3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8	3 3/8 3 5/8
3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4
4 1/8 4 3/8	4 1/8 4 3/8	4 1/8 4 3/8	4 1/8 4 3/8	4 1/8 4 3/8	4 1/8 4 3/8
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 1936, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941. (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionssätzen. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Im Geschäftsverkehr mit Versicherungsgesellschaften können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Land festgesetzten Höchst- — ⁷⁾ Der Bankierkundschaft 1 3/4%. — ⁸⁾ Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedlicher Habenzinsfestsetzungen Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines anderen Landes bis zu den für Landes liegende Angebote vorliegen. — ⁹⁾ Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei c) mindestens Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

4. Girale Verfügungen von Nichtbanken
bei den Geschäftsbanken und den Postscheckämtern^{*)} 1)

in Mill. DM

Zeit	Girale Verfügungen	Zeit	Girale Verfügungen
1951 Juni	36 080,5	1952 Januar	40 230,5
Juli	36 359,5	Februar	37 337,0
August	36 760,0	März	41 057,9
September	38 223,3	April	39 023,0
Oktober	39 863,4	Mai	38 525,6
November	39 455,9	Juni	40 028,0
Dezember	43 420,6	Juli	40 893,2
		August	40 585,3
		September	43 671,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne ländliche Kreditgenossenschaften.

5. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Langfristige Schuldverschreibungen					Aktien		Summe		
	davon				Anleihen der öffentl. Hand	insgesamt		halb- jährlich bzw. monatlich ⁸⁾	seit der Währungs- reform ⁸⁾	seit der Währungs- reform ⁸⁾
	Pfand- briefe	Kommunal- obli- gationen	Industrie- obli- gationen	Schuldver- schreibungen von Kredit- instituten		halbjährlich bzw. monatlich	seit der Währungs- reform			
1948 Seit der Währungs- reform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	0,5	0,5	47,0
1949 1. Halbjahr	188,0	55,5	153,0	—	64,0	460,5	507,0	28,9	29,4	536,4
2. "	164,5	73,0	147,7	160,0	296,4	841,6	1 348,6	12,7	42,1	1 390,7
1950 1. Halbjahr	145,0	57,0	41,5	8,0	40,6	292,1	1 640,7	19,1	61,2	1 701,9
2. "	99,5	133,1	112,0	—	176,5	521,1	2 161,8	36,3	97,5	2 259,3
1951 Januar	25,0	10,0	—	—	64,3	99,3	2 261,1	11,0	108,5	2 369,6
Februar	25,5	5,0	—	—	1,3	31,8	2 292,9	7,0	115,5	2 408,4
März	26,0	—	20,0	—	1,1	47,1	2 340,0	3,3	118,8	2 458,8
April	30,0	—	—	—	1,1	31,1	2 371,1	9,4	128,2	2 499,3
Mai	16,8	5,0	—	—	3,7	25,5	2 396,6	5,3	133,5	2 530,1
Juni	55,7	—	18,0	—	50,2	123,9	2 520,5	77,4	210,9	2 731,4
Juli	30,0	22,0	—	—	0,5	52,5	2 573,0	26,3	237,2	2 810,2
August	65,0	10,0	5,0	—	1,0	81,0	2 654,0	8,3	245,5	2 899,5
September	70,0	5,0	0,2	—	3,2	78,4	2 732,4	4,5	250,0	2 982,4
Oktober	31,0	—	10,0	—	1,6	42,6	2 775,0	4,3	254,3	3 029,3
November	85,0	—	—	—	1,4	86,4	2 861,4	6,4	260,7	3 122,1
Dezember	45,0	—	47,0	—	1,1	93,1	2 954,5	11,6	272,3	3 226,8
1952 Januar	14,0	60,0	31,5	—	0,2	105,7	3 060,2	12,2	284,5	3 344,7
Februar	20,0	5,0	1,2	—	—	26,2	3 086,4	5,1	289,6	3 376,0
März	81,5	50,0	21,5	—	3,0	156,0	3 242,4	11,4	301,0	3 543,4
April	45,0	8,0	4,9	—	1,8	59,7	3 302,1	28,1	329,1	3 631,2
Mai	60,0	15,0	—	—	177,7	252,7	3 554,8	10,7	339,8	3 894,6
Juni	15,0	5,0	—	—	1,8	21,8	3 576,6	16,7	356,5	3 933,1
Juli	47,5	5,0	—	—	17,4	69,9	3 646,5	13,7	370,2	4 016,7
August	55,0	20,0	35,0	—	13,3	123,3	3 769,8	15,7	385,9	4 155,7
September	56,0	5,0	—	—	4,0	65,0	3 834,8	47,3	433,2	4 268,0
Oktober	95,0	10,0	—	—	—	105,0	3 939,8	28,6	461,8	4 401,6
Zusammen	1 623,5	562,6	658,5 ^{1) 2)}	168,0	927,2 ⁷⁾	3 939,8	3 939,8 ⁸⁾	461,8	461,8	4 401,6
davon waren am 31. Oktober 1952 verkauft	1 313,1	415,8	313,5 ⁸⁾	119,0 ⁴⁾	856,7 ⁵⁾	—	3 018,1	—	437,2	3 455,3

1) Davon 110,1 Mill. DM Wandelschuldverschreibungen. — 2) Hiervon 249,0 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — 3) Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hier nicht enthalten. — 4) Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock. — 5) Einschließlich derjenigen Beträge der Bundesbahnleihe, die vorübergehend gegen Sonderschatzanweisungen der Bundesbahn umgetauscht worden sind. — 6) Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3 1/2 %, 0,1 Mill. DM mit 4 1/2 %, 2 207,0 Mill. DM mit 5 %, 160,4 Mill. DM mit 5 1/2 %, 559,1 Mill. DM mit 6 %, 651,3 Mill. DM mit 6 1/2 %, 4,3 Mill. DM mit 7 %, 6,1 Mill. DM mit 7 1/4 %, 185,0 Mill. DM mit 8 % verzinslich, 50 Mill. DM Prämien-Schatzanweisungen, 108,5 Mill. DM verzinsliche Schatzanweisungen der Bundesbahn. — 7) Davon 210,8 Mill. DM verzinsliche Schatzanweisungen von Bundesländern. — 8) Zahlen seit 1950 infolge ergänzender Meldungen berichtigt.

6. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen in Mill. DM

a) nach Gläubigergruppen und Typen¹⁾

Gläubigergruppe	Gesamtsumme	Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsgesetzgebung	davon					unverzinsliche Schuldverschreibungen ⁷⁾	3 ¹ / ₂ %ige Rentenausgleichsforderungen ⁸⁾
			3%ige Ausgleichsforderungen ²⁾	3 ¹ / ₂ %ige Ausgleichsforderungen ³⁾	4 ¹ / ₂ %ige Ausgleichsforderungen ⁴⁾	unverzinsliche Ausgleichsforderungen ⁵⁾	3%ige Sonderausgleichsforderungen ⁶⁾		
A. Geldinstitute									
Bank deutscher Länder	6 088	5 466	5 466	—	—	—	—	622	—
Landeszentralbanken	2 564	2 564	2 564	—	—	—	—	—	—
Postscheckämter und Postsparkassen	227	227	227 ⁹⁾	—	—	—	—	—	—
Geschäftsbanken	6 362	6 362	5 751	—	432	73	106	—	—
Zwischensumme	15 241	14 619	14 008	—	432	73	106	622	—
B. Versicherungsunternehmungen	4 048	2 693¹⁰⁾	—	2 610	—	20	63	—	1 355
C. Bausparkassen	63	63	—	62	—	—	1	—	—
D. Insgesamt	19 352	17 375	14 008	2 672	432	93	170	622	1 355

¹⁾ Die in der Tabelle enthaltenen Zahlen wurden auf Grund der bestätigten Umstellungsrechnungen zusammengestellt oder — soweit eine Bestätigung noch nicht vorlag — auf Grund der geschätzten Umstellungsrechnungen, die die Institute den Landeszentralbanken für den Zweck der Zinsberechnung nach dem Stande vom 30. 4. 1952 einzureichen hatten. Sie stellen dementsprechend die ursprünglich zugeteilten Ausgleichsforderungen dar. Allerdings sind die geringfügigen bisher getilgten Beträge in den Meldungen nicht mehr enthalten. — ²⁾ Normaltyp für Kreditinstitute (§ 11 UG). — ³⁾ Normaltyp für Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen (§ 10 der 23. DVO/UG bzw. § 3 der 33. DVO/UG). — ⁴⁾ Zur Deckung von Schuldverschreibungen u. ä. der Emissionsinstitute (§ 22 UG). — ⁵⁾ Für aufgestockte Zinsverbindlichkeiten der Geldinstitute (§ 2 der 27. DVO/UG) bzw. für gewisse Rückstellungen der Versicherungsunternehmungen (§ 15 der 43. DVO/UG). — ⁶⁾ Für Umstellungskosten (§ 2 der 45. DVO/UG). — ⁷⁾ Forderungen der Bank deutscher Länder gegen den Bund aus der Uraltkontenregelung West-Berlins (lt. Ausweis BdL). — ⁸⁾ Auf Grund des Gesetzes „über Leistungen aus vor der Währungsreform eingegangenen Renten- und Pensionsversicherungen“ (Rentenaufbesserungsgesetz) vom 11. 6. 1951 (Betrag lt. Schuldenstatistik des Bundes nach dem Stand vom 30. 6. 1952). — ⁹⁾ Lt. Absprache zwischen dem Bundespostministerium und dem Bundesfinanzministerium werden die Ausgleichsforderungen der Post nicht verzinst. — ¹⁰⁾ Die Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmungen konnten bei der Erhebung nicht vollständig erfaßt werden. Es fehlen die Angaben für eine größere Anzahl von Klein-Versicherungsunternehmungen. Da es sich hierbei jedoch nach Schätzung der Landeszentralbanken um Summen handelt, die im Einzelfall den Betrag von 1 000 DM kaum überschreiten, dürften die fehlenden Beträge die Gesamtsumme nicht wesentlich beeinflussen.

b) nach Schuldner^{1) 2)}

Schuldner	Gläubigerinstitute insgesamt	Zentralbank-system	Postscheckämter und Postsparkassen	Geschäftsbanken	Versicherungsunternehmungen	Bausparkassen
I. Bund						
Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsgesetzgebung	5 578	5 466	112	—	—	—
Unverzinsliche Schuldverschreibungen	622	622	—	—	—	—
Rentenausgleichsforderungen	1 355	—	—	—	1 355	—
Bund insgesamt	7 555	6 088	112	—	1 355	—
II. Länder						
Baden	286	77	1	202	5	1
Bayern	2 217	449	24	1 258	484	2
Bremen	221	71	—	138	10	2
Hamburg	1 043	196	17	355	474	1
Hessen	1 060	245	12	621	177	5
Niedersachsen	1 373	306	14	789	259	5
Nordrhein-Westfalen	2 965	640	30	1 523	765	7
Rheinland-Pfalz	541	141	3	350	44	3
Schleswig-Holstein	418	125	—	251	41	1
Württemberg-Baden	1 426	251	14	694	431	36
Württemberg-Hohenzollern	234	59	0	172	3	—
Lindau	13	4	—	9	0	—
Länder insgesamt	11 797	2 564	115	6 362	2 693	63
III. Bund und Länder	19 352	8 652	227	6 362	4 048	63

¹⁾ Vgl. Anm. ¹⁾ der vorstehenden Tabelle. — ²⁾ Die vorstehende Aufgliederung der Ausgleichsforderungen nach Schuldnern entspricht noch nicht der endgültig zu erwartenden Belastung der einzelnen Schuldner nach den Bestimmungen der Umstellungsgesetzgebung. Mangels genauerer Unterlagen sind die Ausgleichsforderungen im Regelfall den Ländern zugeordnet, in denen sich der Sitz des Instituts befindet. In folgenden Fällen ist noch mit Änderungen in der Aufteilung der Ausgleichslast zu rechnen:

a) bei verlagerten Geldinstituten gem. § 8 der 35. DVO/UG,

b) bei den Postscheckämtern gem. § 6 Abs. 2 der 46. DVO/UG,

c) bei Geldinstituten mit Niederlassungen in mehreren Ländern des Währungsgebiets gem. § 10 Abs. 5 der Bankenverordnung.

Insbesondere steht noch die endgültige Aufteilung der Ausgleichsforderungen für die Großbanken aus. Die vorstehende Aufstellung enthält die Ausgleichsforderungen der am Stichtag vom 30. 4. 1952 bestehenden ehemaligen Nachfolgeinstitute der Großbanken. Bezüglich der Aufteilung des Schuldendienstes für die Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen wird auf die Bestimmungen in § 10 der 23. DVO/UG und § 3 der 33. DVO/UG verwiesen.

X. Öffentliche Finanzen

1. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes in Mill. DM

Einnahme- / Ausgabeart	Rechnungsjahr 1951/52 ¹⁾		Rechnungsjahr 1952/53 ¹⁾				
	Insgesamt ²⁾	darunter August	April	Mai	Juni	Juli	August
I. Einnahmen							
1. Bundeseigene Steuern und Zölle	13 332,0 ³⁾	1 028,7	1 194,9	1 165,9	1 218,2	1 241,7	1 182,7
2. Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	2 218,3	109,4	154,1	113,3	367,3	171,1	458,8
3. Ablieferung der Deutschen Bundespost	154,2	16,7	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
4. Bruttoeinnahmen aus der Münzprägung	141,8	20,0	—	—	—	—	21,4
5. Interessenquoten der Länder	77,6	6,3	—	—	11,1	3,3	—
6. Verwaltungseinnahmen	452,2	—	24,7	20,7	25,9	44,4	66,9
7. Anleihen	35,8	—	—	0,1	—	— 0,1	182,8 ⁶⁾
8. Sonstige Einnahmen	—	49,7	—	—	7,9	10,0	3,4
Haushaltseinnahmen (Summe 1 bis 8)	16 411,9	1 230,8	1 386,6	1 313,0	1 643,5	1 483,3	1 929,0
Durchlaufende und zweckgebundene Posten ⁴⁾	— 1 042,7	—	17,9	19,0	22,6	16,2	18,5
Gesamteinnahmen	17 454,5 ⁵⁾	1 230,8	1 404,6	1 332,0	1 666,1	1 499,5	1 947,6
II. Ausgaben							
1. Besatzungs- und Besatzungsfolgelasten	6 968,7	518,6	80,1	329,6	439,4	517,2	620,9
2. Soziale Kriegsfolgelasten	3 828,2	235,4	258,5	344,2	431,9	368,2	503,9
darunter:							
a) Kriegsfolgenhilfe	433,6	26,9	31,7	25,1	30,5	44,3	32,7
b) Versorgung verdrängter Angehöriger des öffentl. Dienstes und ihrer Hinterbliebenen	359,9	30,7	63,2	40,0	39,5	49,4	50,6
c) Unterhaltshilfe für ehemalige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen	139,9	12,3	25,7	15,2	15,5	20,8	20,0
d) Kriegsoferversorgung	2 877,9	164,5	136,2	262,3	344,7	252,9	399,4
3. Sonstige Soziallasten	2 340,8	283,2	325,1	227,7	202,5	216,7	214,7
darunter:							
a) Arbeitslosenhilfe	1 037,6	85,7	94,1	103,6	89,0	93,9	86,6
b) Zuschüsse zur Sozialversicherung	1 299,5	197,5	230,5	123,4	112,8	122,2	127,5
4. Finanzhilfe Berlin	565,1	63,7	40,7	45,8	51,0	45,8	45,8
5. Preisausgleich für eingeführte Lebens- und Düngemittel	595,1	49,6	40,9	52,2	44,7	36,3	65,2
6. Wohnungsbau	300,5 ⁸⁾	10,2	2,3	8,9	22,2	58,6	50,8
7. Schuldendienst	258,0	7,4	11,3	9,8	80,2	4,0	4,9
8. Kosten der Münzprägung	57,4	8,4	0,1	0,8	2,7	1,2	1,5
9. Sonstige Ausgaben	1 748,0	145,1	112,3	132,0	139,0	200,4	422,9 ⁷⁾
Haushaltsausgaben (Summe 1 bis 9)	16 661,8	1 321,6	871,3	1 151,0	1 413,5	1 448,2	1 930,6
Durchlaufende und zweckgebundene Posten ⁴⁾	1 024,7	4,0	—	20,7	21,5	17,3	16,7
Gesamtausgaben	17 686,4 ⁶⁾	1 325,6	871,3	1 171,8	1 435,0	1 465,6	1 947,2
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (—)	— 231,9	— 94,8	+ 533,3	+ 160,2	+ 231,1	+ 33,9	+ 0,3

¹⁾ 1951/52 ausschließlich, 1952/53 einschließlich der in Berlin aufkommenden Bundessteuern und der Bundesausgaben in Berlin. —
²⁾ Ohne Auslaufperiode. — ³⁾ Abweichungen von den früher veröffentlichten Zahlen ergeben sich durch die Einbeziehung der bisher in dieser Position miterfaßten „Abgabe zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaus“ in die „durchlaufenden und zweckgebundenen Posten“. — ⁴⁾ Abgabe zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaus, STEG-Mittel, ERP-Zuschüsse, ERP-Darlehen. —
⁵⁾ Abweichungen von den bisher veröffentlichten Zahlen ergeben sich durch Einbeziehung eines bisher nicht erfaßten durchlaufenden Postens an ERP-Darlehen in Höhe von 925,8 Mill. DM. — ⁶⁾ Zinsloses Darlehen der Bank deutscher Länder für die Subskriptionszahlungen der deutschen Bundesrepublik an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. — ⁷⁾ Darunter Subskriptionszahlungen an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank.

2. Die Neuverschuldung des Bundes¹⁾ seit der Währungsreform (in Mill. DM)

Stand am Monatsende	Kassenkredite von der Bank deutscher Länder	Schatzwechsell-u mlauf	Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	Unverzinsliche Schatzanweisungen		Prämien-Schatzanweisungen	Insgesamt ²⁾	davon im Rahmen des Kreditplafonds in Anspruch genommene Kredite
				Insgesamt	darunter mittel-fristig			
1951								
März	202,8	457,9	300,0	196,1	—	—	1 156,8	660,7
Juni	526,7	416,0	200,0	198,5	—	1,7	1 342,9	942,7
Sept.	166,6	630,0	250,0	333,4	36,2	32,4	1 412,4	796,6
Okt.	—	683,5	100,0	591,4	92,1	32,6	1 407,5	683,5
Nov.	—	642,3	100,0	664,4	109,0	33,6	1 440,3	642,3
Dez.	—	608,2	100,0	697,8	123,7	33,8	1 439,8	608,2
1952								
Januar	—	486,8	—	688,2	131,5	34,1	1 209,1	486,8
Febr.	88,0	469,1	—	593,8	153,3	35,7	1 186,6	557,1
März	184,1	461,6	—	606,9	194,3	35,9	1 288,5	645,7
April	271,7	544,2	—	699,0	258,5	36,0	1 551,0	815,9
Mai	122,9	598,4	—	818,0	288,7	36,3	1 575,6	721,3
Juni	—	533,2	—	817,7	292,4	36,6	1 387,5	533,2
Juli	—	480,8	—	819,2	294,0	36,7	1 336,7	480,8
Aug.	—	471,8	—	832,5	327,6	36,9	1 341,2	471,8
Sept.	—	394,8	—	823,4	367,6	36,9	1 255,1	394,8
Okt.	—	316,1	—	830,1	433,1	37,0	1 183,2	316,1

1) Nur inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform, ohne Ausgleichsforderungen und ohne zinsloses Darlehn der Bank deutscher Länder für die Subskriptionszahlungen der Bundesrepublik an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. 2) Differenz durch Aufrunden.

3. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern¹⁾ (in Mill. DM)

Steuerart	Rechnungsjahr						
	1950/51	1951/52 ²⁾	1952/53				
	insgesamt		April-Juni	Juli	August	September ⁴⁾	Oktober ⁴⁾
I. Besitz- und Verkehrssteuern							
Insgesamt	11 514,4	17 307,2	4 722,2	1 476,4	1 403,9	.	.
darunter							
Lohnsteuer	1 690,4	2 959,9	758,8	320,8	307,7	304,9	318,8
Veranlagte Einkommensteuer	1 949,9	2 611,3	864,1	207,9	177,3	641,0	233,1
Körperschaftsteuer	1 528,4	2 539,5	619,6	93,1	79,1	499,6	70,9
Vermögensteuer	109,1	128,4	42,8	2,9	25,6	.	.
Umsatzsteuer	4 921,1	7 219,3	1 927,4	677,6	660,7	653,5	758,8
Kraftfahrzeugsteuer							
einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	346,4	407,0	111,1	43,4	31,5	.	.
Wechselsteuer	47,6	54,5	15,0	5,2	4,5	.	.
Beförderungssteuer	240,9	332,3	89,4	32,8	34,9	.	.
Notopfer Berlin	389,0	644,7	177,6	51,9	45,8	.	.
II. Verbrauchssteuern und Zölle							
Insgesamt	4 636,7	5 426,7	1 365,8	473,0	437,2	.	.
darunter							
Tabaksteuer	2 093,4	2 227,6	560,3	188,6	147,2	253	203
Kaffeesteuer	356,2	430,0	123,1	42,3	42,0	.	48
Zuckersteuer	386,6	400,7	69,1	27,5	32,1	.	38
Salzsteuer	39,5	38,7	8,1	2,8	3,1	.	.
Biersteuer	314,6	281,7	73,4	29,5	29,7	.	.
Aus dem Spiritusmonopol	495,0	524,3	108,0	34,0	31,5	.	.
Zündwarensteuer	60,9	58,9	12,9	4,2	4,8	.	.
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	96,9	543,1	135,0	49,1	59,1	.	.
Zölle	706,9	830,5	255,0	88,4	81,3	83	102
Insgesamt	16 151,1	22 733,8	6 088,0	1 949,4	1 841,1	2 870	2 100
davon dem Bund zuzurechnen ³⁾	9 855,8	13 341,4	3 487,1	1 205,6	1 149,0	.	.

1) Ausschließlich Berlin. — 2) Die seit Beginn des Rechnungsjahres 1951/52 von den Ländern an den Bund abgeführten Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind dabei nicht berücksichtigt. — 3) Ohne Auslaufperiode. — 4) Nach den Ergebnissen der Vorausmeldung. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4. Umlauf von unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet
in Mill. DM

Stand am Monats- ende	Bund		Länder		Deutsche Bundesbahn			Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen		Deutsche Bundes- post	Insgesamt (Umlauf am Monats- ende) ¹⁾
	Unverzinsl. Schatzan- weisungen	Schatz- wechsel	Unverzinsl. Schatzan- weisungen	Schatz- wechsel	Unverzinsl. Schatzan- weisungen	Unverzinsl. Schatzan- weisungen Sonder- reihe 5	Schatz- wechsel	Unverzinsl. Schatzan- weisungen	Schatz- wechsel	Unverzinsl. Schatzan- weisungen	
1951											
März	196,2	457,9	2,8	210,3	40,3	—	602,3	50,2	29,5	—	1 589,4
Juni	198,5	416,0	2,8	160,7	115,3	—	598,6	24,1	18,5	—	1 534,5
Sept.	333,4	630,0	2,8	121,6	157,6	—	586,1	23,6	7,9	—	1 863,0
Okt.	591,4	683,5	2,8	125,7	148,5	—	623,9	8,3	1,9	—	2 186,0
Nov.	664,4	642,3	2,8	110,8	168,2	—	583,4	5,1	0,9	—	2 177,8
Dez.	697,8	608,2	11,8	122,9	151,1	48,9	642,1	4,5	—	—	2 287,3
1952											
Jan.	688,2	486,8	82,6	102,7	188,9	284,8	581,7	3,3	—	—	2 419,0
Febr.	593,8	469,1	86,3	96,2	172,4	329,6	578,0	3,2	—	—	2 328,4
März	606,9	461,6	86,3	85,5	179,6	335,0	565,1	1,5	—	62,6	2 384,1
April	699,0	544,2	84,4	80,3	177,4	335,0	599,1	0,2	—	91,2	2 610,7
Mai	818,0	598,4	83,4	78,1	178,4	335,0	605,5	0,1	—	99,3	2 790,2
Juni	817,7	533,2	52,3	94,2	262,8	335,0	526,1	—	—	110,1	2 731,3
Juli	819,2	480,8	54,3	91,4	319,1	335,0	468,3	—	—	149,4	2 717,5
Aug.	832,5	471,7	62,0	94,2	327,8	335,0	429,0	—	—	150,0	2 702,2
Sept.	823,4	394,8	59,3	67,4	331,2	335,0	398,1	—	—	150,0	2 559,2
Okt.	830,1	316,1			335,6	335,0	376,8	—	—	150,0	

¹⁾ Differenz durch Aufrunden.

5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet ¹⁾

Zeit	Einnahmen		Ausgaben		Über- schuß (+) oder Fehlbe- trag (-)	Gesamte Überschüsse seit der Währungs- reform ²⁾	Haupt- unter- stützungs- empfänger in der Arbeits- losenver- sicherung ³⁾
	Insgesamt	darunter Beiträge	Insgesamt	darunter Arbeits- losen- unter- stützung			
	Mill. DM						
Rechnungsjahr 1950/51	1 153,9	1 098,1	880,2	604,8	+273,7	733,6	
Rechnungsjahr 1951/52	1 374,3	1 287,5	1 082,6	733,6	+291,7	1 021,0	
Juni	110,7	106,9	70,0	45,3	+ 40,7	847,9	340 884
September	106,7	104,3	67,0	43,2	+ 39,7	972,5	322 874
Oktober	125,0	115,3	75,7	45,6	+ 49,2 ⁴⁾	1 021,7	319 506
November	114,3	111,6	73,4	44,3	+ 40,9	1 058,3	357 984
Dezember	108,9	100,6	88,6	57,0	+ 20,3	1 078,6	540 991
Januar	141,9	124,1	125,6	94,9	+ 16,3	1 094,9	709 599
Februar	112,4	100,9	138,2	108,1	- 25,8	1 069,1	788 4 ⁶ 6
März	117,8	106,1	134,6	100,9	- 16,7	1 052,4	554 624
Nachtrag	7,1	2,1	38,4	15,2	- 31,3	1 021,0	
Rechnungsjahr ¹⁾ 1952/53							
April	114,5	108,4	93,2	65,8	+ 21,3	1 013,3	516 548
Mai	121,3	113,3	97,9	66,1	+ 23,4	1 036,7	434 327
Juni	124,3	118,4	101,7	60,8	+ 22,6	1 059,3	411 732
Juli	137,0	124,4	98,4	59,3	+ 38,7 ⁴⁾	1 098,0	376 162
August	125,2	119,6	92,7	52,4	+ 32,4 ⁴⁾	1 130,4	340 353
September	120,9	123,4	118,2	46,6	+ 8,7	1 143,6 ⁵⁾	320 704
Oktober	147,9	137,9	90,4	44,6	+ 57,4 ⁴⁾	1 200,6 ⁵⁾	

¹⁾ Ab Rechnungsjahr 1952/53 einschließlich Berlin. — ²⁾ Stand am Monatsende; ohne Erstattungsrückstände der Länder. — ³⁾ Stand am Monatsende. — ⁴⁾ Differenz durch Abrunden. — ⁵⁾ Durch Umbuchungen berichtigtes Ergebnis. — Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

XI. Außenhandel

1. Außenhandel des Bundesgebiets †) nach Warengruppen Spezialhandel

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)								Ausfuhr							
	Insgesamt	Ernährungs-wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft						Insgesamt	Ernährungs-wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren					zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-erzeug-nisse	End-erzeug-nisse						zusammen	Vor-erzeug-nisse	End-erzeug-nisse
Mill. DM																
1950 insgesamt	11 373,9	5 013,4	6 360,5	3 367,6	1 564,3	1 428,6	714,5	714,1	8 362,2	195,7	8 166,5	1 167,8	1 576,3	5 422,4	1 861,9	3 560,5
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4	594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2
Juni	790,5	302,8	487,7	286,0	105,6	96,1	43,0	53,1	651,9	8,5	643,4	105,8	125,1	412,5	139,4	273,1
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,8	102,2	51,1	51,1	727,8	10,2	717,6	106,5	150,9	460,2	159,0	301,2
August	864,3	399,8	464,5	211,5	142,3	110,7	57,6	53,1	751,2	12,1	739,1	102,3	155,0	481,8	154,7	327,1
September	1 006,3	472,1	534,2	275,6	129,1	129,5	68,8	60,7	696,8	10,0	686,8	112,7	130,6	443,5	158,1	285,4
Oktober	1 312,4	561,9	750,5	368,1	202,8	179,6	94,0	85,6	901,3	27,1	874,2	108,4	142,4	623,4	228,0	395,4
November	1 206,2	478,2	728,0	354,9	202,0	171,1	87,3	83,8	979,8	36,4	943,4	111,6	156,5	675,3	227,6	447,7
Dezember	1 323,1	511,8	811,3	434,5	202,7	174,1	80,8	93,3	1 009,4	36,9	972,5	96,8	164,2	711,5	228,5	483,0
1951 insgesamt	14 725,5	5 876,0	8 849,5	5 249,2	2 012,0	1 588,3	848,4	739,9	14 576,8	489,0	14 087,8	1 318,1	2 109,9	10 659,8	3 677,6	6 982,2
Januar	1 241,1	472,1	769,0	438,9	172,5	157,6	83,9	73,7	918,6	59,8	858,8	98,9	147,7	612,2	219,3	392,9
Februar	1 221,6	485,8	735,8	424,5	155,9	155,4	92,1	63,3	978,2	31,3	946,9	96,2	156,3	694,4	226,7	467,7
März	1 257,3	461,4	795,9	477,5	162,2	156,2	93,3	62,9	1 088,1	34,4	1 053,7	124,3	168,7	760,7	254,5	506,4
April	1 077,8	389,0	688,8	426,8	141,9	120,1	73,0	47,1	1 148,6	35,3	1 113,3	117,5	158,4	837,4	290,4	547,0
Mai	1 048,7	449,6	599,1	393,6	122,7	82,8	43,7	39,1	1 146,8	28,6	1 118,2	99,8	164,1	854,3	296,1	558,2
Juni	1 072,3	482,0	590,3	376,4	136,5	77,4	39,4	38,0	1 248,9	26,6	1 222,3	113,9	166,8	941,6	322,1	619,5
Juli	1 191,4	509,8	681,6	406,9	177,2	97,5	47,0	50,5	1 350,6	34,3	1 316,3	116,8	188,0	1 011,5	354,7	656,8
August	1 208,5	502,0	706,5	410,7	169,4	126,4	66,3	60,1	1 322,8	34,3	1 288,5	113,7	184,9	989,9	367,8	622,1
September	1 577,5	642,1	935,4	469,1	232,4	233,9	106,8	127,1	1 366,5	47,3	1 319,2	114,2	193,5	1 011,5	367,7	643,8
Oktober	1 183,5	456,0	727,5	435,7	175,6	116,2	61,4	54,8	1 260,1	49,6	1 210,5	108,5	176,5	925,5	320,6	604,9
November	1 269,0	504,8	764,2	466,4	167,1	130,7	67,2	63,5	1 167,2	52,4	1 114,8	107,4	180,7	826,7	288,9	537,8
Dezember	1 376,8	521,4	855,4	522,7	198,6	134,1	74,3	59,8	1 580,4	55,1	1 525,3	106,9	224,3	1 194,1	369,0	825,1
1952 Januar	1 402,6	499,6	903,0	552,2	218,7	132,1	70,5	61,6	1 311,2	49,3	1 261,9	97,2	189,8	974,9	340,6	634,3
Februar	1 461,0	518,2	942,8	594,0	216,4	132,4	75,7	56,7	1 273,9	30,3	1 243,6	104,0	210,9	928,7	305,5	623,2
März	1 458,4	609,1	849,3	506,3	189,5	153,5	69,2	84,3	1 377,5	28,4	1 349,1	105,9	191,7	1 051,5	307,8	743,7
April	1 279,2	531,3	747,9	433,2	152,9	161,8	74,3	87,5	1 305,1	30,8	1 274,3	99,8	187,8	986,7	297,2	689,5
Mai	1 172,1	451,1	721,0	406,8	148,2	166,0	73,2	92,8	1 407,5	30,1	1 377,4	110,2	200,6	1 066,6	302,1	764,5
Juni	1 119,5	429,0	690,5	384,8	162,4	143,3	72,7	70,6	1 378,4	24,8	1 353,6	108,0	192,8	1 052,8	298,9	753,9
Juli	1 234,7	412,4	822,3	477,1	195,8	149,4	82,4	67,0	1 488,7	41,4	1 447,3	113,6	207,7	1 126,0	305,7	820,3
August	1 192,9	433,2	759,7	437,4	161,3	161,0	85,3	75,7	1 347,7	21,3	1 326,4	119,2	212,3	994,9	239,7	755,2
September	1 272,9	453,1	819,8	416,4	205,6	197,8	110,9	86,9	1 426,0	26,0	1 400,0	98,9	231,0	1 070,1	274,2	795,9
Oktober	1 495,6	527,5	968,1	491,3	228,3	248,5	149,2	99,3	1 457,8	26,4	1 431,4	109,2	239,6	1 082,6	260,5	822,1
Mill. \$																
1950 insgesamt	2 703,7	1 192,3	1 511,4	800,9	372,0	338,5	169,6	168,9	1 980,5	46,6	1 933,9	277,9	376,0	1 280,0	442,4	837,6
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9	140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6
Juni	187,9	72,0	115,9	68,0	25,1	22,8	10,2	12,6	153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9
Juli	225,4	101,5	123,9	74,0	25,7	24,2	12,1	12,1	171,6	2,4	169,2	25,3	35,9	108,0	37,7	70,3
August	205,3	95,0	110,3	50,3	33,8	26,2	13,7	12,5	177,1	2,8	174,3	24,3	36,9	113,1	36,7	76,4
September	239,1	112,2	126,9	65,5	30,7	30,7	16,4	14,3	165,2	2,3	162,9	26,8	31,1	105,0	37,6	67,4
Oktober	311,9	133,6	178,3	87,5	48,2	42,6	22,4	20,2	214,1	6,5	207,6	25,8	33,9	147,9	54,3	93,6
November	286,6	113,7	172,9	84,4	48,0	40,5	20,7	19,8	233,0	8,7	224,3	26,6	37,3	160,4	54,2	106,2
Dezember	314,8	121,8	193,0	103,4	48,2	41,4	19,2	22,2	241,1	8,8	232,3	23,1	39,2	170,0	54,7	115,3
1951 insgesamt	3 503,0	1 397,5	2 105,5	1 248,7	478,8	378,0	202,0	176,0	3 473,0	116,5	3 356,5	314,3	503,1	2 539,1	877,7	1 661,4
Januar	295,3	112,3	183,0	104,4	41,1	37,5	20,0	17,5	218,9	14,3	204,6	23,6	35,2	145,8	52,3	93,5
Februar	290,6	115,6	175,0	101,0	37,1	36,9	21,9	15,0	232,7	7,4	225,3	22,9	37,3	165,1	54,1	111,0
März	299,0	109,7	189,3	113,6	38,6	37,1	22,2	14,9	259,2	8,2	251,0	29,7	40,2	181,1	60,7	120,4
April	256,4	92,5	163,9	101,5	33,8	28,6	17,4	11,2	273,5	8,4	265,1	28,0	37,8	199,3	69,3	130,0
Mai	249,5	106,9	142,6	93,7	29,2	19,7	10,4	9,3	272,9	6,8	266,1	23,8	39,1	203,2	70,6	132,6
Juni	255,0	114,7	140,3	89,5	32,4	18,4	9,4	9,0	297,2	6,3	290,9	27,2	39,8	223,9	76,9	147,0
Juli	283,4	121,2	162,2	96,8	42,3	23,2	11,2	12,0	321,3	8,2	313,1	27,8	44,8	240,5	84,7	155,8
August	287,5	119,4	168,1	97,7	40,3	30,1	15,8	14,3	314,6	8,1	306,5	27,1	44,1	235,3	87,7	147,6
September	375,2	152,7	222,5	111,6	55,3	55,6	25,4	30,2	324,9	11,3	313,6	27,2	46,1	240,3	87,7	152,6
Oktober	281,6	108,5	173,1	103,6	41,8	27,7	14,6	13,1	301,3	11,8	289,5	25,9	42,1	221,5	76,6	144,9
November	301,9	120,0	181,9	110,9	39,8	31,2	16,0	15,2	278,9	12,5	266,4	25,6	43,1	197,7	69,0	128,7
Dezember	327,6	124,0	203,6	124,4	47,2	32,0	17,7	14,3	377,6	13,2	364,4	25,5	53,5	285,4	88,1	197,3
1952 Januar	333,8	118,9	214,9	131,4	52,0	31,5	16,8	14,7	313,5	11,8	301,7	23,2	45,2	233,3	81,5	151,8
Februar	347,7	123,3	224,4	141,3	51,5	31,6	18,0	13,6	304,3	7,2	297,1	24,8	50,3	222,0	72,9	149,1
März	347,0	144,9	202,1	120,4	45,1	36,6	16,5	20,1	329,0	6,8	322,2	25,3	45,7	251,2	73,5	177,7
April	304,4	126,4	178,0	103,0	36,4	38,6	17,7	20,9	312,1	7,3	304,8	23,8	44,8	236,2	71,3	164,9
Mai	279,0	107,3	171,7	96,8	35,3	39,6	17,5	22,1	336,0	7,2	328,8	26,3	47,8	254,7	72,1	182,6
Juni	266,4	102,1	164,3	91,5	38,6	34,2	17,3	16,9	329,0	5,9	323,1	25,8	45,9	251,4	71,4	180,0
Juli	293,8	98,1	195,7	113,5	46,6	35,6	19,6	16,0	355,4	9,9	345,5	27,1	49,5	268,9	73,0	195,9
August	283,9	103,1	180,8	104,0	38,4	38,4	20,3	18,1	321,8	5,1	316,7	28,4	50,6	237,7	57,3	180,4
September	301,3	107,5														

Länder		1950	1951	1952							
		insgesamt		April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	
I. EZU-Länder, gesamt ^{*)}	Einfuhr	7 868,5	8 872,5	789,3	727,7	702,9	771,1	745,3	831,2	1 039,9	
	Ausfuhr	6 310,0	10 627,6	942,6	996,4	992,9	1 045,5	969,8	1 030,1	1 056,6	
	Saldo	- 1 552,5	+ 1 755,1	+ 153,3	+ 268,7	+ 290,0	+ 274,4	+ 224,5	+ 198,9	+ 16,7	
	davon:										
	1. Kontinentale EZU-Länder	Einfuhr	5 753,0	6 055,1	568,4	515,7	521,5	568,5	539,1	628,3	781,1
		Ausfuhr	5 396,4	8 297,6	761,7	807,7	782,5	844,6	779,7	859,8	873,9
		Saldo	- 356,6	+ 2 242,5	+ 193,3	+ 292,0	+ 261,0	+ 276,1	+ 240,6	+ 231,5	+ 92,8
	2. Sterling-Länder	Einfuhr	1 846,1	2 506,7	196,0	195,7	161,5	180,6	180,0	175,0	230,0
		Ausfuhr	865,4	2 131,8	164,1	171,2	191,8	175,7	171,4	149,4	168,5
		Saldo	- 980,7	- 374,9	- 31,9	- 24,5	+ 30,3	- 4,9	- 8,6	- 25,6	- 61,5
3. Sonstige EZU-Länder (Indonesien, UNO-Treuhandgebiete, Brit.-Ägypt. Sudan)	Einfuhr	269,4	310,7	24,9	16,3	19,9	22,0	26,2	27,9	28,8	
	Ausfuhr	54,2	198,2	16,8	17,5	18,6	25,2	18,7	20,9	14,2	
	Saldo	- 215,2	- 112,5	- 8,1	+ 1,2	- 1,3	+ 3,2	- 7,5	- 7,0	- 14,6	
II. Sonstige Verrechnungsländer, gesamt ^{*)} ⁵⁾	Einfuhr	984,8	2 173,0	211,7	216,2	163,0	173,2	172,1	168,7	166,9	
	Ausfuhr	1 003,6	2 320,1	230,8	267,8	238,8	277,8	217,8	231,7	216,1	
	Saldo	+ 18,8	+ 147,1	+ 19,1	+ 51,6	+ 75,8	+ 104,6	+ 45,7	+ 63,0	+ 49,2	
	davon:										
	1. Lateinamerika	Einfuhr	285,0	1 092,3	87,7	110,8	67,7	70,1	55,6	58,8	65,5
		Ausfuhr	252,1	1 254,4	110,5	128,7	113,2	125,9	88,1	94,4	95,1
		Saldo	- 32,9	+ 162,1	+ 22,8	+ 17,9	+ 45,5	+ 55,8	+ 32,5	+ 35,6	+ 29,6
	2. Europa	Einfuhr	523,9	805,3	106,5	92,9	84,2	88,5	90,2	81,1	84,6
		Ausfuhr	598,9	801,5	90,5	109,5	97,6	122,8	102,4	103,2	91,4
		Saldo	+ 75,0	- 3,8	- 16,0	+ 16,6	+ 13,4	+ 34,3	+ 12,2	+ 22,1	+ 6,8
3. Afrika	Einfuhr	99,0	101,1	5,9	3,4	4,5	9,2	17,6	20,2	5,5	
	Ausfuhr	80,7	124,7	12,0	11,5	13,3	14,3	13,6	12,4	14,8	
	Saldo	- 18,3	+ 21,6	+ 6,1	+ 8,1	+ 8,8	+ 5,1	- 4,0	- 7,8	+ 9,3	
4. Asien	Einfuhr	76,9	172,3	11,6	9,1	6,6	5,4	8,7	8,6	11,3	
	Ausfuhr	71,9	139,5	17,8	18,1	14,7	14,8	13,7	21,7	14,8	
	Saldo	- 5,0	- 32,8	+ 6,2	+ 9,0	+ 8,1	+ 9,4	+ 5,0	+ 13,1	+ 3,5	
III. Freie Dollar-Länder, gesamt ^{*)} ⁶⁾	Einfuhr	2 505,3	3 679,9	278,2	228,2	253,6	290,4	275,4	273,0	288,8	
	Ausfuhr	1 017,8	1 598,6	128,6	140,4	143,4	162,2	157,8	161,2	182,4	
	Saldo	- 1 487,5	- 2 081,3	- 149,6	- 87,8	- 110,2	- 128,2	- 117,6	- 111,8	- 106,4	
	davon:										
	1. Vereinigte Staaten von Amerika	Einfuhr	1 811,2	2 721,8	213,7	154,8	161,9	176,8	137,1	134,0	166,3
		Ausfuhr	433,0	991,9	76,3	80,2	69,8	89,7	78,2	89,1	101,1
		Saldo	- 1 378,2	- 1 729,9	- 137,4	- 74,6	- 92,1	- 87,1	- 58,9	- 44,9	- 65,2
	2. Canada	Einfuhr	42,5	216,1	11,1	18,7	35,6	63,8	86,9	71,1	62,3
		Ausfuhr	41,4	104,2	4,4	6,5	6,8	8,5	8,6	10,4	10,3
		Saldo	- 1,1	- 111,9	- 6,7	- 12,2	- 28,8	- 55,3	- 78,3	- 60,7	- 52,0
3. Lateinamerika	Einfuhr	492,8	305,3	32,5	30,2	30,0	29,3	30,3	39,8	34,3	
	Ausfuhr	400,1	299,3	28,5	32,2	44,2	35,8	45,4	36,7	44,9	
	Saldo	- 92,7	- 6,0	- 4,0	+ 2,0	+ 14,2	+ 6,5	+ 15,1	- 3,1	+ 10,6	
4. Europa	Einfuhr	10,3	3,4	2,7	2,7	2,4	0,3	0,2	2,6	3,5	
	Ausfuhr	22,1	20,2	2,9	3,0	3,2	4,9	3,0	3,3	3,0	
	Saldo	+ 11,8	+ 16,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 4,6	+ 2,8	+ 0,7	- 0,5	
5. Afrika	Einfuhr	3,7	6,9	0,1	0,8	0,3	1,5	0,1	0,3	0,7	
	Ausfuhr	3,9	21,3	1,4	1,5	1,3	1,5	2,1	1,7	2,6	
	Saldo	+ 0,2	+ 14,4	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,0	± 0,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,9	
6. Asien	Einfuhr	144,8	426,4	18,1	21,0	23,4	18,7	20,8	25,2	21,7	
	Ausfuhr	117,3	161,7	15,1	17,0	18,1	21,8	20,5	20,0	20,5	
	Saldo	- 27,5	- 264,7	- 3,0	- 4,0	- 5,3	+ 3,1	- 0,3	- 5,2	- 1,2	
IV. Nicht ermittelte Länder und Eismeergebiete	Einfuhr	15,3	0,1	-	-	-	-	0,1	-	-	
	Ausfuhr	24,8	30,5	3,1	2,9	3,3	3,2	2,3	3,0	2,7	
Saldo	+ 9,5	+ 30,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,7		
Alle Länder	Einfuhr	11 373,9	14 725,5	1 279,2	1 172,1	1 119,5	1 234,7	1 192,9	1 272,9	1 495,6	
	Ausfuhr	8 362,2	14 576,8	1 305,1	1 407,5	1 378,4	1 488,7	1 347,7	1 426,0	1 457,8	
	Saldo	- 3 011,7	- 148,7	+ 25,9	+ 235,4	+ 258,9	+ 254,0	+ 154,8	+ 153,1	- 37,8	

†) Einschließlich West-Berlin. — *) Gesamtaußenhandel: Einfuhr aus Herstellungsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern. — 1) Einschließlich der Gebiete in Übersee. — angehören) verrechnen in £-Sterling. — 4) Bei Vergleichen zwischen 1950 und 1951 ist zu berücksichtigen, daß im Laufe des Jahres 1950 verschiedene Länder, die bis dahin Ländern erfaßt. — 5) Eritrea bis einschl. September 1952 bei EZU-Ländern, ab Oktober 1952 bei freien Dollar-Ländern erfaßt. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

nach Ländergruppen bzw. Ländern *)

XI. Außenhandel

Mill. DM

Länder		1950	1951	1952						
		Insgesamt		April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
EZU-Länder, einzeln:										
1. Belgien-Luxemburg ¹⁾	Einfuhr	503,4	764,4	72,8	63,6	65,9	83,4	84,8	125,7	156,0
	Ausfuhr	691,2	1 020,6	97,1	102,2	95,8	108,3	97,1	104,5	123,5
	Saldo	+ 187,8	+ 256,2	+ 24,3	+ 38,6	+ 29,9	+ 24,9	+ 12,3	- 21,2	- 32,5
2. Dänemark	Einfuhr	490,7	426,2	37,8	29,5	33,1	27,6	27,6	41,7	58,4
	Ausfuhr	353,4	535,0	48,5	52,3	48,0	43,8	43,5	47,6	56,3
	Saldo	- 137,3	+ 108,8	+ 10,7	+ 22,8	+ 14,9	+ 16,2	+ 15,9	+ 5,9	- 2,1
3. Frankreich ¹⁾ mit Saargebiet	Einfuhr	1 260,3	1 079,4	99,6	91,6	84,0	91,8	96,5	101,3	133,4
	Ausfuhr	804,7	1 300,8	102,1	119,0	106,7	119,4	107,6	119,5	116,5
	Saldo	- 455,6	+ 221,4	+ 2,5	+ 27,4	+ 22,7	+ 27,6	+ 11,1	+ 18,2	- 16,9
darunter:										
Saargebiet	Einfuhr	(181,2)	(185,4)	(21,6)	(22,0)	(23,3)	(24,2)	(26,3)	(27,6)	(34,1)
Ausfuhr	(152,8)	(237,4)	(16,0)	(19,1)	(17,5)	(18,4)	(16,2)	(19,1)	(18,9)	
Saldo	(- 28,4)	(+ 52,0)	(- 5,6)	(- 2,9)	(- 5,8)	(- 5,8)	(- 10,1)	(- 8,5)	(- 15,2)	
4. Griechenland	Einfuhr	58,3	78,2	10,5	9,8	9,0	8,2	9,3	8,0	11,3
	Ausfuhr	135,6	139,1	16,7	11,1	12,2	19,2	15,3	12,6	10,4
	Saldo	+ 77,3	+ 60,9	+ 6,2	+ 1,3	+ 3,2	+ 11,0	+ 6,0	+ 4,6	- 0,9
5. Italien ¹⁾ mit Triest	Einfuhr	507,4	549,0	62,1	50,6	56,1	54,1	45,3	49,4	56,8
	Ausfuhr	494,0	673,3	66,9	69,3	75,0	74,3	79,2	74,2	92,3
	Saldo	- 13,4	+ 124,3	+ 4,8	+ 18,7	+ 18,9	+ 20,2	+ 33,9	+ 24,8	+ 35,5
6. Niederlande ¹⁾	Einfuhr	1 256,7	1 030,1	103,4	80,7	90,1	91,2	76,8	106,3	120,7
	Ausfuhr	1 168,7	1 463,8	104,6	109,5	103,8	114,6	104,9	118,9	126,5
	Saldo	- 88,0	+ 433,7	+ 1,2	+ 28,8	+ 13,7	+ 23,4	+ 28,1	+ 12,6	+ 5,8
7. Indonesien	Einfuhr	233,7	279,2	23,5	16,0	19,3	19,8	23,7	27,0	24,0
	Ausfuhr	52,2	190,4	13,3	14,5	16,8	23,3	17,2	19,2	13,0
	Saldo	- 181,5	- 88,8	- 10,2	- 1,5	- 2,5	+ 3,5	- 6,5	- 7,8	- 11,0
8. Norwegen	Einfuhr	217,4	245,3	18,5	18,4	19,0	36,7	18,3	18,2	25,6
	Ausfuhr	119,1	246,5	28,2	30,3	35,0	34,3	33,7	39,3	34,6
	Saldo	- 98,3	+ 1,2	+ 9,7	+ 11,9	+ 16,0	- 2,4	+ 15,4	+ 21,1	+ 9,0
9. Österreich	Einfuhr	178,3	237,1	30,3	31,3	24,5	29,1	29,2	28,8	36,1
	Ausfuhr	311,6	499,7	47,8	54,6	52,2	56,6	54,6	51,9	53,5
	Saldo	+ 133,3	+ 262,6	+ 17,5	+ 23,3	+ 27,7	+ 27,5	+ 25,4	+ 23,1	+ 17,4
10. Portugal ¹⁾	Einfuhr	74,6	112,1	8,9	7,7	6,9	7,6	8,3	11,1	11,4
	Ausfuhr	57,7	106,6	10,4	12,7	14,0	13,5	11,7	12,3	12,8
	Saldo	- 16,9	- 5,5	+ 1,5	+ 5,0	+ 7,1	+ 5,9	+ 3,4	+ 1,2	+ 1,4
11. Schweden	Einfuhr	637,0	803,3	50,7	58,0	69,1	80,9	90,1	82,1	92,7
	Ausfuhr	531,2	973,8	92,3	101,2	97,8	97,3	98,3	122,7	109,1
	Saldo	- 105,8	+ 170,5	+ 41,6	+ 43,2	+ 28,7	+ 16,4	+ 8,2	+ 40,6	+ 16,4
12. Schweiz	Einfuhr	350,3	378,3	36,5	41,7	37,0	38,0	33,2	42,0	48,8
	Ausfuhr	492,3	898,9	83,2	88,3	90,9	110,1	82,4	101,7	95,1
	Saldo	+ 142,0	+ 520,6	+ 46,7	+ 46,6	+ 53,9	+ 72,1	+ 49,2	+ 59,7	+ 46,3
13. Türkei	Einfuhr	218,6	351,7	37,3	32,8	26,8	19,9	19,7	13,7	29,9
	Ausfuhr	236,9	439,5	63,9	57,2	51,1	53,2	51,4	54,6	43,3
	Saldo	+ 18,3	+ 87,8	+ 26,6	+ 24,4	+ 24,3	+ 33,3	+ 31,7	+ 40,9	+ 13,4
14. Großbritannien ¹⁾ *)	Einfuhr	1 007,4	1 288,8	120,9	111,8	90,7	99,4	101,4	101,1	141,2
	Ausfuhr	509,3	1 290,8	101,9	106,8	121,1	110,8	100,2	97,8	100,0
	Saldo	- 498,1	+ 2,0	- 19,0	- 5,0	+ 30,4	+ 11,4	- 1,2	- 3,3	- 41,2
15. Sonstige Sterling-Teilnehmer-Länder ²⁾	Einfuhr	25,3	20,1	1,2	0,4	0,5	0,9	2,5	3,1	2,9
	Ausfuhr	25,2	60,3	5,8	6,1	5,7	5,1	5,1	3,8	6,4
	Saldo	- 0,1	+ 40,2	+ 4,6	+ 5,7	+ 5,2	+ 4,2	+ 2,6	+ 0,7	+ 3,5
16. Nichtteilnehmer-Sterling-Länder ²⁾	Einfuhr	813,4	1 197,8	73,9	83,5	70,3	80,3	76,1	70,8	85,9
	Ausfuhr	330,9	780,7	56,4	58,3	65,0	59,8	66,1	47,8	62,1
	Saldo	- 482,5	- 417,1	- 17,5	- 25,2	- 5,3	- 20,5	- 10,0	- 23,0	- 23,8
17. Sonstige EZU-Länder ¹⁾ (UNO-Treuhandgebiete, Brit.-Ägypt. Sudan)	Einfuhr	35,7	31,5	1,4	0,3	0,6	2,2	2,5	0,9	4,8
	Ausfuhr	2,0	7,8	3,5	3,0	1,8	1,9	1,5	1,7	1,2
	Saldo	- 33,7	- 23,7	+ 2,1	+ 2,7	+ 1,2	- 0,3	+ 1,0	+ 0,8	- 3,6

¹⁾ Teilnehmer- bzw. Nichtteilnehmer-Länder an der OEEC. — ²⁾ Diese EZU-Länder (Nichtteilnehmer-Länder, die nach dem OEEC-Länderverzeichnis nicht den Sterling-Ländern zu den Dollar-Ländern zählten, Verrechnungsländer geworden sind. — ³⁾ Mexiko bis einschl. Mai 1952 bei sonstigen Verrechnungsländern, ab Juni 1952 bei freien Dollar-

XII. Produktion, Beschäftigung und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet; arbeitstäglich, 1936 = 100

Zeit	Arbeits-tage	Gesamtindex			Bergbau			Verarbeitende Industrie												
		einschl. Bau und Energie	ohne		Ins-gesamt	darunter:			Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien											
			Bau	Bau u. Energie		Kohlen-bergbau	Eisen- Erz- bergbau	Erdöl- gewinnung	Ins-gesamt	darunter:										
										Ins-gesamt	Mineralöl- verarbeitung	Steine und Erden	Eisen- und Stahlerzeugung	Eisen- Stahl- und Tempergießerei	NE- Metall- Halbzg- produkte	Chem. Ind. (einschl. Kohlen- wert- stoffe ohne Chemiefaser)	Sägerei und Holzbe- arbeitung	Papier- erzeugung	Gummi- und Asbest- ver- arbeitung	
1948 MD	25,8	63	63	60	81	79	88	143	58	57	32	51	38	44	46	70	72	52	82	
1949 "	25,5	90	90	87	96	93	112	190	86	84	76	79	63	68	62	96	99	77	105	
1950 "	25,3	114	114	111	107	100	136	252	112	108	155	96	82	88	87	126	107	98	118	
1951 "	25,3	136	136	133	119	109	164	308	135	127	201	105	94	113	106	151	115	113	131	
1950																				
August	27	117	116	114	104	96	139	262	115	116	192	119	85	85	95	137	110	102	125	
September	26	125	125	123	106	98	143	261	124	123	193	121	89	95	97	147	114	106	142	
Oktober	26	132	132	129	109	101	146	267	131	123	182	117	92	103	108	142	113	108	146	
November	25	138	138	135	117	109	156	268	137	124	201	108	96	111	113	138	113	110	154	
Dezember	24	131	132	129	117	109	152	273	130	114	213	83	85	107	102	131	105	100	143	
1951																				
Januar	26	124	126	123	115	107	145	271	124	115	173	69	86	109	105	141	95	102	133	
Februar	24	130	131	129	117	109	147	278	130	121	177	81	85	109	111	150	113	108	150	
März	25	133	133	131	118	110	151	278	132	125	204	90	86	111	107	153	119	109	158	
April	25	136	137	134	119	110	163	289	136	132	206	106	95	115	113	157	128	116	145	
Mai	23,5	138	138	136	117	107	163	298	137	132	212	111	95	115	114	157	135	113	134	
Juni	26	136	136	133	116	106	163	306	135	132	214	118	96	113	109	153	123	116	135	
Juli	26	131	131	128	115	105	171	309	130	128	212	118	94	107	109	146	120	114	117	
August	27	130	130	127	115	104	172	319	128	125	199	119	93	107	98	145	110	112	111	
September	25	137	136	133	116	105	171	333	135	129	197	118	94	111	98	154	113	114	112	
Oktober	27	144	144	141	119	108	170	336	143	131	207	122	99	119	105	153	105	115	122	
November	24,5	153	153	150	129	118	175	340	152	135	213	113	104	127	111	161	110	122	133	
Dezember	24	140	140	137	125	114	179	335	138	122	199	90	99	115	94	145	104	113	122	
1952																				
Januar	26	135	137	133	125	114	181	337	134	126	203	78	103	127	93	152	100	117	128	
Februar	25	135	137	133	125	113	182	357	134	124	216	71	103	126	91	148	98	115	141	
März	26	138	139	136	126	114	184	370	136	127	204	97	105	125	87	151	96	115	136	
April	24	141	141	138	124	111	191	383	140	127	199	106	104	123	88	150	113	106	124	
Mai	25	142	142	139	124	111	195	381	140	129	227	119	107	123	82	150	104	98	136	
Juni	23,3	145	145	142	125	111	199	401	144	133	214	122	106	121	89	158	115	95	144	
Juli	27	138	137	134	123	109	199	404	135	128	226	128	105	112	88	145	101	89	138	
August	25,8	141	140	137	124	109	204	407	138	131	224	128	107	111	89	151	104	89	147	
September*)	26	151	151	148	126	111	205	415	150	138	247	133	110	117	86	160	103	97	160	
Oktober*)	27	158	158	155	128	114	205	415	158	142	246	128	114	119	102	167		109	161	

Zeit	Arbeits-tage	Verarbeitende Industrie												Energie		Bau		
		Investitionsgüterindustrien						Verbrauchsgüterindustrien ohne Nahrungs- und Genußmittel						Nahrungs- und Genuß- mittel insgesamt	darunter: Elek- trizitäts- erzeu- gung			
		Ins-gesamt	Stahl- bau einschl. Waggonbau	Ma- schinen- bau	Fahr- zeug- bau	Schiff- bau	Elektro- technik	Fein- mechanik und Optik	Eisen- Blech- u. Metall- waren- Industrie	Ins-gesamt	darunter:							
											Fein- keramische Industrie	Leder- erzeu- gung	Schuh- Industrie				Textil- Industrie	
1948 MD	25,8	51	-	56	30	27	106	53	47	54	64	40	48	51	80	112	123	-
1949 "	25,5	83	59	97	74	36	150	86	63	86	89	63	70	89	99	136	151	88
1950 "	25,3	115	58	125	127	54	200	123	95	113	102	73	78	120	113	155	173	110
1951 "	25,3	152	68	166	166	72	275	164	127	132	130	72	81	132	120	182	202	129
1950																		
August	27	115	60	120	134	53	196	118	102	110	100	75	74	114	119	151	166	128
September	26	129	62	135	142	57	234	137	113	125	108	86	93	130	116	160	178	134
Oktober	26	136	63	138	153	61	252	148	121	134	117	84	101	141	137	169	189	139
November	25	146	63	149	158	63	274	155	131	142	127	89	106	146	140	180	202	137
Dezember	24	143	61	158	148	67	264	141	118	134	115	84	90	133	135	183	206	112
1951																		
Januar	26	137	55	138	162	61	250	133	126	131	119	88	88	135	106	180	202	83
Februar	24	147	57	151	164	68	268	152	132	136	125	91	97	140	103	178	199	102
März	25	150	54	158	168	66	271	158	132	137	126	84	96	138	103	178	199	113
April	25	154	64	162	176	70	272	166	135	137	133	74	88	140	103	179	199	128
Mai	23,5	156	71	166	180	75	274	160	133	133	130	60	80	130	116	174	192	144
Juni	26	156	69	177	169	73	274	155	127	125	132	55	66	128	112	170	186	135
Juli	26	150	75	162	169	70	272	158	119	117	126	56	44	117	109	171	188	143
August	27	142	69	156	151	68	264	142	115	119	126	59	66	118	115	175	192	142
September	25	152	72	173	144	76	283	178	121	130	128	67	82	129	120	183	202	149
Oktober	27	158	73	172	169	75	291	187	125	137	137	74	92	136	150	191	212	145
November	24,5	170	78	189	176	79	305	202	136	149	144	83	101	147	160	200	223	146
Dezember	24	159	81	189	160	81	269	177	120	131	130	70	78	121	140	203	227	123
1952																		
Januar	26	159	73	180	169	76	271	180	130	130	140	73	73	128	104	204	228	94
Februar	25	164	70	190	178	82	270	180	134	128	138	71	79	122	105	201	223	83
März	26	169	77	195	180	81	282	189	135	125	132	68	84	117	106	198	219	112
April	24	172	80	193	198	89	280	187	138	129	131	69	91	114	120	190	209	136
Mai	25	173	82	197	210	93	266	182	136	124	125	67	98	106	124	184	202	144
Juni	23,3	179	96	205	220	97	275	181	138	122	125	66	80	102	131	184	201	157
Juli	27	161	82	178	193	90	269	172	126	117	119	66	52	109	122	183	200	152
August	25,8	161	96	174	196	88	279	154	123	127	124	74	83	114	123	189	208	161
September*)	26	175	101	189	212	95	297	177	136	147	132	80	100	134	127	203	224	162
Oktober*)	27	176	96	185	203		313	191	143	160	133	82	109	151	154	210	232	157

*) Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung, -einfuhr und -ausfuhr
Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Einfuhr von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks	Ausfuhr von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks
	monatlich	arbeits-täglich ¹⁾		
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 "	5 927	234,7	.	.
1948 "	7 253	285,1	.	.
1949 "	8 603	338,1	191	1 767
1950 "	9 229	364,3	359	2 011
1951 "	9 910	392,5	821	1 963
1951 Januar	10 138	389,9	387	1 785
Februar	9 455	394,0	351	1 861
März	10 038	401,5	405	2 205
April	10 023	400,9	634	2 121
Mai	9 373	390,5	701	1 844
Juni	10 041	386,2	813	2 015
Juli	9 814	377,5	661	1 999
August	10 121	374,8	816	1 925
September	9 346	373,8	1 120	1 896
Oktober	10 490	388,5	1 102	1 981
November	10 322	430,1	1 467	2 005
Dezember	9 763	406,8	1 398	1 920
1952 Januar	10 669	410,4	1 249	1 850
Februar	10 240	409,6	1 409	1 903
März	10 759	413,8	1 181	2 013
April	9 714	404,8	848	1 840
Mai	10 051	402,0	714	1 985
Juni	9 229	401,3	739	2 053
Juli	10 533	390,1	1 256	2 018
August	10 181	391,6	1 054	2 080
September	10 292	395,9	977	1 874
Oktober	11 051	409,3	1 014	1 891

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Ab November 1950 einschl. Sonderschichten.

3. Eisen- und Stahlerzeugung
Bundesgebiet, in 1000 t

XII. Produktion
Beschäftigung

Zeit	Roheisen einschl. Ferrolegierungen	Rohstahlblöcke und Stahlformguß ¹⁾	Walzstahlfertigerzeugnisse
1950 "	789	1 010	681
1951 "	891	1 125	780
1950 November	875	1 112	793
Dezember	774	959	676
1951 Januar	806	1 044	749
Februar	710	942	681
März	783	1 027	713
April	867	1 121	784
Mai	920	1 121	744
Juni	945	1 187	813
Juli	917	1 158	801
August	942	1 186	819
September	933	1 136	768
Oktober	972	1 259	876
November	951	1 204	822
Dezember	951	1 119	787
1952 Januar	1 020	1 257	880
Februar	988	1 232	842
März	1 060	1 320	885
April	1 000	1 212	817
Mai	1 072	1 289	870
Juni	1 015	1 224	801
Juli	1 107	1 377	923
August	1 110	1 352	896
September	1 120	1 378	938
Oktober	1 168	1 464	1 009

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig.

4. Arbeitsmarkt
Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfänger
		Insgesamt	Männer	Frauen		
1949 M.-D.	13 524,2	1 263,0	911,7	351,3	149,6	872
1950 "	13 902,9	1 585,2	1 131,0	454,2	115,6	1 276
1951 "	14 608,8	1 430,8	976,4	454,4	116,2	1 194
1950 September	14 295,6	1 271,8	863,5	408,3	142,3	1 030
Oktober	.	1 230,2	827,6	402,6	129,9	984
November	.	1 316,2	899,6	416,6	100,2	1 034
Dezember	14 163,1	1 690,0	1 240,8	449,2	71,9	1 295
1951 Januar	.	1 821,3	1 350,9	470,4	104,0	1 542
Februar	.	1 662,5	1 207,1	455,4	132,4	1 449
März	14 246,5	1 566,7	1 120,6	446,1	144,5	1 346
April	.	1 446,1	994,2	451,9	135,3	1 213
Mai	.	1 386,9	932,1	454,8	126,9	1 166
Juni	14 720,6	1 325,7	874,9	450,8	125,9	1 110
Juli	.	1 292,1	846,3	445,8	124,8	1 070
August	.	1 259,3	818,7	440,6	122,9	1 040
September	14 884,7	1 235,0	795,9	439,1	124,2	1 020
Oktober	.	1 213,9	777,4	436,5	105,9	1 002
November	.	1 306,6	851,1	455,5	81,9	1 057
Dezember	14 583,3	1 653,6	1 147,1	506,5	66,0	1 313
1952 Januar	.	1 825,4	1 295,5	529,9	88,0	1 519
Februar	.	1 892,9	1 365,5	527,4	107,7	1 641
März	14 583,5	1 579,6	1 075,0	504,6	136,9	1 391
April	.	1 441,9	952,8	489,1	137,8	1 267
Mai	.	1 312,0	845,3	466,7	127,0	1 117
Juni	15 170,7	1 240,0	783,9	456,1	128,7	1 050
Juli	.	1 155,5	715,0	440,5	134,9	972
August	.	1 106,5	678,8	427,7	126,3	901
September	15 456,3	1 050,6	641,4	409,2	128,9	865
Oktober	.	1 028,1	636,4	391,7	112,6	853

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

Zeit	Bundesgebiet ¹⁾											USA	Groß- britan- nien
	Indexziffer der Grundstoffpreise			Indexziffer der Erzeuger- preise industrieller Produkte				Indexziffer der Lebenshaltungskosten					
	Gesamt	darunter		Gesamt	darunter			Gesamt	darunter				
		Nah- rungs- mittel	Indu- strie- stoffe		Grund- stoffe-	In- vesti- tions- güter-	Ver- brauchs- güter-		Ernäh- rung	Beklei- dung	Haus- rat		
					erzeugende Industrien						Moody's Index ²⁾	Reuter's Index ²⁾	
1949 M.-D.	191	172	204	185	191	185	175	160	165	219	184	245	301
1950	207	173	230	183	196	171	170	151	156	189	163	291	369
1951	250	200	284	221	245	189	203	164	174	207	187	340	436
1950 Januar	196	169	214	182	192	176	172	154	160	197	170	245	336
Februar	197	170	214	181	192	175	167	154	160	194	168	249	341
März	196	168	215	180	191	174	166	153	159	191	166	249	342
April	197	168	216	179	190	173	165	153	160	189	164	252	343
Mai	197	168	216	178	190	171	164	156	168	188	163	266	352
Juni	198	168	218	178	190	170	165	151	157	185	162	277	356
Juli	203	176	222	179	191	170	166	149	153	183	161	302	366
August	207	176	228	180	192	169	170	148	150	182	159	320	384
September	218	179	245	185	198	169	175	148	149	184	160	329	395
Oktober	220	177	249	187	201	169	176	149	150	187	161	325	398
November	224	177	256	189	206	170	177	150	152	189	163	336	403
Dezember	230	177	265	195	216	172	178	151	155	192	165	345	411
1951 Januar	240	182	279	205	229	177	186	154	157	197	171	364	428
Februar	245	184	286	212	238	181	193	156	159	203	177	371	444
März	251	187	293	218	244	183	201	161	168	209	183	366	445
April	250	192	289	222	249	185	205	163	170	211	186	362	449
Mai	245	191	281	223	248	189	205	165	175	212	188	350	446
Juni	245	196	278	222	247	190	205	167	180	211	189	342	446
Juli	247	201	278	221	245	190	203	167	179	210	190	330	432
August	251	207	281	222	247	192	203	166	176	208	190	321	430
September	251	210	278	221	244	194	205	165	175	207	191	317	428
Oktober	255	217	280	224	246	196	208	168	180	206	193	322	427
November	261	214	292	228	253	196	210	169	183	206	195	320	427
Dezember	262	215	294	228	253	197	211	170	185	205	196	320	428
1952 Januar	262	217	292	228	252	200	210	170	187	203	197	319	427
Februar	259	216	288	226	249	200	208	171	188	201	197	307	416
März	258	214	288	226	247	201	209	171	190	199	197	304	403
April	258	211	290	228	253	201	207	171	190	197	197	301	398
Mai	263	209	299	226	251	201	205	173	196	194	196	303	389
Juni	264	208	301	225	250	201	203	170	190	191	195	303	392
Juli	263	208	299	225	249	202	202	168	185	189	193	306	394
August	266	214	300	225	250	202	202	168	185	186	192	304	389
September	266	214	300	226	252	202	202	167	182	185	192	298	385
Oktober	262 ⁸⁾	209 ³⁾	298 ³⁾	225	250	202	201	167	181	184	191	291 ⁸⁾	375

¹⁾ Ohne Rheinland-Pfalz, Baden, Württemberg-Hohenzollern. — ²⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes. — ³⁾ Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

XIII. Die Währungen der Welt, ihre Relationen zum US-\$ und hieraus errechnete DM-Werte

1. Geld- und Briefkurse der Bank deutscher Länder¹⁾

(für den Devisenverkehr)

Land	Landeswährung und Einheiten der Werteinheit	In Kraft seit:	G e l d k u r s (Einzahlung, Gutschrift, Ankauf, Export)		B r i e f k u r s (Auszahlung, Lastschrift, Verkauf, Import)		Land	Landeswährung und Einheiten der Werteinheit	In Kraft seit:	G e l d k u r s (Einzahlung, Gutschrift, Ankauf, Export)		B r i e f k u r s (Auszahlung, Lastschrift, Verkauf, Import)	
			DM	DM	DM	DM							
Ägypten	£E 1,000	28. 6. 51	12,05	12,07	Luxemburg	lfrs 100,00	21. 12. 49	8,39	8,41				
Belgien	bfrs 100,00	21. 12. 49	8,39	8,41	Niederlande	hfl 100,00	21. 12. 49	110,41	110,63				
Dänemark	dkr 100,00	21. 12. 49	60,75	60,87	Norwegen	nkr 100,00	21. 12. 49	58,74	58,86				
Frankreich	ffrs 100,00	10. 2. 50	1,199	1,201	Österreich	öS 100,00	6. 10. 50	19,64	19,68				
Großbritannien	£ 1,--	21. 12. 49	11,75	11,77	Portugal	Esc 100,00	14. 5. 52	14,59	14,63				
Irland (Republik)	irl. £ 1,--	21. 12. 51	11,75	11,77	Schweden	skr 100,00	21. 12. 49	81,10	81,26				
Italien	Lit 100,00	31. 10. 50	0,671	0,673	Schweiz	sfrs 100,00	21. 12. 49	95,95	96,15				
Jugoslawien	Din 100,00	1. 1. 52	1,398	1,402	Tschechoslowakei	Kcs 100,00	21. 12. 49	8,39	8,41				
					Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	US-\$ 1,00	19. 9. 49	4,195	4,205				

¹⁾ Errechnet über den Grundkurs der Valuta zum US-\$ und über das feste Wertverhältnis der DM zum US-\$. A m t l i c h e Devisenkurse sind durch diese mittelbare Umrechnung n i c h t festgestellt worden.

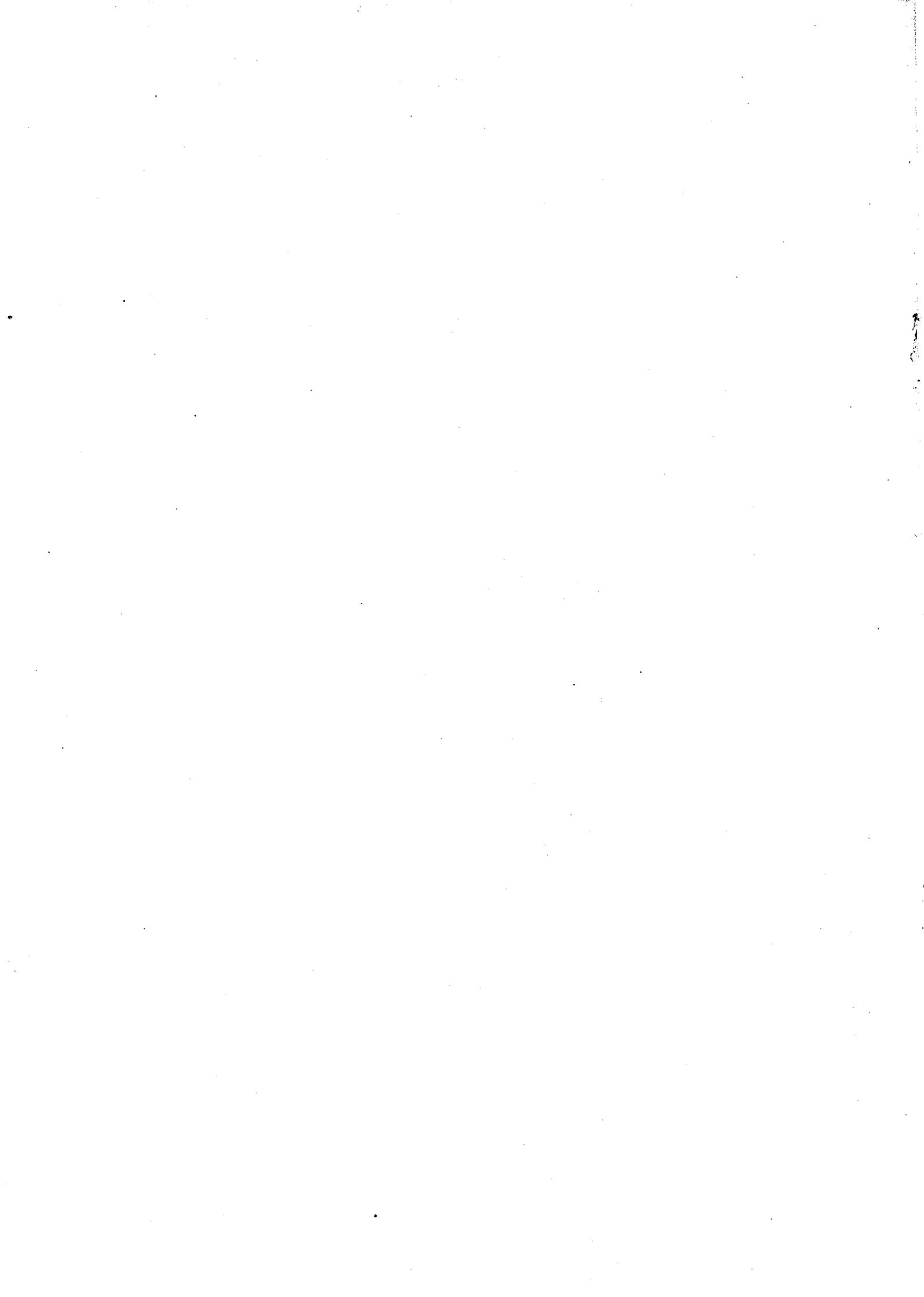
2. Kursfestsetzungen verschiedener Währungen zum US-\$ und hieraus errechnete DM-Werte

Land	Grundkurse ¹⁾				Errechnete Werte ²⁾ (Mittelwerte)			
	In Kraft von	In Kraft bis	US-\$ 1,00 = ... Einheiten der Landeswährung	... Einheiten der Landeswährung = ... US-\$	Für die Zeit von	Für die Zeit bis	DM 100,00 = ... Einheiten der Fremdwährung	... Einheiten der Fremdwährung = ... DM
Ägypten	18. 12. 46	18. 9. 49	£ E 0,241955	£ E 1,000 = 4,13300	21. 6. 48	18. 9. 49	£ E 7,2587	£ E 1,000 = 13,78
	19. 9. 49		£ E 0,348242	£ E 1,000 = 2,87156	19. 9. 49		£ E 8,2915	£ E 1,000 = 12,06
Belgien	18. 12. 46	21. 9. 49	bfrs 43,8275	bfrs 100,00 = 2,28167	21. 6. 48	18. 9. 49	bfrs 1 314,825	bfrs 100,00 = 7,61
	22. 9. 49		bfrs 50,0000	bfrs 100,00 = 2,00000	22. 9. 49		bfrs 1 190,475	bfrs 100,00 = 8,40
Bundesrepublik Deutschland	1. 5. 48 ⁴⁾ bzw. 15. 5. 48 ⁵⁾	18. 9. 49	RM/DM 3,33 ^{1/3}	RM/DM 1,00 = 0,30	21. 6. 48	18. 9. 49	DM 1,00 = US-\$ 0,300000 ⁶⁾	
	19. 9. 49		DM 4,200004	DM 1,00 = 0,238095	19. 9. 49		DM 1,00 = US-\$ 0,238095 ⁶⁾	
Dänemark	18. 12. 46	18. 9. 49	dkr 4,79901	dkr 100,00 = 20,8376	21. 6. 48	18. 9. 49	dkr 143,970	dkr 100,00 = 69,46
	19. 9. 49		dkr 6,90714	dkr 100,00 = 14,4778	20. 9. 49		dkr 164,456	dkr 100,00 = 60,81
Frankreich z. Zt.	20. 9. 49		ffrs 350,00	ffrs 100,00 = 0,28571	21. 9. 49		ffrs 8 333,325	ffrs 100,00 = 1,20
Großbritannien	18. 12. 46	18. 9. 49	£ 0,248139	£ 1,-- = 4,03000	21. 6. 48	18. 9. 49	£ 7,444170	£ 1,-- = 13,43
	19. 9. 49		£ 0,357143	£ 1,-- = 2,80000	20. 9. 49		£ 8,503397	£ 1,-- = 11,76
Irland (Republik)	Das irländische Pfund ist paritätisch mit dem Pfund Sterling (s. Großbritannien)							
Italien z. Zt.	21. 9. 49		Lit 625,00	Lit 100,00 = 0,16	21. 9. 49		Lit 14 880,938	Lit 100,00 = 0,672
Jugoslawien	24. 5. 49	31. 12. 51	Din 50,0000	Din 100,00 = 2,00000	24. 5. 49	18. 9. 49	Din 1 500,000	Din 100,00 = 6,67
	19. 9. 49	31. 12. 51	Din 300,000	Din 100,00 = 0,333333	19. 9. 49	31. 12. 51	Din 1 190,475	Din 100,00 = 8,40
Luxemburg	1. 1. 52		Din 300,000	Din 100,00 = 0,333333	1. 1. 52		Din 7 142,850	Din 100,00 = 1,40
	18. 12. 46	22. 9. 49	lfrs 43,8275	lfrs 100,00 = 2,28167	21. 6. 48	18. 9. 49	lfrs 1 314,825	lfrs 100,00 = 7,61
Niederlande	23. 9. 49		lfrs 50,0000	lfrs 100,00 = 2,00000	23. 9. 49		lfrs 1 190,475	lfrs 100,00 = 8,40
	18. 12. 46	20. 9. 49	hfl 2,65285	hfl 100,00 = 37,6953	21. 6. 48	18. 9. 49	hfl 79,586	hfl 100,00 = 125,65
Norwegen	21. 9. 49		hfl 3,80000	hfl 100,00 = 26,3158	21. 9. 49		hfl 90,476	hfl 100,00 = 110,52
	18. 12. 46	19. 9. 49	nkr 4,96278	nkr 100,00 = 20,1500	21. 6. 48	18. 9. 49	nkr 148,883	nkr 100,00 = 67,17
Österreich	20. 9. 49		nkr 7,14286	nkr 100,00 = 14,0000	20. 9. 49		nkr 170,068	nkr 100,00 = 58,80
	28. 10. 46	21. 11. 49	öS 10,00	öS 100,00 = 10,00	21. 6. 48	18. 9. 49	öS 300,000	öS 100,00 = 33,33
Portugal	22. 11. 49	5. 10. 50	öS 14,40	öS 100,00 = 6,9444	19. 9. 49	21. 11. 49	öS 238,095	öS 100,00 = 42,00
	6. 10. 50		öS 21,36	öS 100,00 = 4,6816	22. 11. 49	5. 10. 50	öS 342,857	öS 100,00 = 29,17
Schweden	22. 9. 49		Esc 28,75	Esc 100,00 = 3,47826	6. 10. 50		öS 508,571	öS 100,00 = 19,66
Schweiz	14. 7. 46	19. 9. 49	skr 3,5943	skr 100,00 = 27,8218	22. 9. 49		Esc 684,523	Esc 100,00 = 14,61
	20. 9. 49		skr 5,17321	skr 100,00 = 19,3304	21. 6. 48	18. 9. 49	skr 107,829	skr 100,00 = 92,74
Tschechoslowakei	seit 1946	30. 11. 48	sfrs 4,31	sfrs 100,00 = 23,20186	20. 9. 49		skr 123,172	skr 100,00 = 81,18
	1. 12. 48	18. 9. 49	sfrs 4,305	sfrs 100,00 = 23,22880	21. 6. 48	30. 11. 48	sfrs 129,300	sfrs 100,00 = 77,34
	19. 9. 49	12. 10. 49	sfrs 4,30	sfrs 100,00 = 23,25581	1. 12. 48	18. 9. 49	sfrs 129,150	sfrs 100,00 = 77,43
	13. 10. 49		sfrs 4,37282	sfrs 100,00 = 22,86854	19. 9. 49	12. 10. 49	sfrs 102,381	sfrs 100,00 = 97,67
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	21. 6. 48	18. 9. 49	Kcs 50,0000	Kcs 100,00 = 2,00000	13. 10. 49		sfrs 104,115	sfrs 100,00 = 96,05
	19. 9. 48				21. 6. 48	18. 9. 49	Kcs 1 500,000	Kcs 100,00 = 6,67
					19. 9. 48		Kcs 1 190,475	Kcs 100,00 = 8,40

¹⁾ Zugleich die maßgeblichen Umrechnungskurse bei Dollarfakturierung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland einschl. West-Berlins (ausgenommen die Schweiz, da in der Schweiz bei der Umrechnung von US\$ in Landeswährung der in der Schweiz notierte freie Dollarkurs zugrunde gelegt wird). — ²⁾ Frühester Zeitpunkt ist der 21. 6. 1948 (Neuordnung des Geldwesens nach dem Emissionsgesetz). — ³⁾ Errechnet über den Grundkurs der Valuta zum US-\$ und über das feste Wertverhältnis der DM zum US-\$. A m t l i c h e Devisenkurse sind durch diese mittelbare Umrechnung n i c h t festgestellt worden. — ⁴⁾ Exporte. — ⁵⁾ Importe. — ⁶⁾ Festgesetztes Wertverhältnis der DM zum US-\$.

Anmerkung

Der dritte, inzwischen erweiterte Teil dieser Übersicht erscheint aus Raumgründen nicht mehr in den Monatsberichten. Stattdessen wird die g e s a m t e Übersicht in vierteljährlicher Folge als Sonderdruck erstellt, der laufend den Landeszentralbanken, der Berliner Zentralbank und den Außenhandelsbanken zur Auskunftserteilung an Interessenten übermittelt wird.



An alle Empfänger der Monatsberichte

Wir danken für die uns übermittelten
Wünsche für das Neue Jahr und bitten,
sie auf diesem Wege erwidern zu dürfen.

Bank deutscher Länder

